20.
Bundesparteitag Wiesbaden 1972
9. - 11. Oktober

CDU

20. BUNDESPARTEITAG DER CDU

Redaktion: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn
Druck: Wiesbadener Kurier, Verlag und Druckerei GmbH, Wiesbaden
Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Niederschrift

Wiesbaden, 9.-11. Oktober 1972

20. CDU-Bundesparteitag in der Rhein-Main-Halle zu Wiesbaden

Montag, 9. Oktober 1972

1. Plenarsitzung.

Beginn: 10.00 Uhr

Dr. Rainer Barzel: Mit einem herzlichen Willkommen für Sie alle eröffne ich den 20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Dieser Parteitag soll ein Meilenstein auf dem Weg zur politischen Erneuerung Deutschlands werden.

(Beifall)

Wir haben seit dem letzten Parteitag wieder zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Freunde und Kollegen durch Tod verloren. Ich bitte Sie, sich zum ehrenden Gedenken zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Ich nenne stellvertretend für sie alle: Dr. Heinrich Lübke, Theodor Blank, Will Rasner, Dr. Otto Fricke und Karl Theodor Reichsfreiherr von und zu Guttenberg. Wir wollen ihnen die Treue halten. Ich danke Ihnen!

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Meine Kolleginnen und Kollegen, mir obliegt es jetzt, Ihnen den Vorschlag des Bundesvorstandes für die Wahl des Tagungspräsidiums vorzutragen. Wir schlagen Ihnen als Präsidenten Dr. Alfred Dregger und als Beisitzer die Kollegen Dr. Uwe Barschel, Ruth Beckmann, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Dübel, Heinrich Köppler, Dr. Hanna-Renate Laurien, Egon Lampersbach, Dr. Gerhard Mahler, Bernd Neumann, Ludwig Schnur, Rudolf Seiters und Jürgen Wohlrabe vor. Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die stimmberechtigten Delegierten, durch Zeigen der Stimmkarte ihre Zustimmung zu bekunden. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Dann stelle ich, soweit ich das überhaupt übersehen kann und soweit überhaupt ein Kontakt von diesem Pult zu den Delegierten, die es ja in diesem Saal auch gibt, besteht — die Situation wird sich im Laufe des Tages sicher verbessern —, einstim-

mige Annahme des Vorschlages des Bundesvorstandes für das Tagungspräsidium fest. Ich bitte den Kollegen Dregger und die Beisitzer, nun ihres Amtes zu walten. Ich danke Ihnen, daß Sie es mir so leichtgemacht haben.

(Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium dankt Ihnen für die durchgeführte Wahl. Wir haben die Absicht, den Parteitag mit Ihrer Hilfe in den Formen und in der Zeit durchzuführen und zu Ende zu bringen, die der Sache förderlich sind. Diese Sache ist der Wahlsieg am 19. November.

Als Tagungspräsident obliegt es mir zunächst, die Ehrengäste unseres Parteitages zu begrüßen. Mein erster Gruß gilt unseren Ehrenvorsitzenden Professor Dr. Ludwig Erhard und Dr. Kurt Georg Kiesinger.

(Lebhafter Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Kai-Uwe von Hassel.

(Beifall)

Ich begrüße alle führenden Frauen und Männer unserer Partei, den Bundesvorstand, die Herren Ministerpräsidenten, alle Landesminister, die der CDU angehören, unsere Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen sowie alle Freunde unserer Partei, an ihrer Spitze ihren ersten Mann, Dr. Rainer Barzel.

(Beifall)

Ich begrüße den Herrn Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Wiesbaden, Rudi Schmitt,

(Beifall)

für die Christlich-Soziale Union in Bayern ihre stellvertretenden Vorsitzenden, unsere Freunde Dr. Heubl und Dr. Dollinger.

(Beifall)

ferner den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im 6. Deutschen Bundestag, unseren Freund Richard Stücklen.

(Beifall)

Ich begrüße alle Persönlichkeiten, die am Anfang der Arbeit der Union standen und die Ehefrauen unserer verstorbenen Freunde.

Wir begrüßen recht herzlich die zahlreich erschienenen prominenten Vertreter aus befreundeten europäischen Parteien und Institutionen

sowie die Gäste aus der Organisation der christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas;

(Beifall)

aus ihrer Reihe nenne ich besonders den italienischen Innenminister und Präsidenten der Union europäischer Christdemokraten, Dr. Mariano Rumor,

(Beifall)

sowie in besonderer Verbundenheit den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Karl Schleinzer.

(Beifall)

Wir begrüßen die Vertreter des Bundes der Vertriebenen und des Bundes der Mitteldeutschen.

(Beifall)

Wir heißen willkommen die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, des Bundesverbandes der Freien Berufe und der ihm angeschlossenen Fachverbände, des Deutschen Bundeswehrverbandes, des Verbandes Deutscher Soldaten und des Verbandes der Reservisten der deutschen Bundeswehr.

(Beifall)

Wir begrüßen den Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands und den Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen.

(Beifall)

Wir begrüßen alle Vertreter der Kirchen und ihrer Laienorganisationen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der diesjährige Parteitag ist für die deutsche Öffentlichkeit von besonderem Interesse. Das zeigt uns nicht zuletzt die Anwesenheit so vieler Repräsentanten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich begrüßte stellvertretend für sie alle insbesondere die Herren Intendanten.

(Beifall)

Unser Gruß gilt den Repräsentanten der diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Es ist eine hohe Ehre und Auszeichnung, daß so viele Gäste aus dem kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben unseres Landes hier anwesend sind. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich sie nicht namentlich begrüßen kann.

Wir freuen uns über die Anwesenheit von Vertretern der Evangelischen Kirche, der Katholischen Kirche und des Zentralrats der Juden in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Gewerkschaften, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, des Deutschen Beamtenbundes und der ihm angeschlossenen Vereinigungen und weitere Einzelgewerkschaften sowie alle Arbeitnehmerorganisationen.

(Beifall)

Wir begrüßen die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Deutschen Bauernverbandes und des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

(Beifall)

Zum Schluß gilt unser Gruß mit gleicher Herzlichkeit Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie ohne besonderes Amt als Delegierte des Parteitags hier erschienen sind; denn sind ja diejenigen, die diesen Parteitag zu tragen haben.

Ich darf nun den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt bitten, das Wort zu ergreifen.

Oberbürgermeister Rudi Schmitt, Wiesbaden: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die hessische Landeshauptstadt Wiesbaden darf ich Sie alle hier in unserer Rhein-Main-Halle herzlich willkommen heißen. Erlauben Sie mir gleich zu Beginn eine humorvolle Anmerkung, nämlich Ihnen zu sagen, daß es mir als Sozialdemokraten lieber wäre, wenn wir hier in Wiesbaden den Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüßen könnten.

(Heiterkeit)

Aber als Oberbürgermeister der hessischen Landeshauptstadt fühle ich mich der gesamten Bürgerschaft verpflichtet.

(Beifall)

Gerade in diesen Tagen, in denen Sie Ihre Partei für den Bundestagswahlkampf rüsten und die politischen Grundsätze und Ziele für Ihre Arbeit im 7. Deutschen Bundestag erarbeiten wollen, sind Sie uns als Gäste in der Landeshauptstadt Wiesbaden willkommen; denn wir sind der Meinung, daß Gastfreundschaft über den Gegensätzen politischer Parteien stehen soll. Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß Demokraten in einem freiheitlichen demokratischen Staat auch in den Wochen des Wahlkampfes frei, offen – wenn auch hart – miteinander diskutieren sollten, wobei wir uns alle um die Regeln der politischen Fairneß, des menschlichen Taktes bemühen sollten.

(Beifall)

Ich hoffe und wünsche, daß die Diskussionen und Beratungen Ihres Parteitages, meine sehr geehrten Damen und Herren, fruchtbare Ergebnisse zum Wohl der Bürger unseres Staates haben werden. Von dem Oberbürgermeister einer Großstadt werden Sie verstehen, wenn ich diese Gelegenheit benutze, auch an Sie zu appellieren: Vergessen Sie über den großen politischen Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten um die Fragen der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht die Städte und Gemeinden, auf die in den kommenden Jahren große und vielfältige Aufgaben zukommen.

Denn der Frieden in dieser Welt wird ganz wesentlich davon abhängen, ob sich die urbane Zivilisation bewähren kann und ob sich die Menschen, die in zunehmendem Maße in den Städten leben, in diesen Städten wohlfühlen können.

(Vereinzelter Beifall)

Sie, meine Damen und Herren, sind in eine Stadt gekommen, die sich als Wohnstadt, als Kur- und Kongreßstadt, als Stadt der Verwaltung, aber auch der Industrie und des Gewerbes versteht. Wir bemühen uns seit Jahren, unsere Stadt den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen, ohne den gewachsenen Charakter zu stören oder zu schädigen. Ich glaube, es ist uns gelungen, Wiesbaden zu einer lebendigen, dynamischen, modernen Großstadt zu gestalten, und Sie werden sich selbst davon überzeugen können, daß der gute Ruf, den unsere Stadt im In- und Ausland genießt, daß der besondere, lebendige Charme und die angenehme Atmosphäre allen unseren Gästen wohltun werden.

Wir können sagen, meine Damen und Herren, daß hier in Wiesbaden die alteingesessenen und die vielen neuen Bürger, die nach 1945 hierher kamen, sich bemüht haben, die vielfältigen und schwierigen Probleme dieser Stadt zu lösen. Wir sind auch in Zukunft bereit, mit Mut

und Zuversicht die schwierigen Fragen der Stadtentwicklung in einer fortschrittlichen Kommunalpolitik zu lösen und zu gestalten. Das, was in dieser Stadt trotz mannigfacher Schwierigkeiten gestaltet werden konnte, bestätigt die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges und der gesetzten Ziele.

Ich hoffe und wünsche, daß die Beratungen des Bundesparteitages Ihnen auch Zeit lassen werden, sich von diesen Leistungen unserer Bürger zu überzeugen, und daß Sie die Atmosphäre dieser Stadt und ihren Charme erleben mögen. Mögen Sie am konkreten Beispiel feststellen, daß es unser Ziel ist, das Menschliche als Maß für die Kommunalpolitik nicht nur zu fordern, sondern in der täglichen Arbeit in unserer Stadt durchzusetzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für dieses Grußwort sowie für die Gastfreundschaft der Stadt und Ihrer Mitarbeiter für diesen Parteitag. Ich bin sicher, daß wir uns hier in Wiesbaden alle wohlfühlen werden.

Ich darf nun unserem Parteitagspräsidenten, dem Landesvorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes Hessen der CDU, unserem Freund Dr. Alfred Dregger, das Wort zu einem Grußwort geben.

(Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Namen der hessischen CDU heiße ich Sie in unserer Landeshauptstadt herzlich willkommen. Ich tue es in der Erwartung, daß dieser Bundesparteitag in Wiesbaden das Sprungbrett sein wird, von dem aus wir in die Regierungsverantwortung in Bonn zurückkehren.

(Beifall)

Daß wir dazu von Hessen aus ansetzen, meine Freunde, ist ein Signal, ein Signal vor allem deshalb, weil sich unser parteipolitischer Gegner in diesem Lande besonders akzentuiert, weil er nach eigenem Selbstverständnis in Theorie und Praxis hier die progressive Speerspitze seiner Bundespartei darstellt und weil mit einiger zeitlicher Verzögerung das in Bonn aus dem Ei schlüpft, was in Südhessen ausgebrütet wurde, vorausgesetzt, die Mehrheitsverhältnisse im Bund gestatten es.

Meine Freunde, diese hessische SPD ist ein interessantes Studienobjekt für die Gesamtentwicklung dieser Partei. Wir kennen die Genossen aus Hessen-Süd aus täglichem Umgang, die Sozialdemokraten,

die Schar der Opportunisten und insbesondere die sozialistischen Missionare in Partei und Regierung, in Betrieben und Verwaltungen, in Schulen und Hochschulen. Wer die hessische Szene einige Jahre studiert hat, den kann nichts mehr überraschen, obwohl auch hier, meine Freunde, nicht alles spektakulär geschieht und ständige Gewöhnung abstumpft. Wir werden Ihnen heute eine Broschüre auf den Tisch legen, die in diesen Tagen in großer Auflage ins Land hinausgeht, eine Dokumentation über sozialistische Tendenzen im hessischen Schulwesen. Wir möchten Lehrer und Eltern informieren, und wir möchten sie ermutigen, der sozialistischen Gleichschaltung unerer Kinder Widerstand zu leisten.

(Beifall)

Meine Freunde, unsere energische Opposition findet nicht den Beifall unserer politischen Gegner und ihrer publizistischen Helfer. Gegen uns werden ganze Breitseiten abgeschossen. Daß wir uns davor nicht fürchten, ist das erste Geheimnis unseres Erfolgs.

(Beifall)

Ohne das Trommelfeuer unserer Gegner wären wir, die wir seit über 20 Jahren nicht mehr die Regierungsverantwortung in diesem Lande teilen, nicht so bekanntgeworden, wie es erforderlich ist, um Wahlerfolge zu erzielen. Insbesondere der Deutschen Kommunistischen Partei mit ihrer großen Finanzkraft kommt hier ein besonderes Verdienst zu. Was die DKP allein für mich an Flugblättern, Broschüren und Taschenbüchern gedruckt hat, das hätte der eigene Landesverband nie bezahlen können.

(Beifall)

Aber diese Sache hat auch eine andere Seite. Der strengen Konfrontation zu uns entspricht eine zunehmende Zusammenarbeit von Kommunisten, von Sozialisten verschiedener Schattierungen und auch von Sozialdemokraten, insbesondere an unseren hessischen Hochschulen. Deshalb haben wir uns nicht gewundert, daß der derzeitige hessische Ministerpräsident zwar dem Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder und des Bundeskanzlers zur Freihaltung des öffentlichen Dienstes von Verfassungsfeinden zugestimmt hat, aber, nach Hause zurückgekehrt, diesen Beschluß für den Hausgebrauch so abgeändert hat, daß er praktisch nicht mehr von Bedeutung ist.

(Zuruf: Pfui!)

Meine Freunde, in der politischen Situation dieses Landes — und es wird ja bald die politische Situation der Bundesrepublik sein, wenn wir

am 19. November nicht erfolgreich sein sollten – ist es mit staatsmännischen Erwägungen allein nicht getan. Hier lautet die Alternative: Anpassung oder Kampf, der in einem Lande mit einer nicht breiten Stammwählerschaft von uns Mut und intellektuelle Kraft erfordert. Sie wissen, daß dieser Kampf der hessischen CDU bei der letzten Landtagswahl erfolgreich war; wir haben den Abstand zwischen SPD und CDU von 25 Prozentpunkten auf 6 Prozentpunkte verringern können.

(Beifall)

Wir sehen darin unseren Beitrag zur Demokratisierung der hessischen Demokratie. Wenn der Begriff „Demokratisierung" irgenwo hinpaßt, dann an diese Stelle;

(Beifall)

denn jetzt gibt es auch in Hessen zwei große Parteien, und die Wähler können von Wahl zu Wahl entscheiden, welche Partei regieren und welche Partei opponieren soll.

So groß dieser Erfolg war, meine Damen und Herren, wir überschätzen ihn nicht. Das Gleichgewicht der Kräfte im Landtag ist erreicht, aber nicht im Lande. Das Gleichgewicht in den meisten Kommunen, in den Massenorganisationen, in den Medien muß noch hergestellt werden. Hier herrscht weitgehend noch die SPD, und es ist ein Lehrstück für uns alle, wie es diese Partei in diesem Lande verstanden hat, Parteimacht in Staatsmacht und Staatsmacht in Parteimacht umzusetzen. Auch wenn wir das nicht nachahmen wollen, sollten wir es wenigstens zur Kenntnis nehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Hessen ist nur ein Beispiel. Auf diesem Parteitag und bei der Bundestagswahl, die er vorbereitet, geht es um Deutschland. Willy Brandt hat vor wenigen Tagen folgendes erklärt:

„Die bevorstehenden Neuwahlen werden die Weichen für die Zukunft der Bundesrepublik in einer Weise stellen, wie das zuvor nie der Fall war."

So ist es, meine Freunde!

Bei dieser Bundestagswahl geht es nicht nur darum, eine Regierung abzulösen, die versagt hat. Diese Regierung hat mehr zu verantworten. Sie hat durch ihre Politik, durch Tun und Unterlassen, den Boden für die Systemveränderer bereitet. Meine Freunde, in diese Schlacht

um Deutschland treten wir ein als eine Partie, die sich in der Regierung und in der Opposition bewährt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Opposition war so erfolgreich, daß sie in manchen Fällen an die Stelle der Regierung getreten ist. War es nicht ein ungeheurer Erfolg, daß Gerhard Schröder aus der Opposition heraus die Regierung zwingen konnte, diplomatische Beziehungen zu China aufzunehmen,

(Beifall)

und daß Hans Katzer aus der Opposition heraus die Rentner vor der Inflation schützen konnte?

(Erneuter Beifall)

Wenn diese Opposition so erfolgreich gewesen ist, dann ist das – und dies ist ein geschichtliches Verdienst, das heute schon feststeht – die Leistung des Oppositiosnführers im Deutschen Bundestag, mit dem wir als Kanzlerkandidat in diesen Wahlkampf gehen.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, bei diesem Wahlkampf geht es nicht nur um Stabilität in Wirtschaft und Finanzen, sondern um eine langfristige Weichenstellung. Wir erinnern uns an das Wort Karl Schillers: „Die wollen ja eine andere Republik". Das sind sicherlich nicht alle Sozialdemokraten; es ist nur ein Teil. Aber das ist der Unterschied: auch wir haben kontroverse Fragen, auch bei uns gibt es Flügelbildungen – aber in dieser Frage nicht. Wir alle wollen diese Republik und ihre freiheitliche, soziale und marktwirtschaftliche Ordnung.

(Beifall)

Deshalb war die Union noch nie so geschlossen wie jetzt. Deshalb streiten Barzel und Schröder, Katzer und Strauß und wir alle in einer Mannschaft, deshalb vereinigen wir unsere Kräfte zu einer ungeheuren Anstrengung. In dieser Absicht und mit dieser Entschlossenheit lassen Sie uns beginnen! Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Dregger, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Grußwort. Ich glaube, es hat die rechte politische Einstimmung für diesen Parteitag gebracht. Ihnen und allen Freunden in der hessischen CDU alle guten Wünsche für die Kommu-

nalwahl am 22. dieses Monats und für einen weiteren Ruck nach vorn dann am 19. November!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zu einem Grußwort für die hier anwesenden Vertreter der mit uns verbundenen ausländischen christlich-demokratischen Parteien darf ich nun unseren Freund Mariano Rumor bitten.

(Beifall)

Mariano Rumor: (in deutscher Übersetzung)

(mit erneutem Beifall begrüßt)

Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen als Präsident der Europäischen Christlich-Demokratischen Union den freundlichen Gruß und den Ausdruck der Solidarität aller Parteien unserer Union zu überbringen.

(Beifall)

Sie wissen, daß man in ganz Europa und darüber hinaus mit außerordentlichem Interesse den kommenden Wahlen entgegensieht, die die großen politischen Entscheidungen der Bundesrepublik Deutschland bestimmen werden. Sie wissen, daß alle christlichen Demokraten diese Wahlen mit brüderlicher Solidarität verfolgen.

Eine Tatsache muß an erster Stelle hervorgehoben werden, und dies ist ein Grund stolzen Selbstbewußtseins für die CDU: Es war die deutsche CDU, die unter der Führung Konrad Adenauers die Bundesrepublik aufgebaut hat und sie zu dem machte, was sie heute ist: ein demokratisches, blühendes und aktives Land, einer der Vorkämpfer der europäischen Politik in der Welt.

(Beifall)

Dies ist eine Erbschaft, die keineswegs der Vergangenheit angehört. Sie wurde von den Nachfolgern Adenauers und Ihrer gesamten Partei weiterentwickelt und bildet auch in der veränderten demokratischen Wirklichkeit die Wesentliche Grundlage der deutschen politischen Situation.

Die christliche Demokratie hat in der Bundesrepublik tiefe und starke Wurzeln. Sie ist eine große politische Kraft, und sie bildete immer die Mehrheit im Lande. Daß sie von der Macht ausgeschlossen wurde, hat ihr nicht geschadet. Sie hat mit großer Entschiedenheit und vorbillicher demokratischer Vitalität die Probleme angefaßt und hat für einen lebendigen Schwung gesorgt. Das Vertrauen des Landes sicherte der

CDU in den Landes- und Gemeindewahlen der letzten drei Jahre einen wachsenden Erfolg. In diesem Geiste und im Gefühl der Freundschaft, die uns seit vielen Jahren verbindet, drücken wir unseren aufrichtigen Wunsch zum Gelingen Ihrer Arbeit auf diesem Kongreß und insbesondere für den beginnenden Wahlkampf aus.

(Beifall)

Wir haben in diesen Jahren eng zusammengearbeitet, und zusammen gaben wir den christlich-demokratischen Parteien Europas eine einheitliche und starke Stimme. Europa ist aufs neue in Bewegung gekommen. Es breitet seinen Wirkungsraum und seine Lebenskraft aus. Aber das Ungenügen der erreichten Etappen, der Wille, zur Erreichung des Endzieles fortzuschreiten, dies sind die Kräfte, die die Geschichte bewegen und ihre Ereignisse bestimmen. Sie erlegen uns die Pflicht auf, mit zäher Kraft jene politische Einheit anzustreben, die das dauernde Ziel ist, das alle christlichen Demokraten mit Überzeugung verfolgen.

Vor uns stehen Aufgaben und Probleme von entscheidender Bedeutung: die europäische Gipfelkonferenz, die konsequente Politik der Entspannung, die solide, sorgfältige und verantwortungsbewußte, aber auch ohne Komplexe geführte Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz. Wir sind realistisch genug, um zu erkennen, daß dies keine einfachen Themen sind. Wer jedoch vor den Schwierigkeiten zurückweicht, versagt vor dem historischen Augenblick. In einer Zeit, in der die Welt eine multipolare Struktur annimmt, ist die Präsenz Europas zuerst eine sittliche und dann eine politische Pflicht, um eine Strategie des Friedens zu ermöglichen, durch die wir konkret zur friedlichen Regelung der bestehenden Konflikte und zur aktiven und verantwortungsbewußten Bekämpfung des Ärgernisses der Not, des Hungers und der menschlichen Probleme der Dritten Welt beitragen können.

Die europäische christliche Demokratie ist die politische Bewegung, die in all ihren verschiedenen nationalen Organisationen seit einem Vierteljahrhundert mit unvergleichlicher Konsequenz in enger Solidarität und mit unermüdlicher Energie für die Stärkung und Vereinigung Europas gearbeitet hat. In diesem angestrengten Bemühen fand sich die christliche Demokratie Deutschlands immer an unserer Seite, und sie tut es heute noch. Deshalb haben wir das Vertrauen, daß die Regierungen, die demnächst in der Gipfelkonferenz zusammentreten, bei der Behandlung der Themen, die auf der Tagesordnung stehen, zu konkreten und rasch durchführbaren Schlußfolgerungen kommen, im Rahmen eines politischen Europas, das seine eigene Identität besitzt,

die nicht polemisch gegen andere gerichtet ist, sondern eine ursprüngliche Kraft gegenüber den großen Weltmächten besitzt, seine eigenen vorbildlichen und eindrucksvollen kulturellen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen besitzt, seine integrierte demokratische Organisation und die Garantie der Freiheit und des Fortschritts.

Europa ist das Problem von heute, das Problem dieser geschichtlichen Stunde, das Problem unserer Generationen, die die Verantwortung dafür nicht den kommenden Generationen überlassen können.

Wir wünschen Ihnen, liebe Freunde, Ihnen, lieber Freund Barzel, und uns im Interesse Ihres Volkes und im Interesse des größeren Vaterlandes Europa einen vollen Erfolg und die Erfüllung Ihrer Hoffnungen, die auch die unseren sind.

(Beifall)

Es lebe die christliche Demokratie in Deutschland, in Europa und in der Welt!

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Rumor, wir danken Ihnen für dieses vom Geist freundschaftlicher Verbundenheit getragene Grußwort. Wir wissen, daß uns nicht nur die gemeinsame geistige Grundlage unserer politischen Verantwortung eint, uns eint auch die gemeinsame Arbeit in unseren Ländern und vor allen die gemeinsame Aufgabe für Europa. Herzlichen Dank für Ihr Wort an uns!

Nun darf ich unserem Freund Richard Stücklen das Wort für ein Grußwort für unsere Schwesterpartei, die Christlich Soziale Union, erteilen.

Richard Stücklen: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Der Landesvorsitzende der Christlich Sozialen Union, Franz Josef Strauß, wird morgen zu den Delegierten dieses Bundesparteitags sprechen. Aus diesem Grunde hat er mich gebeten, heute den Delegierten die Grüße der CSU für diesen bedeutenden und in die Zukunft weisenden Parteitag zu überbringen. Ich möchte das in der gebührlichen Kürze tun.

Wenn auch die CDU und die CSU zwei selbständige Parteien sind, so hat es doch nie einen Zweifel darüber gegeben, daß es in den Grundsätzen und in den Zielen unserer Politik immer ein Höchstmaß an Übereinstimmung gegeben hat und auch künftig geben wird.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, es wird auch in der Zukunft so sein, weil ich weiß, daß wir die Politik in den beiden Unionsparteien so gestalten

und uns bemühen, daß wir sie nicht nur vor den Menschen, sondern letztlich vor Gott verantworten können.

(Vereinzelter Beifall)

1949 haben die Mitglieder der CSU im ersten Deutschen Bundestag die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU beschlossen und damit eine entscheidende Weiche für eine erfolgreiche Politik für Deutschland in den darauf folgenden 20 Jahren gestellt. Unsere entschlossene und gemeinsam getragene Politik der Unionsparteien hat die zukunftsweisenden Reformen gegen den erbitterten Widerstand der SPD ermöglicht. Ohne sie wäre der erfolgreiche Kampf gegen Hunger und Elend der Nachkriegszeit und der Durchbruch zu einem modernen Deutschland, das in der Welt geachtet und anerkannt ist, nicht möglich gewesen. Ich sage dies nicht, um uns im Lichte des Erfolges der Vergangenheit zu sonnen, sondern um uns erneut in dieser Stunde in die Verpflichtung zu nehmen, uns bewußt zu sein, was die geschlossene Kraft der Unionsparteien zu bewirken vermag.

(Beifall)

Unsere politischen Widersacher haben den Unionsparteien das Auseinanderfallen in der Opposition vorausgesagt. Der Wunschgedanke unserer politischen Gegner hat sich nicht erfüllt. Sie haben sich gründlich getäuscht. Die Unionsparteien und die Bundestagsfraktion der Christlich Demokratischen und der Christlich Sozialen Union sind heute geschlossener denn je.

(Beifall)

Zum ersten Male in der Geschichte unserer beiden Parteien treten sie mit einem von den Führungsgremien der CDU/CSU einstimmig beschlossenen Regierungsprogramm an.

Das Verdienst, diese Einheit in Wort und Schrift ermöglicht zu haben, gebührt in erster Linie dem Fraktionsvorsitzenden, unserem Kanzlerkandidaten Rainer Barzel,

(Beifall)

dem ich für seine Arbeit, für seinen Einsatz und seine Kameradschaft insbesondere auch in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag heute an dieser Stelle recht herzlich danken möchte.

(Beifall)

Er hat Führungsqualitäten unter Beweis gestellt. Wir haben unseren besten Mann an den ersten Platz gesetzt.

(Beifall)

Im Gegensatz dazu haben drei Jahre SPD-FDP-Koalition gezeigt, daß es diesen Parteien an Augenmaß, an Gestaltungskraft und Geschlossenheit fehlt. Brandt hat als Bundeskanzler das zweifelhafte Verdienst, durch eine verhängnisvolle Inflationspolitik Stabilität und Reformen verspielt zu haben. Er hat durch mangelhafte Führungsqualitäten einen bis dahin nie gekannten Verschleiß seiner Regierungsmannschaft und des Parlaments herbeigeführt und durch verleumderische Verdächtigungen und persönliche Verunglimpfungen den inneren Frieden auf das schwerste gefährdet.

(Beifall)

Brandt hat nicht nur als Regierungschef, er hat auch als Parteivorsitzender der SPD versagt. Er hat nicht den Mut, die Kraft und das Wollen aufgebracht, die zerstörenden Elemente in seiner Partei zu bannen. Diese Partei ist in sich gespalten, und aus ihr droht Gefahr für unser Volk.

(Beifall)

Die linksextremen Kräfte in der SPD sind weiter in Vormarsch. Die einzige, wirkliche Alternative gegen demokratie- und gesellschaftszerstörende Entwicklungen von links und rechts sind die Unionsparteien. Deshalb gelten die Anstrengungen um einen Wahlerfolg der CDU/CSU nicht allein dem legitimen Ziel, das eigene Programm in der Regierungsverantwortung verwirklichen zu können. Es geht um mehr; es geht um die Ablösung dieses Kanzlers und seiner Regierung, damit Schaden vom deutschen Volke abgewandt wird.

(Beifall)

In diesem Kampfe für eine Mehrheit am 19. November steht die Christlich Soziale Union entschlossen und geschlossen an der Seite der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich bin von unserem Erfolg überzeugt. Wir werden siegen, weil wir die bessere Mannschaft und das bessere Programm, frei von Utopie und Wunschdenken, haben. Wir werden siegen, weil ich an die Vernunft und die Solidarität der Wähler glaube.

In diesem Sinne und in diesem Kampfgeist möchte ich die Grüße der Christlich Sozialen Union in Bayern diesem Parteitag der Christlich Demokratischen Union in Deutschland überbringen. Herzliche Grüße, alles Gute und viel Erfolg!

(Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Lieber Freund Stücklen, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Wort brüderlicher Verbundenheit. Wir sind sicher: Wir werden es gemeinsam — CDU und CSU — am 19. November schaffen.

Herzliche Grüße Ihnen und den Freunden der Christlich-Sozialen Union von diesem Parteitag der CDU nach München, nach Bayern und für die gemeinsame Aufgabe in den vor uns liegenden sechs Wochen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Punkt 4 der Tagesordnung, die Ihnen als Vorschlag vorliegt:

Beschlußfassung über die Tagesordnung.

Der Vorschlag ist Ihnen zugegangen. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dieser Tagesordnung zustimmen, um ihr Handzeichen mit der Stimmkarte. Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen?

— Bei wenigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Beschlußfassung über die Verfahrensordnung.

In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie die Vorlage des Bundesvorstandes. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? — Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Verfahrensordnung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei einer Gegenstimme ohne Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Sie finden auch dazu einen Vorschlag in Ihren Tagungsunterlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die der Wahl der vorgeschlagenen Parteifreunde in die Mandatsprüfungskommission zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Die Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dann ist einstimmig nach dem Vorschlag beschlossen und gewählt. Ich bitte die Mandatsprüfungskommission, ihre Arbeit aufzunehmen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Wahl der Antragskommission.

Ich verweise auf den Vorschlag in Ihren Tagungsunterlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist offenbar nicht der Fall. Dann können wir über diesen Vorschlag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei einer Gegenstimme ohne Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Punkt 8 der Tagesordnung auf:

Wahl der Stimmzählkommission.

Auch hierzu verweise ich auf den Vorschlag in Ihren Tagungsunterlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die dem Vorschlag zustimmen wollen, um ihr Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann Punkt 9 der Tagesordnung auf:

Rede des Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel.

Ich erteile unserem Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel zu seiner Rede das Wort.

Dr. Rainer Barzel: (mit Beifall begrüßt) Verehrte Gäste, liebe Delegierte! Seit unserem letzten Parteitag im Oktober 1971 in Saarbrücken können wir für unsere Partei diese Tatsachen verzeichnen: Wir haben die Wahl in Baden-Württemberg gewonnen, die Einigkeit und Geschlossenheit in der Führung hergestellt, die innerparteiliche Demokratie belebt, die Grundsatzdiskussion aufgenommen, die Finanzsituation verbessert, die Organisation gestrafft, die Mitgliederzahl erhöht, die Information belebt und die Öffentlichkeitsarbeit ausgebaut. Wir haben also Wort gehalten, und unser Generalsekretär, mein Kollege Konrad Kraske, wird dazu im einzelnen heute nachmittag berichten. Ich möchte ihm — wie allen Mitgliedern des Präsidiums und des Bundesvorstandes — danken, ebenso wie allen Mitarbeitern der Partei auf der Bundes-, der Landes- und der Kreisebene. Mein Dank gilt den Landes- und den Vereinigungsvorsitzenden, den Kreisvorsitzenden, allen Abgeordneten und allen Mitgliedern.

Die Bundestagsfraktion, die bewährte Kampfgemeinschaft von CDU und CSU, die Richard Stücklen hier soeben eindrucksvoll, wie ich dankbar festhalte, erneuert hat, hat ihre auf eine klare Alternative angelegte Oppositionsarbeit so erfolgreich fortgesetzt, daß die Regierung Brandt vorzeitig aufgeben mußte.

(Beifall)

Ich verweise hier auf den schriftlichen Bericht der Fraktion, der mein Dank gilt. Mein Dank gilt ebenso allen Kollegen wie allen Mitarbeitern. An dieser Stelle danke ich ausdrücklich für die hervorragende Zusammenarbeit mit unseren Freunden in den Ländern und im Bundesrat. Ich erwähne hier unsere Ministerpräsidenten Goppel, Filbinger, Röder, Kohl und Stoltenberg. Ihnen gilt mein Gruß und Dank sowie die Hoffnung, diese Zusammenarbeit in anderer Funktion ebenso fortzusetzen.

(Beifall)

Meine Freunde, so haben wir durch konsequente Arbeit die Stunde der Entscheidung herbeigeführt. Die Union steht bereit, durch eine bessere Politik zu Stabilität und Fortschritt, zu Erfolg und sozialer Gerechtigkeit, zu mehr Freiheit und zu mehr Sicherheit zu führen. Wenn wir, meine Freunde, „Frieden" sagen, so meinen wir den Frieden nach außen und den Frieden nach innen. Dieser beruht aber auf Respekt, auf Toleranz und auf Rücksicht. Verleumdung zerstört neben dem, der sie ausspricht, vor allem den inneren Frieden.

(Beifall)

Deshalb danke ich Ihnen, lieber Herr von Hassel, für den Beitrag zur Erhaltung der Würde des Parlaments, den Sie aus gegebenem Anlaß leisten mußten.

(Beifall)

Meine Freunde, es geht, wie wir eingangs sagten, um die Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist die Voraussetzung für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, an dem wir festhalten. Es geht um die Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland auch deshalb, weil für uns Kritiker nicht „Schreibtischtäter" sind und weil das Gewissen der Politiker nicht zur Handelsware abgewertet werden darf.

(Beifall)

Es geht um die Umkehr von einem Weg, der das früher Erreichte nicht bewahrt, sondern gefährdet. Meine Freunde, wir trauen uns das zu, was Deutschland braucht: einen neuen Anfang, die Umkehr und den Wechsel!

(Beifall)

Wir wissen: Deutschland steht vor einer grundsätzlichen Entscheidung: Erneuerung durch die Union auf der Basis unserer Prinzipien oder Abgleiten in den Sozialismus der SPD. Dies allein ist die Frage.

Wir stellen fest: Viele sind enttäuscht von der Führungsschwäche und von der Instabilität, von den Ergebnissen, den Vorkommnissen

und den Affären, von den Rücktritten und den Ausrutschern, von den nicht eingehaltenen Versprechungen dieser Koalition. Diese Enttäuschung hat, wie wir sehr genau wissen, gerade und vor allem die erfaßt, die 1969 zum erstenmal sozialdemokratisch gewählt haben. Die meisten von diesen werden es zugleich letztmals getan haben, weil innerhalb der SPD — jedermann sichtbar — Sozialisten die Mehrheit haben und Sozialdemokraten in die Minderheit geraten sind.

(Beifall)

Wir wissen sehr gut, daß die Mehrheit der Deutschen diesen Sozialismus nicht will. Die Mehrheit will Fortschritt, solide Reformen durch Partnerschaft der Mitte, sie will Würde und Anstand der Führenden. Diese Mehrheit kann und wird sich — da bin ich zuversichtlich — für uns entscheiden, wenn wir mit dem moderneren Programm, mit der besseren Mannschaft, mit der größeren Festigkeit und mit überlegenem Kampfgeist und Fleiß ans Werk gehen. Wir können es schaffen!

(Beifall)

Diese Mehrheit wird nämlich unruhig und aufmerksam, sie wird mißtrauisch, wenn sie spürt, daß die Fundamente in Gefahr geraten. Und dies geschieht durch die SPD. Meine Freunde, wer erklärt, Stabilität sei bloß so ein Modewort, wer zugleich die soziale Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage stellt, wer Fremdbestimmung statt Mitbestimmung will, wer kollektive Vermögensfonds statt privaten Eigentums mit persönlicher Verfügungsgewalt anstrebt, wer die breitere Streuung des Privateigentums ablehnt, weil sie das „System" stabilisiere, wer mit der Steuerpolitik die Belastbarkeit der Unternehmen erproben, den Ertrag sozialisieren, die Leistung bestrafen, den Mittelstand auszehren sowie die Kinderreichen und die Ehe benachteiligen will, wer den Zusammenschluß des freien Europas zur politischen Union nicht will, wer den Kampf gegen den politischen Radikalismus eher halbherzig führt, wer Manipulation durch Landespresseausschüsse will, wer sich so einläßt, der will eine andere, eine sozialistische Ordnung, der will eine andere Republik! Hier geht es um Grundsätze, und hier muß gefochten, gekämpft und gesiegt werden, wenn unsere Grundsätze die Oberhand gewinnen sollen.

(Beifall)

Wir weichen diesem Kampf nicht aus. Auf die außenpolitische Öffnung nach Osten darf nicht die innenpolitische Öffnung für diesen Sozialismus folgen. Dieser Sozialismus macht nämlich alle ärmer, macht alle abhängiger. Dieser Sozialismus bedeutet weniger für alle. Meine Freunde, nirgendwo auf der Welt ist durch Sozialismus erreicht

worden, was hierzulande für die breiten Massen sozial und human durch soziale Marktwirtschaft erreicht worden ist.

(Beifall)

Sicher, hier ist noch viel zu tun, aber dieses Ergebnis kann keiner sonst auf der Welt vorweisen. Brandt hat nicht einmal bewahren können, was er übernahm.

Meine Freunde, Inflation ist gegenwärtig der große Gegner der sozialen Marktwirtschaft. Die Meinung, die der Präsident der Deutschen Bundesbank, der Sozialdemokrat Klasen, ausspricht, ist eindeutig. Er sagt:

> „Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft wird verringert. Der Regierung wird es immer schwieriger, notwendige Reformen durchzuführen, unser Sparkapital, unser gesamter Wohlstand schwindet dahin. Neue soziale Ungerechtigkeiten entstehen. Das ergibt weitere soziale Spannungen. Unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung wird gefährdet. Und schließlich wird unsere Demokratie in Frage gestellt."

Dem kann man nur zustimmen. Und ich stimme zu, wenn Herr Poullain dieser Tage sagte:

> „Wenn ich Juso wäre, würde ich die Hände in den Schoß legen, die Entwicklung mit Ruhe betrachten und dann den richtigen Augenblick abwarten, um unsere soziale Marktwirtschaft, die durch diesen Inflationsprozeß permanent ausgehöhlt wird, zu stürzen."

Meine Freunde, hier stellt sich dann die Frage: Warum tut der Kanzler nichts, wenn es sich so verhält?

(Beifall)

Will er auch diese andere Republik? Ist er gar bereit, Inflation als Mittel zur sozialistischen Veränderung der Gesellschaft hinzunehmen? Diese Fragen müssen hier und jetzt gestellt werden.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Warum hält sich dieser Bundeskanzler für handlungsfähig, über Schicksalsfragen des deutschen Volkes – obzwar ohne Bundestag und ohne Mehrheit – fundamentale Entscheidungen herbeizuführen, derselbe Bundeskanzler, der sich dort für handlungsunfähig hält, wo es gilt, Stabilität zu sichern, wo es gilt, Inflation und Preissteigerung zu bekämpfen? Diese Frage muß hier gestellt werden.

(Beifall)

Damit wird deutlich, wo die Prioritäten dieses Kanzlers und dieser Regierung liegen; bei der Stabilität, also bei der Basis für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit, liegen sie nicht, und bei der inneren Ordnung liegen sie auch nicht. Das wäre damit bewiesen.

Ich möchte gern an drei Beispielen aus der Gesetzgebungsarbeit des zu Ende gegangenen Bundestages ablesen, wohin die Reise gehen würde, wenn SPD und FDP eine Mehrheit bekämen:

Erstens. Nur über den Vermittlungsausschuß konnten wir einen Gesetzesbeschluß des Bundestages wieder berichtigen, der zur Monopolisierung und Kommunalisierung des Grund und Bodens nach Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen geführt hätte.

Zweitens. Nicht durchsetzen konnten wir in dem gleichen Gesetz eine Vorschrift, die steuerliche Anreize für private Initiativen auch zur Sanierung und Entwicklung vorsah. Die private Initiative wurde hier ausgeschlossen, unser Antrag aus ideologischen Gründen abgelehnt. Hier das Ergebnis: Dieses wichtige Gesetz kann nicht angewandt werden, es schlummert in den Schreibtischschubladen der Verantwortlichen, da die öffentlichen Hände nicht imstande sind, dieses Gesetz finanziell zu bedienen und weil Privatinitiative ausgeschlossen wurde. So führte, wie hier bewiesen wurde, Ideologie zur Verhinderung von nötigem Fortschritt.

Meine Freunde, ich erinnere an dieses Beispiel auch deshalb, weil wir, wie wir morgen und übermorgen noch deutlicher sehen werden, vor großen Finanzproblemen des Bundes stehen. Wir hätten den Wiederaufbau nie finanzieren können, wenn wir alles von der öffentlichen Hand und alles aus Steuergeldern erwartet hätten, wenn wir nicht immer wieder private Initiative ermuntert hätten, auch in solchen Dingen tätig zu werden, die im öffentlichen Interesse liegen.

(Beifall)

Wir werden daran zu erinnern haben, wenn wir die Finanzen in Ordnung bringen.

Ich möchte einen dritten Punkt nennen, einen Punkt aus dem gescheiterten Bildungsprogramm der Regierung, das Hochschulrechtsrahmengesetz. Dort wollten SPD und FDP Grundrechte abhängig machen von ihren gesellschaftlichen Bezügen. Sie schlugen uns eine Vorschrift vor: „Die Hochschulen und ihre Mitglieder sind gehalten, die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor der Gesellschaft im Sinne des in Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes verbürgten Grundrechtes zu nutzen und zu wahren."

Meine Freunde, diese Beschränkung von Individualrechten durch eine nicht näher qualifizierte und bestimmte Gesellschaft hätte zu einer unvertretbaren Einengung von Grundrechten geführt, hätte der Willkür Tür und Tor geöffnet und hätte angesichts der Wirklichkeit in einigen Bereichen einiger Universitäten in der Praxis voraussichtlich zum Gegenteil geführt. Die Koalition bestand auf dieser Hintertür, und so scheiterte das Gesetz mit dieser Regierung.

Bemerkenswert an diesen drei Punkten ist die Einigkeit von SPD und FDP in diesen Fragen, die doch die Koalition eher sozialistisch, aber bestimmt nicht liberal beantwortet hat. Damit ist auch deutlich, meine Freunde, daß mit diesem kleinen Häuflein Sozialismus in Deutschland weder verhindert noch ernsthaft gebremst werden kann.

(Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland — unter Führung der Union aufgebaut, und ich freue mich, so hervorragende alte Mitstreiter hier und dort zu sehen, und ich danke für Rat und Unterstützung in diesen Wochen und Monaten — zählt zu den bedeutendsten Staaten der Welt, politisch und wirtschaftlich, ebenso aber wegen der Ausgewogenheit ihrer Sozialstruktur. Aber ohne persönlichen Einsatz eines jeden und ohne den Willen zur Leistung wäre das vielzitierte deutsche „Wirtschaftswunder" doch gar nicht möglich gewesen.

Meine Freunde, unsere — der CDU/CSU — politische Leistung hatte, wie ich meine, ihre Wurzel — und daran müssen wir erinnern — in dem geistigen Ansatz unserer Politik, in den fortschrittlichen Prinzipien, auf die wir sie gründeten, in der für uns unabdingbaren Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und zur vollkommenen Einordnung unserer Interessen und unseres Potentials in das europäische Ganze.

Zu diesen Prinziepien gehörten und gehören Soziale Marktwirtschaft statt Dirigismus, soziale Partnerschaft statt Klassenkampf. Und hieraus entwickelten wir dann moderne Konzepte für gesellschaftspolitische Schwerpunkte und setzten diese dann — durch Tagespolitik — erfolgreich um in eine bessere Gesellschaftsordnung. Ich erinnere an: Wohlstand für alle, Eigentum für jeden, dynamische Rente, sozialen Wohnungsbau, Aufstieg durch Bildung.

Meine Freunde, wir haben Reformen vollzogen. Wir haben nicht von Reformen geredet und Inflation bewirkt. Wir haben durch eine dynamische und sachgerechte Politik dafür gesorgt, daß hier solider Fortschritt und eine bessere soziale Wirklichkeit erreicht wurden.

(Beifall)

Ist aber etwa – so müssen wir fragen, und zwar auch selbstkritisch uns fragen – die Leistung des deutschen Wiederaufbaus inzwischen zu selbstverständlich geworden? Haben wir etwa – auch dies müssen wir fragen – so sehr gearbeitet, daß wir zuwenig auf die Renaissance jener unheilvollen Ideen geachtet haben, die wir für tot hielten, die aber nun, wie wir sehen, nur tot geglaubt waren? Es feiern doch – und das ist die Sorge, die mit uns umgeht – Urständ: Klassenkampf und Neutralismus, Radikalismus und Gewalt, Ertrags- und Leistungsverteufelung sowie die folgenschwere Verwechslung der Demokratie mit einem schlappen Staat.

Diese Geisteshaltungen der Verwirrung sind eine politische und geistige Herausforderung, und wir werden sie nur bezwingen, wenn wir uns zu Grundsätzen bekennen.

Meine Freunde, ich kann nicht umhin hinzuzufügen, daß für mich die Wurzel vieler Übel die geistige Verwirrung ist, die von jenen ausgeht, die Sozialismus sagen, ohne erklären zu können, was das konkret heißt.

(Beifall)

Der Bundeskanzler selbst ist uns die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum er vom Bekenntnis zum Sozialdemokratismus zu dem Bekenntnis zum Sozialismus übergegangen ist. Wir alle wissen, daß Politik zwar in Sachbereiche zerlegbar ist, und sie tritt auch meistens so in Erscheinung: als Konjunktur-, Verteidigungs- und, was weiß ich, für Politik. Das darf uns aber nicht hindern und davon ablenken, diese eine Wahrheit immer zu sehen: Alle diese Einzel-Politiken sind Antworten, die von einem Ausgangspunkt, von einem Kern her gefunden werden. Und dieser Kern ist immer – bei den Revolutionären wie bei den Demokraten, bei den Sozialisten wie bei uns – gesellschaftspolitisch bestimmt, nämlich von dem Bild, das man hat vom Menschen, von der Familie, vom Eigentum, vom Staat und von den Rechten und Pflichten des einzelnen.

(Beifall)

Und hier, meine Freunde, entsteht nun die Notwendigkeit der gesellschaftspolitischen Kontroverse. Es kann keiner bestreiten, daß wir die Dinge anders sehen als die Sozialisten, nicht auszuweichen, sondern diese Konfrontation um die Fundamente zu führen. Und das wird eine der Aufgaben dieses Wahlkampfes sein. Die Bevölkerung spürt mit uns, daß Fundamente in Gefahr sind. Sie fragt uns nur, ob wir noch die Courage haben, uns zu Fundamenten zu bekennen, ob dies im Augenblick bekannt, populär ist oder nicht; denn man wird uns nicht

fragen: Ihr habt doch die Lektion von Weimar gelernt, ihr habt den Kommunismus vor der Tür, ihr habt diese drei Jahre erlebt, wann endlich wollt ihr aufwachen und aufstehen und kämpfen für eure Sache?

(Anhaltender starker Beifall)

Ich sehe, das Stichwort „Kampf" war sehr gut. Ich möchte nur allen meinen Kollegen, die nach mir im Laufe dieser Tage an dieser Stelle stehen werden, eine andere Technik wünschen; denn diese Technik, daß ich zwar alle Kameras sehe, aber die Delegierten, zu denen ich spreche, fast überhaupt nicht, das ist eine Sache, die man nur am ersten Tag dem Vorsitzenden selbst zumuten sollte.

(Beifall)

Es ist also deutlich geworden, daß im Kampf der Parteien es nicht mehr um Punkte oder Kommata geht; ja ich sage, es geht nicht einmal nur um Personen, es geht inzwischen auch nicht mehr nur um den besten Weg zur Erreichung der gleichen Ziele, sondern der Kampf der Parteien hat inzwischen den Bereich der Ziel- und Wertvorstellungen selbst erfaßt. Das muß gesagt und das muß gesehen werden, und wer es nicht glaubt: Stellen wir es gegenüber!

Wir wollen Soziale Marktwirtschaft – die anderen stellen sie zunehmend in Frage.

Wir vollen Stabilität – die anderen verniedlichen die Inflation.

Wir wollen Mitbestimmung – die anderen sind für Fremdbestimmung.

Wir wollen breiter gestreutes persönliches Eigentum für jeden – die anderen sind für kollektive Vermögensfonds in den Händen der Mächtigen.

Wir wollen ein Steuerrecht, das dem Bild der humanen Leistungsgesellschaft entspricht – die anderen wollen durch Steuern die Leistung bestrafen und die Gesellschaft sozialisieren.

Wir wollen den europäischen Bundesstaat – die anderen haben ihn abgeschrieben.

Wir wollen ein freies Pressewesen – die anderen wollen die Manipulation durch Landespresseausschüsse.

(Beifall)

Wir wollen uns kritisieren lassen und werden sie deshalb nicht beschimpfen, denn die Kritik ist eine Chance, einen Fehler wiedergutzu-

machen oder rechtzeitig den Kurs zu berichtigen. Wir wollen diese Republik, diese Wertordnung, diese Freiheit mit ihrer Sicherheit und sagen mit dem Grundsatzprogramm der Jungen Union: Politik ist für uns nicht irgend etwas, sondern Wertverwirklichung, die Werte unseres Grundgesetzes und unsere Prinzipien zu verwirklichen. Das ist der Kampf, den es jetzt zu fechten gilt.

Wir brauchen also eine Politik, die das hart Erarbeitete sichert und durch stabile Verhältnisse soliden Fortschritt ermöglicht, damit es gerecht zugeht in Deutschland.

Die Soziale Marktwirtschaft ist kein statisches, sondern ein dynamisches Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm für alle. Wir dürfen und wir werden nicht auf dem Erreichten ausruhen. Deshalb muß Soziale Marktwirtschaft so fortentwickelt werden, daß die persönliche Freiheit erhalten und noch mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird. Freilich setzen Fortschrit und soziale Gerechigkeit stabile Verhältnisse voraus.

Stabilität – und ich sage: ideelle und materielle Stabilität; dies beides gehört zusammen –,

(Beifall)

Stabilität ist für uns kein Modewort, sondern Stabilität ist das, was wir durch Anstrengungen wieder schaffen müssen, weil es sonst Fortschritt und soziale Gerechtigkeit in diesem Lande nicht mehr gibt. Mit diesem Kampf um Stabilität wollen und werden wir zugleich dafür sorgen, daß der einzelne nicht in immer größere Abhängigkeiten vom Staat, vom Kollektiv, gerät, daß Vollbeschäftigung und Wachstum – beide sind zugleich möglich – erhalten werden und daß nicht die sozial Schwachen, wie das gegenwärtig der Fall ist, auf die Dauer hier die Zeche zahlen.

In den 20 Jahren sozialer Marktwirtschaft unter unserer Führung ist es gelungen – und Sie alle, die Sie draußen diskutieren, wissen, daß es notwendig ist, ein paar Sätze dazu zu sagen –, eine ausgewogene und erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben und zugleich zu beweisen, daß es einen Gegensatz zwischen der Förderung des öffentlichen und des privaten Wohlstandes weder gibt noch geben darf. Sollen öffentlicher und privater Wohlstand gleichermaßen gefördert werden, so müssen eben die gesamtwirtschaftlichen Ziele des Stabilitätsgesetzes angewandt werden. In den 20 Jahren, in denen wir die Regierungsverantwortung trugen, ist dies in hohem Maße gelungen. Dies sagen und Ludwig Erhard danken, ist ein und dieselbe Sache!

(Starker Beifall)

Wir haben gleichzeitig für hohes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität gesorgt. Wir haben die deutsche Volkswirtschaft in die freie Weltwirtschaft eingegliedert und den Europäischen Gemeinsamen Markt zum Nutzen aller Beteiligten mitbegründet. Wir wollen uns nicht selbstzufrieden auf die Schulter klopfen! Aber gegenüber all den Klassenkampfparolen und den Tageslügen der Propaganda müssen wir hier doch einige Tatsachen festhalten, damit sich nicht festfrißt, daß diese 20 Jahre unserer Regierung in einem falschen Licht erscheinen. Ich mache es kurz, aber hierher gehören Fakten:

- Das reale Sozialprodukt ist von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt um 6½ % gestiegen.
- Die Arbeitslosenquote wurde von 10,4 v. H. im Jahre 1950 auf 0,8 v. H. im Jahre 1969 gesenkt.
- Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten von 1950 bis 1969 im Jahresdurchschnitt um 2,2 v. H. gestiegen.
- Entsprechend hoch war der Realeinkommenszuwachs der Arbeitnehmer: Von 1950 bis 1969 konnten die Lohn- und Gehaltsempfänger im Schnitt einen jährlichen Einkommenszuwachs, einen realen Zuwachs, von 5,4 v. H. verzeichnen.

Unsere konkrete Politik mit dem Ziel „Eigentum für jeden" fand ihren Ausdruck in mannigfachen Gesetzen, von der Förderung des Familienheims über die Wohnungsbau-Prämie, die Sparprämie, die Belegschaftsaktien, soziale Privatisierung und anderes mehr, und es bleibt festzuhalten — und ich denke, meine Freunde, Sie sagen dies auch in Versammlungen —, daß in den 20 Jahren, von denen hier die Rede ist, die Sozialdemokraten zwar gemeckert haben, aber keinen einzigen Antrag zur breiteren Vermögensbildung im Deutschen Bundestag eingebracht haben. Dies muß erinnert werden!

(Beifall)

Wenn wir heute das haben, was wir einen guten Anfang auf dem Gebiet nennen können, dann ist dies ein Verdienst der Union. Ich halte fest: Wir sind noch nicht befriedigt mit dem Ergebnis, aber immerhin haben 46 % aller Arbeitnehmerhaushalte prämienbegünstigte Sparverträge, 46 % besitzen Sparanlagen nach dem Vermögensbildungsgesetz und 36 % besitzen eigenen Grund und Boden.

So haben wir, soweit dies nach den verheerenden Kriegsfolgen möglich war, durch Soziale Marktwirtschaft Wohlstand für alle und Eigentum für jeden geschaffen. Wir sind mit den Ergebnissen noch nicht zufrieden; aber diese Bilanz braucht den Vergleich mit den Er-

gebnissen irgendeines Sozialismus irgendwo auf der Welt auf gar keinen Fall zu scheuen,

(Beifall)

und sie braucht vor allem nicht den Vergleich mit dem Ergebnis der Regierung Brandt zu scheuen, der ja – man muß dies in Erinnerung rufen – antrat, um hier alles besser, sozialer, schöner, moderner, fortschrittlicher, liebenswerter, gesünder zu machen. Alle Komparative der deutschen Sprache hat er gebraucht, und nirgendwo ist er damit durchgedrungen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Freunde, was ist daraus geworden? Wir haben, zum erstenmal in die Opposition gekommen, zur Regierungserklärung Brandts folgendes erklärt – dies muß man wieder zitieren –, und zwar am 29. Oktober 1969 im Bundestag:

> „Der Schutt der Nachkriegsjahre ist weggeräumt, die Hektik des Wiederaufbaus ist vorbei. Sie treten, Herr Bundeskanzler, Ihr Amt an bei Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen. Sie finden auf den Gebieten der Bildungspolitik, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik bessere Kompetenzen und ein gerade geschaffenes modernes Instrumentarium vor. Dazu treten die neuen Möglichkeiten des Arbeitsförderungs- und des Berufsausbildungsgesetzes sowie die anderen Reformwerke der Großen Koalition. Wir werden sehen, Herr Bundeskanzler, wie Sie von diesem soliden Fundament aus den Nutzen des deutschen Volkes mehren."

Meine Freunde, ich konnte so sprechen, denn die Rechnung und die Kasse stimmten, und der Staat war in Ordnung, als Kurt Georg Kiesinger die Regierungsverantwortung abgeben mußte.

(Beifall)

Was ist aus dieser Eröffnungsbilanz geworden? Wir müssen davon reden, meine Freunde, weil die anderen versuchen, andere Themen in die Debatte zu bringen, um von der negativen Bilanz abzulenken, die hier eingetreten ist. Wir müssen also festhalten: Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, die Bildungsreform ist gescheitert, wir haben weniger wirtschaftliches Wachstum, die Preisentwicklung ist außer Kontrolle geraten, die Steuern werden erhöht, der Bürger muß um seine Ersparnisse fürchten, die sozial Schwachen sind die eigentlichen Leidtragenden der Inflation, der Abstand des steuerlichen Einkommens hat sich vermehrt, und bei alledem muß sich die SPD/FDP-Regierung den Vorwurf gefallen lassen, daß nicht nur der Bürger, sondern auch der Staat durch die Inflation ärmer geworden sind.

Das reale Bruttosozialprodukt, das bei uns im Jahresdurchschnitt um 6,5 % gestiegen ist, steigt jetzt um 3,8 %. Die Preise, die bei uns um 2 % gestiegen sind, steigen jetzt bei den Lebenshaltungskosten um 5 %, also um doppelt soviel als bei uns. Das Realeinkommen der Arbeitnehmer hat bei einer Nominalsteigerung von voraussichtlich 9½ % in diesem Jahr am Ende des Jahres einen Realzuwachs von 3½ %. Die Kaufkraft des von den privaten Haushalten seit der Währungsreform angesammelten Geldvermögens ist allein im vergangenen Jahr um 23 Milliarden DM entwertet worden. Ein Bausparer, der vor drei Jahren für sein Häuschen sparte, muß heute feststellen, daß das ursprüngliche Vorhaben um 35 % teurer kommt. Die Rentner mußten im Jahre 1971 erstmals seit unserer Reform von 1957 zur Kenntnis nehmen, daß eine reale Steigerung ihres Einkommens nicht möglich war und das durchschnittliche Rentenniveau das niedrigste seit 1957 war. Da blieb uns nichts anderes übrig, als Hans Katzer an die Front zu schicken und mit ihm eine bessere Reform für unsere Rentner durchzusetzen.

(Beifall)

Meine Freunde, neben den Rentnern und den Sparern trifft die Inflation vor allem die kinderreichen Familien und die Bezieher kleiner Einkommen, bei denen unter anderem und insbesondere die Erhöhung der Mieten und der Postgebühren stark ins Gewicht fällt. Die Lebenshaltungskosten eines Kindes — es ist wichtig, all diese analytischen Dinge heute für die Debatte morgen und die Antwort, die wir in unserem Regierungsprogramm übermorgen werden geben müssen, zu sagen — sind wesentlich stärker gestiegen als die normalen Lebenshaltungskosten. Die Mieten sind im ersten Halbjahr 1972 im Schnitt um 5,9 % angestiegen. Was die Postgebührenerhöhung für jedermann bedeutet, ist bekannt. Eine Regierung, die auszog, die Preise stabil zu halten, ist Opfer der Inflation geworden.

Wenn man geglaubt haben sollte, etwa auf diesem Wege der öffentlichen Armut — so war der Slogan der SPD — entgegenzuwirken und das, was sie den „Nachholbedarf" an öffentlichen Investitionen genannt hat, zu beseitigen, wollen wir uns auch das ansehen; denn ein Bundesparteitag der Union ist natürlich, selbst vor einer wichtigen Bundestagswahl, ein Parteitag, der auch die Sorgen unserer Kommunal- und Landespolitiker aufgreifen muß. Ich glaube, diese können uns vor allem ein Lied davon singen, daß im Bereich der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen die Bilanz dieser Bundesregierung besonders besorgniserregend ist. Während sich in den zwanzig Jahren unter unserer Führung die Bauausgaben der öffentlichen Haushalte in den wichtigsten Infrastrukturbereichen zu 70 %, beinahe zu drei Vierteln, in realen Leistungsverbesserungen niederschlugen, ist seit 1969 der

größte Teil der Mehraufwendungen für Bauinvestitionen durch die Preissteigerungen absorbiert worden. So stellte der Sachverständigenrat fest, daß fatal wenig dazugewonnen worden ist, daß trotz 27 % mehr Geld der reale Anteil der öffentlichen Investitionen am Produktionspotential niedriger ist als vorher.

Meine Freunde, es wird im einzelnen hier noch darzutun sein — nicht jetzt, aber morgen und notfalls übermorgen —, wie sich die finanzielle Situation darstellt. Aber wenn Sie die Regierung dazu hören, dann vergessen Sie bitte nicht eine Sekunde lang, daß diese Regierung abtrat, nicht nur ohne einen Haushalt zu verabschieden — das hat es noch nicht gegeben —, sondern daß sie abtrat, ohne ihre gesetzliche Pflicht zu tun, nämlich eine finanzielle Bestandsaufnahme in einer erneuerten mittelfristigen Finanzplanung vorzulegen. Dieses Dilemma, meine Freunde, ist deutlich, wenn Sie z. B. sehen, daß ein großes Land der Bundesrepublik Deutschland — ich meine Niedersachsen — sich nicht einmal mehr imstande sieht, Haushaltsmittel für den öffentlichen Wohnungsbau auch nur bereitzustellen.

Wenn die Regierung und die Koalition versuchen, uns zu erzählen, dies alles sei doch nur die Folge von besonders vielen kostspieligen Reformen, dann fragen Sie doch einmal die Regierung: Welche Reform habt ihr denn finanziert? Nein, wir werden hier Mal für Mal zur Kasse gebeten, allein zu dem Zweck, Inflationslöcher von heute zu stopfen, und wir werden nicht etwa als Steuerzahler geschröpft, um hier zusätzliche Aufgaben für morgen finanzieren zu können.

Meine lieben Freunde, trotz dieser Bilanz, die so aussieht, weil man den Mund zu voll genommen hat, einer Bilanz, die den Mißerfolg und das Scheitern der Koalition ausmacht, hat der Bundeskanzler selber noch nichts dazugelernt. Wieder wird den Wählern, und erneut mit den klangvollsten Worten, allen alles, und das auch noch zugleich, versprochen. Aber, meine Freunde, nicht schöne Worte über gute Ziele machen, sondern durch harte und sachgerechte Arbeit ein Ziel nach dem anderen stückweise im Rahmen des Möglichen verwirklichen, das ist Politik — das andere ist Propaganda. Propaganda führt zur Inflation — praktische Politik zur Verbesserung der Gesellschaft und der Wirklichkeit.

(Beifall)

Hier versuchen nun die anderen, mit dem Stichwort der besseren Lebensqualität, das keine parteipolitische Münze sein sollte, zu sagen, daß das nur auf ihrem Wege erreichbar sein könne. Ich denke, daß die Kinderreichen, die Berufsschüler, die Postbenutzer, die Mieter, die Sparer und die Rentner erfahren haben, daß auf dem Wege dieser

sozialistischen Politik Fortschritt nicht möglich ist, daß sie um die Frucht ihrer Arbeit und ihres Sparens ebenso wie um den möglichen Fortschritt betrogen werden.

Aber – und dies ist sehr wichtig – der Bundeskanzler selbst tritt den Beweis dafür an, daß er nicht imstande ist, seine Versprechungen zu halten. Denn im „Langzeitprogramm" der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden 5 % reales Wachstum als die Basis bezeichnet, auf der allein das Programm finanziert werden könnte. 5 % reales Wachstum im Jahr hat aber diese Regierung bisher in keinem ihrer Regierungsjahre erreicht. Sie ist immer um Wesentliches dahinter zurückgeblieben, während wir diese Marke in den Zeiten unserer Regierung weit übertroffen haben!

Aber, meine Freunde, dann wird uns eingeredet, diese Inflation – und das sind alles Ausreden – sei mal die Folge der Situation im Ausland, mal sei sie von der Europäischen Gemeinschaft importiert; dann sind es die von den Jusos verteufelten Unternehmer, und bald heißt es, zur Abwehr der Arbeitslosigkeit sei Inflation erforderlich. Meine Freunde, es sind immer andere schuld. Aber das, was hier wirklich ist – ich zitiere erneut Karl Klasen, SPD, Präsident der Bundesbank –, ist „hausgemachte Inflation". Und das Wort „Inflation" ist nicht etwa eine Erfindung der Opposition, sondern es ist abgeschrieben aus den Dokumenten der Deutschen Bundesbank. Dieser Regierung ist der traurige Rekord gelungen, mit der höchsten Preissteigerungsrate das niedrigste Wachstum zu verschmelzen. Da verschone man uns mit allen Ausreden!

Und wenn man mit Arbeitslosenzahlen in anderen Ländern, mit Preissteigerungsraten in anderen Ländern, mit weltwirtschaftlichem und europäischem Verbund kommt, dann, meine Freunde, kann ich nur sagen, alles das hat es zu Zeiten unserer Regierung auch gegeben. Nur, wir haben gezeigt, daß Vollbeschäftigung – also gesicherte Arbeitsplätze – und Preisstabilität zugleich möglich sind.

(Vereinzelt Beifall)

Und ich füge deshalb hier hinzu: Wenn die SPD das nicht erreichen kann oder wenn sie das nicht will, dann soll sie die Regierungsverantwortung wegen Unfähigkeit allein auf diesem Gebiet abgeben!

(Beifall)

Wer glaubt, Inflation verniedlichen zu können, indem er auf Arbeitsplätze hinweist, der muß sich sagen lassen: Auf länger andauernde Inflation folgt länger andauernde Arbeitslosigkeit. Wer 5 % Inflation hin-

nimmt, führt zu 5 % Arbeitslosigkeit. Das ist die Sprache, die Helmut Schmidt versteht. Wir werden sie zu sprechen haben, meine Freunde!

(Erneuter Beifall)

Ich muß ein Wort zu der Behauptung sagen, hier sei die EWG schuld. Diese Regierung besorgt sich – wie in jeder Zeitung zu lesen war – aus Brüssel nicht Stabilitätszahlen, sondern Inflationszahlen. Und natürlich ist die Stabilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft von dem abhängig, was hier ist. Wenn wir, wie dies in den 20 Jahren unserer Regierung der Fall war, Stabilität produzieren, dann ist in der EWG mehr Stabilität vorhanden. Wenn wir aber Inflation produzieren, meine Freunde, dann wird es eben auch in der EWG inflationäre Tendenzen geben.

Ich meine – und das sollte hier hinzugefügt werden –, wenn Egon Bahr neulich, um seinem Kanzler zur Seite zu treten, sagte: „Es riecht hier nach irgend etwas", dann muß ich an dieser Stelle, weil man immer die böse EWG zum Prügelknaben der hier fabrizierten Inflation macht, eines sagen: Hier „riecht" es nach Bahr, denn dieser Mann will bekanntlich nicht die politische Vereinigung des freien Europa. Warum wird dann hier wahrheitswidrig Europa zum Prügelknaben gemacht?

Meine Freunde, wir dürfen nicht übersehen – und dies auch an die eigene Adresse –, daß wir bei allen Plänen, die wir haben, Zuwächse zu verteilen und alles zu verbessern, was gut ist – wozu wir real und solide noch einiges sagen werden –, nicht vergessen dürfen, daß wir – nicht nur zu Zeiten von Olympiaden – in einem weltweiten Wettbewerb stehen und daß wir deshalb, meine Freunde, zuerst in der Produktion, in der Erzeugung – wenn Sie so wollen, beim Backen des Kuchens – sicher und die Richtigen sein müssen.

Meine Freunde, nehmen wir eben noch zwei andere Bereiche heraus, weil sich unsere Mitbürger dafür besonders interessieren. Es war – ich erinnere an unseren Parteitag 1969 vor der Bundestagswahl – unser Ziel – wie das Ziel aller anderen –, zwei Prioritäten zu setzen, nämlich die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital zu ermöglichen und die Bildungsreform durchzusetzen. In beiden Fragen müssen wir Fehlanzeige der Regierung melden. Sie hat zur Frage der Eigentumsbildung – abgesehen davon, daß der 624-Mark-Gesetzentwurf aus der Schublade gezogen wurde – keinen Gesetzentwurf vorgelegt, der diesem Thema der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital gedient hätte.

Wir haben, meine Freunde, ein ganzes Gesetzespaket vorgelegt und werden es im nächsten Bundestag, wenn wir die Mehrheit haben werden, durchsetzen. Die Tatsache, daß diese Gesetzgebung von der

Koalition blockiert worden ist, bezahlen unsere Arbeitnehmer damit, daß ihnen 12 Milliarden Deutsche Mark in persönlichen Eigentumstiteln vorenthalten worden sind; die hätten sie schon, wenn unser Gesetzentwurf, wie es möglich war, verabschiedet worden wäre.

(Beifall)

Hinzuzählen müssen Sie die 40 Milliarden DM, die die Sparer in zwei Jahren verloren haben. Und wenn Sie sehen, daß die Sparzinsen geringer sind als die Preissteigerungen, dann, meine Freunde, frage ich mich: Woher nehmen die Führer der Koalition den traurigen Mut, von einer „stolzen Bilanz" zu sprechen? Worauf eigentlich sind sie stolz nach diesen drei Jahren, wenn wir diese innenpolitische Bilanz aufmachen? Ich kann diesen Stolz nicht begreifen, es sei denn, man redet sich selbst Mut zu, um vom Scheitern abzulenken.

(Beifall)

Meine Freunde, die Bildungsreform sollte bei dieser Koalition Nummer eins sein. Sie ist gescheitert. Wir haben drei vertane Jahre für die Bildungspolitik hinter uns. Es ist weder gelungen, einen Bildungsgesamtplan aufzustellen, noch ist erreicht worden, ein Bildungsbudget zu verabschieden, noch ist das notwendige Hochschulrahmengesetz beschlossen worden, noch sind Schwerpunkte in der Forschungsförderung festgelegt worden, noch ist auch nur eine mittelfristige Sach- und Finanzplanung für die von der Bundesregierung geförderten Forschungsinstitute und -zentren vorgelegt worden.

Und der Grund dafür? Ideologische Voreingenommenheiten — das nannte ich Ihnen vorher — und die fehlende Abstimmung mit den finanzpolitischen Möglichkeiten wie wohl auch das mangelnde Interesse des Kanzlers selbst für diese Fragen.

Wir müssen davon auch deshalb sprechen, weil sich das Versagen des Bundes auf diesem Gebiet auch auf die Länder auswirkt. Und wenn hier dann der Koalition nichts mehr übrigbleibt als der Hinweis: „Aber seht her, geben wir denn nicht wenigstens sehr viel mehr Geld für diese Zwecke aus?", dann, meine Freunde, bleibt auch hier festzustellen, daß infolge der Inflation mit immer mehr Geld immer weniger bewirkt werden kann.

Das Ärgerlichste aber ist — und dem müssen wir entgegenwirken, weil Bildungspolitik mit der ersten Priorität nur mit einem breiten Konsens der Bevölkerung und des Parlaments durchgesetzt werden kann —, daß nun die Sozialdemokraten in den Fragen der Bildungspolitik resignieren. Wenn Sie ihren Wahlaufruf lesen, sehen Sie, daß diese früher erste Reform ganz an den Schluß gerückt ist; es gibt nicht ein-

mal mehr einen Satz dazu. Dies ist nur noch ein Erinnerungsposten. Für uns, meine Freunde, bleibt Bildung ganz obenan, vor allem berufliche Bildung. Dies ist ein objektives Problem, und es ist nicht dadurch erledigt, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage gescheitert sind.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden im Laufe der Debatte dieses Parteitags einiges mehr zur Bilanz der Regierung in den Fragen der inneren Sicherheit zu sagen haben. Ich erinnere nur daran, daß uns die Regierung pflichtwidrig die Kriminalstatistik 1971 immer noch vorenthält und daß das Gesetzgebungspaket, das wir im Sommer verabschiedet haben, ganz überwiegend auf unsere Initiativen, sei es der Länder, sei es des Bundesrats, sei es der Fraktion, zurückgeht. Wir wollen nicht vergessen, daß man uns noch im Mai dieses Jahres im Parlament aus dem Munde des Bundesjustizministers vorwarf, wir machten das Geschäft mit der Angst. Diesen Vorwurf machte man, als wir, meine Freunde, ein Gesetz zur Verschärfung des Haftrechts einbrachten.

Ich möchte aber eines in Erinnerung rufen, damit wir nicht alle nach den alarmierenden Ereignissen von München, die wir nicht in die parteipolitische Debatte einzubeziehen wünschen, vergessen, was wir damals dachten. Wir haben gehört, daß es hier in der Bundesrepublik Deutschland 50 politische Stützpunkte extremer politischer Organisationen gibt, Organisationen, die Gewalt als Mittel der Politik einschließen. Das, meine Freunde, sind 50 zuviel. Uns geht es nicht um Palästinenser oder sonstwen, uns geht es um alle, die hier Terror und Gewalt ausüben wollen!

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen auch auf die außenpolitische Eröffnungsbilanz der Regierung Brandt zurückkommen. In der schon erwähnten Aussprache über die Regierungserklärung im Deutschen Bundestag haben wir am 29. Oktober für uns erklärt:

> Außenpolitisch bleibt festzuhalten: Frankreich setzt die Akzente seiner Europapolitik näher zu den unseren, Polen zeigt Gesprächsbereitschaft, die Sowjetunion beginnt, über Mitteleuropa neu nachzudenken, die Verantwortlichen in Ost-Berlin beginnen, sich von starren Formeln zu lösen, das weltpolitische Gespräch bei den Großmächten wendet sich den Raketenproblemen zu und nimmt endlich auch politische Spannungsursachen als Thema auf. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland stand kein Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt in einer vergleichbaren Situation. Wir bieten Ihnen in aller Form die Möglichkeit an, in Lebensfragen der Nation die Kooperation aller zu erreichen.

Meine Freunde, der Bundeskanzler hat, statt diese mögliche und nötige Gemeinsamkeit zu nutzen, Streit gesucht. Eine recht günstige außenpolitische Konstellation ist überwiegend vertan worden. Wegen fehlender Gemeinsamkeit wurden die Erfolgschancen und die Durchsetzungsmöglichkeiten der deutschen Politik erheblich gemindert, und am Schluß war der innere Friede hochgradig in Gefahr. Die schon aus der Zeit Adenauers bis in die Große Koalition reichenden Ansätze und ernsthaften Versuche, mit der Sowjetunion zu Verträgen über einen Gewaltverzicht zu kommen, wurden von der Regierung Brandt mit Inhalten und Akzenten versehen, die wir als gefährlich ansehen mußten. Wir konnten die Unterschriften unter die Verträge nicht verhindern, und wir mußten dann zur Vermeidung fundamentaler und nicht mehr reparierbarer Schäden regulierend und verändernd eingreifen. Es galt zu erreichen, daß durch von uns gewonnene Wahlen Anwendung und Auslegung des Vertragswerks in unsere Hand kommen und daß es möglich bleibt, rechtlich und tatsächlich möglich bleibt, eine an den Menschenrechten, an Artikel 7 des Deutschland-Vertrages und am Grundgesetz ausgerichtete Deutschland-Politik rechtlich und tatsächlich zu treiben. Meine Freunde, es ist fundamental, in wessen Hand das Vertragswerk sein wird. Denken Sie an Berlin heute vor einer Woche: Wir waren dort im Reichstag, die anderen Parteien und Fraktionen lassen sich dort nicht mehr sehen, und es gab bereits Aufrufe von links außen: „Die haben hier nichts verloren!" Wenn wir die Rechte nicht nutzen, die wir erhalten und erstritten haben, werden wir sie weiter Scheibchen für Scheibchen verlieren.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir erstritten haben, mühsam erstritten haben — das ist keinem von uns leicht geworden —, daß die friedliche Politik, die die Selbstbestimmung aller Deutschen, die das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen beinhaltet, noch möglich ist, wenn wir festgelegt haben, daß dem Friedensvertrag nicht vorgegriffen ist, daß also das deutsche Problem noch auf der Tagesordnung ist, wenn wir dies erstritten haben, dann kommt es darauf an, diese künftige Politik in unserer Hand zu wissen, damit sie auch gemacht wird, weil sie gemacht werden darf und gemacht werden kann, meine lieben Freunde.

Wir haben von seiten der Koalition zu hören, daß uns im Grunde die Ostpolitik aus all den Widrigkeiten des Ost-West-Gegensatzes herausgebracht habe. Wer die Lage nüchtern sieht, beurteilt die Situation anders. Er fragt sich: Hat etwa der Kommunismus seine Ziele aufgegeben? Sind unsere Landsleute frei, und bestimmen sie ihre politischen Verhältnisse selbst? Dürfen sie mit uns, ihren Verwandten, Freunden und Landsleuten, verkehren, wie sie es wünschen und wie es doch

möglich wäre? Sind etwa all die Hoffnungen in Erfüllung gegangen, die der Bundeskanzler für den Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen gemacht hat? Meine Freunde, nicht einmal — und dies ist die Wirklichkeit — alle gegebenen Zusagen der Vertragspartner wurden eingehalten. Wir können doch, wenn wir nicht in Illusionen versponnen sind, nicht übersehen, daß die Staaten des Warschauer Pakts ihre Haushaltsmittel für die Rüstung Jahr um Jahr real um 5 % steigern, und wir wollen auch nicht verschweigen, daß der Osthandel, den wir doch wollen und der vor den Verträgen entwickelter war als jetzt, stagniert. Wir können nicht übersehen, daß die Nachgiebigkeit dieser Regierung mit dazu geführt hat, daß die Tschechoslowakei an ihrer unerfüllbaren Forderung eher härter festhält, daß Bulgarien und Ungarn immer noch keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland hergestellt haben, und von China, meine Freunde, spräche doch keiner — die aufmerksamen Hörer und Leser der Rede von Saarbrücken erinnern sich —, wenn nicht schließlich Gerhard Schröders erfolgreiche Reise die Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt hätte.

(Beifall)

Wenn die Regierung behauptet, das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland sei gefestigt oder vermehrt, dann, meine Freunde, weiß ich nicht, ob hier alle eigentlich immer dasselbe hören. Wir hören viele Fragen wegen der Erklärungen des wohl wirklichen Außenministers Egon Bahr, der doch der politischen Vereinigung des freien Europas eine klare Absage erteilt hat. Er hat dem nationalstaatlichen Weg den Vorrang gegeben, und dies ist die Abkehr von der Politik, wie wir sie seit Adenauer betreiben und wie die Sozialdemokraten sie angeblich durch das Godesberger Programm nachvollzogen haben.

Meine Freunde, ich werde im In- und Ausland gefragt, ob es hier etwa Tendenzen einer opportunistisch-nationalistischen Schaukelpolitik gäbe. Ich spreche dieses ganze Interview hier nur deshalb an, weil wir dem Bundeskanzler Gelegenheit gegeben haben, das im Parlament geradezurücken. Er hat dies nicht getan, weil Bahr ihm offensichtlich erlaubte, dieses Interview zu bestätigen. Er selbst hatte ja — wir haben dies früher hier vorgetragen — die politische Vereinigung des freien Europa zur Sache der nächsten Generationen gemacht — derselbe Bundeskanzler, der es mit der europäischen Sicherheitskonferenz so besonders eilig hat.

Meine Freunde, mit dieser Verlagerung des Schwergewichts drohen wir nun auch außenpolitisch die Balance zu verlieren. Wir wollen Frieden und Zusammenarbeit in Europa — dies haben wir auch in Moskau

gesagt, wie an anderen Plätzen, und man hat uns dies bestätigt –, aber wir bauen auch in dieser Frage den Fortschritt auf Stabilität, nämlich auf die Stabilität des Bündnisses und auf die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft.

(Beifall)

Dies muß so bleiben und ist eines der Fundamente einer guten Politik für Deutschland. Wer diese europäische Einigung vergißt, fügt unserem Volk Schaden zu.

Meine Freunde, ich hatte vor, ein ganz kurzes Kapitel anzuschließen, das sich mit dem Versprechen des Kanzlers befassen sollte, „mehr Demokratie zu wagen". Ich verzichte auf dieses Kapitel. Denn wie er denkt und was er tut, das hat sich herumgesprochen – wie er auf Kritik mit dem Ruf nach Disziplin reagiert, und wie er unbegreiflich dort zögert, wo Disziplin nötig ist, nämlich beim Kampf gegen unsere Verfassungsfeinde.

(Beifall)

Aber wir erklären hier heute – und ich denke, in Übereinstimmung mit einem breiten Gefühl in unserem Volke – nicht nur, daß uns Kritik erwünscht ist – dies habe ich Ihnen vorher gesagt –, sondern daß wir an der Regierung nicht vergessen werden, daß vermutlich die andere Hälfte des Volkes anderer Meinung ist, und denen bieten wir Partnerschaft an. Es muß aufhören, daß hier Haß und Feindschaft gesät werden, wo Gegnerschaft und Diskussion am Platze sind.

(Beifall)

Feinde sind für uns nur die Feinde der Verfassung; das andere sind Gegner. Ich denke, es tut allen Verantwortlichen gut, daran zu denken, daß nach dem 19. November ein 20. sein wird und es in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa weitergehen muß.

Das soll keine Ermunterung sein, nun etwa im Wahlkampf nicht zu sagen, was notwendig ist. Aber glauben Sie mir dies, meine Freunde: Wer sachlich und überlegen bleibt, der wird diese Wahl gewinnen. Mit Tiefschlägen gibt es nur die Niederlage; die können die anderen gern haben. Sie haben ja auch damit begonnen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir meinen, daß wir unsere Alternativen für die Zeit der Opposition deutlich gemacht haben. Sie sind auch nachzulesen in dem schriftlichen Bericht der Fraktion. Unser Programm für die neue Regierung wird auf diesem Parteitag präzise und konkret deutlich werden. Wir werden dabei – meine Freunde, dies sage ich gleich – in

keinem Bereich einfach dort wieder anfangen können, wo wir 1969 aufgehört haben. Wir werden sehen müssen, daß sich die Zeiten und die Bedingungen verändert haben, und wir werden unsere Prinzipien darauf anzuwenden haben.

Meine Freunde, aber dies sei heute schon gesagt: Die Ursachen des Scheiterns der Regierung Brandt liegen nicht nur in der merkwürdigen Unnatürlichkeit der gegenwärtigen Koalition. Sie liegen vor allem im inneren Zustand dieser Sozialdemokratie, in der – ich wiederhole – die Sozialisten die Mehrheit erobert haben. Man streitet um das Godesberger Programm. Man fragt einander: Bist du Sozialdemokrat oder bist du Sozialist – und man weiß dies nicht zu definieren. Diese mangelnde Übereinstimmung in den Grundlagen und Grundsätzen der Politik ist der Anfang der Instabilität; denn das ist ideelle und politische Instabilität. Brandt hat die Frage, was denn Sozialismus heute sei, eben nicht beantwortet. Ich fürchte, daß in dieser Partei am Schluß die Systemveränderung der kleinste gemeinsame Nenner sein wird. Was dies bedeutet, brauche ich hier nicht im einzelnen vorzutragen.

Wir aber, meine Freunde, müssen uns darauf besinnen, daß wir unsere Prinzipien fortzuentwickeln und neu abzuklopfen haben auf das, was sie für Gegenwart und Zukunft hergeben.

Ich sprach zu Beginn von unseren Prinzipien, aus denen wir unsere Konzeption mit Erfolg entwickelt haben. Hinter alledem steht unser Bild vom Menschen – von seiner Würde und seiner Verpflichtung für den anderen, für die Gesellschaft und den Staat. Reform der Gesellschaft bedeutet Fortschritt für den Menschen, nicht für ein System oder einen Apparat. So sagt es völlig zutreffend und gut das neue Grundsatzprogramm der Jungen Union. Deshalb, meine Freunde, ist für uns Fortschritt nur da, wo sich der Mensch mit seinen Rechten voller entfalten kann, wo diese Freiheit alltagswirksam in ihrer sozialen Basis so gestärkt wird, daß sie vom Papier der Verfassung zur realen Möglichkeit wird; Fortschritt ist nur dort, wo der Mensch seine Verpflichtung für den anderen erkennt, ernst nimmt und verantwortlich verwirklicht.

So kommen wir, meine Freunde, zu diesen Konsequenzen: Einmal – und dies ist weittragend – der Mensch hat einen Wert auch ohne Leistung. Hieran müssen wir erinnern, bevor wir – zum anderen – der richtigen und für unsere Politik so folgenschweren Feststellung zustimmen: Ohne Leistung geht es nicht – nicht in der Schule, nicht im Beruf, nirgends! Also sagen wir ja zur humanen Leistungsgesellschaft. Der Mensch ist wichtiger als die Sache, wichtiger als der Apparat.

(Beifall)

Mit dieser „Humanen Leistungsgesellschaft" ist etwas Verpflichtendes gemeint: eine Gesellschaft, die sich am Menschen, an seiner Würde und an seiner Freiheit orientiert; eine Gesellschaft, in der soziale Sicherheit und Wohlstand für alle verwirklicht, Eigentum für jeden und Aufstieg durch Bildung – nicht durch Reichtum oder durch Privilegien! – erstrebt werden.

Indem wir das so begreifen, muß unsere staatliche, auf das Gemeinwohl orientierte Politik für dieses Ziel jetzt diese Schwerpunkte setzen und – im Rahmen des Vorranges der Stabilität – verfolgen:

1. Ausbau der sozialen Sicherheit,
2. Verbesserung der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen,
3. gerechtere Streuung des privaten Eigentums,
4. Verstärkung der sozialen Dienste und Ausbau der Gesundheitspolitik,
5. Schutz der Umwelt und Sicherung ausreichender Energie.

Wir werden am Mittwoch dazu im einzelnen unsere Pläne darlegen. Es wird mehr von unseren Grundsätzen, von unserer Rangordnung der Werte und dem geistigen Ansatz unserer praktischen Politik deutlich werden, wenn heute nachmittag Richard von Weizsäcker den Zwischenbericht der Grundsatzkommission erstatten wird. Ich möchte ihm schon jetzt für Arbeit und Referat danken.

(Beifall)

Meine Freunde, wir nehmen diese Selbstbesinnung auf diesem Parteitag vor der Wahl, weil wir deutlich zu machen wünschen, daß unsere praktische Politik aus dem Geist dieser Grundsätze lebt, aus dem Geist des Berichtes, den Sie hören werden. Wir haben nicht die Absicht, als opportunistische Pragmatiker in die Wahl und in die Regierung zu gehen. Wir wollen dies vielmehr als Frauen und Männer tun, die Prinzipien und Konzeptionen durch Tagesarbeit Stück um Stück zu einer neuen Wirklichkeit werden lassen. Meine Freunde, wir brauchen eine neue Politik, und wir brauchen – ich füge dies hinzu – dafür eine starke Regierung,

(Beifall)

eine Regierung, die das Notwendige und das Richtige tut, eine Regierung ohne falsche Rücksichtnahmen auf Gruppeninteressen oder das angeblich Populäre, eine Regierung mit langem Atem und mit guten Nerven.

Manche suchen uns einzureden, das könnten wir allein doch gar nicht zustande bringen. Meine Freunde, dies ist Geschwätz! Eine Regierung wird nämlich nicht stark durch die Zahl der Mandate, die sie über die Mehrheit hinaus im Parlament hat. Eine Regierung ist so

stark, wie es das Programm und die Einigkeit von Partei, Fraktion und Regierung sind.

(Beifall)

Wir können festhalten, daß es insoweit unter uns stimmt. Wir können festhalten, daß wir die einzige Volkspartei in Deutschland sind, daß die Übereinstimmung in den Grundsatzfragen unter uns zur Substanz gehört und uns eben diese Kraft gibt. Wir können feststellen, daß natürlich Gruppen auf uns einwirken; aber es sind verschiedene Gruppen. Wir sind nicht — im Gegensatz zur SPD — von einer dieser Gruppen abhängig. Meine Freunde, wir haben alle einen gemeinsamen geistigen Ansatz, der unter uns unbestritten ist.

So sind die Voraussetzungen für eine gute und starke Regierung gegeben, wenn die Wähler uns zu einer klaren Mehrheit im Bundestag verhelfen. Den Wählern sagen wir: Es geht nicht um einen einzelnen von uns, sondern um eine grundsätzliche Entscheidung. Die Zeit der Entscheidung durch den Wähler ist gekommen. Wir haben dies herbeigeführt. Es ist festzustellen, daß herkömmliche parteipolitische Einstellungen verblassen, daß sie vor der Grundentscheidung, um die es geht, an Bedeutung verlieren. Wir wissen uns — das sagen wir ausdrücklich — dem christlich-sozialen Erbe verpflichtet, aber wir wissen ebenso, daß dies auch das liberale Erbe umgreift.

(Beifall)

Meine Freunde, in die deutsche Politik müssen wieder Nüchternheit, Augenmaß und Realitätssinn ebenso wie die Entschlossenheit zu Grundsätzen einziehen. Wir scheuen uns nicht, Politik als die Kunst des Möglichen zu begreifen. So versprechen wir nicht jedem alles — und dies auch noch zugleich und sofort —, sondern wir werden Anstrengungen fordern, nicht aber etwas versprechen, was wir nicht auch leisten können. Wir mahnen zur Besinnung auf die staatsbürgerlichen Pflichten sowie zur Rücksicht auf das Recht des anderen, denn nur so werden wir unsere Rechte und unsere Freiheit immer wieder neu gewinnen. Ohne Anstrengungen gibt es keinen Fortschritt, ohne Opfer keine soziale Gerechtigkeit, ohne Stabilität — wirtschaftlich und politisch — keine Reformen. Wir scheuen uns nicht, dies sozial und gerecht zu fordern. Meine Freunde, die Erreichung sozialer und wirtschaftlicher Stabilität ist aber nicht nur eine Sache richtiger sozialer und wirtschaftlicher Entscheidungen. Voraussetzung ist die politische Stabilität, d. h. klare Mehrheit und klare Führung. Voraussetzung ist die ideelle Stabilität, also der unmißverständliche Kampf für die Wertentscheidungen und Zielvorstellungen des Grundgesetzes.

Die Wähler, meine Freunde, wollen Stabilität. Sie wollen auf Stabilität Fortschritt bauen. Sie suchen nach dem neuen Anfang. Sie suchen

nach etwas, woran sie sich anlehnen können. Sie fragen uns: Traut ihr euch das zu? Und wir sagen: Wir haben uns geprüft, wir haben uns vorbereitet und antworten: Ja, wir trauen uns den neuen Anfang zu. Gemeinsam werden wir es schaffen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich dem Herrn Parteivorsitzenden danke, möchte ich noch zwei hohe Ehrengäste begrüßen. Ich begrüße den ersten Richter und obersten Repräsentanten der rechtsprechenden Gewalt in der Bundesrepublik, den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, unseren Freund Ernst Benda.

(Beifall)

Ich habe ferner einen hohen ausländischen Gast zu begrüßen, den Vorsitzenden der COPEI, der Christlichen Demokraten in Venezuela, der zugleich Präsidentschaftskandidat ist, Herrn Lorenzo Fernandez.

(Beifall)

Herr Dr. Barzel, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre große Rede, für Analyse, Abrechnung, Ermutigung und Zielsetzung. Die Zielsetzung ist zunächst darauf gerichtet, die Errungenschaften unserer 20jährigen Regierungsverantwortung wiederherzustellen, die diese Regierung verspielt hat, nämlich Geldwertstabilität, solide öffentliche Finanzwirtschaft und innere Sicherheit, um auf dieser festen Basis dann wieder sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Dieser Parteitag und, wie wir überzeugt sind, auch die Wähler geben Ihnen das Mandat, um auf dieser Basis deutsche Politik zu machen. Wir danken Ihnen für Ihre große Rede.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Aussprache über die Rede des Parteivorsitzenden wird heute nachmittag nach den Berichten von Herrn Dr. Kraske und Freiherr von Weizsäcker stattfinden.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und setzen sie pünktlich um 15 Uhr fort.

(Unterbrechung von 12.29 Uhr bis 15 Uhr)

Montag, 9. Oktober 1972

II. Plenarsitzung

Beginn: 15.08 Uhr

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich eröffne die zweite Plenarsitzung unseres Bundesparteitages und darf Sie zunächst bitten, damit einverstanden zu sein, daß der Bericht der Mandatsprüfungskommission, der eigentlich jetzt erteilt werden sollte, aber aus technischen Gründen noch nicht fertiggestellt werden konnte, erst morgen früh zu Beginn der Plenarsitzung erstattet wird. – Ich sehe keinen Widerspruch und bedanke mich für Ihr Einverständnis.

Ich darf zu Beginn dieser Plenarsitzung noch eine Reihe von Ehrengästen unter uns auch namentlich begrüßen, vor allen Dingen eine Reihe von Ehrengästen aus dem Ausland und der internationalen Arbeit.

Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit Frau Charlotte Fera, Präsidentin der Europäischen Frauen-Union.

(Beifall)

und mit ihr Frau Dr. Mäkinen, Vizepräsidenten der Europäischen Frauen-Union.

(Beifall)

Ich begrüße in unserer Mitte Herrn Hubert Leynen, den Vorsitzenden der Christdemokratischen Fraktion der Beratenden Versammlung des Europarates und der Westeuropäischen Union.

(Beifall)

Ich begrüße den Vizepräsidenten der Konservativen Volkspartei Dänemarks, Herrn Mailand Christiansen.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Union der Demokraten des Fortschritts im französischen Senat, Herrn Senator Roger Puodonson,

(Beifall)

den stellvertrenden Generalsekretär der Demokratischen Republikanischen Union Frankreichs, Herrn Senator Michel Habib-Deloncle.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn John Osborn, Mitglied des Parlaments für die Konservative Partei Großbritanniens.

(Beifall)

Ich begrüße den Fraktionsvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Partei Italiens, Herrn Flaminio Piccoli.

(Beifall)

Ich begrüße das Mitglied der Leitung der Konservativen Partei Norwegens, Herrn Greiner.

(Beifall)

Wir begrüßen in in unserer Mitte den Abgeordneten des Schwedischen Reichstags und der Beratenden Versammlung des Europarates, Herrn Bertil Lidgard,

(Beifall)

und last not least den Geschäftsführer der Christlichen Volkspartei in der Schweiz, Herrn Kilian Bloetzer.

(Beifall)

Ich darf nun zu einem Gruß an den Parteitag Herrn Aage Ørnoskov, dem Generalsekretär der Konservativen Volkspartei Dänemarks, das Wort erteilen, der zugleich im Namen aller mit uns befreundeten ausländischen konservativen Parteien sprechen möchte. — Ich bitte um Entschuldigung, ich höre, er ist noch nicht da; dann werden wir das zurückstellen.

Ich darf noch eine Reihe von deutschen Ehrengästen unter uns begrüßen. Ich begrüße mit großer Herzlichkeit Frau Maria Weber, die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in unserer Mitte,

(Beifall)

Herrn Hermann Brandt, den Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,

(Beifall)

Herrn Dr. Herbert Czaja, den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. van Dam, den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, mit großer Herzlichkeit unter uns.

(Beifall)

Unser Gruß gilt Herrn Oberkirchenrat Hermann Kalinna in Vertretung des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Prälaten Schneider vom Katholischen Militärbischofsamt.

(Beifall)

Ich begrüße in großer Herzlichkeit unter uns Herrn Alfred Krause, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes,

(Beifall)

Herrn Oberstleutnant Volland, den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Wolfgang Eichler, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände,

(Beifall)

Herrn Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Kübler, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Rudolf Kleine, den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Sozialrentner und Hinterbliebenen.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Friedrich Wilhelm Weltersbach, Präsident des VdK.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich unter uns Herrn Dr. Bruno Weinberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Dr. Schmieders, Stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes.

(Beifall)

Ich begrüße mit Herzlichkeit unter uns Herrn Fehrenbach, Zweiter Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft.

(Beifall)

Und noch einmal last not least: Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich 20 Betriebsratsvorsitzende aus unseren Reihen, die hier an diesem Parteitag als Gäste teilnehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht des Bundesvorstands

Ich darf Herrn Dr. Konrad Kraske das Wort erteilen.

Dr. Konrad Kraske, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine lieben Freunde! Als der Bundesparteitag in Saarbrücken vor einem Jahr ein neues Präsidium wählte, wußte niemand von uns, daß die SPD-Regierung so schnell scheitern würde. So konnte damals auch niemand ahnen, daß dieser nächste Parteitag bereits die letzte Phase eines Wahlkampfes einleiten würde. Der Rechenschaftsbericht der Parteiführung, den ich Ihnen heute für dieses erste Jahr unserer Arbeit zu erstatten habe, muß daher zugleich ein Wahlkampfbericht sein. Aber damit bestätigt sich nur, was ich Ihnen schon in Saarbrücken gesagt habe: Wahlkampfvorbereitung ist kein Widerspruch zu der Forderung nach moderner, aktiver Parteiarbeit, im Gegenteil: Das eine ist die Voraussetzung des anderen.

Was wir uns nach unserer Wahl in Saarbrücken vorgenommen hatten, war ein Programm, das auf den Herbst 1973, also auf zwei Jahre, angelegt war, ein Programm der Mobilisierung der Partei, der Sanierung ihrer Finanzen, der Verbesserung ihrer Öffentlichkeitsarbeit, der Aktivierung ihrer Führungsgremien und einer soliden Vorbereitung des Wahlkampfes. Wir haben nur ein Jahr Zeit gehabt, und dieses eine Jahr war überdies so unruhig und so bewegt, daß eine wirklich systematische und kontinuierliche Arbeit kaum möglich war. Ich brauche nur an den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg zu erinnern, der die ganze Partei forderte, oder an die Debatte um die Ostverträge, die uns wochenlang in Atem hielt, oder an die schleichende Krise der Regierung, die immer neue Spekulationen über immer neue Wahltermine auslöste. Es war nicht ganz leicht, in einem solchen Klima an eine planmäßige Reorganisation der Partei, soweit sie notwendig war, heranzugehen. Und dennoch meine ich: Das neue Präsidium kann Ihnen auch

nach einem Jahr bereits eine Bilanz seiner Arbeit vorlegen, deren sich niemand zu schämen braucht. Wir wissen selbst am allerbesten, wie vieles noch zu tun bleibt. Aber wir glauben doch sagen zu können, daß die CDU seit Saarbrücken mehr als nur einen Schritt vorangekommen ist.

(Beifall)

Mein Vorgänger, unser Freund Bruno Heck, hat in Saarbrücken in einer großartigen Rede die Erfahrungen seiner vierjährigen Amtszeit zusammengefaßt. Dabei stellte er fünf Forderungen auf, die damals Ihre breite Zustimmung fanden: Wir müßten – erstens – auf allen Ebenen unsere Finanzen in Ordnung bringen; wir müßten – zweitens – eine Organisationskommission bilden, die Vorschläge für eine wirkungsvollere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ebenen der Partei entwickeln solle. Zum dritten müsse der Vorstand eine Grundsatzkommission berufen. Viertens müsse die politische Diskussion mit allen Bürgern auf der Ebene der Kreis- und Ortsverbände intensiviert werden, und die neue Parteispitze müsse – fünftens die Basis der Partei verbreitern und sie bis zum letzten Mitglied mobilisieren. Lassen Sie mich in wenigen Strichen skizzieren, was in der Zwischenzeit geschehen ist.

1. Die Konsolidierung unserer Finanzen ist noch nicht abgeschlossen. Für die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes und für die endgültige Tilgung der Schuldenlast, die wir übernommen haben, sind wir immer noch dringend auf tatkräftige Unterstützung angewiesen. Die finanzielle Lage der Partei hat sich aber doch zügiger und nachhaltiger verbessert, als dies vor einem Jahr zu erwarten war. Das ist der Opferbereitschaft unserer Mitglieder zu verdanken, die ihre Beiträge in den letzten Monaten häufig verdoppelt und verdreifacht haben.

(Beifall)

Das ist, meine Freunde, der großen Zahl unserer Spender zu danken, die nicht etwa, wies es unsere Gegner mangels besserer Argumente zu verbreiten suchen, mit ein paar Millionenschecks angetreten sind – auf sie warten wir leider bis heute noch vergeblich –, sondern die mit Tausenden von Einzelspenden eine Spontanität und eine Solidarität beweisen, wie ich sie nie zuvor erlebt habe.

(Beifall)

Die Fortschritte des letzten Jahres sind aber nicht zuletzt dem Geschick und dem unermüdlichen Fleiß eines Mannes zu danken, der dieser Aufgabe seine gesamte Arbeitskraft gewidmet hat und dem die

Union für diese Leistung schon heute Anerkennung und Respekt schuldet, unserem Bundesschatzmeister Walter Kiep.

(Beifall)

2. In dem Maß, in dem sich die finanziellen Voraussetzungen verbesserten, war es zugleich möglich, die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zu intensivieren. Wir haben zwar auch hier unser Ziel noch nicht erreicht, politische Informationsarbeit kontinuierlich über eine ganze Legislaturperiode hinweg zu leisten, anstatt jedesmal in dem nervösen Stoßgeschäft eines Wahlkampfes das Versäumte nachholen zu müssen. Unsere Arbeit war aber, wie wir meinen, schon jetzt breiter und ergiebiger als früher, und selbst in Jahren, wo der Wahltermin über Monate ninweg feststand, hat die Bundespartei den Landes-, Kreis- und Orts verbänden nicht so viel Material anbieten können, wie das in diesem Jahr der Fall war. Wir haben uns dabei nicht allein auf Drucksachen, auf Plakate, Broschüren, Prospekte und Flugblätter beschränkt, sondern ich habe mich darüber hinaus bemüht, den engeren Kreis der Vorsitzenden, der Mandatsträger und der Geschäftsführer in kritischen Augenblicken rasch durch persönliche Briefe zu informieren. Dabei soll es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall)

3. Der Bundesvorstand hat nach dem letzten Bundesparteitag eine Organisationskimmission berufen, die mit großem Eifer an die Arbeit gegangen ist und die schon im Sommer erste Zwischenergebnisse vorgelegt hat. Der Ihnen übergebende schriftliche Bericht der Bundesgeschäftsstelle enthält dazu einige Hinweise. Gerade weil diese Organisationskimmission erfreulicherweise keine Routinearbeit geleistet, sondern sehr weittragende Vorschläge zur Straffung der organisatorischen Zuständigkeiten gemacht hat, erschiene es mir jedoch unangemessen, diese Vorschläge ohne die nötige Zeit und Aufmerksamkeit am Rande dieses Parteitages zu behandeln. Ich schlage Ihnen deshalb vor, die Vorlage der Organisationskommission und alle sich daraus ergebenden Fragen erst auf dem nächsten Bundesparteitag zu behandeln. Bis dahin werden sich die Gremien der Bundesparteien und der Länderverbäned gründlich damit beschäftigen können. Auch die besten organisatorischen Maßnahmen bringen uns nicht weiter, wenn sie nur formell beschlossen werden und dann auf dem Papier stehenbleiben. Sie müssen, wenn sie wirksam werden sollen, vom Willen der ganzen Partei getragen sein,

(Vereinzelter Beifall)

und dazu bedarf es einer ausgiebigen Diskussion, für die hier heute nicht die Zeit ist.

4. Der Bundesvorstand hat, wie Sie wissen, eine Grundsatzkommission berufen, die unter dem Vorsitz unseres Freundes Richard von Weizsäcker steht, und ich freue mich sehr, daß wir noch heute in einem Zwischenbericht über die bisherige Arbeit der Kommission unterrichtet werden. Dies beweist und soll beweisen, welche Bedeutung Grundsatzfragen für uns ebenso wie für die Junge Union auch und gerade zu Beginn eines Wahlkampfes haben.

5. Unsere wichtigsten Aufgaben waren die Mobilisierung der Partei und die Verbreiterung ihrer Basis. Das Ergebnis, meine Freunde — und wenigstens hierfür darf ich vielleicht Ihre volle Aufmerksamkeit erbitten —, ist ein Mitgliederzuwachs, wie ihn die CDU seit ihrer Gründung in den 40er Jahren nicht mehr erlebt hat. Als ich dem Präsidium und dem Bundesvorstand zu Beginn dieses Jahres mein Arbeitsprogramm vorlegte und erklärte, wir müßten bis Ende 1972 mit unserer Mitgliederzahl die Schwelle der 400 000 erreichen, haben mich manche gute Freunde besorgt gefragt, ob ich hier nicht sehenden Auges in eine Blamage hineinliefe; denn damals hatten wir gerade die Grenze der 350 000 überschritten, und nach den bis dahin üblichen monatlichen Zuwachsraten hätte man für einen weiteren Sprung von 50 000 eher zwei oder drei Jahre als nur ein Jahr gebraucht. Tatsächlich haben wir die 400 000 schon heute, also ein Vierteljahr vor dem gesetzten Ziel, erreicht.

(Beifall)

Wir haben die große Freude, hier heute auf diesem Parteitag im Anschluß an meinen Bericht das 399 997., 399 998., 399 999., 400 000. und 400 001. Mitglied zu begrüßen.

(Beifall)

Mit besonderen Kompliment an die Frauenvereinigung sind unter diesen fünf Mitgliedern drei Damen, und mit einem Kompliment an uns alle sind es alles junge Mitglieder, meine Freunde.

(Beifall)

Wenn ich nun — und dies ist für jeden Vergleich mit anderen Parteien unerläßlich — die Mitglieder der CSU mit Erlaubnis von Richard Stücklen für einen Augenblick hinzuzähle, wenn ich weiterhin die Mitglieder der Sozialausschüsse, der Jungen Union und des RCDS be-

rücksichtige, die noch nicht Vollmitglieder der Partei sind, zählen sich 600 000 Mitbürger ausdrücklich und erklärtermaßen zur Union.

(Beifall)

Wer dies weiß, wird nicht mehr davon sprechen können, daß es in unserem Lande eine Mitgliederpartei und eine Wählerpartei, eine gut organisierte und eine schlecht organisierte Partei gibt. Es gibt vielmehr eine sozialistische Partei mit einer über 100 Jahre alten Mitglieder- und Kadertradition, und es gibt auf der anderen Seite eine Volkspartei der Mitte mit allen Organisationsschwierigkeiten, die solche Parteien bei uns und in anderen Ländern nun einmal haben. Diese Volkspartei der Mitte, meine Freunde, hat in wenigen Jahren durch die Intensität ihrer Arbeit und durch die Überzeugungskraft ihrer Politik den Vorsprung der sozialistischen Traditionskompanien praktisch eingeholt.

(Beifall)

Dieses Ziel wäre ohne die hingebungsvolle Arbeit aller unserer hauptamtlichen Mitarbeiter in den Landesverbänden, in den Kreisverbänden und in der Bundespartei, in den Vereinigungen und in den Fraktionen nicht möglich gewesen. Ich möchte daher allen diesen Kolleginnen und Kollegen von dieser Stelle herzlich danken, und ich bin sicher, daß ich in Ihrem Namen spreche, wenn ich einem von ihnen für alle anderen diesen Dank hier ausdrücklich und persönlich abstatte, nämlich unserem neuen Bundesgeschäftsführer Ottfried Hennig.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich noch einmal auf Bruno Hecks Rede in Saarbrücken zurückkommen, denn er hat damals zwei grundsätzliche Fragen an uns alle gestellt. Es war einmal die Frage, ob unsere Erfolge im Kampf um die Gunst der Wähler nicht eher auf dem Nein zu den anderen als auf dem Ja zu uns beruhten, und zum zweiten die Frage, ob es eigentlich in der Union noch genug Toleranz und Solidarität gäbe, um die gewaltigen Aufgaben der Zukunft zu meistern.

Wir sollten uns diese beiden Fragen heute wieder vorlegen, und ich meine, wir können auch hier eine bessere, eine zuversichtlicher Antwort geben als vor einem Jahr. Sicher haben das Versagen und der Verschleiß der Regierung, die Enttäuschung über nicht eingehaltene Versprechungen, die Sorge um unsere wirtschaftliche Situation und die zunehmende innere Unsicherheit den Anstoß zur Umorientierung mancher Wähler gegeben. Aber ist das nicht immer so? Ein kluger Engländ-

der hat einmal gesagt, auch die beste Opposition kann nicht gewinnen, wenn die Regierung keine Fehler macht. Geben wir also – wie es Bruno Heck schon vor einem Jahr tat – ruhig zu, daß die Fehler der Regierung uns selbst mit vorangebracht haben.

Aber es waren eben wahrhaftig nicht nur die Fehler der Regierung. Wenn heute die Mehrzahl der Wähler glaubt, die Unionsparteien seien eher imstande als die SPD, den verhängnisvollen Preisauftrieb zu dämpfen, sie seien eher in der Lage, die soziale Marktwirtschaft zu sichern und auszubauen, sie seien eher imstande, die innere Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten, und von ihnen könne man mehr Führung, mehr Geschlossenheit, eine stärkere Regierung erwarten, dann ist dies ein sichtbarer Erfolg unserer eigenen Politik, dann ist dies nicht nur Mißtrauen in die Regierung, sondern ein Zuwachs an Vertrauen für die Union.

Wir haben eben zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes bewiesen, daß eine Opposition nicht nur nein sagt, sondern daß sie zugleich ihren konstruktiven Beitrag zu leisten imstande ist, daß sie eine überzeugende Alternative in der Sache zu bieten hat. Denken Sie an unsere konkreten Vorschläge zur Vermögenspolitik, denen die Regierung bis heute nichts entgegenzusetzen hat. Denken Sie an unsere Initiativen im Bereich der Bildungspolitik. Oder denken Sie – jüngstes und überzeugendstes Beispiel – an unser Rentenkonzept, das sich nicht allein deshalb durchgesetzt hat, weil wir am Ende die Mehrheit hatten, sondern deswegen, weil Hans Katzer mit dem kleinen Sachstab unserer Bundestagsfraktion eine weitaus bessere und sachgerechtere Lösung fand als das ganze große Arbeitsministerium unter Herrn Arendt.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, es kommt noch etwas anderes hinzu. Wenn wir heute mit wachsender Zuversicht der Wahlentscheidung entgegensehen können, dann liegt das sicher auch daran, daß wir gerade in diesem letzten Jahr mehr denn je die innere Solidarität deutlich gemacht haben, die eine Partei und ihre Führungsmannschaft braucht, um zu jeder Zeit handlungsfähig zu sein. Natürlich gibt es auch bei uns – jeder weiß das, und warum sollte man es verschweigen – nicht von vornherein zu jedem Problem übereinstimmende und vorgestanzte Meinungen. Natürlich gibt es auch innerhalb der Union keine prästabilisierte Harmonie. Der offene und faire Streit um den Vorsitz bis zu der klaren Entscheidung in Saarbrücken hat das ja bewiesen. Aber gerade vor dem Hintergrund dieser notwendigen Auseinandersetzung hat sich die Führung der CDU in überzeugender Weise zusammengeschlossen.

Sie ist durch den vorbildlichen Einsatz Rainer Barzels und unter seiner Führung längst zu einer Mannschaft geworden, und das gilt im Blick auf die gemeinsame Arbeit in der Fraktion und im Bundestagswahlkampf nicht nur für uns allein, sondern es gilt für die CDU/CSU. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, die wir in diesem letzten Jahr geschaffen haben, auf die wir stolz sind und ohne die es uns nie möglich gewesen wäre, für den Bundestagswahlkampf die Ausgangsbasis zu gewinnen, auf der wir heute stehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wie ist es dazu gekommen? Nun, die satzungsgemäßen Gremien unserer Partei haben nie so anhaltend und intensiv gearbeitet, wie in diesem letzten Jahr. Das Präsidium hat praktisch Woche für Woche am Montagmorgen die politische Arbeit in Partei und Fraktion diskutiert und hat da, wo es zuständig war, vorentschieden. Der Bundesvorstand ist fast Monat für Monat zusammengetreten. Aus dieser Regelmäßigkeit der Tagungen ergab sich die Möglichkeit für einen neuen Arbeitsstil. Es wurde mehr diskutiert, und die Partei konnte sich nicht nur in einer Reihe gewichtiger politischer Fragen äußern, bevor sie im Bundestag zur Debatte standen; der Bundesvorstand war auch unmittelbar an der praktischen Arbeit — etwa an der Wahlkampfvorbereitung — beteiligt.

Die Grundsatzdiskussion, die wir in Saarbrücken und vorher über Führungsmodelle und Kompetenzabgrenzungen geführt haben, war wichtig, und sie wird in der Organisationskommission weitergeführt. Aber, meine Freunde, die rauhe Wirklichkeit des letzten Jahres hat entgegen manchen sehr theoretischen Erwägungen erneut gezeigt, wie sehr sich Parteiarbeit und Wahlkampfvorbereitung, Politik und Organisation, Grundsatzfragen und praktische Entscheidungen, Forderungen an die Partei und Forderungen an ihre Fraktion vermischen und durchdringen.

Wir sind also, wie ich meine, mit der Arbeit der Partei auf einem guten Wege. Aber wir haben das Ziel noch lange nicht erreicht. Ich werde daher gerade in Zukunft ein notfalls unbequemer Mahner sein, denn gerade wenn uns die Wähler vor neue Aufgaben stellen, darf die Partei nicht wieder wie eine ausgediente Wahllokomotive aufs Abstellgleis geschoben werden.

(Beifall)

Alles, was an Mobilisierung unserer Partei, an Mitgliederwerbung, an Aktivierung unserer Arbeit in den zurückliegenden Monaten geschehen ist, würde sich gegen uns wenden, wenn es sich als eine kurzlebige

Wahlkampfaktivität erwiese. Unsere Arbeit, meine Freunde, hat ihre Bewährungsprobe nicht etwa schon am Wahltag bestanden. Wir haben erst zu beweisen, daß wir unsere Partei auch nach einer gewonnenen Wahl und als Regierungspartei ernster nehmen, als es früher manchmal der Fall war. Ihren Generalsekretär werden Sie auf diese Verpflichtung und Verantwortung immer ansprechen können, auch dann, wenn eines Tages womöglich Ämter und Aufgaben zu verteilen sind, die nach mancher Leute Meinung höher im Kurs stehen als schlichte Parteiarbeit.

(Beifall)

Aber die Aufgabe, vor der wir heute stehen, ist der Wahlkampf. Wir wußten bereits im Januar, daß man bei dem fortschreitenden Zersetzungsprozeß der SPD und iherer Regierung jederzeit mit einer vorzeitigen auflösung des Bundestages rechnen mußte. Wir mußten deshalb neben die normale und langfristige Vorbereitung des Wahlkampfes im Jahre 1973 eine Alarmplanung für jeden anderen denkbaren Fall stellen. Danach sollte am Tage nach der Auflösung des Bundestages, wann immer dies auch einträte, das Wahlkampfkonzept schubladenfertig bereit liegen. Auch wenn wir in diesem Wahlkampf, der nun tatsächlich ein Jahr früher stattfindet, mit mancherlei Improvisationen fertig werden müssen – das gilt für uns wie für Sie in den Kreisparteien –, glaube ich dennoch sagen zu können, daß wir unser Wort gehalten haben. Die inzwischen angelaufenen Werbemaßnahmen mögen das auch den letzten Zweiflern bewiesen haben. Den Gegner jedenfalls haben wir damit wohl überrascht und schon jetzt in die Defensive gedrängt.

Aber, meine Freunde, so wichtig Werbung in einem Wahlkampf ist, Politik ist noch wichtiger. So entscheidend Politik, d. h. politisches Handeln unserer Führungsmannschaft im Wahlkampf ist, noch entscheidender ist die Mobilisierung unserer Mitglieder, unserer Anhänger und unserer Freunde. Meine Erfahrung aus 20 Jahren sagt jedenfalls, eine erstklassige Werbung, der aufopfernde Einsatz aller Politiker und Kandidaten sind eine selbstverständliche Voraussetzung für jeden Wahlkampf. Wenn es aber nicht gelingt, durch diese Voraussetzungen die eigenen Freunde aufzurütteln, wenn nicht im Laufe eines Wahlkampfes der Funke überspringt, wenn es nicht am Ende im persönlichen Gespräch von Millionen Anhängern nur die felsenfeste Überzeugung gibt: diesmal muß die Union gewinnen, dann können Werbung und Politik noch so gut sein, dann ist keine Mehrheit, wie wir sie brauchen, zu gewinnen.

(Beifall)

Deswegen, meine lieben Freunde, wird dies die Hauptaufgabe in den kommenden Wochen sein, eine Aufgabe, an der eben nicht nur Kandidaten und Geschäftsführer mitzuwirken haben, sondern eine Aufgabe, die Ihnen allen und die weit über Ihren Kreis hinaus allen unseren Mitgliedern und Freunden im Lande gestellt ist.

Dabei sollten wir noch klarer als in früheren Wahlkämpfen sehen, daß wir zwei Ziele haben, die Mobilisierung unserer Stammwähler und die Überzeugung der noch Unentschiedenen. Sicher geht es in beiden Fällen um die gleiche Politik, aber dennoch dürfen wir nie vergessen, daß die unentschiedenen Wähler, die ja beileibe keine dumpfe Masse, sondern die im Gegenteil besonders nachdenklich, besonders interessiert, besonders kritisch sind, auch besonders angesprochen werden müssen. Für sie ist nämlich manches, was uns allen seit Jahren selbstverständlich ist, noch lange nicht selbstverständlich. Sie sind auf Emotionen kaum ansprechbar. Ihnen gegenüber kommt es darauf an, durch die besseren Argumente und durch das glaubhaftere Programm zu überzeugen.

Auf diesen Überzeugungsprozeß hin haben wir unseren Wahlkampf angelegt, und so müssen wir ihn führen, wenn wir ihn gewinnen wollen. Deswegen haben wir einen politischen, einen argumentierenden, einen informierenden Wahlkampf angekündigt, und deswegen haben wir davon nicht nur zu sprechen, sondern dieses Konzept auch in die Tat umzusetzen. Ein Wahlkampf der Argumente wird beileibe nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt sein, im Gegenteil, dieser Wahlkampf wird laut und hart und deutlich sein, und unsere Argumente werden scharf und bitter sein, weil die Wahrheit, die wir zu vertreten haben, scharf und bitter ist. Wir sollten aber bis zum 19. November und darüber hinaus stets vor Augen haben, meine lieben Freunde, daß mit pauschalen Angriffen oder gar mit Verdächtigungen gerade diejenigen am wenigsten zu überzeugen sind, die noch überzeugt werden müssen.

(Beifall)

Sie wollen keinen Klamauk, sie wollen erst recht keine bösartigen Verunglimpfungen, sie wollen die Wahrheit hören. Das kann und darf uns nicht daran hindern, um nun nur ein paar Beispiele zu nennen, in diesem Wahlkampf mit aller ungeschminkten Deutlichkeit zu sagen: Wer die SPD wählt, wählt die Inflation. Aber wir dürfen es eben nicht bei der bloßen Behauptung belassen. Wir müssen klarmachen, daß unter einer SPD-Regierung in nur drei Jahren die Preissteigerungsrate von 2 auf 6 Prozent, das Dreifache, angestiegen ist. Wir müssen klarmachen, daß für die Soizaldemokraten Stabilitätspolitik eben nicht ihr oberstes Ziel war und ist. Wir müssen klarmachen, daß die Soziale

Marktwirtschaft für Sozialdemokraten eine Wirtschaftsordnung ist, die man jeden Tag zur Disposition stellen kann, wenn einem etwas anderes einfällt.

Ein anderes Beispiel: Wir wissen, daß es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten leider nicht genug klare Abgrenzung, sondern allzu oft fließende Übergänge gibt.

(Vereinzelter Beifall)

Wir wissen, daß die Sicherheit in unserem Land bei Sozialdemokraten schlecht aufgehoben ist, aber wir werden unsere Mitbürger davon nur überzeugen können, wenn wir ihnen beweisen, wo überall Mitglieder der SPD zur Aktionseinheit mit Kommunisten aufgerufen haben, ohne dafür von ihrer Partei gerügt zu werden. Wenn wir ihnen klarmachen, wie lange die SPD jede Warnung vor Radikalismus und wachsender Kriminalität als Panikmache und als faschistoides Law-and-Order-Denken denunziert hat, wenn wir sie daran erinnern, daß die SPD erst von öffentlicher Ordnung spricht, seit sie gemerkt hat, daß der Wähler danach offenbar ein lebhaftes Bedürfnis hat. Was soll man denn, meine Freunde, von einer Partei halten, die zwar heute lautstarke Bekenntnisse zur Autorität des Staates und zur Autorität in diesem Staat ablegt, die sich aber gleichzeitig landauf, landab von Wahlhelfern hofieren läßt, die noch gestern die Baader-Meinhof-Bande idealisiert haben?

(Beifall)

Schließlich, meine Freunde, wir verbreiten keine Schreckgespenster, und wir werden niemanden verteufeln, aber wir fragen uns zu Beginn dieses Wahlkampfes mit allem Ernst, wie es eigentlich um das Demokratieverständnis unserer Gegner bestellt ist. Da bezeichnet der Bundeskanzler journalistische Kritiker seiner Politik als „Schreibtischtäter", ohne sich je für dieses infame Wort zu entschuldigen; da bezichtigt er Bundestagskollegen der Korruption, ohne auch nur den geringsten konkreten Beweis vorzulegen; da sollen Betriebe mobilisiert werden, und da wird für den Fall der eigenen Niederlage mit sozialen Unruhen gedroht: da wird das Freund-Feind-Verhältnis zum Grundmuster der politischen Auseinandersetzung gemacht, und schon der Begriff des „Überläufers" stammt ja nicht zufällig aus der Sprache des Krieges.

Meine Freunde, wer sich in diesen Wochen die Mühe macht, die Sprache der SPD zu analysieren, der findet sich in die finstersten Zeiten des reaktionärsten Klassenkampfes zurückversetzt.

(Beifall)

Da wimmelt es von „Privilegierten" und „Unterprivilegierten", von „finanzstarken Hintermännern", von „Marionetten des Großkapitals", und da wird mit emsigem Fleiß an einer neuen Dolchstoßlegende gewoben.

Willy Brandt sei, dem Sonnengotte gleich, nicht etwa an seiner eigenen Unzulänglichkeit gescheitert; vielmehr hätten ihn vergiftete Pfeile aus dem Hinterhalt, hätten ihn Mißgunst, Verständnislosigkeit, ja Korruption zur Strecke gebracht. Meine Damen und Herren, all dies ist viel schlimmer und ernster als eine verbale Entgleisung; denn hier stehen ganz andere Dinge auf dem Spiel als die Fairness im Wahlkampf. Was sich hier zeigt, ist nichts weniger als die Relativierung demokratischer Entscheidungsprozesse. Demokratischer Wählerwille entfaltet sich nach Meinung der heutigen SPD offenbar nur dann in seiner reinen Form, wenn er zu einer sozialistischen Mehrheit führt. Jede andere Entscheidung gilt von vornherien als gefälscht; sie ist im Auftrage der Hochfinanz gekauft; sie ist die Folge gemeimer Korruption. Daß ein Votum der Wähler gegen die SPD nichts anderes als ein Votum für die bessere Politik ist, kann nicht sein — nach Meinung der SPD —, weil es nicht sein darf.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, niemals hat es zu Beginn eines Wahlkampfes ein Konzept gegeben, das so defensiv war, in dem so offenkundig schon die Ausreden für die eigene Niederlage vorprogrammiert wurden. Aber was schlimmer und was gefährlicher ist: Nie zuvor hat es ein Wahlkampfkonzept gegeben, das eine so unverhüllte Absage an einen wirklich demokratischen Parteien- und Meinungspluralismus war. Wir haben den bösen Satz aus dem Godesberger Programm, daß die Demokratie erst durch den Sozialismus zu ihrer wahren Selbstverwirklichung käme, bisher offenbar immer noch nicht ernst genug genommen.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie es mit diesen wenigen Beispielen genug sein. Wir wissen, was auf uns zukommt. Aber wir werden uns durch den Wahlkampfstil unserer Gegner nicht aus dem Konzept bringen lassen. Wir werden einen fairen, einen argumentierenden Wahlkampf führen, bei dem wir es uns selber nicht leicht machen, bei dem wir auf billige Allgemeinplätze verzichten, bei dem wir uns mit jedem Wort, das wir sagen, unter die kritische Frage stellen, ob wir es beweisen und belegen können. Daran sollten wir uns messen lassen; denn dann werden wir auch das Gespräch mit den Unentschiedenen, gerade auch

mit den jungen Wählern so führen können, wie es dem Ernst der politischen Lage und der Bilanz der letzten drei Jahre entspricht.

Meine Damen und Herren, eine Opposition ist in allen freiheitlichen Demokratien dazu da, der Regierung auf den Fersen zu sitzen und sie zu kritisieren. Die Auseinandersetzung mit der SPD ist also ein unerläßlicher und legitimer Teil unseres Wahlkampfes. Daß sie aber nur ein Teil dieses Wahlkampfes ist, daß im Mittelpunkt unserer Bemühungen die Darstellung unserer eigenen Ziele, unseres Programms zu stehen hat, das beweist dieser Parteitag.

Wir sind hier zusammengekommen, um 40 Millionen Wählern zu sagen, was sie für die nächsten 4 Jahre von einer Regierung der CDU/CSU, von einer Regierung Rainer Barzel erwarten können. Dies sollten wir auch im Wahlkampf ganz deutlich machen. Dies sollten wir sagen; denn so wichtig und so nötig der Angriff auf den politischen Gegner ist: unsere Wähler wollen in den nächsten Wochen von uns noch mehr und noch deutlicher hören, was an der CDU gut ist, als was an der SPD schlecht ist. Auch dies sollten wir in den nächsten Wochen für keinen Augenblick aus dem Auge verlieren.

(Beifall)

Meine Freunde, wir gehen in diese Auseinandersetzung mit einer großen Zuversicht, aber im Bewußtsein des bitteren Ernstes der Entscheidung, die vor uns steht. Wir gehen in diesen Wahlkampf mit der Überzeugung, daß wir gewinnen können, aber daß wir noch eine ungeheure Arbeit zu leisten haben, wenn wir gewinnen wollen. Wir gehen in diesen Wahlkampf mit der Überzeugung, daß wir mit Stolz auf unsere Arbeit in Fraktion und Partei zurückblicken können, aber daß die eigentliche Bewährung trotzdem noch vor uns liegt.

Lassen Sie uns alle unsere Kräfte zusammenfassen, damit wir diese Bewährungsprobe für unser Land bestehen — für unser Land, das wir lieben und dem wir mit einer besseren Politik zu dienen haben.

(lebhafter Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Kraske, wir danken Ihnen für diesen umfassenden und detaillierten Tätigkeitsbericht. Er weist eine Vielzahl konstruktiver Aspekte auf und gibt sicherlich eine ausgezeichnete Diskussionsgrundlage für die folgende Besprechung und auch für die zukünftige Parteipolitik und Parteiarbeit.

Meine Damen und Herren, wir haben die Freude, in unserem Mitgliederbestand die 400 000-Marke erreicht zu haben und die zuletzt

eingetretenen Mitglieder heute unter uns zu finden. Ich darf unseren Parteivorsitzenden, Herrn Dr. Barzel, ans Rednerpult bitten und begrüße zunächst als 399 997. Mitglied Frau Inge Grams aus Kiel.

(Beifall)

Frau Grams ist Anwaltsgehilfin und wird heute von ihrem Mann begleitet, der noch nicht Mitglied der CDU ist.

(Heiterkeit)

Frau Grams, ich würde sagen, mir wäre für Sie der erste Ansatzpunkt des Wahlkampfes, sich vielleicht um Ihren Mann zu bemühen, daß er Mitglied der CDU wird.

(Beifall)

Als 399 998. Mitglied begrüßen wir die 17 Jahre alte Schülerin Fräulein Barbara Heilmann aus Kiel — 17 Jahre jung!

(Beifall)

Das Mitglied Nummer 399 999 ist die 23 Jahre alte Frau Margrit Joost aus Bremen, medizinisch-technische Assistentin und Mitglied der CDU-Frauenvereinigung.

(Beifall)

Das 400 000. Mitglied ist der 32 Jahre alte Herr Hartmut Joost aus Bremen, von Beruf Kaufmann.

(Beifall)

Als 400 001. Mitglied können wir den 24 Jahre alten Herrn Hans-Peter Nass aus Kennfus/Krs. Cochem-Zell begrüßen. Er ist Mitglied der Jungen Union und von Beruf Starkstrommonteur.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn die Damen hier vorn jetzt einen Blumenstrauß und die Herren eine Schallplattenkassette „Adenauer — Aus meinem Leben" erhalten haben, so ist das keine parteipolitisch unterschiedliche Bewertung von Männern und Frauen. Die CDU ist vielmehr eine ritterliche Partei und wird den Damen selbstverständlich die Schallplatten per Post nachsenden.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Punkt 12 der Tagesordnung auf und gebe Herrn von Weizsäcker zu einem Zwischenbericht der Grundsatzkommission das Wort.

Dr. Freiherr Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Grundsatzkommission der CDU wurde auf Anregung von Rainer Barzel durch Beschluß des Bundesvorstandes vom 9. Dezember 1971 gebildet. Sie setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen, und zwar aus Ernst Albrecht, Kurt Biedenkopf, Albrecht Hasinger, Wilhelm Hennis, Paul Mikat, Wulf Schönbohm und Richard von Weizsäcker.

Ihr Auftrag gilt der Beantwortung zweier Fragen:

1. Vor welchen Herausforderungen stehen Mensch, Gesellschaft und Staat in unserer Zeit?

2. Welche politischen Werte und Ziele leiten uns im Angesicht dieser Herausforderungen?

Die Kommission arbeitet auf der Grundlage des Berliner Programms der CDU. Sie soll dem Bundesvorstand und der Partei Vorschläge machen, wie die CDU ihre eigenen Grundsätze verwirklichen kann, um die Herausforderungen der Zeit politisch zu bestehen. Die Arbeit der Kommission ist im Gang. Meine heutige Aufgabe ist es, Ihnen im Namen und Auftrag der Kommission einen Zwischenbericht vorzulegen.

Im Sinne der Herausforderungen unserer Zeit halten wir vier Themen für besonders wichtig. Diese vier Themen sind: der Zwang zum Frieden, der Einfluß von Wissenschaft und Technik auf Natur, Mensch und Gesellschaft, die ethischen Grunlagen der Politik, die Aufgaben des Staates. Über diese vier Themen möchte ich sprechen.

Ich wende mich jetzt dem ersten Thema zu. Wir machen in der Grundsatzkommission keine konkreten Vorschläge zur Außenpolitik, aber wir glauben, daß alle politischen Grundentscheidungen vor der Frage bestehen müssen, ob sie dazu beitragen, den Frieden zu sichern. Denn Frieden im atomaren Zeitalter ist nicht eine mögliche Wahl neben einer anderen, sondern Bedingung für die Erhaltung der Art und für das Überleben der Menschen. Frieden ist Voraussetzung für jedes private Ziel und für das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Zum ersten Mal ist die Welt auf dem Weg zu einer geschichtlichen Einheit. Wissenschaft und Technik haben an dieser Entwicklung entscheidenden Anteil.

Neue Waffensysteme sind entstanden, die in kürzester Zeit überall einsetzbar sind und die das menschliche Leben auf der ganzen Erde vernichten können. Auch örtliche Konflikte geraten in den Sog weltweiter Auseinandersetzungen.

Die Nachrichtentechnik bringt uns die ganze Welt ins Haus. Verkehrsmittel können aus fremden Menschen Nachbarn machen. So wächst die Erde im Bewußtsein der Menschen zusammen.

Der Wohlstand in unserem Teil der Erde wird seine freiheitliche Grundlage und Zielsetzung nur dann erhalten können, wenn er sich in der Mitverantwortung für die Entwicklungspolitik bewährt. Das wirtschaftliche, soziale und bildungsmäßige Gefälle zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel ist noch immer im Wachsen begriffen. Anstrengungen zu seiner Verminderung sind keine sozialen Gesten, sondern sie dienen unseren Friedensinteressen. Es ist auf die Dauer nutzlos und gefährlich, Entwicklungspolitik im Zeichen eines Ost-West-Gegensatzes zu betreiben. Ein Zusammenwirken der Industrieländer ist nötig.

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist unser Teil der Erde von kriegerischen Auseinandersetzungen verschont geblieben. Die großen Waffen tun ihre abschreckende Wirkung, denn sie bedrohen den Angreifer mit der Selbstvernichtung durch atomare Gegenschläge. Doch ist damit noch kein gesicherter und gerechter Dauerzustand geschaffen. Es gibt neue Formen politischer Erpressung, und die Gegenstäze der Machtpolitik und Interessen, der Gesellschaftssysteme und Ideologien dauern fort. Hinzu kommt, daß die Abschreckungswirkung des Gleichgewichts keine Grantie für ewige Fortdauer in sich trägt. Neue Waffensysteme können Wirkung und Gegenwirkung immer schwerer berechenbar machen und daher das Kriegsrisiko für uns alle erhöhen. Diese Gefahr trifft mit der Notwendigkeit zusammen, die innenpolitischen Lasten des Wettrüstens zu vermindern. Daher bemühen sich die Regierungen im Ost-West-Verhältnis, den Frieden militärisch, politisch und wirtschaftlich zu festigen. In diesem Rahmen geht es für die deutsche Politik um eigene Beiträge. Ich nenne deren drei.

Erstens. Ein Mittel, um die Teilung Europas zu überwinden, besitzen wir heute nicht. Um so mehr bedarf es friedenssichernder Maßnahmen über die trennenden Blockgrenzen hinweg, wie sie in der Friedensnote der CDU-Bundesregierung vom März 1966 erstmals international vorgeschlagen worden sind.

Zweitens. Frieden erfordert Kompromißbereitschaft aller Beteiligten. Dazu ist neben der Vernunft die moralische Bereitschaft zu einer gerechten Lösung nötig. Es gibt keine Friedenspolitik ohne moralische Kraft. Aber es gibt eben auch keinen moralischen Ersatz für die nüchterne Suche nach dem vernünftigen Ausgleich im Macht- und Interessengeflecht der Außenpolitik. Harte Geduld und Festigkeit in der geistigen und politischen Auseinandersetzung dienen auf die Dauer dem

Frieden besser als die Hoffnung darauf, daß Entspannung und Frieden dem eigenen guten Willen gewissermaßen selbsttätig folgen mögen.

Drittens. Die Staaten Westeuropas, verbunden durch den Gedanken der Freiheit, haben sich in den fünziger Jahren zur Integration entschlossen. Dies war die wichtigste Entscheidung der Nachkriegszeit. Sie war eine Absage an alte Feindschaften und an nationalstaatliche Fehlentwicklungen. Sie stützte sich auf die Erkenntnis, daß die Zukunftsvorsorge für den Menschen und für die Gesellschaft im nationalen Rahmen allein nicht mehr bewältigt werden kann. An diesem Gedanken müssen wir vor allem im Hinblick auf die Friedenssicherung in Europa entschlossen festhalten. Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur politischen Union ist selbst die Bedingung für den Erfolg einer gesamteuropäischen Friedenspolitik, denn nur ein geeinter Westen, der die nationalstaatlichen Lösungen überwindet, ist ein haltbarer Pfeiler für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa.

Meine Damen und Herren, Wissenschaft und Technik — damit komme ich zu dem zweiten Kapitel meines Vortrages — beherrschen unsere Lebensbedingungen. Sie haben uns eine gewaltige Steigerung der Produktion und Güterversorgung, der Lebenserwartung und des Wohlstandes gebracht. Große soziale Notstände wurden damit überwunden. Ein Fortschritt wurde erzielt, den nur der leugnen kann, der aus der Geschichte aussteigt.

Aber dieser Fortschritt hatte seine Kehrseite, die uns nun vor neue, gewaltige Aufgaben stellt. Auf Grund des hygienisch-medizinischen Fortschritts steht der Erde eine Überbevölkerung bevor, deren Folgen und alle bedrohen. Mit der lebenserhaltenden Überwindung von Krankheiten erwächst die lebensbedrohende Fähigkeit, das Wesen des Menschen und seine Eigenschaften biotechnisch zu manipulieren.

Im Zeichen der Technik ist unser Land immer stärker industrialisiert und besiedelt worden. Nun gefährdet die Technik das Gleichgewicht und den Haushalt der Natur. Die Umwelt, in und von der wir leben, ist durch eine Lawine von Abfall, Schmutz und Gift bedroht.

Die menschlichen Beziehungen leiden unter der Technik und ihrer Rationalität. Immer mehr Menschen ballen sich in den Industriezentren, während andere Gegenden einer Gefahr der Verödung entgegensehen. Die Arbeitsteilung droht die Menschen im Beruf zu isolieren. Auch die gemeinsamen Lebensvollzüge in der Familie vermindern sich. Die Auflösung der früheren Großfamilien, die verlängerte Lebenserwartung und die moderne medizinische Organisation lassen uns Geburt und

Altern, Krankheit und Tod in der Regel nicht mehr im häuslichen Rahmen miterleben. Immer mehr Menschen bedürfen der Zuwendung und Betreuung, weil sie hilfsbedürftig oder einsam sind.

Diese Herausforderungen des technischen Zeitalters führen nun zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Wissenschaft. Dort wird zur Zeit vor allem um die Frage gestritten: Können denn Bevölkerung und Wirtschaft auf einem endlichen Stern, d. h. in einer Welt, in welcher der Boden, die Rohstoffe, die Ernährung und die Belastbarkeit der Natur begrenzt sind, exponentiell wachsen, ohne daß dies über kurz oder lang zur Katastrophe führt? Diese Debatte ist gewiß oft spekulativ und einseitig. Dennoch bleibt das Problem im wesentlichen bestehen, wie nämlich menschenwürdiges Dasein in der nächsten Generation überhaupt noch möglich sein wird.

Auf lange Sicht liegt hier die wichtigste Aufgabe der Politik. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die natürlichen Lebensbedingungen und mitmenschlichen Beziehungen nicht unter dem Einfluß von Wissenschaft und Technik zerstören zu lassen, sondern sie mit ihrer Hilfe zu verbessern. Die Grundsatzkommission hält hierfür zwei Beispiele für besonders wichtig, nämlich den Umweltschutz und die sozialen Dienste.

Zum Umweltschutz: Wir brauchen eine Wirtschafts- und Lebensordnung, die mit den vorhandenen Vorräten an Luft, Wasser und Boden auskommt und die im Falle der Nutzung dieser Lebensgüter ihre Wiederverwendung gestattet. Unsere Aufgabe ist es, Schönheit, Gesundheit und Menschlichkeit unserer Umwelt zu bewahren. Unter der Verantwortung der Politik erfordert dies ein Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Gelingen kann es freilich nur, wenn es vom Bewußtsein und der Beteiligung der Bürger getragen wird.

Aber ist die freie Gesellschaft überhaupt befähigt, diese Aufgabe zu leisten? Wir nehmen die Frage sehr ernst. Denn wir wissen sehr gut, daß kein Mensch, kein System und kein Programm die heutigen Folgen der industriellen Produktion und der wachsenden Siedlungsdichte klar genug vorausgesehen haben. Abgase, Abwässer und Abfälle sind Begleiterscheinungen jeglicher Industriealisierung. Wir begegnen ihnen in den sozialistischen Staaten nicht weniger als bei uns. Die großen Städte in der Dritten Welt sind vielfach noch stärker betroffen als unsere eigenen Ballungszentren. Kein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist also von den Problemen verschont. Wichtig allein ist die Frage, wie die verschiedenen Systeme damit fertig werden.

Nun, wir meinen, der leichtere Teil dieser Bewährungsprobe besteht für uns darin, eine Ideologisierung der Umweltpolitik abzuwehren. Die

Wissenschaft selbst hatte in der Erkenntnis ihrer Mitverantwortung für die Folgen ihrer Entdeckungen den Begriff von der neuen Qualität des Lebens geprägt. Ein guter Begriff, mit dem unsere gemeinsame Verantwortung für eine Aufgabe beschrieben ist, die bisher niemand bewältigt hat. Folglich können wir uns auch keinen Gewinn für die Lebensqualität davon versprechen, daß eine Partei versucht, aus diesem Begriff ein Monopol für sich und ihre Wahlkampfparolen zu machen.

(Beifall)

Freilich, führende Sozialdemokraten beurteilen dies offenbar anders. Sie glauben nämlich an die eigene Progressivätit, halten die Konservativen für ökonomische Fortschrittsmythologen und erklären daher die Epoche der Lebensqualität schlicht zur Epoche des Sozialismus. — So Erhard Eppler im April dieses Jahres bei der Industriegewerkschaft Metall.

Aber lassen wir ihnen die Freude, sich auf diese Weise Mut zu machen, wenn wir nur selbst die Aufgabe gut genug verstehen. Sie ist im Umweltschutz zunächst eine bewahrende, nämlich das Gleichgewicht der Natur und die Kräfte ihrer Selbsterhaltung zu schützen und sie nicht durch den blinden Glauben an Fortschritt und Machbarkeit aller Verhältnisse zu gefährden und schließlich zu zerstören. Freilich wissen wir sehr wohl, daß das wissenschaftlich-technische Zeitalter raschen Wandel mit sich bringt und uns vor immer neue und unvorhergesehene Aufgaben stellt. Wir kennen den Zusammenhang von Stabilität und Dynamik, von Erhaltung und Erneuerung. Es gibt keine Sicherheit ohne Entwicklung. Die Kraft der Erneuerung unter veränderten Verhältnissen und die Fähigkeit zur laufenden Überprüfung unserer Erkenntnisse ist Bedingung von Sicherheit und Humanität. Aber das Ziel solcher Entwicklung ist, wie der Umweltschutz gerade lehrt, die Erhaltung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens, dagegen nicht die Lehre von ihrer künstlich-progressiven Machbarkeit.

Gerade der Umweltschutz zeigt, wie töricht die gängige Alternative von Progressiven gegen Konservative ist. Denn ernsthafte Erneuerer sind nur die, die wissen, was es bei aller Dynamik zu erhalten gilt, und daher ist es ihr Ziel, die bewahrenden Kräfte in der Gesellschaft für die Erneuerungsaufgaben zu gewinnen.

(Beifall)

Gute Konservative aber sind nur die, welche die fälligen Erneuerungen selbst in die Tat umsetzen.

(Beifall)

Aber sind wir nicht doch die Wachstumsfetischisten, als die man uns kennzeichnen will? Und gefährden wir damit die Lebensqualität? Klärungen in der Wachstumsdiskussion können uns allen nur nützen. Nötig sind sie, wie wir meinen, freilich vor allem im Hinblick auf das Langzeitprogramm der SPD; denn es ist sein vorherrschender Zukunftsglaube, daß wir ein unvermindertes und gleichmäßiges Wachstum in den nächsten zwölf Jahren zu erwarten hätten, und zwar als Basis für alle Ziele des Sozialismus. Wir haben diese Überbewertung des Wachstums nie mit vollzogen. Ebenso wenig glauben wir heute, daß sich die Umweltprobleme einfach durch eine obrigkeitliche Begrenzung von Wachstum lösen ließen. In der gegenwärtigen Wachstumsdiskussion wird immer wieder übersehen, daß Wirtschaftswachstum für die soziale Marktwchrtschaft kein absoluter Wert, sondern eine abhängige Variable ist. In erster Linie ist sie nämlich von dem Ordnungsrahmen abhängig, den der Staat gibt.

Dieser Rahmen muß so gesetzt werden, daß die mit dem Schutz unserer Lebensbedingungen verbundenen sozialen Kosten zu einzelwirtschaftlichen Kosten werden. Industrie, Gemeinden und einzelne Bürger haben sie bei ihren Entscheidungen über Investition, Produktion, Standort, Kauf und Verbrauch zu berücksichtigen. Nicht in der Quantität um ihrer selbst willen, sondern in der qualitativen Steuerung des Wachstums liegt die Aufgabe. Zu vermuten ist, daß sich die Wachstumsrate nicht wesentlich verringern wird. Ändern werden sich dagegen Zusammensetzung und Verwendung des Sozialprodukts.

In der Praxis wird dies, wie wir alle wissen, bedeutende Probleme aufwerfen und hohe Kosten mit sich bringen. Der Staat muß vorschreiben, welche umweltschützenden Maßstäbe bei der Erzeugung und dem Verbrauch einzuhalten sind. Sie betreffen Abgase und Abwässer, Wärmeabgabe und Lärm. Sie beziehen sich auf die Notwendigkeit, Lebensdauer und Gebrauchswert von Erzeugnissen zu verbessern und verbrauchte Produkte in den natürlichen Kreislauf wieder einfügen zu können. Die Kosten sind, von Ausnahmefällen und Übergangshilfen abgesehen, durch den Verursacher zu tragen. Staatliche Mittel sind in erster Linie für die Forschung und Entwicklung umweltschützender Technologien einzusetzen. Auch in dieser Hinsicht ist Schutz und Gestaltung der Umwelt Bestandteil der großen Aufgabe, die uns die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur im Ganzen stellt. Verkehr und Transport, Wohnungs- und Städtebau, regionale Strukturplanung und Landschaftsschutz, Medizin und Gesundheitsfürsorge, Erzeugung und Verteilung von sekundärer Energie, vor allem aber auch Information und Kommunikation gehören in diesen Zusammenhang. Eine entscheidende Rolle wird dabei der Wille und die Fähigkeit der politischen

Führung spielen, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Mitverantwortlichkeit des Bürgers zu wecken. Denn nur mit Hilfe der Einsicht der Bürger und nur mit ihrer Bereitschaft zur Abwehr von manchen bequemen Gewohnheiten wird sich die freie Gesellschaft vor dieser Herausforderung des technischen Zeitalters bewähren.

Ich komme zu den sozialen Diensten. Eine Gesellschaft, deren Bürger das Recht auf Freiheit von wirtschaftlicher Not verwirklicht haben, bewährt sich gerade jenseits des Materiellen in ihrer Fähigkeit zur Gemeinschaft mit und zur Hilfe für die Menschen, die ihrer bedürfen. Die Entwicklung von Medizin und Technik, von der Wirtschaft und in den Familien hat dazu beigetragen, daß die Zahl dieser hilfsbedürftigen Menschen ständig wächst. Kinder und alte Menschen, Kranke und Pflegebedürftige, Einsame und Zurückgebliebene bedürfen der Zuwendung. Die soziale Herausforderung unserer Zeit besteht darin, diese Hilfe zu gewähren und dadurch über den Wohlstand hinaus allen Menschen, so gut es geht, ein Wohlbefinden in einer humanen Gesellschaft zu sichern. Die Leistungen, um die es geht, verstehen wir als soziale Dienste. Sie können innerhalb der Familie oder durch Dritte, aus caritativen, idealistischen oder persönlichen Gründen, als Beruf oder in kommerzieller Form, staatlich oder privat erbracht werden. Für ein ausreichendes Angebot an sozialen Diensten zu sorgen, ist ebenso ein Gebot menschlicher Solidarität wie eine Aufgabe der Gesellschaft. Angebot und Nachfrage sozialer Dienste lassen sich nicht marktwirtschaftlich organisieren. Denn die Mehrzahl der Menschen, die auf soziale Dienste angewiesen sind, verfügen nicht über ausreichende Mittel. Und es gibt wegen der ständigen Knappheit an Arbeitskräften kein ausreichendes Angebot an bezahlten Dienstleistungen zu vertretbaren Kosten.

Aber nicht nur wirtschaftliche, sondern vor allem menschliche Gründe erfordern es, daß soziale Dienste in erheblichem Umfang ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Entschädigung erbracht werden. Beispiele bieten die Folgen der Arbeitsteilung im Dienstleistungsbereich, etwa in der ärztlichen Versorgung, im Krankenhaus oder in Heimen. Sie verringern die Chancen der mitmenschlichen Beziehungen. Sie erschweren es auf der einen Seite, Verantwortung auszulösen, und auf der anderen Seite, menschliche Wärme und Zuwendung zu empfangen. Damit isolieren sie beide, den aktiven wie den passiven Teil. Die wissenschaftliche, technische und die organisatorische Perfektion solcher Dienstleistungen bei gleichzeitiger Abnahme ihrer Menschlichkeit verlangt nach einer besonderen Qualität sozialer Dienste.

Leistungen dieser Art werden zum Teil nur außerhalb des beruflich bezahlten Bereichs zu erbringen sein. Sie fallen also oft in die Freizeit.

Ohnehin darf ja Freizeit nicht nur vom wirtschaftlichen Austauschprozeß her verstanden und als Freiheit von der Verpflichtung zum Gelderwerb beschrieben werden. Mehr Freizeit, die durch Produktionssteigerungen möglich wird, muß Hand in Hand mit einer wachsenden Verantwortung des Bürgers im Gemeinwesen gehen. Eine Partei, die Freizeit als Freiheit von Pflichten definieren, was noch wichtiger ist, praktizieren würde, indem sie z. B. den kollektiven oder staatlich organisierten Ersatz persönlicher sozialer Leistungen begünstigt, führt, ob sie es will oder nicht, im Ergebnis zur Entmündigung des Bürgers durch Freizeit.

(Beifall)

Der Bürger sollte sich aber nicht lediglich der Bevormundung durch kollektive oder öffentliche Einrichtungen ausliefern, sondern in seiner Freizeit persönlich und aktiv etwas beitragen und dabei auch die Arbeitsweise solcher Einrichtungen mit kontrollieren können. Eine Partei, die wie die SPD die Freiheit der Person eher mit Hilfe des Kollektivs und mit öffentlich-rechtlichen Mitteln zu sichern sucht, wird in der Praxis der Forderung nach dem mündigen Bürger nicht entsprechen können.

(Beifall)

Auf mehreren Wegen lassen sich die Möglichkeiten für soziale Dienste weiterverfolgen:

- Durch Erziehung und Bildung, Aufklärung und Information ist den Wertentscheidungen Geltung zu verschaffen, aus denen die Verpflichtung zum sozialen Dienst erwächst. Unterricht und Praxis in der Schule haben hierfür eine besondere Aufgabe und Chance.

- Flexible Arbeitszeitregelung und die Möglichkeit zur Halbtagsbeschäftigung können die Bedingungen für soziale Dienste außerhalb der beruflich bezahlten Leistungen verbessern.

- Familienrecht, Sozial- und Rentengesetzgebung, Wohnungs- und Städtebau, Gesundheitsrecht und Krankenhausreform sollten die Bereitschaft zur Übernahme sozialer Dienste erhalten und fördern.

Wir stimmen, meine Damen und Herren, in der Grundsatzkommission darin überein, daß es große Schwierigkeiten gibt, die noch zu überwinden sind, um die sozialen Dienste zu verwirklichen. Aber wir sind der Überzeugung, daß sie für eine Humanisierung der technischen Welt immer unentbehrlicher werden. zur Erhaltung und Sicherung unserer freien Gesellschaft sind sie von keiner geringeren Bedeutung als die Verteidigung nach außen. Und hilfebedürftige Menschen haben

auf Hilfe dieser Art keinen minderen Anspruch als z. B. auf die materiellen Leistungen der Sozialversicherung.

(Beifall)

Von Wertentscheidungen war die Rede. Der Mensch muß sie treffen. Und damit bin ich bei meinem dritten Kapitel, den ethsichen Grundlagen. Der Mensch darf nicht blindlings tun, was er technisch kann, sondern er muß unterscheiden und eine Wahl treffen.

(Beifall)

Er muß sich für Werte entscheiden und auf ihrer Grundlage seine Ziele bestimmen.

Es ist schwer für ihn, die Maßstäbe zu gewinnen, um so schwerer, als die Einrichtungen außerhalb der Politik ins Wanken geraten sind, an denen er sich zu orientieren pflegte. Dazu zählen Familie, Schule und nicht zuletzt die Kirche. Die stärkste aller modernen Mächte, die Wissenschaft, füllt die Lücke nicht. Denn Werte, Ziele und Anforderungen an das Gewissen werden nicht wissenschaftlich begründet.

(Beifall)

Viele Wünsche und Ansprüche des Menschen haben sich erfüllt. Aber je mehr dies gelungen ist, desto mehr zeigt sich: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Die Vision der Fülle, die alte sozialistische Idee, daß die materielle Befriedigung von selbst in Frieden und Glück umschlagen werde, sie stimmt nicht.

(Beifall)

Gewiß, Hunger ist für niemanden erträglich und zumutbar. Wenn aber der Mensch satt ist, dann stellen sich ihm die Fragen nach dem Sinn seines Lebens in neuer und nicht minderer Dringlichkeit.

Es ist vor allem die radikale Linke, welche sich diesen Fragen direkt zuwendet. Aus vielen Rinnsalen, von der großen Verweigerung gegen die Leistungsgesellschaft nach Marcuse bis zur großen Motivierung jedes einzelnen nach Mao, entsteht die Ideologie des Paradieses von Menschenhand. Ziel ist danach der Endzustand der Gesellschaft. Zu ihrem, der Gesellschaft, Glück beizutragen, wird dann Sinn und Glück des einzelnen Menschen. Daher sind Disziplinen und Unterwerfung des einzelnen zugleich seine Motivierung für Sinn und Ziel des Ganzen. Es ist die Ideologie des radikalen Verzichts auf den Respekt vor der Freiheit des Individuums, im Namen der Emanzipation, wohlgemerkt.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist die radikal falsche Antwort, aber es ist die Antwort auf eine wirklich vorhandene Frage.

(Beifall)

Die freiheitlichen Kräfte dieser Gesellschaft werden Chance und Recht auf eine eigene Zukunft nur haben, wenn sie sich dieser Frage ganz anders als bisher stellen.

(Beifall)

In diesem Sinn ist die größte Herausforderung der Politik in unserer Epoche eine geistige und sittliche. Wir nehmen sie in dem Bewußtsein an, daß weder der Staat noch eine politische Partei das Wahre, Gute und Schöne für den Menschen zu definieren oder zu dekretieren haben. Das eben tun ja nur totalitäre Systeme und Programme. Aber die Rolle der Parteien in der freien Gesellschaft kann eben nicht die Neutralität gegenüber Sitte, Wert und Ziel des Menschen sein,

(Vereinzelter Beifall)

sondern sie wirken mit ihren Ideen und Maßstäben auf das Bewußtsein des Menschen für seine Entscheidungen ein, und zwar im demokratischen Wettbewerb. Besonders wichtig ist es dabei allerdings, sich über die Grundwerte zu verständigen. Denn alle verantwortliche Politik muß sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß es immer schwerer geworden ist, über die ethische Basis für tagespolitische Entscheidungen, also über Menschenwürde und Selbstverwirklichung, über Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, einverständlich zu reden. Grundwerte dienen aber dem Gemeinwesen im ganzen, dagegen nicht den Anhängern nur einer Gruppe oder Partei. Wir halten nichts von Grundwerten, wenn sie nur als „Grundwerte des Sozialismus" wie im Godesberger Programm definiert werden können.

(Beifall)

Wir bestreiten ein Demokratieverständnis, nach welchem die Demokratie sich nur im Sozialismus erfüllt, und wir schätzen keinen verkappten Absolutheitsanspruch wie diesen, daß die Vollendung der Demokratie im Sozialismus liege, wie es Willy Brandt in seiner Rede für Kurt Schumacher gesagt hat.

(Beifall)

Denn wir wissen: Jede Gruppe und jede Partei kann irren. Im demokratischen Wettbewerb der Ideen und Programme findet ja erst das freie Gemeinwesen am besten zu sich selbst. Die Grundwerte aber, auf denen es beruht, bewähren sich nur in einer Verbindlichkeit für alle.

Heute geht es um einen Grundwert der Freiheit, der über die notwendige Befreiung von menschenunwürdigen Abhängigkeiten hinausweist. Emanzipation gehört zur Freiheit. Aber Freiheit ist mehr. Vor allem ist Freiheit untrennbar mit Verantwortung verbunden. Nur der Freie kann verantwortlich handeln, und nur der Verantwortliche ist wirklich frei.

(Beifall)

In dieser Überzeugung liegen die Wurzeln der Union. Ihr ging es von Anfang an darum, gleich weit entfernt von einem sittlich ungebundenen Individualismus und einem kollektiven Sozialismus für die personale Verantwortung des freien Bürgers einzutreten, eines Bürgers, der sich privat und öffentlich an ein Sittengesetz gebunden weiß. Die Union hat das Christliche nie wertneutral, sondern stets als ein Bekenntnis zu Werten und Zielen verstanden.

(Beifall)

Nicht eine christliche Politik haben wir damit gefordert, sondern die Verantwortung des Christen in der Politik.

(Erneuter Beifall)

Unser Name ist kein Monopolanspruch gegen andere, sondern Anspruch an uns selbst.

(Beifall)

Die Überzeugungen des Menschen sind seine Privatsache. Aber in seiner Entscheidung als freier Bürger für ein Menschenbild, für eine Gesellschaft und für einen Staat kann keiner von seinen sittlichen und religiösen Überzeugungen absehen.

Die Gefahr der CDU besteht nicht darin, zu religiös, konfessionell oder gar klerikal zu sein. Solche Schlachten sind längst geschlagen. Eine Gefahr könnte nur dort bestehen, wo unser Name seine verbindliche Kraft für uns verlieren und nicht mehr Maßstab für das persönliche, soziale und politische Handeln sein sollte.

(Beifall)

Wir werden, um ein Beispiel zu nennen, auf die Dauer im Kampf um Wählerstimmen mit unserem Namen dann nicht bestehen, wenn wir etwa bei der konkreten Hilfe für die täglichen Nöte der Gastausbeiter den DKP-Betriebsräten oder bei den Studenten dem Spartakus den Vortritt überlassen.

(Beifall)

Die Maximen unserer Partei aus der Gründungszeit bleiben für uns von ständiger Bedeutung. Wir haben sie in den ersten Jahren zum Maßstab für die konkreten Programme gemacht, wie sie die damalige Zeit erforderte. Heute geht es für uns nicht darum, diese Programme abzuschreiben, sondern nach denselben Maßstäben im Angesicht neuer wissenschaftlicher, technischer, ökonomischer und sozialer Herausforderungen politisch zu handeln.

Freiheit und Verantwortung gehören zusammen. Wir sagen dies gerade auch im Hinblick auf die Selbstverwirklichung und die Selbstbestimmung des Menschen — sinnigerweise schrieb neulich ein SPD-Kollege, die Selbstbestimmung sei besser unter dem Fremdwort „Sozialismus" bekannt —, die heute im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stehen. Jeder Mensch soll die Chance haben, das Beste aus sich zu machen. Er soll also nicht durch ungerechte Verhältnisse daran gehindert oder durch andere Menschen in unwürdiger Weise beherrscht oder gesteuert werden. Aber das genügt nicht, sondern es gehört auch dazu, daß er frei wird aus der Verstrickung in sich selbst. Denn nicht sich selbst verdankt der Mensch das Beste. Auch das ist eine Form der Transzendenz, die alle Säkularisierungen und allen „Spiegel"-Spöttern zum Trotz nicht aufhört, wahr zu sein,

(Beifall)

daß nämlich der Mensch erst dann zu sich selbst kommt, wenn er sich überschreitet, wenn er den Mitmenschen sucht, mit ihm solidarisch ist und sich an ihn bindet. „Es gibt Abhängigkeiten des Menschen, die ihn erniedrigen, und es gibt Bindungen, in denen er Mensch wird", sagt Peter Kielmansegg mit Recht.

(Beifall)

Die Bibel ist kein Rezeptbuch für konkrete politische Entscheidungen. Aber sie lehrt uns, daß der Mensch sich nicht aus sich selbst heraus verwirklicht, sondern in der Hinwendung zum Nächsten und in der Erkenntnis, daß ihrer beider Identität sich in einem Höheren erfüllt.

Freiheit und Verantwortung prägen auch unser Bild vom Menschen für die Bildungspolitik. Zu ihren Grundlagen gehören weniger die heute so umstrittenen Fragen der Verfassung und Organisation der Bildungsstätten als vielmehr vor allem eine Antwort auf die Frage, wie denn der Mensch sein soll, um dessen Bildung es geht.

(Beifall)

Er soll kein angepaßter Roboter sein, der allen Zerreißproben standhält, sondern er soll fähig sein zu erkennen, daß es Sicherheit nicht

im Haben, Besitzen und Festhalten, sondern nur in der Kraft der Entwicklung, zum Mittun und zum Selbsttun gibt. Jede Person ist neu und schafft etwas Neues. Dazu gehört kritisches Bewußtsein, freilich in einer anderen als der uns heute so oft begegnenden Form eines höchst unkritischen Glaubens an Ideologiesätze. Kritisches Bewußtsein sollte uns vor allem auch die Einsicht in die Erfahrung vermitteln, daß wir für das Zusammenleben die Fähigkeit zum Vertrauen brauchen. Mißtrauen ist wichtig, aber Vertrauen ist wichtiger, und es ist schwerer zu gewinnen.

Kritisches Bewußtsein muß sich auch vor der großen Aufgabe bewähren, für die Zukunft offen zu sein, ohne aus der Geschichte auszusteigen. Für die Jugend fängt die Welt immer von vorn an. Das ist ein Glück. Denn wie wäre die Freiheit als Offenheit für die Zukunft anders denkbar? Jugend kann und will nicht von der älteren Generation wie ein Austauschmotor in ein vorfabriziertes Gehäuse eingesetzt werden. Eltern und Lehrer müssen lernen, die nachfolgende Generation freizugeben; sonst gibt es keine Freiheit.

(Beifall)

Jugend wird sich auch immer dort gegen den Begriff des Konservativen wehren, wo er ihr verfälscht begegnet, etwa dann, wenn er zur Aufforderung an die Jugend mißbraucht wird, die Vergangenheit zum unveränderlichen Modell für die Zukunft zu machen. Mit einer solchen Zumutung würde ja der Wert der Überlieferung seines ganzen Sinnes beraubt. Wir haben kein statisches Bild von der Welt. Die Zukunft ist nicht ohne Wurzeln; sie gründet in der Vergangenheit, aber sie folgt ihr nicht. Es gibt kein Verharren von Erde und Mensch, sondern nur Werden, Wachsen und Wandel. Das ist unsere Geschichtlichkeit.

Fatal ist freilich vor allem der Irrglaube, daß es die geschichtliche Rolle des Menschen sei, ein festes Endbild der Zukunft zu verwirklichen. Marx lehrt die geschlossene Zukunft. Sozialdemokraten haben noch heute die Vorstellung vom notwendigen historischen Ablauf, für den sie wirken. Wer das gesellschaftliche Endziel zu kennen glaubt, wird immer wieder versucht sein, die Menschen zum Werkzeug dieser fertigen Zukunft zu machen. Das ist die wahre Beraubung der Jugend um ihre Freiheit!

(Beifall)

Denn wenn Freiheit Verantwortung bedeutet, dann nur für eine offene Zukunft, die kein Mensch nach seinem Bild vorfabrizieren kann.

Verantwortliche Freiheit, die den Menschen befähigen soll, das Beste aus sich zu machen, erfordert ein klares Bekenntnis zur Leistung. Wir

wollen damit Arbeit und Leistung nicht verabsolutieren. Der Mensch ist keine Maschine, die um des Arbeitsergebnisses willen zugunsten Dritter ausgenützt wird, bis sie schrottreif ist. Er ist mit seiner Leistung auch nicht ein Rädchen in der großen Gesellschaft, die den totalen Menschen erzeugt. Der Mensch hat seine Würde und sein Recht schon vor jeder Leistung.

Wir wissen, daß unser Erziehungssystem und die Arbeitsteilung im Beruf nicht selten einen Leistungsdruck erzeugen können, der oft schwer erträglich ist. Wir brauchen also ein humanes, ein verständliches und ermutigendes Leistungsprinzip. Wir sollten auf manche Produktionsvorteile in der Arbeitsteilung verzichten, um zu Leistungen zu gelangen, die wieder mit dem Menschen, der sie erbringt, verbunden sind, und die von ihm auch verstanden werden können.

(Vereinzelter Beifall)

Auch gilt es bei der Bewertung von Leistung zu erkennen, daß materielles Entgelt nicht die einzige Art der Anerkennung ist, die sie verlangt.

(Beifall)

Und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß der Mitleistende am Ertrag beteiligt wird und im Rahmen der zu erfüllenden Funktionen auch mitbestimmen soll.

(Erneuter Beifall)

Aber das alles muß ganz unzweideutig auf dem Boden des Leistungsprinzip stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn die Anforderung eigener Leistung ist für den Menschen die wichtigste Quelle seiner Kraft.

(Beifall)

Sie ist für ihn unentbehrlich zur Antwort auf die Frage nach dem Sinn seines Daseins. Gemeint ist hier nicht nur das Ergebnis, sondern ebenso der Prozeß der Leistung, und gemeint ist Leistung in jedem, nicht nur im materiellen Sinne.

Nichtleistung zu belohnen, wo Leistung möglich wäre, nimmt dem Menschen ein Lebensmotiv. Wer im Zeichen der Gleichheitsideologie Nichtleistung immer mehr der Leistung gleichstellt, der weist den Weg zu einer Gesellschaft des materiellen und des geistigen Nulltarifs.

(Beifall)

Wer das Leistungsprinzip als solches bekämpft, handelt unmenschlich und verhindert Selbstverwirklichung.

(Erneuter Beifall)

Die wichtigste Befähigung des Menschen, seine Freiheit verantwortlich zu nutzen, liegt im Grundwert der Solidarität. Solidarität beruht auf der Leistung des Menschen und gibt dieser Leistung ihren sozialen Sinn. Solidarität ist die Einsicht und der Antrieb, die eigene geistige oder materielle Leistung in ihrem Erfolg mit anderen zu teilen. Dies reicht vom Nachbarschaftsverhältnis über die Gemeinde und Stadt bis zum eigenen Land und zur Völkergemeinschaft. Die schon genannten Beispiele im Aufbau von sozialen Diensten, in der Lösung der Probleme der Ballungszentren und im Umgang mit den Kräften und Vorräten der Natur gehören in diesen Zusammenhang.

Solidarität beruht auf der persönlichen Leistung. Leistung bekommt ihr Recht in der Solidarität. Das Bekenntnis zur Solidarität steht im Gegensatz zur Gleichheit. Die Gleichheitsideologie zwingt dazu, den Menschen von oben durch eine verordnete Verteilung der Dinge zu beglücken, in der seine eigene Antriebskraft nicht mehr gebraucht, ja wo seine Leistung verdächtigt wird, weil sie nämlich neue Ungleichheiten mit sich bringt.

(Beifall)

Die Gleichheitsgesellschaft sieht sich zu kollektiven Leistungen gezwungen. Für die Solidarität ist auf die Dauer in ihr kein Platz. Solidarität aber beruht auf der Antriebskraft des Menschen und auf seiner frei erbrachten Leistung. Sie entfaltet sich nur im Zeichen von Freiheit und Verantwortung.

Die wichtigste Forderung des Grundwertes der Gerechtigkeit betrifft die Gerechtigkeit in den Chancen. Sie ist das zentrale Gebot einer freiheitlichen Bildungspolitik.

(Beifall)

Wir haben sie noch lange nicht verwirklicht und müssen uns daher mehr als bisher dafür einsetzen, neben der Schule und Hochschule vor allem auch im Berufsleben selbst.

(Erneuter Beifall)

Dem Menschen gleiche Chancen zu geben heißt, ihn zu befähigen, die Chancen, die in ihm liegen, auch wirklich nutzen zu können, und zwar ohne Rücksicht auf seine materiellen Mittel und auf seine Herkunft.

Gleichheit der Chancen heißt aber eben nicht Gleichheit der Menschen. Ganz im Gegenteil!

(Vereinzelt Beifall)

Genutzte Chancen führen zu Leistung und damit zu Leistungsunterschieden.

(Wiederum vereinzelt Beifall)

Sie führen zu neuer Konkurrenz, zu neuem Konflikt und neuer Selbstbehauptung und verdeutlichen damit die Ungleichheit der Menschen. Es gehört zu den sozialen Aufgaben des Staates, solche Ungleichheiten mit sichernden Maßnahmen ausgleichender Gerechtigkeit erträglich zu machen. Wer aber der Ungleichheit als solcher zu Leibe rücken will, der wird mit der Chancengerechtigkeit selbst in Konflikt geraten. Chancengerechtigkeit und Gleichheitsideologie schließen einander aus.

(Beifall)

Das Programm des Sozialismus widerspricht sich hier selbst; denn es strebt die Gleichheit an, die Gleichheit nicht nur der Bedingungen des Lebens, sondern die Gleichheit der Existenz überhaupt. So steht z. B. vermehrte Gleichheit als die grundlegende Voraussetzung für die Gesellschaft im Mittelpunkt von Theorie und Praxis des schwedischen Sozialismus. Und Brandt hat dessen Bedeutung als soziales Laboratorium in demselben Jahr bei uns öffentlich angespriesen, in dem er die Regierungsverantwortung in Bonn übernahm. Die Anträge und Beschlüsse des Steuerparteitages der SPD vom vergangenen November sind diesem Modell nachgebildet.

Die sozialistische Theorie der vermehrten Gleichheit wird auf die Dauer Ungleichheiten durch Leistungsunterschiede nicht mehr ertragen. Sie wird dann also den Folgen einer verwirklichten Chancengerechtigkeit zu Leibe rücken müssen, wenn diese zu neuer Leistung und damit zu neuen Unterschieden führt. Im Namen des Leidens an der Ungerechtigkeit verschwindet auf diesem Wege am Ende der Mensch als schöpferischer Faktor.

(Zustimmung)

Er wird zum Objekt des kollektiv erzeugten Glücks. Wenn die Idee der Gleichheit über das Denken der Menschen die Oberhand gewinnt, wird das Ende der Freiheit des Menschen die Folge sein, und zwar entweder weil seine Antriebskräfte absterben oder weil er einfach zu seinem Glück gezwungen wird.

(Zustimmung)

Freiheit dagegen erfordert Verantwortung und Leistung, Solidarität und Gerechtigkeit. Dies sind unsere Maßstäbe, an denen uns jeder messen soll. Nur wenn die freie Gesellschaft ihre eigenen Schwächen, also den Hang zur Ungerechtigkeit, den Leistungsverdruß und den mangelnden Sinn für Gemeinschaft überwinden kann, hat sie eine Chance gegen die Verödung und die Vergewaltigung der Gleichheitsideologie. Viel Zeit bleibt ihr dafür nicht.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir in den letzten fünf Minuten auf mein letztes Kapitel, auf die Aufgaben des Staates zu sprechen zu kommen. Früher fiel dem Staat die Aufgabe zu, Hüter, Pfleger und Förderer der sittlichen Werte zu sein. Heute wird ihm dies zumeist bestritten. Der Staat soll nur noch ein technischer Dienstleistungsbetrieb sein, an den alle Menschen ihre Anforderungen richten, auf daß er ihnen in immer gerechterer und immer gleicherer Weise Rechte einräume, Wünsche erfülle und Risiken abnähme. Nur dort, wo unproblematische Übereinstimmung besteht, also bei der Steigerung des Wohlstandes, bei der Entlastung von Pflichten, bei der Förderung von Bequemlichkeit, bei der Gewährleistung von Gleichbehandlung und bei der technischen Stabiliserung der Gesellschaft, wird der Staat in Anspruch genommen. Wo es aber darüber hinaus um die öffentliche Aufgabe geht, Verantwortung und Verpflichtung zu begründen und sittliche Normen zu gewährleisten, da wird der Staat zurückgedrängt.

Geschichtlich gesehen ist diese Entwicklung nur allezu verständlich; denn noch in diesem Jahrhundert hat der Staat bei uns in der Form des Obrigkeitsstaates, des Herrschaftssystems von wenigen oder des totalen Staates die Entfaltung der freien Gesellschaft behindert. Die Reaktion darauf konnte nicht ausbleiben. Aber heute droht mehr und mehr die umgekehrte Gefahr, daß nämlich entweder eine Gruppe im Namen der Gesellschaft die Herrrschaft übernimmt oder daß die Abschaffung von Macht und Herrschaft überhaupt verlangt wird. Beides läuft aber im Ergebnis auf dasselbe hinaus, nämlich auf Herrschaft ohne Kontrolle und Grenze.

(Zustimmung)

Nicht in der großen weiten Welt, sondern beim Menschenbild beginnt die Bewährung einer politischen Führung, die Realitäten zu erkennen und von ihnen auszugehen. Wem die Freiheit des Menschen am Herzen liegt, der erkennt, daß der Mensch ihne Normen, Sitten und Regeln für das Zusammenleben nicht friedlich existieren kann. Er braucht die Institutionen gerade um der Freiheit willen, denn nur sie lassen sich kontrollieren, und ohne sie ist er dem Chaos ausgeliefert. Die wichtigste dieser Institutionen ist der Staat. Er kann und soll nicht das Reich

Gottes verwirklichen. Er ist nicht die einzige und schon gar nicht die totale Ordnung. Er ist kein geweihtes Über-Ich und besitzt nicht das Amt der Letztinstanzlichkeit für den Menschen. Aber in aller Vorläufigkeit dieser Erde hat er die Aufgabe, als haltende Kraft dem Menschen zu dienen und ihm die Selbstverwirklichung und Freiheit zu ermöglichen, gerade auch die Freiheit des Schwachen. Das ist seine eigene Würde und seine Autorität. Dazu hat und braucht er die Macht und das Recht, Gehorsam vor den Gesetzen zu fordern und durchzusetzen.

(Beifall)

Es ist unsere Sache, dem Staat seine geistig-politische Darstellung zu geben. Der Staat ist die Institution der frei verantwortlichen Bürger füreinander. Nur wenn wir ihm hierzu das innere Recht zuerkennen, dürfen wir erwarten, daß er seine öffentlichen Aufgaben auch erfüllen kann. Nur auf dieser Grundlage kann der Staat für innsere Sicherheit sorgen, die Gruppeninteressen ausgleichen, die Schwachen und Nichtvertretenen schützen, Technik und Wirtschaft im Einklang mit dem Gleichgewicht der Natur halten und menschenwürdiges Leben auf einem begrenzten Raum gewährleisten. Es hat keinen Sinn, für die Beseitigung öffentlicher Armut zu Lasten privaten Reichtums politisch zu kämpfen, ohne zu erkennen, daß es im Kern um die Qualität und die geistige Begründung staatlichen Handelns und erst in zweiter Linie um die Frage geht, wo staatliche Dienstleistungen quantitativ auszudehnen sind.

(Beifall)

Es gibt keine bessere Qualität des Lebens ohne bewußte, gewollte und von uns politisch kontrollierte Autorität des Staates.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren – damit bin ich am Ende –, es ist nicht unsere Absicht, Herrschaft abzuschaffen. Das könnte gar nicht gelingen. Nicht Herrschaft an sich ist fragwürdig, sondern unkontrollierte Herrschaft in einem System, das keinen Wandel zuläßt. Die freiheitliche Demokratie ist die einzige Staatsform, die den Wandel ohne Gewalt ermöglicht, einen Wandel, den wir im Angesicht neuer Herausforderungen der Technik und der Wissenschaft, neuer wirtschaftlicher und sozialer Erkenntnisse und neuer ethischer Entscheidungen immer von neuem zu bestehen haben.

Meine Damen und Herren, die Grundsatzkommission dankt Ihnen für Ihre große Geduld.

(Lang anhaltender Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Lieber Herr von Weizsäcker, der Parteitag dankt Ihnen für Ihr aktuelles und zugleich zukunftsorientiertes Referat über Probleme, deren Lösung in den letzten Jahren von unserer Partei begonnen worden ist und nunmehr verstärkt fortgesetzt werden muß. Der Dank des Parteitages gilt auch den anderen Mitgliedern Ihrer Grundsatzkommission.

(Beifall)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, muß ich Ihnen folgendes mitteilen: In der Mittagspause ist die Tagungsmappe des Delegierten Klaus Jäger aus Baden-Württemberg vom Delgiertentisch verschwunden. Sie enthält außerordentlich wichtige persönliche Unterlagen in einem grauen Akten- und in einem blauen Plastikdeckel. Wer die Tagungsmappe verwechselt und versehentlich mitgenommen hat, wird gebeten, sie beim Tagungsbüro abzugeben.

Meine Parteifreunde, ich rufe nunmehr zur allgemeinen Aussprache auf. Jetzt haben Sie, die Delegierten, das Wort. Der Generalsekretär möchte einige Worte sage.

Konrad Kraske: Meine Freunde, in dieser Partei ist der Generalsekretär auch für die Dekorationen ein bißchen mitverantwortlich. Sie alle haben die traurige Entwicklung hier an der Stirnwand verfolgt. Bitte, ziehen Sie daraus nur einen Schluß: In diesem Lande ist nicht einmal mehr der Kleister solide und stabil, und deswegen müssen wir jetzt ein neues „ä" schaffen.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Gerhard Mahler: Tagespräsidium: Vielen Dank, Herr Kraske. Darf ich Sie fragen, wo Ihre Mitarbeiter den Kleister gekauft haben, in Bonn oder in Wiesbaden?

(Zurufe)

In Hessen.

Ich rufe jetzt zur allgemeinen Aussprache auf und werde sie in zwei Bereiche gliedern: in den politischen Bereich, der die Reden Barzels und Weizsäckers, die themenmäßig ineinander übergegangen sind, umfaßt, sowie in den mehr wahlkampforientierten innerparteilich-organisatorischen Bereich, der die Rede des Herrn Generalsekretärs Kraske beinhaltet.

Ich bitte Sie, meine Parteifreunde, Ihre Wortmeldungen schriftlich abzugeben und dabei möglichst genau das Thema anzugeben, zu dem Sie sprechen wollen, also z. b. nicht einfach nur „Rede Bar-

zel", sondern „Rede Barzel/Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand". Sie ermöglichen damit dem Präsidium, sachlich gleiche oder ähnliche Themen in einer der Aussprache förderlichen Reihenfolge aufzurufen.

Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Gerd Langguth, RCDS, zu dem Bericht von Herrn von Weizsäcker. Ihm folgt Frau Hoffmann.

Bitte, Herr Langguth!

Gerd Langguth: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Diese Rede des Freiherrn von Weizsäcker war die Rede, die ich im Rahmen der CDU schon seit Jahren vermißt habe.

(Beifall)

Ich glaube, wenn man sich einmal die Situation der jungen Generation ansieht, dann müssen wir uns hier deutlich innerhalb der CDU die Frage stellen, wieso es denn überhaupt dazu kommen konnte, daß nach einer Meinungsumfrage des Bielefelder Emnid-Institutes im Jahre 1968 immerhin bis zu 70 Prozent aller Oberschüler und Studenten die Ziele des SDS für gut hielten und zum Teil auch aktiv unterstützten. Ich glaube, es geht darum, die geistige Führung in diesem Lande zu gewinnen und — das sage ich ganz deutlich — die Ideen und die Vorstellung des demokratischen Sozialismus als fortschrittsfeindlich und als reaktionär darzustellen.

(Beifall)

Die entscheidende Frage lautet: demokratischer Sozialismus oder offene Gesellschaft? Hier will ich auf das Wort des Herrn von Weizsäcker eingehen, der von der Freiheit als Offenheit für die Zukunft gesprochen hat. Wenn Willy Brandt — und vor allem das Godesberger Programm — davon spricht, daß Demokratie nur durch den Sozialismus verwirklicht wird und Sozialismus nur durch die Demokratie, dann bedeutet das im Klartext: Nur derjenige ist nach den Vorstellungen der SPD ein guter Demokrat, der auch gleichzeitig ein Sozialist ist. Damit, meine Damen und Herren, stehen Brandt und die gesamte SPD — und nicht nur die Jungsozialsisten — in einer politischen Tradition, die sich vor allem durch ihre, wie ich meine, antiliberale Grundhaltung auszeichnet. Willy Brandts SPD glaubt nämlich an die Möglichkeit einer — wie es heißt — solidarischen Verbindung zwischen Einzelinteressen und Gemeinschaftsinteresse und hofft damit auf die Auflösung des sozialen Konflikts. Die SPD träumt damit wie einst die Rechtskonservativen von einer harmonischen, diesmal aber sozialistischen Ordnung. Meine Damen und Herren, diese politische Philosophie der SPD ist utopisch, reaktionär und — ich sage das ganz deutlich — antiliberal.

(Beifall)

Utopisch nämlich deswegen, weil die moderne Sozialwissenschaft nachgewiesen hat, daß die Identität der Bedürfnisstrukturen aller Menschen nicht gegeben ist und deshalb die harmonische Versöhnung der Einzelinteressen mit den Gemeinsachftsinteressen schon rein logisch nicht möglich ist. Reaktionär deswegen, weil der Traum von einer konfliktfreien Gesellschaft nichts anderes darstellt als einen romantischen Rückfall.

Meine Damen und Herren, die SPD postuliert eine Politik mit der Forderung nach demokratischem Sozialismus, eine Politik, die als die allein richtige und allein fortschrittliche anerkannt wird. Ich glaube, wir als CDU müssen hier ganz deutlich sagen: Wir müssen ebenso von der Anerkenntnis der Tatsache ausgehen, daß auch politische Gegner recht haben können. Nur das ermöglicht — wie ich meine — Freiheit und Offenheit und verhindert dogmatische Erstarrung, wie sie eben durch Formulierungen wie „demokratischer Sozialismus" eintritt. Die SPD tabuisiert Alternativen zum demokratischen Sozialismus als fortschrittsfeindlich und reaktionär. Damit entsteht die Tendenz zu einer ideologisierten Heilslehre. Nur so ist die Empfindsamkeit von Willy Brandt zu verstehen, der kritische Journalisten als Schreibtischtäter denunziert.

Ich will daraus in aller Kürze drei Forderungen für die CDU ableiten:

1. Die geistigen Grundlagen der CDU müssen — und das ist mit der Rede des Herrn von Weizsäcker geschehen — deutlicher als bisher offengelegt werden, und die CDU muß das „C" auch offensiver interpretieren als bisher.

(Beifall)

Das „C" muß für sie Motor für gesellschaftlichen Fortschritt darstellen.

2. Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung muß die Frage nach dem Demokratiebegriff stehen. Das ist die zweite grundsätzliche Frage: die Alternative zum demokratischen Sozialismus — in dem nach Brandtschen Vorstellungen nur Sozialisten wahre Demokraten sind — ist die liberale Demokratie in einer offenen Gesellschaft.

Ich glaube, wenn wir diese Konzeption stärker als bisher entwikkeln, sind wir besser in der Lage, eine moderne Gesellschaftstheorie zu entwickeln, während die Vorstellungen der SPD eher an das vergangene Jahrhundert anknüpfen. Diese Konzeption einer liberalen Demokratie, wie wir sie entwickeln müssen, nur eine solche Konzeption macht soziale Dynamik und gesellschaftliche Veränderungen möglich.

3. Das möchte ich auch im Rahmen der Wahlkampfauseinandersetzung als letztes hier sagen: Die CDU muß gerade nach diesen theoretischen Ausführungen eine Partei der Mitte bleiben. Die Polarisierung, wie sie von links erstrebt wird, darf von uns nicht mitgemacht werden.

(Beifall)

Wenn z. B. in einer Jungsozialisten-Zeitschrift Franz Josef Strauß mit Adolf Hitler verglichen wird, dann ist das ein Stil, den wir nicht mitmachen dürfen.

(Beifall)

Es geht darum, daß wir stärker als bisher die Konzeption einer offensiven Demokratie entwickeln müssen; denn die Linke, gerade die radikale Linke im Bereich der Hochulen, wird so lange an Einfluß gewinnen und Einfluß behalten, solange immer wieder der Eindruck entsteht, daß nur radikale Gruppen in dieser Gesellschaft gesellschaftlichen Frotschritt ermöglichen.

Ich meine, es kommt entscheidend darauf an, daß wir auch in diesem Wahlkampf eine differenzierte Argumentation besonders gegenüber dem Wechselwähler gebrauchen, daß wir selbstbewußter und bestimmter auftreten und ganz deutlich sagen, daß die Vorstellungen der SPD — zumindest vieler oder mancher Teile der SPD — eher an reaktionäres Klassenkampfdenken des vergangenen Jahrhunderts als an eine moderne Gesellschaftstheorie erinnern.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Ich erteile das Wort Frau Ingeborg Hoffmann, Landesverband Rheinland-Pfalz. Dann folgen Herr Dr. Dregger und Herr Echternach.

Ingeborg Hoffmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir haben gerade den Bericht von Herrn von Weizsäcker gehört und daraus entnehmen können, wie wichtig es ist, daß wir uns neben der Lösung von Sachfragen in Zukunft viel stärker mit den Grundsatzfragen in unserer CDU befassen. Gerade das Fehlen der ethischen Werte und die oft einseitig materielle Einstellung in unserer heutigen Zeit sind die größte Gefahr für den Fortbestand der Demokratie. Die Zunahme der Aggression, die politisch im Radikalismus mündet, das Anwachsen des Gefühls der Sinnnlosigkeit des Lebens, das junge Menschen oft zu einer Flucht aus der Wirklichkeit in den Drogenrausch drängt, das Berauschen an Illusionen, das uns in den Ideologien den politischen Harmoniezustand einer Fata Morgana vor-

gaukelt – diese drei großen Gefahren, um nur die wichtigsten zu nennen, rütteln an der Grundlage unseres Staates.

Deshalb darf die Diskussion über die Grundsatzfragen nicht nur in einer Kommission auf Bundesebene stattfinden. Die Diskussion in einer Kommission ist zu begrüßen und wunderbar. Wir müssen aber in allen Bereichen unserer Partei, also auch unten in den Kreis- und Ortsverbänden, die Gelegenheit haben, darüber zu sprechen und mit der Bevölkerung, vor allen Dingen mit der Jugend, darüber zu diskutieren. Deshalb meine Anregung und Bitte: Ist es nicht möglich, diesen Zwischenbericht von Herrn von Weizsäcker in möglichst vielen Exemplaren an die Kreisverbände zu versenden? Wenn die Arbeit der Grundsatzkommission beendet ist, sollte das Ergebnis nicht irgendwo in einer Schublade landen. Das Ergebnis sollte uns allen vielmehr als Basis für die weitere politische Arbeit dienen. Darum möchte ich Sie, Herr von Weizsäcker, recht herzlich bitten.

(Beifall)

Dr. Gerhard Mahler, Tagungspräsidium: Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Dregger, Landesverband Hessen, das Wort. Ihm folgen Herr Echternach und Herr Foppe.

Dr. Alfred Dregger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Parteitag wird sich morgen der äußeren Sicherheit unseres Landes als drittem Hauptthema zuwenden. Ich bin gebeten worden, heute einen Beitrag zur inneren Sicherheit zu leisten. Damit werden die beiden anderen Hauptthemen „Stabilität in Wirtschaft und Finanzen" und „Reformpolitik der Vernunft" eingefaßt in Fragen der Sicherheitspolitik. Das entspricht ihrem Rang und dem Interesse unserer Wähler, die der inneren Sicherheit in der Rangskala den zweiten Platz zuweisen. Daß wir in der Diskussion über das Grundsatzreferat Herrn von Weizsäckers über die innere Sicherheit sprechen können, halte ich für eine glückliche Fügung, denn die innere Sicherheit ist nicht nur und nicht in erster Linie eine Frage staatlicher Macht und polizeilichen Einsatzes; sie ist vielmehr in erster Linie eine geistige und politische Aufgabe.

Meine Freunde, wie ist die Lage, wie ist sie entstanden, und wie kann sie gebessert werden? In meinem kurzen Diskussionsbeitrag kann ich dieses Thema nur mit wenigen Strichen skizzieren. Ich will versuchen, das zu tun. Zunächst einige Worte zur gegenwärtigen Lage. Ich möchte hier zwei Schriftsteller zitieren, auf die die konservative oder gar reaktionäre Schablone am allerwenigsten paßt. Der bekannte Atheist und Aufklärer Gerhard Czesny schrieb unlängst:

„Wir stehen mitten im Aufbruch eines Zeitalters eindeutig linker Fanatismen, linker Terrorismen, linker Diktaturen."

Karl Steinbuch, der 1969 noch Willy Brandt unterstützt hat, führt in seinem bekannten offenen Brief an den Bundeskanzler folgendes aus:

„Ich glaube nicht, daß die ideologische Potenz der Nazis im Jahre 1930 so stark war wie heute die der Linksextremisten. Ich glaube auch nicht, daß die Abwehrkräfte heute stärker sind als im Jahre 1930."

Meine Freunde, die revolutionäre Bewegung von links ist noch nicht alt. Sie begann auf unseren Straßen im Jahre 1966. Zu Höhepunkten kam es anläßlich des Schah-Besuches im Jahre 1967 und anläßlich der Osterunruhen im Jahre 1968. Dann begann der von Rudi Dutschke verkündete Marsch durch die Institutionen. Er war in erstaunlich kurzer Frist erfolgreich. Die Apo-Führer von damals bilden heute als Lehrer, Wissenschaftler, Anwälte, Justizbeamte, Partei-, Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre ein sich vergrößerndes Gegenetablishment, und sie setzen in den Institutionen das fort, was sie vor fünf Jahren auf den Straßen Westberlins, Frankfurts und anderer westdeutscher Großstädte begonnen haben. Dazu zwei prominente Beispiele. Wolfgang Roth, 1967 noch in der Berliner Apo tätig, wurde 1972 zum Vorsitzenden der Jusos gewählt, der immerhin 250 000 Mitglieder starken Nachwuchsorganisation der SPD. Thomas von der Vring, einst SDS-Ideologe, ist seit 1970 Rektor der progressiv-marxistischen Universität Bremen. Der Apo entstammten auch die Führer der Baader-Meinhof-Bande. Das Bemerkenswerte an ihren anfänglichen Erfolgen und an ihrem Auftreten war die Tatsache, daß ihr Guerilla-Kampf in den Großstädten sie nicht in die Isolierung geführt hat. Sie erhielten vielmehr geistigen, moralischen und materiellen Beistand von Literaten, Professoren und anderen. Das macht deutlich, daß in unserer Gesellschaft eine latente Bereitschaft zur Gewalt und zu ihrer Verharmlosung vorhanden ist.

Wenn wir die Lage insgesamt heute, fünf Jahre nach Ausbruch der Apo-Unruhen und 23 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, analysieren, so ergibt sich folgendes Bild. Im Bildungs- und Informationswesen haben die Radikalen Positionen erobert, aus denen sie nur schwer zu vertreiben sind. Dies wurde durch eine unverantwortliche Hochschulgesetzgebung insbesondere in den sozialdemokratisch regierten Ländern Hessen und Berlin erleichtert. Es wurde durch Drittelparität und durch eine pervertierte Hochschulautonomie erleichtert. Dies ist das Einmalige an diesem Vorgang, nicht etwa die Tatsache der

Studentenunruhen selbst. Solche Unruhen verliefen in Frankreich und in Japan noch gewalttätiger als bei uns, aber dort dachte niemand daran, Institutionen, die von den Steuerzahlern insgesamt finanziert sind, Kräften auszuliefern, die sie zerstören möchten.

Ernst Eichengrün, ehemaliger Bundessekretär der Jusos, führt in seiner bekannten Denkschrift folgendes aus:

> „Die radikale Linke hat über zehn Jahre hinweg konsequente Kaderpolitik betrieben. Die Spitze dieses Eisbergs wird jetzt allmählich sichtbar. Universitäten, Rundfunkanstalten und das Volkshochschulwesen bildeten zunächst einen Unterschlupf. Inzwischen sind sie längst zu Agitationsbasen geworden."

So Ernst Eichengrün, ehemaliger Bundessekretär der Jungsozialisten.

Die Wirtschaft blieb bisher intakt, trotz pausenloser Angriffe auf soziale Marktwirtschaft, auf Leistungsprinzip und auf Unternehmerwirtschaft. Daß sie intakt blieb, verdanken wir insbesondere der Arbeiterschaft, die sich als wichtigste staatstragende Schicht bewährte und den aus dem gehobenen Bürgertum stammenden Revolutionären nichts als Verachtung entgegenbrachte.

Meine Damen und Herren, so viel zur Lage. Wie ist diese Lage entstanden? Ich glaube, wir werden bekennen müssen, daß die Bundesrepublik sich allzu sehr auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentriert hat und daß sie es an geistiger Selbstdarstellung hat fehlen lassen.

Eine falsch konzipierte Umerziehung und eine verkrampfte Vergangenheitsbewältigung trugen dazu bei, daß unsere Jugend vom deutschen Staat und der deutschen Geschichte nicht mehr sehr viel wissen wollte. Vom Chauvinismus der Hitler-Zeit schlug das Pendel in das entgegengesetzte Extrem, nämlich dahin, daß niemand mehr etwas von diesem Staat und seinen Rechten und Interessen wissen will.

In dieses geistige Vakuum strömten dann Ende der 60er Jahre marxistische Ideen ein. Die Neomarxisten denunzierten den Staat als Instrument der herrschenden Klasse. Sie sprachen ihm jede Legitimität ab.

Die staatsmüden Wohlstandsbürger waren dieser geistigen und moralischen Herausforderung nicht gewachsen. Aber nicht erst seit dem Auftreten der Baader-Meinhof-Bande und nicht erst seit den Vorgängen in München sind viele aufgeschreckt; sie sehen sich mit dem Einbruch barbarischer Gewalt konfrontiert.

In dieser Zeit gewinnt Sicherheit wieder höchsten Rang. Sicherheit, meine Freunde, ist aber weder zu kaufen noch zu produzieren. Von einem Staat ohne Autorität ist sie nicht zu erwarten.

(Beifall)

Sicherheit verlangt Kategorien, die nicht die der Industriegesellschaft sind, Kategorien, die vor ihr waren, die über sie hinausweisen, weil sie zeitlos sind.

Zur Sicherheit bedarf es kultureller, ja religiöser Bindungen, stabiler Institutionen und jener Formen des Ethos, die der Wohlstandsgesellschaft fremd geworden sind. Nur dann, meine Freunde, wenn wir wieder eine Verbindung herstellen können zwischen den Menschen und diesem Staat, nur dann, wenn wir diesen Staat nicht nur als Produktionsförderer, als Sozialproduktumverteiler, als Anspruchsbefriediger verstehen, wenn wir begreiflich machen, daß wir ihm gegenüber Pflichten haben, die über das Steuerzahlen hinausgehen, nur dann wird dieser Staat Sicherheit nach innen und außen und damit Freiheit gewährleisten können.

(Beifall)

In diesem geistig-politischen Bereich ist die Hauptaufgabe zu leisten. Wenn wir sie nicht erfüllen, werden materielle Anstrengungen, personelle Ergänzungen von Polizei, Bundeswehr und anderen Sicherheitsorganen die Sicherheit nicht wiederherstellen und diese Gesellschaft und diesen Staat nicht vor dem Untergang retten können. Wenn wir diese geistig-politische Aufgabe erfüllen, dann allerdings sind personelle und materielle Verbesserungen nur noch eine technische Aufgabe, die sich unschwer lösen läßt.

Eine zweite Erkenntnis ist wichtig. Im Zeitalter des Weltbürgerkriegs, der keine Fronten und Konventionen kennt, gehören innere und äußere Sicherheit zusammen, wie zumindest unsere Gegner Innen- und Außenpolitik als Einheit verstehen. Daß die Außen- und Ostpolitik Brandts auch die innere Lage der Bundesrepublik verändert hat, ist ebenso unverkennbar wie die Tatsache, daß diese Politik bei einigen ihrer Befürworter innen- und gesellschaftspolitisch motiviert ist. Im baden-württembergischen Wahlkampf forderten die Jusos in ihrer Wahlkampfzeitung – ich zitiere – „Anerkennung der DDR, um dem von der Reaktion aufgebauten Antikommunismus den Boden zu entziehen, als Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auch in der Bundesrepublik." Und sie fügten hinzu, daß das die unvermeidliche Konsequenz der Ost- und Außenpolitik dieser Bundesregierung sei.

Ein Drittes ist wichtig. Verteidigung unserer politischen Ordnung und unserer gesellschaftlichen Ordnung bedeutet nicht Verteidigung des jetzigen Zustandes unserer Gesellschaft. Das Gegenteil ist der Fall. Wir werden unsere Ordnung nur verteidigen können, wenn wir den Zustand unserer Gesellschaft fortentwickeln. Wir werden unsere Gesellschaft nur fortentwickeln können, wenn wir unsere freiheitliche Ordnung verteidigen.

Wir wissen, unsere Gesellschaft ist reformbedürftig, wie jede Gesellschaft reformbedürftig ist. Das ist nicht der Punkt. Entscheidend ist, daß unsere Gesellschaftsordnung Reformen zuläßt, daß sie reformfähig ist. Eben das ist der Punkt, in dem sie sich von jeder sozialistischen Ordnung unterscheidet, die jede Reformregung mit der Macht von Staat und Partei unterdrückt und, wenn das nicht reicht, mit dem Einmarsch verbündeter Panzerarmeen wie 1968 in der Tschechoslowakei.

(Beifall)

Es ist wichtig, daß wir unsere jungen Menschen darauf hinweisen, daß Sozialismus bedeutet, daß seine Ordnung starr, geschlossen und damit inhuman ist, daß unsere Ordnung dagegen offen, entwicklungsfähig und damit human ist.

Lassen Sie mich diese drei Erkenntnisse zusammenfassen zu einem Grundsatz für unsere Sicherheitspolitik im engeren Sinne, nämlich daß sie zugleich fest und liberal sein muß: Liberal insofern, als Ordnung für uns kein absoluter Wert ist, als Recht und Ordnung für uns nur in Verbindung mit Freiheit einen Stellenwert erhalten. Und fest insofern, als wir nicht darauf verzichten können, das Recht konsequent anzuwenden gegenüber jedermann und ohne falschen Opportunismus.

Für die Bekämpfung des politischen Radikalismus folgt daraus, wie ich meine, folgendes. Das Parteienverbot ist nur die ultima ratio; die geistige und politische Auseinandersetzung ist wichtiger und ist vorzuziehen. Diese geistige und politische Auseinandersetzung kann aber nur erfolgreich sein, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind, nämlich wenn eine klare Abgrenzung der Demokraten von den Radikalen stattfindet und wenn der öffentliche Dienst von Verfassungsfeinden frei gehalten wird.

(Beifall)

Wir können nicht zulassen, daß Revolutionäre zu Beamten werden und daß Beamte Revolutionäre sind. Das wäre nicht liberal, sondern das wäre verantwortungslos unserem Staat gegenüber, es wäre praktischer Schwachsinn.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und fasse zusammen. Innere und äußere Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille. Sie zu gewährleisten ist nicht nur eine Frage staatlicher Macht, militärischer Abwehrbereitschaft oder polizeilichen Einsatzes.

Ferner: Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt voraus, daß wir erkennen, daß Wirtschaft und Gesellschaft nicht alles sind, daß der Staat mehr ist, wenn wir begreiflich machen können, daß wir als Staatsbürger Pflichten dem Staat gegenüber haben, die über das Steuerzahlen hinausgehen.

Ferner: Die Erkenntnis, daß zur Verteidigung unserer Ordnung ihre Fortentwicklung gehört.

Unsere Sicherheitspolitik, die fest und liberal sein muß, wird erfolgreich sein, wenn wir in ihr nicht nur eine polizeiliche Aufgabe sehen, sondern eine geistige und politische Aufgabe, die uns allen gemeinsam gestellt ist.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Mahler, Tagungspräsidium: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Echternach, Landesverband Hamburg. Dann folgt Herr Theo Foppe, dann Herr Klaus Jäger.

Bitte, Herr Echternach!

Jürgen Echternach: Landesverband Hamburg: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wenn wir auf diesem Parteitag die Wähler aufrufen, uns für die nächsten vier Jahre die Führung der deutschen Politik anzuvertrauen, dann müssen wir ihnen natürlich sagen, wie wir in diesen vier Jahren die Politik konkret gestalten wollen. Das wird übermorgen in Gestalt des Regierungsprogramms geschehen. Aber die junge Generation in unserem Lande will heute mehr. Sie stellt den Politikern in unserem Lande immer stärker die Frage nach der Motivation ihres Handelns, nach den eigenen Wertmaßstäben und nach den langfristigen Zielen, an denen sie ihr eigenes Handeln orientiert. Darauf müssen wir eine Antwort geben, und die Rede Richard von Weizsäckers und auch der Schlußteil der Rede von Herrn Dr. Barzel haben gezeigt, daß die CDU dazu auch in der Lage ist.

Die Reideologisierung der politischen Auseinandersetzung, vor allem aber die Bereitschaft beachtlicher Teile der jungen Generation, unsere politische und gesellschaftliche Ordnung in Frage zu stellen — und die Wahlstatistik von Bremen und Berlin ist ein Menetekel —, dies alles ist

für uns eine Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine Chance, die Chance nämlich für eine überzeugende Alternative.

Unsere Partei hat auf zwei Parteitagen, auf dem Parteitag von Berlin und auf dem Parteitag von Düsseldorf, bewiesen, daß sie Programmdiskussionen nicht ausweicht, sondern sie in vorbildlicher Lebendigkeit führen kann. Und das auch nicht nur auf diesen beiden Parteitagen; denn so richtig es ist, daß diese Grundsatzdiskussion durch die langjährige Regierungsarbeit und durch die Notwendigkeit, immer wieder schnell Entscheidungen zu treffen und Kompromisse stiften zu müssen, in den Hintergrund getreten ist, so richtig ist es auch, daß die CDU 1945 die einzige Partei war — im Gegensatz zu jenen anderen, die dort wieder anfangen wollten, wo sie 1933 aufgehört hatten —, die mit modernen programmatischen Zukunftsvorstellungen in die deutsche Politik nach 1945 trat.

Als einen Beitrag für diese Grundsatzdiskussion in unserer Partei versteht sich auch das Grundsatzprogramm der Jungen Union, das wir auf dem letzten Deutschlandtag vor acht Tagen verabschiedet haben, und ich begrüße es, daß diese Grundsatzdiskussion jetzt in unserer Partei nach der Diskussion über Aktionsprogramme verstärkt in Gang gekommen ist. Ich hoffe, daß es nicht bei dem unverbindlichen Beitrag bleibt, so eindrucksvoll er eben in Gestalt der Rede von Richard von Weizsäcker war, sondern daß diese Diskussion fortgeführt wird auf allen Ebenen der Partei und auf dem nächsten Parteitag endet in einer konkreten Beschlußfassung in Gestalt von Thesen, die dieser Parteitag zu verabschieden hat.

(Beifall)

Ich weiß, daß unser Gundsatzprogramm nicht nur auf Zustimmung, sondern daß manche Aussage auch hier und dort auf Kritik gestoßen ist, so wie wir auch in unseren eigenen Reihen natürlich lange um manche Formulierung gerungen haben. Aber so, wie wir in unserem eigenen Programm gesagt haben, daß wir im Gegensatz zu dogmatisch fixierten Bewegungen bereit seien, auch die eigene Position in Frage zu stellen, so sind wir auch offen für eine Diskussion über diese unsere Grundsatzthesen, und wir hoffen auf die gleiche Offenheit überall in der Partei. Wir wollen mit diesem unserem Grundsatzprogramm der jungen Generation in der nächsten Zeit eine Alternative bieten, eine Alternative sowohl zu radikalen Ideologen, die über ihren Utopien den einzelnen Menschen vergessen, eine Alternative aber auch zu rein pragmatischer Politik oder auch zu jenen, die inmitten der Herausforderung unserer Zeit, von denen Herr von Weizsäcker anschaulich gesprochen hat, am Status quo festhalten, die damit einen Stau an Reformen hervorrufen, der zu

explosiven Entladungen drängen muß und die damit letzten Endes das Spiel der Systemveränderer spielen.

Ich begrüße besonders, was Herr von Weizsäcker gesagt hat zum Namen unserer Partei. Wir haben auch in unserem Grundsatzprogramm deutlich gemacht, daß das C in unserem Parteinamen kein historisches Überbleibsel aus der Günderzeit ist, von dem man heute am besten nicht mehr spricht, sondern die Basis für unser Bild vom Menschen und damit die Basis für unsere Politik. Für uns ist eben der Mensch keine Marionette gesellschaftlicher Zwänge, sondern er ist fähig und aufgerufen, frei und selbstverantwortlich zu entscheiden. Deshalb darf der Freiheits- und Entscheidungsraum des einzelnen nicht im Interesse irgendwelcher anderen Werte aufgehoben oder zugunsten kollektivistischer Lösungen eingeengt werden, sondern wir müssen den einzelnen befähigen, von seinen Freiheitsrechten auch verantwortlich Gebrauch zu machen. Und hier setzen die Aufgaben der Bildungspolitik oder der Eigentumspolitik an. Aus dem C folgt aber nach unserer Auffassung auch gleichzeitig unsere Verantwortung für die sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft, unsere Pflicht zur Solidarität.

Wir haben in den letzten Monaten als Junge Union deutlich gemacht, daß wir unsere Aufgabe als Bindeglied zwischen junger Generation auf einen Seite und der Union auf der anderen Seite nur erfüllen können in kritischer Eigenständigkeit, auch kritischer Eigenständigkeit gegenüber der Partei. Aber wir wissen, daß wir heute am Vorabend einer Entscheidung stehen, die Junge Union und CDU Seite an Seite sehen wird, eine Entscheidung, die uns mindestens so sehr angeht wie die ganze Partei. Denn am 19. November geht es nicht nur um Parteien und Personen, sondern um die künftige Gesellschaftsordnung unseres Landes. Heute werden die Weichen für die Gesellschaftsordnung gestellt, in der wir einmal später leben werden. Wenn heute über diese unsere Zukunft entschieden wird, dann wollen wir sie nicht denen überantworten, die unsere Ordnung überwinden oder zerstören wollen zugunsten sozialistischer Thorien, deren Verwirklichung bisher überall nur zu Unterdrückung und zu viel größeren Ungerechtigkeiten geführt hat, sondern wir wollen die Fortentwicklung unserer Gesellschaft mit dem Ziel einer Gesellschaft, die den Bedürfnissen des Menschen nach freier Selbstentfaltung ebenso Rechnung trägt und gerecht wird wie nach mitmenschlicher Solidarität.

In diesem Sinne möchte ich Herrn von Weizsäcker und seine Kommission ermutigen, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren, und ich darf ihm dabei die Unterstützung und Mitarbeit der Jungen Union zusichern.

(Beifall)

Dr. Mahler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Echternach, auch für Ihre Aufforderung zur Alternative und zur Tat.

Das Wort hat nun Herr Theo Foppe, Landesverband Hannover; dann folgt Herr Jäger.

Theo Foppe, Landesverband Hannover: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin kein guter Redner, und deswegen werde ich es auch sehr kurz machen. Ich bin auch kein langjähriges Mitglied der CDU, sondern ich gehörte seit 12 Jahren der SPD an. Ich bin trotzdem guten Mutes, daß die CDU diesen Wahlkampf gewinnen wird.

(Beifall)

Ich war sehr aktiv in der SPD tätig. Erste Anzeichen der Wandlung innerhalb der SPD merkte ich 1969 anläßlich des Juso-Kongresses. Am 15. März 1970 habe ich in einer öffentlichen Versammlung der SPD folgendes erklärt:

> Die Fragen müssen hier und heute gestellt werden. Wohin geht die Reise der SPD? Ist die SPD noch eine Volkspartei, oder ist sie überholt? Früher wurden die Genossen wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen, die solche Reden hielten wie die Jusos. Wenn das alles gestützt und unterstützt wird, dann Gnade Gott der SPD bei den nächsten Wahlen. Ich für meine Person erkläre hier vor dieser Versammlung, daß ich nicht bereit bin, einen weiteren Linkskurs der SPD zu sanktionieren. Das mag heute Mode sein. Sollte diese Partei sich weiter vom Godesberger Programm entfernen, dann werde ich dieser Partei nicht mehr länger dienen können.

Diese Vorwürfe gegenüber der SPD habe ich immer wiederholt, und ich könnte auch Beweise vortragen. Dann habe ich mich nach gründlicher Überlegung durchgerungen, diese Partei zu verlassen. Nicht ich, sondern die Partei, die SPD, hat sich gewandelt.

(Beifall)

Weil ich meine Politik als Arbeitnehmer, die Politik der Mitte, fortsetzen wollte, bin ich zur CDU übergetreten.

(Beifall)

Das nächste Vierteljahr war sicherlich eines der schwersten, das ich in meinem Leben erleben durfte. Von schweren Beleidigungen bis zu Morddrohungen reichte die Palette, und sie kamen.

Ich glaube, ja, ich bin sicher, daß es sich viele Wähler überlegen werden, ob sie noch die SPD wählen. Ich meine, die SPD darf auf keinen Fall

diese Wahl gewinnen, denn sonst wird es in den nächsten Jahren kaum noch CDU-Staatssekretäre oder aber auch CDU-Generäle geben. Ich glaube, gemeinsam werden wir es schaffen.

Ich darf Sie beschwören, Rainer Barzel, seine Mannschaft und die CDU zu unterstützen. Krempeln wir gemeinsam unsere Ärmel auf, und siegen wir am 19. November!

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsident: Vielen Dank, Herr Foppe! Es folgt Herr Jäger vom Landesverband Baden-Württemberg. Ihm folgt Herr Dr. Wolfgang Pfeiler vom Landesverband Rheinland.

Das Wort hat Herr Jäger.

Klaus Jäger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte ein paar Anmerkungen zu den Ausführungen machen, die heute vormittag unser Parteivorsitzender gemacht hat, und zwar möchte ich mich dabei mit einer Frage beschäftigen, die in seinem Referat vermutlich aus Zeitgründen ein wenig kurz zur Sprache gekommen ist, nämlich mit der Frage der bevorstehenden Europäischen Sicherheitskonferenz, von der Rainer Barzel heute früh sagte, daß es der Bundeskanzler damit merkwürdig eilig gehabt habe. Ich glaube, meine lieben Parteifreunde, diese Europäische Sicherheitskonferenz wird für jede künftige deutsche Regierung, auch für eine, die wir stellen, eine außerordentlich schwere Hypothek darstellen, weil die jetzige Regierung Brandt praktisch ohne jede Vorbedingung Deutschland auf die Teilnahme an dieser Konferenz festgelegt hat. Wir sollten aber an der Linie festhalten, die Sie, Herr Barzel, in der großen außenpolitischen Debatte im Frühjahr dieses Jahres aufgezeigt haben, als Sie Bedingungen nannten, die erfüllt sein müßten, wenn eine von Ihnen geführte Regierung an dieser Konferenz teilnehmen solle. Hier scheinen mir drei Dinge wichtig zu sein; lassen Sie sie mich in aller Klarheit und Kürze vortragen.

Erstens. Solange die Sowjetunion ihre Aufrüstung in dem beängstigendem Ausmaß fortsetzt, wie sie es gegenwärtig tut, scheint mir und scheint wahrscheinlich sehr vielen von Ihnen, meine Damen und Herren, das Drängen auf eine Sicherheitskonferenz nichts anderes zu sein als ein weltpolitisches Alibi für den Versuch, ein Instrumentarium zu schaffen, um die westlichen Staaten und auch die Bundesrepublik weltweit politisch unter Druck zu setzen.

(Vereinzelter Beifall)

Solange diese gewaltige Aufrüstung nicht gestoppt oder nicht wenigstens gemäßigt wird, scheinen mir die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Sicherheitskonferenz nicht gegeben zu sein.

Zweitens. Wir haben gehört – leider hat das auch bei einigen westlichen Freunden ein Echo gefunden –, daß die Sowjetunion bis jetzt nicht bereit ist, auf der Sicherheitskonferenz auch die Fragen der beiderseitigen Truppenverminderung vor allem in Europa ernsthaft zu diskutieren. Es ist noch nicht so lange her, daß unser früherer Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, der hier unter uns sitzt, die Weltöffentlichkeit und unser Volk darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Stationierung gewaltiger sowjetischer Truppenmassen in der Tschechoslowakei zusätzlich zu den Truppen, die die Sowjetunion schon vorher hier stationiert hatte, das Kräfteverhältnis in Mitteleuropa in empfindlicher Weise zu unserem Nachteil stört. Es ist hohe Zeit, wieder einmal deutlich zu sagen, daß diese einseitige Verschiebung des Gleichgewichts der Mächte in Europa abgebaut werden muß, wenn eine Sicherheitskonferenz nicht nur ein Austausch von Propagandatiraden und ein Dreschen leeren Strohs durch die dort vertretenen Delegierten sein soll.

(Vereinzelter Beifall)

Drittens. Ich möchte wieder die klare Bedingung in Erinnerung bringen, die unser Parteivorsitzender in der Bundestagsdebatte dafür gestellt hat, daß diese Europäische Sicherheitskonferenz keine „Europa-Verhinderungskonferenz" wird, nämlich die Bedingung, daß daran auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, und zwar nicht bloß durch ihre Mitgliedsstaaten, sondern auch durch ihre Kommission oder durch einen sonstigen, politisch unmittelbar Bevollmächtigten der Gemeinschaft, direkt am Konferenztisch vertreten sein muß. Ich glaube, das muß wiederholt und bekräftigt werden, damit man deutlich sieht, daß wir uns die europäische Einigung, die heute früh erfreulich klar als ein Hauptziel der Union herausgestellt worden ist, nicht von diesem Popanz der Sicherheitskonferenz kaputtschlagen lassen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, das sind drei klare Punkte, und ich würde mich freuen, wenn gerade in den nächsten Tagen auch unser Vorsitzender dazu Stellung nehmen könnte. Ich möchte noch ein Letztes anfügen. Sollte es sich zeigen, daß die Sowjetunion nicht bereit ist, uns in all diesen Dingen auf der Sicherheitskonferenz entgegenzukommen, sollte die Union und sollte nach einer gewonnenen Wahl auch eine von uns geführte Regierung den Mut haben zu sagen, daß diese Konferenz dann eben so lange nicht mit uns – und das bedeutet praktisch gar nicht – stattfinden kann, bis die Sowjetunion uns in diesen Mindestforderungen entgegenkommt und damit die Sicherheitskonferenz statt zu einer Propagandakonferenz zu einer echten Konferenz über Sicherheit und Frieden in diesem Erdteil macht.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsident: Vielen Dank, Herr Jäger.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß aus der Tatsache, daß wir in einer Kurstadt tagen, nicht geschlossen werden darf, dieser Saal sei eine Kurpromenade. Ich möchte Sie bitten, Ihre privaten Gespräche außerhalb des Saales zu führen

(Beifall)

und Ihr Diskussionsbedürfnis an diesem Pult zu befriedigen.

Das Wort hat Herr Pfeiler. Ihm folgt Herr Niederbremer, Landesverband Braunschweig.

Dr. Wolfgang Pfeiler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Aufmerksamkeit nur kurz auf einen Teilaspekt des Problems lenken, das Herr von Weizsäcker heute unter dem Abschnitt 1 – Umweltschutz – vorgetragen hat. Ich habe mit großer Genugtuung festgestellt, das meines Wissens zum erstenmal im Programm einer politischen Partei die Frage des Umweltfaktors Luft nicht nur unter dem Aspekt der Verschmutzung der Luft durch Abgase gesehen, sondern davon gesprochen worden ist, daß verbrauchte Rohstoffe wieder in den Kreislauf zurückgeführt werden müßten. Es handelt sich hier darum, daß wir in diesen Jahren eine Entwicklung im ökologischen Gleichgewicht der Luft feststellen, die auf eine Verminderung des Sauerstoffgehalts und eine Zunahme des Kohlendioxydgehalts hingeht. Diese Entwicklung ist vor allem auf die Zunahme der Energiegewinnung durch Verbrennung zurückzuführen. Diese Art der Energiegewinnung wird auch in der Zukunft nicht geschmälert werden können, sondern sie wird zunehmen. So könnte es geschehen, daß wir, wenn wir nicht zu entsprechenden Maßnahmen greifen, in etwa 50 bis 100 Jahren in einem Klima leben, in dem der Sauerstoffgehalt geringer ist, als es heute im Himalaja-Gebiet der Fall ist.

Die letzlich erfolgversprechende Lösung dieser Frage scheint mir darin zu liegen, daß wir für die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts sorgen, indem wir mehr Pflanzen in der Bundesrepublik anbauen. Pflanzen sind diejenigen Stoffwechselträger, wenn ich so sagen darf, die Kohlendioxyd verbrauchen und Sauerstoff produzieren. Diese Lösung, nämlich mehr Pflanzen in der Bundesrepublik anzubauen oder zumindest zu verhindern, daß in zunehmendem Maße unser Baum- und Strauchbestand reduziert wird, würde darüber hinaus nicht nur die Umweltverschmutzer, also diejenigen, die Energie durch Verbrennung gewinnen, belasten, sondern es wäre, weil dadurch zugleich unsere Er-

holungsflächen vergrößert würden, eine Lösung, die weitgehend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden könnte.

Ich möchte die Fraktion unserer Partei nachdrücklich auffordern, auf dem Wege fortzufahren, den sie mit ihrem Antrag vom Juni dieses Jahres beschritten hat, und zwar mit dem Ziel, in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik zu einem Landschaftsentwicklungsgesetz zu kommen, das das ökologische Gleichgewicht der Luft wahrt und das darüber hinaus den Erholungsuchenden in der Zukunft von Vorteil sein wird. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsident: Vielen Dank, Herr Pfeiler! — Das Wort hat der Delegierte Niederbremer aus dem Landesverband Braunschweig. Bitte!

Günter Niederbremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einen Punkt, den Herr Dr. Richard von Weizsäcker in seinem Grundsatzbericht angesprochen hat, eingehen — Herr Langguth hat das am Beginn der Debatte bereits getan —, auf den Bereich der Hochschulen. Herr Dr. von Weizsäcker hat hier deutlich gesagt, wir dürften nicht dem Spartakus die Hochschulen überlassen. Diesen Punkt möchte ich besonders herausstellen. Als einer der — leider — wenigen ASTA-Vorsitzenden, die der CDU angehören,

(Vereinzelter Beifall)

glaube ich, daß gerade hier die CDU-Mitglieder, die Junge Union und der RCDS, der in diesem Bereich tätig ist, massiv die Unterstützung der Partei brauchen.

(Beifall)

Wir sollten dies auch gerade im jetzt bevorstehenden Wahlkampf deutlich ansprechen.

Ich halte nicht sehr viel davon, daß die bestehenden studentischen Selbstverwaltungen auseinanderdividiert und daß Neuorganisationen gefunden werden, weil dies meiner Ansicht nach nicht eine Lösung ist, sondern nur ein Verschleiern der bestehenden Mißstände, die darin bestehen, daß zur Zeit Radikale die Positionen dort einnehmen und wir bisher leider kein Mittel — oder doch kein ausreichendes Mittel — gefunden haben, um diesen Dingen entgegenzuwirken. Ich glaube, daß hier in der Halle niemand sein wird, der ernsthaft den Gedanken erwägen würde, das Betriebsverfassungsgesetz solle grundsätzlich revidiert werden, weil in vielen Betrieben Betriebsräte den Ton angeben, die nicht unserer Partei angehören. Dort versuchen wir, unsere Arbeitnehmer, die

Arbeitnehmervertreter, die unsere Politik vertreten, zu unterstützen, damit sie dort die entsprechenden Positionen einnehmen. Genau dies sollten wir auch im Bereich der Hochschulen tun; wir sollten dort unsere Freunde und unsere Parteimitglieder unterstützen.

Ich darf deshalb hier die Delegierten und die Verantwortlichen eindringlich bitten, daß sie im Bereich der Hochschulen verstärkt diejenigen unterstützen, die dort unsere Politik vertreten, damit wir dort in den studentischen Selbstverwaltungen Politik betreiben können und damit dort nicht CDU-Mitglieder so diffamiert werden, daß sie meistens gar nicht mehr wagen zu sagen, daß sie der CDU angehören. Bitte sagen Sie das im Wahlkampf recht deutlich und geben Sie uns dort Ihre Unterstützung. Schönen Dank!

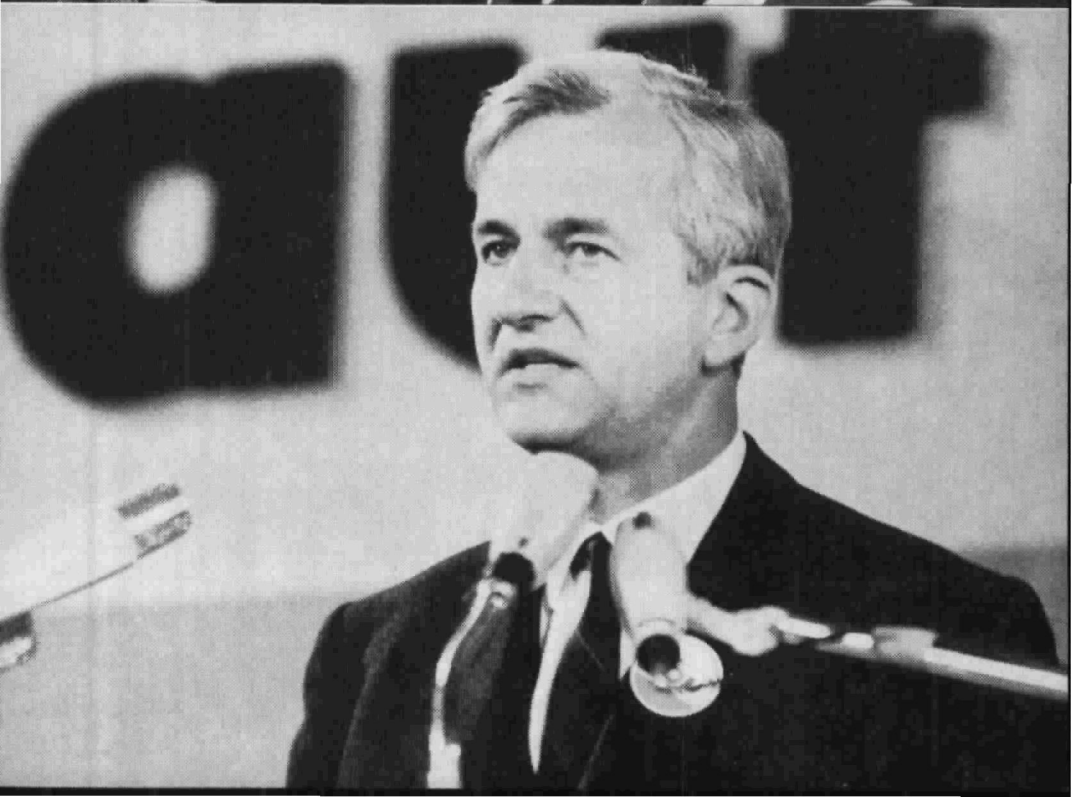
(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Niederbremer. — Das Wort hat nun Herr Dr. Gerhard Rödding aus Westfalen.

Dr. Gerhard Rödding: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja in den letzten Jahren allerlei in Bewegung geraten. Für mich hat sich das besonders deutlich an der Diskussion über die Strafrechtsreform gezeigt. Hier sind ganz entscheidende ethische Fragen in Bewegung geraten, Dinge, die wir meistens noch vor kurzem für unumstößlich hielten. Nun ist es aber keine Frage, daß eine Gesellschaft nicht leben kann, ohne daß ein bestimmtes ethisches Minimum als ein Fundamentalkonsens vorhanden ist. Ich halte es für eine Aufgabe der Grundsatzkommission, daß sie versucht, diesen notwendigen Minimalkonsens zu entwickeln und zu formulieren.

Zweitens. Es ist heute oft davon gesprochen worden, daß unser Staat keine Autorität mehr habe. Es gibt ja auch ganz bestimmte Kräfte in unserem Lande, die der Meinung sind, daß sich ein demokratischer Staat dadurch auszeichnet, daß er eben keine Autorität hat. Ich glaube, wir sollten dem nicht nur entscheidend widersprechen, sondern wir sollten unsere Grundsatzkommission auch bitten, deutlich zu machen, daß es darum geht, zu zeigen, welche Minimalbedingungen erforderlich sind, damit unser Staat und damit überhaupt ein Staat Autorität gewinnt.

Drittens und letztens: Wir haben gesagt — und ich stehe völlig dahinter —, wir bauen den Fortschritt auf Stabilität. Das ist gesagt als Gegensatz zu unseren parteipolitischen Gegnern, die ja eigentlich formulieren müßten: Wir bauen den Fortschritt auf Wunschträume. Wir bauen ihn also auf Stabilität, und ich glaube, daß man uns die Stabilität auch abnehmen wird. Wird man uns aber auch abnehmen, daß wir eben den Fortschritt


OUT

CDU
CDU

Unser Regie[illegible]rogramm:

Wir ba[illegible]n den Fo[illegible]schrit[illegible] auf[illegible]ät

Unser Regierung
Wir baue
den Fort
auf St
ziehen
Sie mit
CDU
Für
Wiesbaden

bauen, bauen auf Stabilität? Werden wir das deutlich machen können? Wird es möglich sein, zu sagen, wie denn der Fortschritt aussehen soll, wie die Zukunft aussehen soll, die wir zu bewältigen haben?

Heute stehen wir in der Situation, daß der Mensch in der Lage ist, auf Grund seiner Möglichkeiten einen entschlossenen Griff in die Zukunft zu tun und heute zu planen, was morgen sein soll. Aber nimmt uns die Planung nicht auch die Freiheit? Einer, der in seinem Leben verhältnismäßig resigniert war, hat einmal gesagt: Wir stehen vor der Wahl, ob wir unsere Freiheit verlieren oder ob wir in der Zukunft unser Leben verlieren. – Lassen Sie uns mit glühendem Willen – ja, ich möchte beinahe sagen, mit etwas utopischem Willen – zeigen, daß es um Freiheit und Leben geht!

(Vereinzelter Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Das Wort hat Herr Wissmann aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Bitte!

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Dies scheint mir die Stunde zu sein, an ein Wort zu erinnern, das Konrad Adenauer schon im Jahre 1954 zur Grundsatzdiskussion und zu ihrer Notwendigkeit gesprochen hat. Er sagte damals auf dem Bundesparteitag in Köln:

> Gerade eine so große Partei wie die unsere, die diese Verantwortung trägt, muß sich immer wieder davor hüten, sich in das Dikkicht der Tagesereignisse zu verlieren, sondern sie muß bei ihren Entscheidungen stets den Blick auf das Grundsätzliche richten.

Ich meine, es ist schade, daß es so lange gebraucht hat, bis dieses Wort Konrad Adenauers mit der hervorragenden Arbeit der Grundsatzkommission von Herrn von Weizsäcker wenigstens ansatzweise in die Tat umgesetzt wurde.

(Vereinzelter Beifall)

Es kommt aber nun darauf an, diese Grundsatzdiskussion in der Partei nicht versanden zu lassen. Es kommt darauf an, daß wir diese Grundsatzdiskussion in den Wahlkampf hineintragen.

Hier aber möchte ich deutlich sagen, daß ich der Auffassung bin, daß Grundsatzdiskussion im Wahlkampf nicht bedeuten kann, Pauschalierungen vorzunehmen und unkritisch gegenüber dem eigenen Standpunkt zu sein. Die Junge Union wird mit ihrem Grundsatzprogramm den Versuch machen, im Wahlkampf gerade der jungen Generation deutlich zu machen, daß es endlich vorbei ist mit dem oft vorhanden gewesenen Selbstverständnis, daß man eben, wenn man erst einmal das Parteibuch in seinem Besitz hat, den kritischen Verstand als an der Garderobe ab-

gegeben ansieht. Wir wollen mit einer differenzierten Auseinandersetzung über Grundsatzfragen auch im Wahlkampf deutlich machen, daß dem nicht so ist. Und wir wollen ein weiteres tun. Wir wollen den Versuch machen, deutlich werden zu lassen, daß die politische Bandbreite der Union eben bis weit in die politische Mitte hinein geht. Ich meine, die Union hat diesen Beweis sehr nötig.

Ein weiteres: Es kann nicht dabei bleiben, die Grundsatzauseinandersetzung im Wahlkampf zu führen. Es ist notwendig, über den Wahlkampf hinaus die Grundsatzdiskussion an der Basis der Partei zu führen. Deswegen meine ich, sollten wir den Vorschlag aufgreifen, der vorhin vom Bundesvorsitzenden der Jungen Union gemacht wurde, der nämlich besagt, beim nächsten Parteitag Thesen zur Gundsatzposition der Union zu verabschieden. Ich meine, es wäre an der Zeit, ähnlich, wie es die Junge Union gemacht hat, auch ein Grundsatzprogramm der CDU zu verabschieden, wobei es natürlich besonders wünschenswert wäre, wenn es endlich einmal gelingen könnte, CDU und CSU zu gemeinsamen programmatischen Aussagen, die auf gemeinsamen Parteitagen formuliert werden, zueinander zu bringen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun einige Punkte ansprechen, die sich für die Junge Union aus dem hohen Anspruch des C in unserem Parteinamen ergeben. Ich meine, daß gerade wir als Christliche Demokraten Brüderlichkeit und Solidarität in der Politik mehr zur Geltung bringen müßten, denn Brüderlichkeit und Solidarität sind es erst, die Freiheit und Gleichheit miteinander möglich machen. So gesehen muß das C für uns als Provokation zu mehr sozialer Verantwortung in der Politik dienen.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen, wo diese Wertvorstellungen in praktische Politik umgesetzt werden können, denn darauf kommt es ja an, es nicht nur bei Grundsatzfeststellungen zu belassen, sondern diese in die konkrete politische Tat umzusetzen.

1. Solidarität und Gerechtigkeit verlangen es, daß mehr Menschen als bisher an dem Vermögen unserer Gesellschaft beteiligt werden. Auch wenn die Vermögenssituation in unserer Gesellschaft oft bewußt negativ überzeichnet wird, so bleibt doch festzustellen, daß ein kleiner Prozentsazt der Bevölkerung mehr Vermögen besitzt als die große Masse der Menschen. Dies ist ein nicht akzeptabler Zustand. Der Beteiligungslohn-Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion ist ein erster, allerdings nur ein erster wichtiger Schritt zur Verbesserung dieser Situation. Weitere müssen folgen. Eines aber muß klar sein: Vermögensbildung darf gerade

in unserer Partei nicht als Ventil verstanden werden, aus dem die Politiker und die Besitzenden in dieser Gesellschaft immer nur dann die Luft herauslassen, wenn soziale Spannungen drohen oder wenn es wahlkampftaktisch opportun erscheint.

2. In einem Zeitalter und in einem Gesellschaftssystem, in dem in erster Linie die gesellschaftlichen Gruppen von den Politikern berücksichtigt werden, die am besten organisiert sind und die das Geschäft des Lobbyismus am besten verstehen, sollte gerade die Union aus dem Anspruch ihres C im Parteinamen heraus ihre Macht verstärkt darauf richten, den Rechtlosen, den Randgruppen und den Minderheiten in unserem Gemeinwesen zum Recht zu verhelfen. Hier kann man, wenn es etwa um Gastarbeiter, Strafgefangene, Alte oder Kranke geht, beweisen, daß man nicht zuerst nach den Stimmen schielt, sondern daß die Union zuerst den Menschen als Zielpunkt ihrer Politik zieht.

Ich möchte zwei Beispiele für konkretes Handeln nennen. Um den ungerechtfertigten und schädlichen Jugendkult – verzeihen Sie mir dieses Wort gerade als junger Politiker – in unserer Leistungsgesellschaft Einhalt zu gebieten, sollte der Gesetzgeber nicht davor zurückschrecken, Entlassungen von Arbeitnehmern aus Altersgründen und Altersbegrenzungen in Stellenangeboten nach amerikanischem Vorbild zu verbieten und Verstöße dagegen empfindlich zu bestrafen. Des weiteren sollte den alten Menschen notfalls durch staatliche Maßnahmen die Gelegenheit zu sinnvoller Beschäftigung offeriert werden. Verhindert werden muß aber auch – und dies ist eine Aufgabe des Städtebaus der Zukunft –, daß der Bau von Altersheimen weit draußen irgendwo im Grünen am Rande der Städte zu einer Gettosituation von alten Menschen in unserer Gesellschaft führt, die sie nicht in unsere Gesellschaft integriert, sondern sie aus unserer Gesellschaft heraushält.

Meine Damen und Herren, es wäre gerade zum Grundsatzprogramm der Jungen Union auch hier noch manches zu sagen. Ich nehme aber an, daß sich zumindest einige von Ihnen noch die Mühe machen werden, dieses Programm detaillierter zu lesen. Lassen Sie mich deswegen mit folgender Bemerkung schließen: Ich meine, daß diese Grundsatzdiskussion von uns allen die Bereitschaft zum Umdenken erfordert, womit nicht der Ausverkauf aller bisherigen politischen Aussagen gemeint sein kann, sondern die geistige Selbstsicherheit in der Diskussion, das Bestehende in Frage zu stellen und die überlieferten Wertvorstellungen selbstkritisch zu überprüfen. Die Bereitschaft zum Umdenken, zur Reform, hat Robert Kennedy – und dieser Satz scheint mir sehr wichtig – in seinem Buch „Auf der Suche nach einer neuen Welt" auf die prägnante Formel gebracht:

Bei der Prüfung von Reformvorschlägen nicht nach dem Warum, sondern nach dem Warum-Nicht fragen.

(Beifall)

Egon Lampersbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wissmann, für diesen sicherlich sehr kritischen Beitrag, der aber – auch davon bin ich überzeugt – bei uns weitere Diskussionen auslösen wird.

Meine Damen und Herren, zum nächsten Diskussionsbeitrag darf ich Frau Kuppe bitten.

Margarethe Kuppe: Meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich bedauere, daß die Stunde so weit fortgeschritten ist, kann aber nicht umhin, doch noch zu dem zu sprechen, dessen Diskussion ich für unter allen Umständen notwendig erachte, und zwar nicht zuletzt deshalb, sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender, weil Sie in Stuttgart eine sehr wichtige Frage an die SPD gerichtet haben, was sie nämlich unter Sozialismus verstehe. Sie haben festgestellt, daß Sie bisher keine Antwort auf diese Frage haben erhalten können, und ich glaube, es ist auch sehr verständlich, daß Sie diese Antwort bis heute nicht erhalten haben.

Die Auseinandersetzung auf diesem Parteitag ging erfreulicherweise sehr bald ins Grundsätzliche, es ging um die geistigen Grundlagen der CDU und nicht nur um Geld und Geldeswert, womit man sicher sehr viele Wähler, aber ganz sicher nicht das Herz der deutschen Jugend gewinnen kann, um das wir alle ringen, weil in ihren Händen unsere Zukunft liegt. Vor mir steht, während ich diesen Diskussionsbeitrag leiste, ein Wort des von mir sehr verehrten russischen Dichters Solschenizyn, der kürzlich gesagt hat: Feigheit ist die Wurzel allen Übels in unserer Zeit. Deshalb will ich also ganz bestimmt nicht feige sein und diese Grundsatzdiskussion auf die Ebene der Definitionen führen; denn solange wir das nicht tun, solange bleiben Dinge eben doch in gewisser Weise nebulos, und gerade das Nebulose ist der Freund aller Ideologien, vor allem aber des Marxismus, der sich mit seinen vielfältigen Fremdwörtern mit einem Nebelschleier von Wissenschaftlichkeit umgibt. Was ist Marxismus? so möchte ich fragen. Ich glaube, wir wissen es eigentlich längst: Er ist im Grunde nichts anderes als Staatskapitalismus.

(Beifall)

Marxismus hat in dem Augenblick sein Ziel erreicht, wo nach seiner Theorie die Arbeiterklasse die Produktionsmittel – das sind eben jene Mittel, mit denen man Produkte herstellen kann – in ihrer Hand vereinigt hat. Sie ist selbst zum Staat geworden, und damit besitzt der Staat das Verfügungsrecht über Grund und Boden, Fabriken, Maschinen und

Finanzen. Damit ist auf Anhieb jene staatliche Übermacht entstanden, die den Menschen versklavt.

(Beifall)

Staatskapitalismus heißt eben nichts anderes als Staatssklaverei. Dies muß deutlich ausgesprochen werden, wenn das deutsche Volk erkennen soll, wohin es unter Umständen unter dem Nebelschleier von vielen, allzu vielen Fremdwörtern geführt werden soll.

(Beifall)

Überlegen Sie sich bitte, den Zustand, in dem der Staat durch die Vergesellschaftung, wie man schleierhaft sagt, die Produktionsmittel zu seiner Verfügung hat. Der Mensch lebt in diesem Zustand in Abhängigkeit bezüglich Wohnung, denn aller Grund und Boden gehören dem Staat. Der Mensch ist abhängig in der Arbeit, denn alle Fabriken und Maschinen gehören dem Staat; er ist abhängig im Lohn, denn es gibt keine freie, sondern nur eine Staatsgewerkschaft, es gibt keinen Streik, gibt keine Tarifautonomie etwa sich gesellschaftlich selbständig gegenüberstehender Sozialpartner. Der Mensch ist abhängig von diesem Staat in Nahrung und Kleidung. Alle Schulen sind staatlich. Er ist von diesem Staat in der Bildung abhängig und ebenso nicht zuletzt in der Erholung, denn Erholungsberechtigungsscheine vergeben die Staatsgewerkschaften, da es natürlich kein privates Gaststätten- und Erholungsgewerbe gibt. Also bedeutet Staatskapitalismus auf Anhieb die Abhängigkeit des Menschen nach Wohnung, Arbeit, Nahrung, Kleidung, Lohn, Bildung und Erholung von diesem Staat. Denken Sie sich dann dieses Staatssystem vollendet und erweitert durch ein Ein-Parteien-System, wie es der marxistischen Theorie von der Aktionseinheit der Arbeiterklasse entspricht. Es besteht also nicht die Auswahl zwischen verschiedenen Parteien – es gibt nicht einmal eine zweite. Denken Sie sich ferner dazu, daß unter dem Stichwort des demokratischen Zentralismus ja auch offen gewählt wird, weil es – ebenso falsch ist diese Behauptung – dann keine Klassengegner mehr gibt. Dann haben Sie jene Sklaverei vor sich, unter der Millionen von Menschen zutiefst leiden. Sie würden aus diesen Sklavenstaaten fliehen, wenn nicht Mauer, Stacheldraht und Minen sie davon abhielten.

(Beifall)

Den Menschen ist damit die letzte Hoffnung, seine Existenz, seinen Lebenssinn anders als in diesem kollektiven Giganten eines absoluten Staates zu begründen, genommen. Als letztes folgt der militante Atheismus, mit dem in jenen kommunistischen Staaten Kirchen und Christentum zwar nicht mehr blutig unterdrückt, sondern erbarmungslos erstickt werden. Das alles ist uns sehr wohl bekannt. Es kommt heute nur darauf

an, es klar und deutlich auszusprechen und den Deutschen zu sagen: Es ist nicht damit getan, sich heute hinzustellen und zu sagen, wir seien Konsumvieh, wie ich es hier in einem Blatt der Jusos vor mir lese. Es kommt vielmehr darauf an, zu sagen, daß sie nicht zwischen dem Ja oder Nein zum Kapitalismus zu wählen haben, sondern zwischen Privatkapitalismus – der sich in den Händen vieler einzelner regulieren und kanalisieren läßt, dessen Nachteile sich reformieren lassen – und jenem Staatskapitalismus, der das Ende aller Freiheit ist. Hier liegt der Kern der Auseinandersetzung, um den wir kämpfen.

Meine Damen und Herren, hier scheint mir auch die Aufgabe zu liegen, die das deutsche Volk vor dieser Welt und in unserem Jahrhundert hat, nämlich diesem Giganten des totalitären Marxismus – Kommunismus – Sozialismus nicht nur die Maske vom Gesicht zu reißen, sondern ihn geistig zu überwinden, damit wir am Ende dieses 20. Jahrhunderts vielleicht der Menschheit die Chance eröffnen, ein wirklich friedliches, menschliches und gerechtes 3. Jahrtausend zu beginnen.

(Lebhafter Beifall)

Egon Lampersbach, Tagungspräsidium: Sehr verehrte gnädige Frau, recht herzlichen Dank für diesen offenen, herzerfrischenden und sehr deutlichen Diskussionsbeitrag.

(Erneuter Beifall)

Es ist sicherlich die Sprache, meine Damen und Herren, die wir unbedingt brauchen, um jedem innerhalb der Bundesrepublik klarzumachen, wohin die Fahrt unter einer SPD-Regierungsmannschaft geht und was notwendig ist, um diese Fahrt zu vermeiden. Herzlichen Dank!

(Erneuter Beifall)

Bevor Frau Dr. Emmerich, Landesverband Rheinland, als letzte Diskussionsrednerin spricht, möchte ich, weil das nicht im Programm ausgedruckt ist, noch bekanntgeben, daß Herr Dr. Barzel im Anschluß an den letzten Diskussionsbeitrag eine Zusammenfassung als Antwort gibt.

Ich darf Frau Dr. Emmerich bitten, zum Thema Wahlkampf das Wort zu nehmen.

Dr. Erika Emmerich: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Anfang dieses schwierigsten aller schwierigen Wahlkämpfe müssen wir überlegen, wie wir in der Bevölkerung für die Arbeit der nächsten Jahre eine Zustimmung erreichen. Bei den knappen Mehrheitsverhältnissen kommt es auf jede Stimme an.

Bei der Frage, wo wir die Stimmen gewinnen können, hat Herr Dr. Kraske vorhin sehr zu Recht gesagt: Wir müssen den Leuten, die noch unentschieden sind, unsere Alternativen klar und deutlich aufzeigen.

Ich möchte darüber hinaus zwei weitere Gruppen nennen, die anzusprechen sind, wobei der Schwierigkeitsgrad unterschiedlich ist. Einmal ist es sehr wichtig, daß wir die Jungen ansprechen, vor allen Dingen die jungen Erstwähler. Darüber hinaus — und das betrifft mein besonderes Anliegen — müssen wir uns der Zustimmung der weiblichen Wähler versichern., weil wir alle wissen, daß die weiblichen Wähler in der Vergangenheit sehr zu unserem Erfolg beigetragen haben und weil wir für die weiblichen Wähler, für die jungen Wähler — und das sage ich mit allem Ernst — das bessere Konzept haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für diese Frage ist es aber wichtig, daß die Frau in der Politik, im politischen Raum, im vorpolitischen Raum und im parlamentarischen Raum mehr als bisher beteiligt wird.

Die politisch interessierte Frau verlangt eine angemessene Mitwirkungsmöglichkeit in Staat und Gesellschaft als Konsequenz der Gleichberechtigung. Sie wird sich der Partei zuwenden, von der sie meint, daß in ihr diese Mitwirkungsmöglichkeit am besten gesichert ist. Wir haben in Zukunft, in der nächsten Legislaturperiode Entscheidungen auf dem Familien-, auf dem Bildungs- und auf dem Arbeitssektor zu erwarten, die die Stellung der Fau ganz entscheidend beeinflussen werden. Hier werden Grundsteine gelegt, die später nicht zu korrigieren sind.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an das Reformgesetz zum Ehe- und Familiengesetz. Wenn die darin von Herrn Jahn entwickelten Vorstellungen Realität werden, wird die Frau in Zukunft nicht mehr frei entscheiden können, ob sie sich ihren Aufgaben in Familie und Haushalt widmet, oder ob sie einer Berufstätigkeit nachgehen muß. Diese Frage ist in diesem neuen Eherecht ganz klar zugunsten der Berufstätigkeit entschieden. Hier wird ein Leitbild der Frau propagiert — die Freiheit der Entscheidung beschnitten —, dem wir nicht zustimmen können.

(Beifall)

Es gibt noch einen dritten Grund. Wir sehen mit wachsender Sorge die Auflösungstendenzen in Familie und Staat. Diese Tendenzen können wir nur bekämpfen, wenn wir die Frau als Bundesgenossin gewinnen. Sie ist unsere natürliche Bundesgenossin, wenn es darum geht, die Familie zu erhalten, die Kinder zu erziehen und für die Disziplin zu sorgen, ohne die unsere Freiheit nicht denkbar ist.

Ich möchte Sie deshalb bitten und aufrufen: Beteiligen Sie die Frauen mehr als bisher in der Politik. Geben Sie ihnen Möglichkeiten, Initiativen

zu entwickeln und diese Initiativen auch in den Parlamenten durchzusetzen. Von dieser Entscheidung hängt wesentlich die Entscheidung unserer Zukunft ab.

(Beifall)

Egon Lampersbach, Tagungspräsidium: Auch Ihnen, Frau Dr. Emmerich, herzlichen Dank für diesen Beitrag, der als letzer sicherlich ebenfalls wegen seiner besonderen Bedeutung hier eine gute Aufmerksamkeit erfahren hat.

Nun, meine Damen und Herren, ist unser Vorsitzender, Herr Dr. Rainer Barzel, bereit, zu uns zu sprechen und eine Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge zu geben.

Das Wort hat Herr Dr. Barzel.

Dr. Rainer Bazel: Liebe Freunde, verehrte Gäste! Ich will nicht eine Zusammenfassung geben, sondern versuchen, zu einigen Fragen Stellung zu nehmen, die eigentlich direkt an uns gerichtet sind.

Ich freue mich zunächst, daß wir am Nachmittag eine bessere Technik haben — wir können einander jetzt wenigstens sehen — und daß wir in den Abendstunden auch etwas Ruhe haben, so daß es möglich ist, einander sprechend und hörend zu begegnen.

(Beifall)

Ich hoffe, daß die Technik bis zum Schluß am Mittwoch noch entwicklungsfähig und schon morgen noch besser sein wird.

Ich freue mich — und ich sage dies für den Bundesvorstand —, daß das Wagnis gelungen ist, einen Parteitag vor einem Wahlkampf mit solch einem anspruchsvollen Referat wie dem Zwischenbericht, den Herr von Weizsäcker erstattet hat, hier anzureichern.

(Beifall)

Wir haben lange darüber diskutiert, ob dies wohl gutgehen würde. Es ist hervorragend gutgegangen. Das liegt an ihm, aber auch an Ihnen. Das zeigt — und ich hoffe, das spricht sich herum —: In dieser Partei ist Substanz, da ist Geist, und da geht es um Fundamente. Das hat dieser Tag deutlich gemacht. Die wichtigste Voraussetzung — erinnern Sie sich — für Stabilität ist die Stabilität im Geistigen, im Ideellen.

(Beifall)

Nun zu den Anregungen, die hier gegeben wurden. Wie Sie sehen, Frau Hoffmann, ist die Verteilung der gedruckten Fassung des Referats

von Herrn Weizsäcker bereits im Gange. Herr Echternach, es ist auch ganz selbstverständlich, daß wir die Programmdiskussion fortsetzen werden. Dies hier war ein Zwischenbericht. Ich persönlich stimme Ihnen zu, wenn Sie, wie auch ein anderer Freund aus der Jungen Union, anregen — dazu gibt es noch keinen Beschluß —, daß am Ziel Thesen stehen sollten, die wir in der CDU gemeinsam verabschieden. Nun ein Wort dazu, was wir mit der CSU in dieser Frage machen. Ich greife Richard Stücklen nie vorweg; er hat aber immerhin vorhin einen positiven Zwischenruf gemacht, als von dieser Sache gesprochen wurde. Meine Freunde, als wir in Saarbrücken sagten, wir wollten zusammen mit der CSU ein Regierungsprogramm erarbeiten, hat das auch keiner geglaubt. Es lohnt sich, anspruchsvoll zu sein. Wir wollen also versuchen, auch dieses Ziel zu erreichen. Es ist ein gutes Ziel.

(Beifall)

Meine Freunde, dieser Vorgang darf allerdings nicht dazu führen, daß wir dann sagen: Schluß, Ende mit der Grundsatzkommission! In dem Konzept, das ich Ihnen in Saarbrücken vorgetragen habe, spielt diese Kommission über den Tag hinaus als eine ständige Einrichtung eine Rolle, die die praktische Politik stetig und intern durch die Konfrontation mit unseren Grundsätzen in Frage stellen soll. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß Mitglieder der Grundsatzkommission häufig auch an Sitzungen der Parteigremien teilgenommen haben, auch wenn sie diesen Gremien selber gar nicht angehören, weil wir diese Spannung zu organisieren wünschen. Das soll so bleiben.

Ich möchte Herrn Jäger auf seine besorgte Frage hinsichtlich der europäischen Sicherheitskonferenz und der Probleme der Truppenverdünnung eine möglichst konkrete und präzise Antwort geben. Daß beide Vorhaben Anlaß zu Sorgen geben, daß sie voller Probleme und auch voller Gefahren sind, ist bekannt. Darüber haben wir oft genug gesprochen, und darüber gibt es auch gute Papiere, ich glaube auch eines von dem Ausschuß der Partei, dem Sie, Herr Kollege Jäger, in Baden-Württemberg vorsitzen. Ich möchte für uns folgendes dazu sagen. Wir sind für diese beiden internationalen Vorhaben zu haben, soweit diese beiden Vorhaben einen Beitrag zur Entspannung leisten. Entspannung ist für uns freilich keine Sache des Papiers. Unter Entspannung verstehen wir einen Zustand, in dem es Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen gibt. In dem Ausmaß, in dem es gelingt, diese internationalen Konferenzen — zwischen beiden besteht ja ein Zusammenhang, obwohl jedes eine Sache für sich ist und als Sache für sich betrieben werden sollte —, vor allem aber die Sicherheitskonferenz, zu Konferenzen für Entspannung in dem Sinne, wie ich es hier dargestellt habe, zu machen, wird man dort mit uns rechnen können. Man wird bei einem Schau-

geschäft allerdings nicht mit uns rechnen können. Man wird nicht mit uns rechnen können, wenn etwa ein gesamteuropäischer Traum an die Stelle der Wiklichkeit, an die Stelle des Stückes verwirklichter europäischer Friedensordnung im Westen treten soll.

(Beifall)

Ich denke, dies ist die Antwort, die hier und heute auf diese Frage gegeben werden kann. Das Verhältnis dieser Konferenzen zur EWG haben Sie, Herr Jäger, in Ihrer Unterfrage zutreffend dargestellt. Wir sind der Meinung, daß die Gemeinschaft, wenn auf diesen Konferenzen Fragen behandelt werden sollten, die in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft fallen, im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihre Rechtspersönlichkeit international erneut unter Beweis stellen muß.

Meine Freunde, einige Redner haben dann Themen angesprochen, die mich veranlassen, jetzt schon viel über das zu sagen, was wir eigentlich erst morgen oder übermorgen zu behandeln beabsichtigen. Herr Rödding, Sie haben gefragt, wie wir den Fortschritt bauen wollen. Dies ist eine Frage, auf die eine präzise, konkrete Antwort gegeben werden muß, die sich wiederum auf solide Finanzberechnungen stützen muß. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben uns mit Hans Katzers Rentenplan doch nicht nur deshalb durchgesetzt, weil wir am Schluß eine Stimme mehr hatten. In der langen Diskussion bis dahin haben wir doch gewonnen, weil wir die besseren Argumente hatten und auch über die solideren Durchrechnungen verfügten — und dies auch nach Meinung der sachkundigen Öffentlichkeit. Von derselben Präzision und ebenso solide und durchüberlegt sind die anderen Vorschläge, Herr Wissmann, z. B. unsere fünf Gesetze zur Fortsetzung unserer Eigentumspolitik. Ich glaube, daran sollte man uns jederzeit erinnern können.

Meine Freunde, Frau Kuppe hat — wieder so eindrucksvoll, wie es immer ist, wenn Sie sprechen, liebe Frau Kuppe — gefragt, was Sozialismus sei. Diese Frage geht eigentlich nicht an unsere Andresse; die anderen sind vielmehr aufgefordert, die Frage endlich zu beantworten. Es gibt schließlich einige Abgrenzungsprobleme. Wenn der Bundeskanzler in seiner Rede aus jedem „entweder-oder" ein schwammiges „sowohl-als auch" macht, kommt er der Definition dieses Begriffes nicht näher; er verwischt den Begriff noch mehr. Da hier aber nicht definiert wird, halten wir uns an den guten Spruch: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Die Früchte habe ich Ihnen heute morgen sachlich Punkt für Punkt aufgezählt. Wir hatten ja nicht die Absicht, hier eine Regierungsbeschimpfung vorzunehmen. Wir wollten vielmehr zur Vorbereitung unserer Alternative überleiten. Aus diesem Grunde wurde der analytische Teil vorgelegt, auf den sich dann das gründet, was wir morgen und über-

morgen in die Debatte bringen wollen. Meine Freunde, die Frage, ob die Früchte dieser Politik sozialistisch sind oder nicht, kann ich nicht beantworten. Aber ich denke, wir sind uns darüber einig, daß das Ergebnis dieser Politik nicht sozial und gerecht ist.

(Beifall)

Ich füge hinzu – hier befinde ich mich in Übereinstimmung mit vielen Diskussionsrednern, vor allen Dingen auch mit dem Kollegen Dregger –: Es riecht ein bißchen bei diesem Sozialismus nach unliberaler Einstellung, nach mangelnder Rücksicht und Toleranz. Es riecht ein bißchen nach dem Satz: Was Demokratie ist, bestimmen wir. – Dem werden wir uns widersetzen, meine Freunde.

(Beifall)

Die beiden Fragen der Frau Emmerich werden im Laufe des morgigen und übermorgigen Tages beantwortet werden. Die Beantwortung war ohnehin vorgesehen. Ich finde, die bisherige Diskussion hat gezeigt, daß wir uns alle miteinander in dieser Hinsicht einig sind: Es geht nicht um Punkt und Komma, es geht nicht um dies oder das; es geht vielmehr um die Fundamente dieses uns anvertrauten freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates.

(Beifall)

Egon Lampersbach, Tagungspräsidium: Herr Dr. Barzel, auch Ihnen noch einmal recht herzlichen Dank für diesen die heutige Sitzung abschließenden Beitrag.

Meine Damen und Herren, ich habe hier die neueste dpa-Meldung vorliegen. Daraus geht hervor, daß Herr Augstein, der FDP-Gegenkandidat im Wahlkreis unseres Parteivorsitzenden, den heutigen Tag als einen Tag der Schwarz-Weiß-Malerei bezeichnet. Ich glaube, wer heute hier anwesend war und zugehört hat, wird sicher bestätigen können, daß das eine außerordentlich dumme Bemerkung ist.

Jedermann wird ebenso gern bestätigen, daß die Verhandlungen des heutigen Tages, obwohl der Wahlkampf bereits im Gange ist und der Wahltermin schon dicht herangerückt ist, von großer Sachlichkeit getragen waren und viel Information für alle hier Anwesenden gebracht haben. Dafür möchte ich allen Teilnehmern, ob sie nun als Redner im Programm ausgedruckt waren oder als Diskussionsredner fungiert haben, recht herzlich danken.

Meine Damen und Herren, wir werden morgen und übermorgen in Fortsetzung unseres Programms die notwendigen Akzente für den Wahlkampf, für die Auseinandersetzung am 19. November setzen.

Der heutige Tag möge für die morgigen, in der Sache weitergehenden Vorträge und die daraus notwendig werdenden Diskussionen bei allen in einer guten Erinnerung bleiben.

Ich darf die heutige Sitzung schließen und lade ein für morgen früh, Dienstag, den 10. Oktober, 9 Uhr, zur dritten Plenarsitzung.

(Schluß: 18.31 Uhr)

Dienstag, 10. Oktober 1972

III. Plenarsitzung,

Beginn 9.00 Uhr

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die dritte Plenarsitzung unseres Bundesparteitages in Wiesbaden.

Der Parteitag hatte gestern einen guten Auftakt. Der zweite Tag kann noch besser werden. Das ist nicht nur eine Sache der Redner, meine Damen und Herren,

Beifall

sondern auch der Delegierten unten im Saal. Die Technik der Massenmedien erschwert den Kontakt; aber ich glaube, diese Schwierigkeit ist überwindbar. Auch hier gilt: Gemeinsam werden wir es schaffen.

(Beifall)

Ich darf nun einem Parteifreund der CSU, unserem Freund Dollinger, unsere Glückwünsche zu seinem Geburtstag aussprechen, den er heute feiert.

(Beifall)

Ich begüße noch zwei Ehrengäste des Bundesparteitages, Herrn Martin Schetter, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands

(Beifall)

und den Generalpräses des Internationalen Kolpingwerkes, Herrn Prälat Festing.

(Beifall)

Ich darf jetzt Herrn Kai Aage Ørnskov, den Generalsekretär der Konservativen Volkspartei Dänemarks, bitten, zugleich als Vertreter aller befreundeten konservativen Parteien ein Grußwort an uns zu richten. Herr Ørnskov ist ein alter Freund unserer Parteitage. Ich darf ihm bei dieser Gelegenheit unseren Glückwunsch für ihn, für sein Land und für uns dazu aussprechen, daß sich Dänemark für die Europäische Gemeinschaft entschieden hat.

(Beifall)

Kai Aage Ørnskov, Generalsekretär der Konservativen Partei Dänemarks: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Parteifreunde! Ich danke Ihnen für Ihre freundliche Einladung und für die Möglichkeit, Ihren außerordentlich wichtigen Parteitag zu verfolgen. Im Namen der anwesenden konservativen Gäste begrüße ich Sie und wünsche Ihnen einen guten und erfolgreichen Parteitag, von dem aus Sie gleich in einen erfolgreichen Wahlkampf weitergehen können, nach dem die CDU hoffentlich wieder die Regierungsverantwortung haben wird.

(Beifall)

Wir werden Ihren Wahlkampf verfolgen und werden für Sie die Daumen halten.

(Beifall)

Ich bin Däne, ich bin Europäer, ich bin insbesondere nach dem 2. Oktober Europäer.

(Beifall)

Es freut mich, feststellen zu können: Wenn Dänemark mit Großbritannien und Irland in der EWG Mitglied wird, dann ist es auf der Grundlage eines klingenden Ja an Europa, ein Ja zu einer engen europäischen Zusammenarbeit mit Ihnen und mit den anderen Europäern. In der europäischen Zusammenarbeit brauchen wir enge Verbindung und Zusammenarbeit zwischen den konservativen und den christlich-demokratischen Parteien Europas. Deshalb sind wir hier, deshalb freuen wir uns, hier zu sein, und deshalb sehen wir vorwärts zu einer engen Zusammenarbeit in der europäischen Zukunft.

(Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns sehr herzlich für dieses kurze, aber freundliche Grußwort unserer befreundeten konservativen Partei. Herzlichen Dank.

Meine Parteifreunde, wir behandeln heute zwei Hauptthemen:

„Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft"

und danach

„Reformpolitik der Vernunft"

Zum ersten Thema wird als erster Dr. Franz-Josef Strauß zu uns sprechen. Ich heiße ihn hier als den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union Bayerns auf das herzlichste willkommen.

(Beifall)

Es gibt einige Gegner der Unionsparteien, die es für gut halten zu sagen: wer Barzel wählt, wählt Strauß! So ist es in der Tat. Wir brau-

chen endlich wieder einen Finanzminister, der mit dem Geld umzugehen versteht in der Bundesrepublik.

(Beifall)

Wir brauchen außerdem einen Politiker mit dem Mut, der intellektuellen Kraft und der demokratischen Verläßlichkeit des Franz-Josef Strauß.

(Beifall)

Herr Dr. Strauß, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Franz-Josef Strauß:

(Mit Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Nachdem der Vorsitzende der Landesgurppe, Richard Stücklen, gestern im Namen der Christlich-Sozialen Union das Grußwort an Sie gerichtet hat, ist es heute meine Aufgabe, über ein Sachthema zu referieren, das im Mittelpunkt des Wahlkampfes steht, stehen muß und stehen wird. Wir lassen uns auch hier nicht von dem Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, Herrn Egon Bahr, die Wahlkampfthematik vorschreiben.

(Beifall)

Es geht nicht um die Frage, ob Friedens- oder Stabilitätspolitik im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen sollen. Friedenspolitik ist für jeden Demokraten und für jeden Christen eine selbstverständliche Angelegenheit.

(Beifall)

Die Frage, wer dem Frieden besser oder schlechter dient oder gedient hat, wird erst in der geschichtlichen Bilanz und nicht in der Wirrnis der Gegenwart entschieden werden können.

(Beifall)

Ich habe aber volles Verständnis dafür, daß man versucht, eine falsche Alternative aufzubauen; denn auf dem Gebiet, über das ich zu referieren habe, haben die heute in Bonn Regierenden ein rabenschwarzes Gewissen, und darum versuchen sie, eine falsche Konfrontation herbeizuführen.

Ich darf ein Wort des Dankes an den Herrn Bundesvorsitzenden der CDU und unseren gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden, Dr. Rainer Barzel, sagen, daß er mich eingeladen hat, hier über dieses Thema vor Ihnen zu referieren. Ich tue es im Bewußtsein vieler Begegnungen, die wir bei gleichen Anlässen in zahlreichen Städten der Bundesrepublik

einschließlich Westberlins gehabt haben. Ich tue es auch im Bewußtsein der Versuche, die Fürhung der CDU und der CSU gegeneinander zu mobilisieren oder unter fadenscheinigen Vorwänden gegeneinander vor den eigenen Wahlkampfkarren zu stellen. Es ist vorhin das von den Gegnern schlecht und von vielen Freunden gut gemeinte Wort gesagt worden: Wer Barzel wählt, wählt Strauß! Wer Strauß wählt, der wählt auch Barzel, weil wir eine gemeinsame Politik vertreten.

(Beifall)

Der folgende Satz ist beinahe überflüssig; aber manchmal bin ich ein Anhänger der Perfektion, und darum sage ich ihn trotzdem, nämlich: Barzel ist weder ein Strohmann von Strauß, noch stehe ich gramgebeugt im Schatten von Barzel und kann das nicht verwinden.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir sind beide das, was man gestandene Mannsbilder nennt.

(Erneute Heiterkeit und Beifall)

Die können auch einmal in einer Sachfrage oder in einer Frage des methodischen Vorgehens verschiedener Meinung sein. Aber sie stehen auf dem Boden der gleichen Grundsätze, sie stehen im Dienste der gleichen politischen Überzeugungen, und sie handeln nach den gleichen politischen Zielorientierungen, und das ist das Entscheidende.

(Beifall)

Im übrigen würde der Herr Bundesparteivorsitzende der SPD, wenn er könnte, Gott auf den Knien dankbar sein, wenn es in seiner Partei nur so wenig Meinungsverschiedenheiten gäbe, wie es sie innerhalb der Unionsreihen gibt.

(Lebhafter Beifall)

Wir stehen an einem Wendepunkt unserer wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung und damit an einem Scheideweg unserer Gesellschaftspolitik, unseres politischen Ordnungssystems schlechthin. Die historische Weichenstellung vom Jahr 1948 hat nach dem Elend der Nachkriegszeit das Ordnungssystem einer freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft geschaffen. Diese von Ludwig Erhard programmierte, von der CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat und im ersten Deutschen Bundestag durchgesetzte wirtschaftspolitische Reform, die größte Reform, die überhaupt nach dem Zweiten Weltkriege, gleichgültig auf welchem Gebiet, unternommen worden ist,

(Beifall)

diese Reform von wahrhaft epochalem Charakter war Grundlage und Voraussetzung für den Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland aus den Trümmern des Krieges zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas, zum bestausgebauten Sozialstaat unter allen Industrieländern, zum zweitgrößten Ausfuhrland im Wettbewerb mit den gewaltigen Vereinigten Staate von Amerika.

Diese von den Sozialdemokraten damals heftig, wenn auch erfolglos bekämpfte, dann mehr aus Gründen der Wahlchancen als aus Überzeugung widerwillig übernommene Reform wird heute in zunehmendem Maße von den zum Klassenkampfdenken zurückkehrenden Sozialisten unseres Bonner Regimes in Frage gestellt. Kennzeichnend dafür ist die Rede von Wirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt auf der Jubiläumstagung des Vereins für Sozialpolitik vom 4. September 1972. Sie markiert einen entscheidenden Wendepunkt sozialdemokratischer Politik.

Schmidt hat auf dieser Tagung wörtlich ausgeführt:

„Dieses System der Marktwirtschaft ist nicht eine Ordnung, die für alle Zeiten unter allen Bedingungen der Garant der Freiheit für die Bürger und die denkbar beste Organisationsform zur Befriedigung der ökonomischen und sozialen Bedürfnisse des Menschen sein muß."

In der Rede Schmidts findet sich nicht der leiseste Hinweis auf das, was er an die Stelle der sozialen Marktwirtschaft setzen will.

(Beifall)

Er folgt den linksradikalen Systemüberwindern in seiner Partei, diffamiert die Anhänger der sozialen Marktwirtschaft als Systemerhalter, und er folgt hier den radikalen Kräften, die sich regelmäßig auf die negative Kritik an der Marktwirtschaft beschränken und allenfalls völlig unklare und nicht durchdachte Vorstellungen von einem neuen Wirtschaftssystem entwickeln.

Diese Bemerkungen Schmidts sind noch aus einem anderen Grunde von weittragender Bedeutung. Wer die soziale Marktwirtschaft nur als Übergangsstadium in eine unbekannte Zukunft ansieht, wird dieses System weder kraftvoll weiterentwickeln noch gegen gefährliche Gegner verteidigen noch offensichtliche Mängel und Lücken beseitigen können.

(Beifall)

Auch die Beteuerungen des Bundeskanzlers und seiner Paladine, besonders betulich und eifrig in Versicherungen gegenüber den Präsi-

denten der großen Wirtschaftsverbände, daß man an der Marktwirtschaft und am Privateigentum festhalten wolle, sind nichts anderes als verbale Pflichtübungen. Sie verdienen nicht mehr Glaubwürdigkeit als seine früheren ost- und deutschlandpolitischen Bekenntnisse,

(Beifall)

deren Erwähnung heute schon wieder als unfair und als Schlag unter die Gürtellinie von den Regierungspropagandisten verzeichnet wird. Wir können uns ausmalen und ausrechnen, wann die Erinnerung an marktwirtchsaftliche Erkenntnisse später ebenfalls als unfair und als Schlag unter die Gürtellinie bezeichnet werden wird. Diese Lippenbekenntnisse haben reinen Beschwichtigungscharakter. Sie sollen helfen, hinter dem Vorhang vieler Wortkaskaden den nächsten Schritt in Richtung auf eine sozialisierte Gesellschaftsordnung ungehindert vorbereiten zu können.

Brandt duldet oder unterstützt – beides ist in der Wirkung fast gleich – den Vormarsch der Radikalen in seiner Partei.

(Beifall)

Seine Kanzlerschaft hätte er schon lange verloren, wenn er es nicht getan hätte. Er kehrt – im Stil vornehmer, in der Optik bürgerlicher – wieder zu seinem Ausgangspunkt zurück.

(erneuter Beifall)

Helmut Schmidt ist eine wertneutrale Mehrzweckwaffe,

(Heiterkeit und Beifall)

ein Typ des grundsatzfreien Erfolgsmanagers, der sich lange als Repräsentant der Rechten unter den Linken auch vom bürgerlichen Wählervolk feiern ließ, gleichzeitig aber oder bald darauf den Linken und den ganz Linken unter der Hand zu verstehen gab, daß die von der Rechten auf ihn gesetzten Hoffnungen völlig unbegründet seien und er im Herzen bei ihnen, den Linken, sei, weiß er doch zu gut, daß er die Radikalen braucht, wenn er vor seinem eigenen politischen Zapfenstreich im Kanzleramt landen will.

(Beifall)

Die gesellschaftspolitische Ordnung ist insoweit eine Funktion innerparteilicher SPD-Machtkämpfe oder Kanzler-Wechsler-Spiele geworden.

Es liegt auf der gleichen Linie, wenn ich hier ausnahmsweise noch ein Zitat bringe, um dessen Erwähnung ich von einem Kreisvorsit-

zenden der CDU gebeten worden bin. Wenn nämlich Bundesminister Schmidt auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Wolfsburg am Samstag, dem 7. Oktober, sagte: Wenn Strauß an die Regierung kommt, sind die Schwarzen an der Macht, und wenn dann die Frage aus dem Publikum kommt: Wer sind die Schwarzen?, und es wird geantwortet: Das sind die katholischen Bischöfe und der Klerus,

(Lachen)

dann brauche ich auf die Primitivität dieser Art der Argumentation und Wahlkampfführung von mir aus und in unserem gemeinsamen Interesse nicht mehr einzugehen.

(Beifall)

Wenn vielleicht Herbert Wehner demnächst wieder in einer katholischen Akademie sprechen darf, mag er dazu nähere Aufschlüsse geben.

(Heiterkeit und erneuter Beifall)

Kennzeichnend für das neue Klassenkampfdenken sind auch die mit frenetischem Beifall der Genossen aufgenommenen Äußerungen von Jochen Steffen am 8. Oktober in Kiel. Nach einem Bericht der „Kieler Nachrichten" – Montagausgabe – proklamierte er Klassenkampf und Systemveränderung. Unter dem Beifall der 172 Delegierten rief er aus: „Diese Welt muß verändert werden, damit die breiten Massen ein menschenwürdiges Leben führen können."

(Zurufe: Hört! Hört!)

Der Weg sei der demokratische Sozialismus. Steffen sprach von „einer systematisierten Erbärmlichkeit eines unverantwortlichen Systems" – damit meinte er die Marktwirtschaft von heute – und empfahl „eine Lenkung aller großen Investitionen, auch der privaten".

Wenn ich an diese Rede denke, wundert sie mich nicht in Würdigung der Persönlichkeit. Wenn ich aber daran denke, daß diese Rede auf einem Landesparteitag von frenetischem Beifall aufgenommen wurde, muß ich fragen: Welchen weiten Weg hat z. B. der Landesverband Schleswig-Holstein der SPD von den ersten Nachkriegsjahren unter Käber, Dieckmann und Lüdemann bis zu dem Punkte zurückgelegt, wo man einem solchen klassenkampfrevolutionären Propagandawort frenetischen Beifall spendet?

(Beifall)

Um so wichtiger wird es sein, meine lieben Freunde, alle politischen Kräfte, die das Ordnungssystem der freien sozialen Marktwirtschaft

aufrechterhalten wollen, durch eine überzeugende Politik der Weiterentwicklung dieser Marktwirtschaft zu stützen. Gehen wir davon aus, daß dieses Ordnungssystem in der Lage war, ein zerstörtes Nachkriegsdeutschland durch einen beispielhaften wirtschaftlichen Aufschwung zugunsten gerade der breiten Schichten der Bevölkerung bei Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Ordnung wieder aufzubauen, so müssen wir uns fragen, welche Gefahren wir auf das entschiedenste zu bekämpfen haben, um unsere wirtschaftspolitische und damit politische Stellung in der Welt zu halten und weiter auszubauen.

Aus wirtschafts- und finanzpolitischer Sicht drohen diesem Ordnungssystem gegenwärtig und auf absehbare Zeit entscheidende Gefahren aus dem Verlust der Stabilität unserer ökonomischen Verhältnisse. Bundeskanzler Willy Brandt hat in der „SPD-Ferienillustrierten" — deren Vernichtung hoffentlich angeordnet worden ist —, die im August 1969 in einer Auflage von 5,5 Millionen verbreitet wurde, folgendes ausgeführt:

> „Als Bundeskanzler werde ich die Deutsche Mark hart und stabil halten, denn Verbraucher und Sparer dürfen nicht auf kaltem Wege enteignet werden."

Soweit Willy Brandt im Sommer 1969. In der Regierungserklärung der SPD/FDP-Koalition hieß es damals:

> „Binnenwirtschaftlich wird die Aufwertung die Preisentwicklung des Jahres 1970 dämpfen. Ohne Aufwertung wäre eine weitere Zuspitzung der Konjunkturlage mit der Gefahr einer nachfolgenden Rezession kaum vermeidbar gewesen. Unser Ziel lautet: Stabilität ohne Stagnation."

Wie sieht die Wirklichkeit aus? Seit Regierungsantritt dieser Koalition sind die Preissteigerungen bei den Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte — das heute gängige Kriterium — von 2,7 Prozent im Jahre 1969 — nach den sagenhaften 1,6 Prozent vom Jahre 1968 — im Jahre 1972, bezogen auf August, bei 5,7 Prozent gegenüber der Vergleichszeit von 1971 gelandet. Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Preissteigerungsrate in den kommenden Monaten auf 5,8 und 5,9 Prozent erhöhen wird. In Nordrhein-Westfalen ist vom Statistischen Landesamt ermittelt worden, daß der Preisindex für die Lebenshaltung in 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten im September 1972 gegenüber dem September des Vorjahres bereits um 6,1 Prozent gestiegen war. Für das Jahr 1973 zeichnen sich Inflationsraten von 7 Prozent ab, wenn es so weitergeht.

Die Baupreise für Wohngebäude stiegen im Jahre 1969 um 4,8 Prozent, im Jahre 1970 um 14,9 Prozent, im Jahre 1971 um 11,1 Prozent,

und sie werden im Jahre 1972 um mindestens 10 Prozent steigen. Es handelt sich hier um Rekordzahlen der deutschen Nachkriegsgeschichte, die das totale Versagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Regierung nicht eindeutiger belegen könnten.

Die Zinsen des Sparbuchinhabers bei gesetzlicher Kündigungsfrist, 4,5 Prozent, sind mittlerweile wesentlich geringer als die Preissteigerungen. Infolge der Geldentwertung haben die Sparer von der Substanz ihres Sparvermögens nach der Berechnung der Sparerschutzgemeinschaft unter der Regierung Brandt — gemessen nur an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, noch nicht einmal an der der Baukosten — Verluste in Höhe von 57 Milliarden DM hinnehmen müssen, und zwar im Jahre 1970 13 Milliarden, 1971 20 Milliarden und 1972 24 Milliarden DM. Die Folge davon ist, daß immer mehr zu dem System von Preisgleitklauseln, von nur auf Monate gebundenen verbindlichen Preisangeboten übergegangen wird oder das vom Sparkassen- und Giroverband — von seiner Seite aus aus gutem Grunde, aber trotzdem nicht unbedenklich — steuerliche Erleichterungen, also Mindereinnahmen der Staatskasse zugunsten der Sparer verlangt werden, damit deren Enteignung ein weniger großes Ausmaß annimmt. Aber das wäre ja nur eine Abhilfe gegen eine Institution, mit der man sich dann auf die Dauer hätte abfinden müssen: nämlich gegen die Inflation.

Trotz starker, den Produktivitätsfortschritt übersteigender Lohnsteigerungen haben in vielen Bereichen, z. B. auch im öffentlichen Dienst, die Angestellten und Arbeiter keine reale Kaufkraftsteigerung. Bei Berücksichtigung der Steuerprogression, der Sozialabgaben, der Preissteigerungsquote und der Verluste bei ihren Sparguthaben, besonders der Bausparguthaben, haben sie echte Inflationsverluste erlitten. Diese zunehmende Geldentwertung gefährdet die Stabilität unserer Wirtschaft, unseres Staates und unserer Gesellschaft, denn die Inflation untergräbt die Rechtssicherheit und die Rechtsordnung. Anhaltende trabende Inflation gefährdet unser politisches Ordnungssystem überhaupt.

(Beifall)

Auch im Bereich der Inflation gibt es drei Kreise. Es gibt den Kreis der Täter, es gibt den Kreis der Opfer, und es gibt den Kreis der Nutznießer. Der Haupttäter unter den Tätern ist die heutige Bundesregierung.

(Beifall)

Es ist weder das böse Ausland, die inflationierenden Europäer, die uns in den Strudel ihrer Inflation hilflos hineinziehen, noch ist es, wie Jochen Steffen vorgestern sagte, der böse Amerikaner mit seinem

Vietnam-Krieg, der wertloses Geld in die Welt streut und damit uns alle durch Inflationsverluste an der Finanzierung des Vietnam-Krieges beteiligt. Ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler bei seinem nächsten Besuch im Weißen Haus hierzu nähere Erläuterungen geben wird, damit er dort auch weiterhin gefeierter Gast bleiben kann.

(Beifall)

Der Haupttäter der Inflation — und ich sage: nicht der einzige Täter — ist die Bundesregierung. Die Opfer der Inflation sind einmal die öffentlichen Hände, denn im staatlichen Bereich wirkt sich Inflation mit doppelter Steigerungsrate, doppelt so hoch wie bei den Lebenshaltungskosten aus. Der Staat ist ein Opfer der Personalkostenexplosion, und er ist in doppeltem Maße ein Opfer der Baukostensteigerung. Zu den Opfern der Inflation gehören besonders auch die Rentner und die Sparer. Es war unser Bemühen, das Bemühen der Fraktionsführung, des Kollegen Barzel, des Kollegen Katzer, mit unser aller Hilfe gegen den zähesten Widerstand der heutigen Regierungskoalition und der Bonner Regierung statt utopischer Zukunftspläne für morgen den Rentnern von heute als den Hauptinflationsopfern eine gewisse Kompensation durch die Vorziehung der nächsten Rentenerhöhung zu verschaffen.

(Beifall)

Das sind die Opfer, und jetzt komme ich zu den Nutznießern. Die Nutznießer der Inflation sind die Besitzer der großen Sachwerte, denn sie sind in der Lage, mit der Sicherheit, die sie zu bieten vermögen, Kredit aufzunehmen, mit diesem so weit wie möglich langfristig aufgenommenen Kredit neue Sachwerte, sei es im Inland, sei es im Ausland, zu erwerben und bei langfristiger Kreditlaufzeit Jahr für Jahr weniger von dem zurückzuzahlen, als die Rate im Jahr der Aufnahme an Geldwert bedeutet hätte.

(Zustimmung)

Die Inflation zerstört die Lenkungsfunktion der Preise, führt zu Fehlinvestitionen und Wachstumsverlusten und wird auch die Vollbeschäftigung gefährden — siehe Großbritannien und Schweden. In Großbritannien stiegen die Lebenshaltungskosten 1969 um 5,5 Prozent, 1971 um 9,4 Prozent; die Arbeitslosenquote betrug 1969 2,5 Prozent und 1971 bereits 3,4 Prozent.

Die gegenwärtige deutsche Regierung versucht ihr totales Versagen dadurch zu überdecken, daß sie die Schuld für diese Entwicklung auf andere abzuwälzen versucht. Dazu gehört die Behauptung, daß die Preissituation in der Bundesrepublik noch besser sei als in anderen

Ländern. So der Bundeskanzler zum Deutschen Depeschen-Dienst am 8. August dieses Jahres:

„Die Preise sind bei uns in den letzten drei Jahren weniger gestiegen als bei den meisten unserer Nachbarn."

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Richtig ist, daß laut letztem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank wir in der Bundesrepublik bis Ende 1969 immer unter dem Durchschnitt der Preissteigerungsraten des Auslandes lagen, also am Ende des Inflationsgeleitzuges, und durch diese unsere Position das Tempo des Inflationsgeleitzuges fast 20 Jahre hindurch verlangsamt haben.

(Beifall)

Seit der zweiten Jahreshälfte 1970 liegen wir laut Bundesbank – wieder der letzte Geschäftsbericht – beständig bei, teilweise über dem Durchschnitt der anderen Länder – und das trotz mittlerweile zweimaliger Aufwertung. Das heißt, wir haben eine große Reform vollbracht; wir haben uns nämlich aus der Position des Schlußlichtes und Bremsers des Inflationsgeleitzuges zum Spitzenzerstörer der Geldwerte vorgearbeitet.

(Zustimmung)

Nach dem Jahresbericht des IWF vom September dieses Jahres liegen wir, gemessen an der Preissteigerungsrate des gesamten Sozialprodukts, seit 1970 anders als früher hinter Großbritannien an der Spitze des Geleitzuges der sieben größten Industrieländer.

Die Bundesregierung erfand das Märchen von der Schuld des Auslandes oder dem notwendigen Opfer für die europäische Integration, für die EWG. Bundesbankpräsident Klasen hat zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß unsere Preisentwicklung nicht von außen beeinflußt wurde, sondern im wesentlichen auf innerpolitisches Versagen zurückzuführen ist. Er sagte wörtlich: „Unsere Preissteigerungen sind home made, made in Germany." Auch sehr zutreffend hat Ludwig Poullain, der doch eigentlich nicht selten zu den Lobrednern dieser Bundesregierung gehört hat, in einer führenden wirtchsaftspolitischen Zeitung am 22. September, also vor wenigen Tagen, zu diesem Versuch, dem Ausland die Schuld zu geben, wie folgt Stellung genommen:

„In dieser Phase unserer wirtschaftspolitischen Entwicklung sehe ich dieses Argument EWG-Verbund als eine großartige Müllkippe, in die man das Problem hineinwirft ... Jeder sagt, wir haben zu Hause keine Pflichten. Das ist Sache der EWG, damit fertig zu werden, aber wenn diese Wirtschaftsunion politisch und wirtschaftlich funktionieren soll, muß jeder sich erst

einmal darum bemühen, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen."

(Beifall)

Jetzt kommt das zweite Märchen: Inflation als der angeblichen Preis für Vollbeschäftigung. Der weitere Entschuldigungsversuch der Bundesregierung ist durch den Satz des Wirtschafts- und Finanzministers in der „Süddeutschen Zeitung" in seinem Interview vom 28. Juli eingeleitet:

„Mir scheint, daß das deutsche Volk 5 Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als 5 Prozent Arbeitslosigkeit."

Er würde nächstes Jahr, wenn er in der Position bliebe, sagen müssen: Mir scheint, daß das deutsche Volk 7 Prozent Preisanstieg eher vertragen kann als 7 Prozent Arbeitslosigkeit. Auf dieser Leiter läßt sich lange fortschreiten, aber am Ende steht die Zerstörung unseres gesellschaftlichen und politischen Ordnungssystems in der Bundesrepublik.

(Zustimmung)

Dem Arbeitnehmer soll die Inflationspolitik dieser Regierung mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit schmackhaft gemacht werden. Mit einer Angstpsychose will man dem deutschen Volk weismachen, daß das Nichthandeln dieser Regierung aus der Sorge um die Arbeitsplätze zu erklären sei. Gewerkschaftsführer wie Hauenschild von der IG-Chemie leisten bei dieser demagogischen Irreführung noch Hilfestellung.

Von 1949 bis 1969, in 20 Jahren CDU/CSU-geführten Regierungen, hatten wir eine durchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1,9 Prozent, gleichzeitig aber auch die wenigsten Arbeitslosen unter allen bedeutsamen Industrieländern.

Ich darf an dieser Stelle meiner Ausführungen hier auch einmal mit aller Deutlichkeit und notfalls auch mit Schärfe darauf hinweisen, daß es nunmehr schon zur Infamie gehört, dem ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker eine gewollte Rezession unterstellen zu wollen, wie es immer wieder geschieht.

(Beifall)

Herr Schmücker hat diesen Sachverhalt schon seinerzeit im Jahre 1969 — und ich war bei seiner Rede dabei — völlig klar und richtig herausgestellt. Wenn man immer wieder so tut, als ob für die CDU/CSU das Spiel mit der Arbeitslosigkeit ein Mittel der Konjunktursteuerung wäre,

dann gehört das zur politischen Pornographie und zu einer infamen Entartung des Wahlkampfes in unserem Lande!

(Beifall)

Viele Redner der CDU/CSU, an der Spitze Bundeskanzler Erhard und ich in vielen Reden als Bundesminister der Finanzen im Parlament und außerhalb des Parlaments, haben erklärt, daß für uns Vollbeschäftigung ein hochrangiges Gut ist, daß für uns die Geldwertstabilität kein metaphysisches Dogma darstellt, daß für uns Geldwertstabilität nur in Verbindung mit Vollbeschäftigung einen Sinn hat.

Wir kennen aus unserer Jugend den Verfall der Weimarer Republik; wir kennen die verheerenden sozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit; wir kennen die dramatischen politischen Konsequenzen der Radikalisierung der breitesten Massen unseres Volkes als Folge der Elendsverhältnisse von damals. Wir haben uns niemals einer Deflationspolitik zum Mittel der Konjunktursteuerung oder zur Disziplinierung der Wirtschaftspartner verschrieben. Wer das behauptet und jetzt noch einmal sagt, ist nicht anderes als ein Brunnenvergifter und Lügner in diesem Wahlkampf!

(Beifall)

Ich komme zu einem weiteren Kapitel: die öffentlichen Finanzen. Nach der 1967 erfolgten Konsolidierung der Bundesfinanzen konnte die Regierung Kiesinger einen die Ausgabenbedürfnisse voll befriedigenden Finanzplan vorlegen, der ein Beispiel für eine verantwortungsbewußte, solide Finanzpolitik darstellt. Dieser damalige Finanzplan wies für die Jahre 1969 bis 1972 Ausgabensteigerungen beim Bund in einer Größenordnung von 5,1 bis 5,4 Prozent aus. Demgegenüber sind seit 1971 die Steigerungsraten doppelt so hoch und höher. Diese Verdoppelung der Steigerungsraten für die Staatsausgaben ist eine der Hauptursachen für die inflationistische Preisentwicklung, wie es auch kürzlich der Monatsbericht der Bundesbank für September 1972 ausdrücklich bestätigt. Es heißt dort wörtlich:

> „Im laufenden Jahre wirken die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik eindeutig expansiv."

Diese Entwicklung der öffentlichen Haushalte war ja bekanntlich auch der Grund für den Rücktritt des Finanzministers Möller, dessen Rücktrittsschreiben wir noch nicht – trotz vielfacher Aufforderung – vom Bundeskanzler bekommen haben. Vielleicht wird es einmal auf dem Wege der Steuerfahndung zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der gleiche Grund war auch maßgebend für den Rücktritt des Finanz- und Wirtschaftsminister Karl Schiller. Ich weiß nicht, warum der Bundeskanzler Rücktrittsbriefe seiner Minister wie Staatsgeheimnisse behandelt. Es war der seinerzeitige Justizminister und heutige Bundespräsident Heinemann, der bei der Reform des Strafrechts dahin gewirkt hat, daß die Verletzung der Interessen der Bundesrepublik keinen Straftatbestand mehr darstellen, sondern nur mehr die Verletzung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Dann muß ich also daraus schließen, daß die Bekanntgabe der Rücktrittsbriefe von Schiller und Möller ein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik darstellen.

(Beifall)

Möglicherweise trifft das zu, daß es sich hier um ein echtes Sicherheitsrisiko handelt; denn die Bekanntgabe des Inhalts dieser Briefe zeigt in blamabler Weise die Unfähigkeit der Bundesregierung und in besonderem Maße ihres Kanzlers, des Herrn Bundesparteivorsitzenden der SPD, und darum werden diese Briefe wie Staatsgeheimnisse behütet und Indiskretionen aus ihnen behandelt, als ob es sich um die Preisgabe höchster militärischer Geheimnisse gehen würde.

(Beifall)

Schiller sagt in dem einen Brief, der über die Steuerfahndung in einem Panzerschrank gefunden wurde:

> „Ich bin nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, die nach Außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Die Regierung hat die Pflicht, über den Tellerrand des Wahltermins hinauszublicken und dem Volke rechtzeitig zu sagen, was zu leisten und was zu fordern ist. Diese von mir empfohlene Strategie ist bisher im Kabinett nicht einmal andiskutiert, geschweige denn akzeptiert worden."

Tatsächlich werden als Folge der Inflation bei der Beseitigung des Defizits an öffentlichen Einrichtungen trotz ungezügelter Ausgabenpolitik keine Fortschritte, sondern Rückschritte gemacht. Die für diesen Zweck, für den investiven Zweck bedeutsamen Ausgaben des Bundes, also für Sachausgaben, wie Straßen und öffentliche Bauten, sind im ersten Halbjahr 1972 bei einer Gesamtausgabensteigerung von 12 Prozent nominal um 14,3 Prozent geringer gewesen als im ersten Halbjahr. Rechnet man noch die Preissteigerung hinzu — 14 Prozent weniger nominal an Zahlen und dazu 10 Prozent Entwertung auf dem Gebiet des Hoch- und Tiefbaus —, dann sind es von 1971 auf 1972 real 20 bis 25 Prozent, was weniger an Bauten und Beschaffungen im Rahmen der öffentlichen Hand getätigt worden ist.

Auch bei den Ländern werden in diesem Jahre wesentlich weniger Investitionen durchgeführt – so der Septemberbericht der Bundesbank –, weil gerade die Länder mit ihrem hohen Anteil an den Investitions- und Personalausgaben besonders von der Inflationspolitik betroffen werden.

Lassen Sie mich hier ein kurzes Wort einfügen, und zwar gerade weil sowohl der Bundeskanzler als auch Helmut Schmidt immer wieder darauf hinweisen, daß nicht nur der Bund gegen das sündigt – angeblich sündigt –, was die Fraktion der CDU/CSU immer kritisch vermerkt, sondern daß es gerade auch die CDU-Länder seien, die hohe Steigerungsraten in ihren Haushalten hätten, es also eine Gemeinschaft der Sünder oder lauter Heilige gäbe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so argumentiert, versucht die weitverbreitete Unkenntnis der inneren Zusammenhänge des öffentlichen Finanzwesens für demagogische Zwecke auszunutzen. Denn die Länder haben die großen Personalhaushalte; die Länder haben die großen Investitionshaushalte. Bei anhaltender inflationärer Entwicklung ist der Verteilungskampf um das Sozialprodukt bekanntlich am schärfsten. Die Gewerkschaften müssen vorhalten, um Kaufkraftausgleich und ein paar Prozent Kaufkraftverbesserung zu erreichen; die Unternehmer halten vor, um die zu erwartenden Preissteigerungen für die höheren Anschaffungspreise bei Investitionen wenigstens teilweise hereinzuholen. Deshalb sind die öffentlichen Haushalte auf dem Personalkostensektor besonders stark inflationsgeschädigt. Die Länder können nicht die Bezahlung ihrer Arbeiter, Angestellten, Beamten, Polizisten, Lehrer usw. nach konjunkturpolitischen Gesichtspunkten manipulieren, wenn bei stark anhaltender inflationärer Entwicklung im privatwirtschaftlichen Sektor das Lohnkostenniveau rapide steigt und der Bund dabei noch sozusagen den Signalführer macht, weil er sich weigert, Orientierungsdaten zu setzen, und weil er sich weigert, zur rechten Zeit ein hartes Wort, ein Wort zur Mahnung, zur Mäßigung auszusprechen.

Was hier für den Personalkostensektor gilt, gilt für den Investitionskostensektor in noch höherem Maße. Die Länder und Gemeinden sind die Hauptträger der großen Investitionsprogramme, der großen Bauprogramme. Dazu kommt noch eines: Der Bund macht das Programm; die Herren des Bundes stecken sich die Lorbeeren für große Reformpläne an den Hut, und die Länder und Gemeinden müssen den größten Teil dieser Reformpläne finanzieren.

(Beifall)

Stichwort: Bildung, Stichwort: Umweltschutz. Der Bund stößt durch schlechtes Beispiel und durch überzogene Reformpläne die Länder in

das finanzielle Chaos und beschuldigt dann die CDU/CSU-regierten Länder, daß sie mit ihren Haushaltszuwächsen ja auch gegen das Gebot der Stabilität verstoßen würden. Das muß von uns einmal auch bei der Auseinandersetzung der nächsten 6 Wochen in aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

(Beifall)

Wir haben 1969 ein solides Finanzierungsfundament hinterlassen. Für 1972 werden allein für den Bund für die öffentlichen Gebietskörperschaften 16 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen als im Finanzplan im Herbst 1968 geschätzt. Man bedenke: 16 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen im Jahre 1972 allein für den Bund.

Willy Brandt wird entsprechend seiner Auffassung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen sagen, es sei doch eine großartige Leistung, 16 Milliarden DM mehr Steuereinanhmen erzielt zu haben. Diese 16 Milliarden DM Steuereinnahmen, die restlos verbraucht werden — dieser Mehrertrag reicht immer noch nicht aus —, sind nichts anderes als ein Indikator einer trabenden inflationären Entwicklung!

(Beifall)

Uns wäre es lieber, die Preisentwicklung des Jahres 1968 und 1969 hätte sich fortgesetzt; uns wäre es lieber, wir hätten statt der heutigen Preise und der hohen Steuereinnahmen jene Steuereinnahmen, die wir damals vorausgeschätzt haben, denn das, was die Inflation auf dem Gebiet der öffentlichen Hand verschlingt, ist wesentlich mehr als das, was die Steuermehreinnahmen in Höhe von 16 Milliarden DM im Jahre 1972 an echter Leistungskraft erbringen.

Beim Bund ist im Jahre 1972 eine Neuverschuldung von 10 Milliarden DM eingeplant. Das ist zweieinhalbmal soviel, wie in dem letzten von der Regierung Kiesinger im Herbst 1968 beschlossenen Finanzplan vorgesehen war. Damals waren für das Jahr 1972 4,1 Milliarden DM vorgesehen. Trotz der gewaltigen Steuermehreinnahmen von 16 Milliarden DM, die ich eben erwähnt habe, muß sich der Bund um 10 Milliarden DM verschulden. Wie gesagt, das ist zweieinhalbmal so hoch, wie damals von uns geplant und angestrebt. Von diesen 10 Milliarden DM werden 5 Milliarden DM offen ausgewiesen und 5 Milliarden DM — das ist verfassungsrechtlich und gesetzesmäßig sehr bedenklich — in Schattenhaushalten untergebracht, ohne daß von ihnen auch nur eine einzige Mark im Haushaltsplan erkennbar wäre. Das ist ein Verfahren, das wir zuletzt einmal angewandt haben im Jahre 1967 bei einem Finanzvolumen von etwa 1 Milliarde DM. Dieses Verfahren wurde vom Bundesrechnungshof damals auf das schärfste gerügt. In den Jahren 1968, 1969 und in der Finanzplanung bis 1972, der letzten

von uns vorgelegten, wurden die Schattenhaushalte aufgelöst, damit dieses unerfreuliche Kapitel unsolider Finanzierung ein Ende nimmt. Dieses Kapitel hat bei uns ein Ende genommen! Diese Regierung hat im Widerspruch zur früheren SPD-Kritik das System der Schattenhaushalte zu einer Säule ihrer Finanzierungsmethoden gemacht. Sie handelt damit verfassungspolitisch bedenklich und einwandfrei gegen das Haushaltsrecht. Auch das muß hier einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall)

Wie sieht die Lage aus? Die Zahlen der Steuermehreinnahmen und der höheren Verschuldung habe ich Ihnen bereits genannt. Steuererhöhungen sind bereits beschlossen worden: Heizölsteuerverlängerung um 1,1 Milliarden DM — auf das ganze Jahr 1972 bezogen —, Erhöhung der Tabaksteuer, Mineralölsteuer, Alkoholsteuer mit einem Aufkommen von 4 Milliarden DM in einem Jahr. Zusammen ergibt das bereits 5 Milliarden DM. Auch die Postgebühren und Bahntarife sind bereits mehrmals erhöht worden, und zwar allein in drei Jahren um 6 Milliarden DM. Alle Kundigen wissen, daß bereits weitere Erhöhungen der Gebühren und Tarife vor der Tür stehen, weil die Finanzlage dieser beiden großen Regieverwaltungen, gelinde gesagt, mehr als angespannt ist. Ich will hier kein härteres Wort gebrauchen. Aus wahltaktischen Gründen werden die heute bereits programmierten massiven Gebühren- und Tariferhöhungen aber bis nach dem 19. November zurückgestellt oder den Nachfolgern dann als ungelöstes Problem überlassen. Trotz dieser Steuererhöhungen, Steuermehreinnahmen, höheren Verschuldung, Gebührenerhöhungen, trotz all dem, was ich jetzt ausgeführt habe, sieht sich die Regierung gezwungen, bereits für das nächste Jahr und vom nächsten Jahr an weitere drastische Steuererhöhungen anzukündigen. Sie sollen 1973 2,5 Milliarden DM und 1974 bereits 6,5 Milliarden DM erbringen, wenn sie über das ganze Jahr wirksam werden. Das sind also neue, zusätzliche Steuererhöhungen, die sofort nach der Bundestagswahl eingeleitet werden sollen.

Als Begründung wird angegeben, diese Erhöhungen seien unvermeidlich, um eine Verbesserung der Lebensqualität herbeizuführen. Jetzt haben wir endlich erfahren, was die Definition der Verbesserung der Lebensqualität ist:

(Heiterkeit)

gewaltige Mehrausgaben bei geringerer Beschaffungskraft, massive permanente Gebühren-, Tarif- und Steuererhöhungen. Das ganze nennt sich dann „Verbesserung der Lebensqualität".

(Beifall)

Man wäre hier geneigt, ein sehr drastisches Wort zu gebrauchen. Tatsächlich können die von der Regierung vorgeschlagenen Mehreinnahmen nur zum geringsten Teil der Finanzierung neuer Maßnahmen dienen, denn die Preissteigerungen zehren die reale Substanz der laufenden Ausgaben so schnell auf, daß die Steuererhöhungen nichts anderes bewirken, als einige von der Inflation aufgerissene Schlaglöcher zu stopfen. Wir stehen in dem Teufelskreis der Inflation. Er zerrüttet die öffentlichen Finanzen, und er wird sie weiter zerrütten, wenn nicht der Wähler durch Übertragung der politischen Verantwortung auf die CDU/CSU diesem unverantwortlichen Treiben ein Ende setzt.

(Beifall)

Die Bundesregierung, vor allem der Kanzler, wollen der Öffentlichkeit immer noch vormachen, daß die Staatsfinanzen gesund seien. Daß sich die Finanzkrise in der Zukunft, vom nächsten Jahr an verschärft zeigen wird, versucht die Regierung dadurch zu vertuschen, daß sie sich trotz unzähliger Aufforderungen — von unserer Fraktion, vom Kollegen Leicht, von mir, von Hermann Höcherl, von Müller-Hermann und von anderen ergangen — einfach weigert, uns eine Bestandsaufnahme der zwangsläufig sich ergebenden Mehrausgaben vorzulegen. Damit handelt sie ganz klar gegen einen Gesetzesauftrag. Ebenso hat sie dem früheren Finanz- und Wirtschaftsminister Schiller die Diskussion dieser Probleme im Kabinett verweigert, schon die Diskussion dieser Probleme! Von den Schlußfolgerungen wollen wir hier gar nicht reden. Es ist genauso rechtswidrig, wenn Helmut Schmidt sich weigert, die letzte Finanzplanung, die schon längst um ein Jahr fortgeschrieben werden sollte, auf den heutigen Stand zu bringen und den Gesetzesauftrag zu erfüllen, die weitere Finanzplanung, die bis zum Jahr 1976 reichen soll und die in diesem Herbst vorliegen sollte, vorzulegen. Statt dessen spricht er von einem „Haushaltsgerüst", das man erarbeitet habe. Das ist wieder eines jener magischen Worte mit beliebig füllbarem Inhalt. Ein richtiges Wortmaskenleihinstitut! Man drückt sich bewußt darum, die Finanzplanung vorzulegen. Solche Worte wie „Haushaltsgerüst" sind doch nur eine leere Fassade. Generale kann man anschnauzen und stillstehen lassen; Zahlen nicht, sie stehen nicht still.

(Heiterkeit und Beifall)

Man soll auch nicht von den Beamten auf die Dauer die Vorlage bewußt verharmlosenden Zahlenmaterials erzwingen. Ich möchte mich hier auf diesen Satz beschränken. Ich weiß ganz genau, warum ich diesen Satz gesagt habe.

Der Zuwachs der öffentlichen Haushalte 1973 orientiert sich an einer projektierten Zuwachsrate von 10 % des inflationistisch nach oben

strebenden Bruttosozialproduktes. Der Preissteigerungsfaktor wird von der Bundesregierung jetzt selbst um 2 % höher angegeben als noch vor einem halben Jahr. Diese geplante Erhöhung der Ausgaben im Jahre 1973 zeigt die von der Bundesbank im September dieses Jahres scharf kritisierte Absicht dieser Regierung, die Inflation auch in der nächsten Legislaturperiode weiter gewähren zu lassen und keine Maßnahmen zur Wiederherstellung der Stabilität zu treffen.

Willy Brandt hat Steuersenkungen und innere Reformen versprochen. Er hat allen fast alles versprochen und damit nur neue Erwartungen, Forderungen und Begehrlichkeiten geweckt. Mit dem Geld, das er vorfand, konnte er nicht umgehen. Ich erinnere mich des treffenden Wortes von Konrad Adenauer: Alles, was die Sozialisten von Geld verstehen, ist, daß sie es von anderen haben wollen.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Deshalb hat Brandt die Staatsfinanzen in die Krise getrieben, die Preisstabilität zerstört, die Inflation geschaffen, die den kleinen Mann am härtesten trifft.

Nur durch ein geschlossenes Programm, das alle Bereiche der Finanz- und Wirtschaftspolitik umfaßt, kann diese inflationistische Tendenz gebrochen und das Stabilitätsklima als Voraussetzung für Stabilität wiederhergestellt werden. Die Bundesbank allein kann bei einer kurzfristig kaum erreichbaren harmonisierten EWG-Konjunkturpolitik nicht die von uns durchzusetzende Rückkehr zur binnenwirtschaftlichen Stabilität erreichen. Das Stabilitätsgesetz, das seinerzeit zur Recht als ein gewaltiger Fortschritt herausgestellt wurde, muß mit allen dafür in Betracht kommenden Instrumenten – gegebenenfalls muß es erweitert werden, gegebenenfalls müssen neue Instrumente vorgesehen werden – eingesetzt werden, und zwar mit dem Ziel, die unsere Gesellschaftsordnung gefährdende Inflation wirksam zu bekämpfen.

Ich möchte hier in aller Deutlichkeit sagen, es ist ein Schwarze-Peter-Spiel, das kein Ruhmesblatt für die Beteiligten ist, wenn jeder die Schuld und auch die Verantwortung auf die anderen im Kreis herum schiebt. Die für die öffentlichen Haushalte Verantwortlichen können nicht sagen, daß die Bundesbank durch Geld- und Kreditpolitik für Stabilität sorgen soll. Die Bundesbank sagt mit Recht, sie kann ja nicht allein, wenn nicht die Fiskalpolitik hier unterstützend und wirksam eingreift, diese Geld- und Kreditpolitik als Stabilisationselement wirksam machen. Man kann auch nicht verlangen, daß in die EWG die anderen vorangehen, wenn man selbst ein schlechtes Beispiel gibt. Das Maßgebende daran ist auch die Signalführerschaft auf diesem Gebiet. Nur eine Bundesregierung, die in ihrer Steuerpolitik, die in einer vermin-

derten Zuwachsrate der öffentlichen Haushalte, in einer strengen Kontrolle des Geldvolumens – das in den letzten Jahren Jahr für Jahr um 20 % zugenommen hat –, eine Bundesregierung, die gemeinsam mit der Bundesbank und zusammen mit außenwirtschaftlichen Absicherungsmaßnahmen vielfältiger Art, auf die einzugehen mir die Zeit nicht erlaubt, entsprechend vorgeht und die die Gesamtheit des Instrumentariums einsetzt in Verbindung mit einer Verschärfung des Wettbewerbs, in Verbindung mit einer Einkommenspolitik, die den Beteiligungslohn als Stabilisierungsfaktor einsetzt und nicht eine allein auf die Umverteilung ausgerichtete Lohnpolitik mit sofortigem Konsum betreibt,

(Beifall)

ist in der Lage, schrittweise Stabilität wiederherzustellen.

(Beifall)

Niemand verlange von uns, daß über Nacht umgeschaltet werden kann. Ich sage das nicht aus Angst davor, daß wir das nicht besser machen könnten; aber ich sage es, um vor übertriebenen Erwartungen zu warnen, als ob nur guter Wille und tatkräftiges Herangehen genügen würden, über Nacht aus einem Inflationsklima mit lang anhaltender inflationärer Praxis wieder eine Lage fast völliger Stabilität zu schaffen.

Nur wenn wir diesen Weg gehen mit der Finanzpolitik, mit der Steuerpolitik, mit der Haushaltspolitik, mit der Geld- und Kreditpolitik, mit der Politik der außenwirtschaftlichen Absicherung, mit einer wieder ihrem eigentlichen Zweck dienenden konzertierten Aktion, die nicht große gesellschaftspolitische Probleme zu lösen hat und nicht ein Podium für die Abgabe langer Monologe zum Zwecke der Niederschrift in Verbandszeitungen darstellt, sondern eine stabilitätsorientierte Einkommenspolitik unterstützen soll,

(Beifall)

nur wenn wir diesen Weg gehen und dies alles zusammen tun, ist die Voraussetzung dafür geschaffen, daß wir in absehbarer Zeit wieder zu einer tragbaren Preisrate zurückkehren.

Niemand gebe sich einem Zweifel darüber hin: das ist kein leichter Weg, das ist kein Zuckerlecken, und das ist keine schön gepflasterte Straße. Wir reden nicht gern in dramatischen Tönen, aber Schweiß und Enttäuschung der Hoffnungen sind hier unvermeidlich, weil man die Inflation durch die Inflation der Versprechungen, der provozierten Erwartungen und der Zukunftsschlösser geradezu mutwillig heraufbeschworen hat. Damit muß ein Ende gemacht werden.

(Beifall)

Voraussetzung dafür ist, daß jetzt endlich einmal eine Mentalität beendet wird, die sagt: Mit dem bißchen Inflation kann man ruhig leben, die sagt: Die Inflation ist der Preis für die Vollbeschäftigung, die sagt: Die Inflation ist ja nicht so schlimm, weil die Bezieher aktiver Einkommen im Jahr einen höheren Einkommenszuwachs haben als ihnen die Inflation wegnimmt. — Diese Rechnung ist eindeutig falsch. Sie gilt schon beim Arbeitnehmer heute nicht mehr; denn bei der Preissteigerungsrate von 6 % bräuchte er Lohnerhöhungen von 8 %, um infolge der höheren Steuerprogression und der Sozialabgaben nur einen Kaufkraftausgleich zu erhalten. Millionen von Arbeitnehmerhaushalten sind Sparer. Die Gesamtheiten der Sparguthaben geht in eine Zahl von Hunderten von Milliarden. Noch schlimmer trifft es den Bausparer. Wenn man hier unter dem Strich den Saldo zieht, dann hat man die Folgen dieser Inflationspolitik vor Augen und erkennt, daß die Behauptung des Bundeskanzlers: „Was wollt ihr denn! Es geht ja allen besser! Wir hatten noch nie eine solche Steigerung der realen Einkommen!" eine demagogische Irreführung der Öffentlichkeit, eine Verdrehung der Wahrheit ist.

(Beifall)

Wir müssen auch von der öffentlichen Hand her die Nachfrageströme beeinflussen. Gerade die öffentliche Hand hat durch ihre Ausgabengestaltung eine Signalführerschaft. Wenn die öffentliche Nachfrage außergewöhnlich stark gesteigert wird, wenn sie bei starker privatwirtschaftlicher Nachfrage ebenfalls in Schlüsselbereichen verläuft, dann gibt das die berühmten Randprozente, die das Faß zum Überlaufen bringen und damit die Inflation als Dauererscheinung bei uns erhalten. Mit diesen Methoden muß einmal Schluß gemacht werden. Dazu gehört auch die Korrektur der Einkommens- und Preiserwartung.

Ich habe von der Gesamtheit der Mittel gesprochen, von dem Einsatz der steuerpolitischen Mittel, der haushaltspolitischen Mittel, der geld- und kreditpolitischen Mittel, der außenwirtschaftlichen Mittel und der Mittel der Einkommenspolitik. Dazu gehört aber auch, daß es die Regierung wieder wagt, wirtschaftspolitische Gesamtperspektiven und an Hand derer auch Orientierungsdaten zu bieten, um den Partnern der Tarifautonomie zu sagen, daß langanhaltende gröbere Verstöße gegen diese Orientierungsdaten ungeheure Risiken mit sich bringen, die nicht allein der Staat auffangen kann, sondern die von den Beteiligten — sowohl von den Arbeitnehmern als auch von den Arbeitgebern — in voller Verantwortung zu tragen sein werden. Das muß hier einmal in aller Deutlichkeit herausgestellt werden.

Zu der Steuerpolitik gehört es, daß man nicht Steuersenkungen versprechen soll, um dann Steuererhöhungen durchzuführen, wie es ge-

schehen ist. Dazu gehört auch, daß die Verschuldung inflationsneutral sein muß. Die Bundesbank hat uns die Größenordnung gezeigt: 12 Milliarden Mark im Jahr 1972 für sämtliche öffentlichen Haushalte. Allein der Bund hat in diesem Jahr mehr als 10 Milliarden, und Länder und Gemeinden zusammen haben ebenfalls rund 10 Milliarden Mark. Von Bahn und Post wollen wir in diesem Zusammenhang gar nicht reden. Das bedeutet, daß die Verschuldung nur der Gebietskörperschaften ohne Bahn und Post in der Größenordnung von 20 bis 22 Milliarden Mark liegt. Wenn das nicht inflationsfördernd ist, dann gibt es überhaupt keine Inflationsquelle mehr. Hier sitzen sie, die Schuldigen der Inflation, hier sitzen sie, die Täter. Das Volk ist das Opfer dieser Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der Strecke geblieben ist auch die Steuerreform. Ich kann hier in diesem zusammengefaßten Referat nicht ein Konzept der Steuerreform bieten, muß aber wenige Sätze dazu sagen.

Die jetzige Bundesregierung hat durch ihre Inflationspolitik und durch die Zerrüttung der Staatsfinanzen die Voraussetzungen für die von ihr in dieser Legislaturperiode großsprecherisch angekündigte Steuerreform zerstört. Eine Steuerreform ist jetzt nur möglich, wenn nach Wiederherstellung der Stabilität, nach Sanierung der Staatsfinanzen die finanziellen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für ein solches Reformwerk wieder gewonnen sind. Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung wird die Steuerreform unter strenger Berücksichtigung der ökonomischen und finanziellen Gegebenheiten in Stufen verwirklichen. Sie wird dabei von einem Gesamtkonzept ausgehen, das die Gesamtbelastung der Bürger mit einkommens- und vermögensabhängigen Steuern einerseits und indirekten Steuern andererseits auch im Hinblick auf die EWG-Steuerharmonisierung ausgewogen berücksichtigt. Gerade auf diesem Gebiet wird deutlich, daß die SPD die Steuerreform, die nach dem Wort von Alex Möller einkommensneutral sein sollte, dazu benutzen will, die Steuerlast zu vergrößern, die von der Inflation gerissenen Lücken zu stopfen und die Illusion zu erwecken, als ob durch permanente Steuererhöhungen die gesellschaftspolitischen Anliegen bewältigt werden könnten. In Wirklichkeit werden durch ständig steigende Steuererhöhungen und durch ständig steigende Sozialabgaben die individuellen Verantwortungsgebiete systematisch ausgehöhlt, wird die Gesellschaft nicht frei und unabhängig, nicht modern und progressiv, sondern die Gesellschaft wird abhängig, sie wird funktionärsgesteuert, und auch die individuelle Verantwortung als Voraussetzung für die Leistungssteigerung entfällt in zunehmendem Maße, je mehr man sich unter einer er-

drückenden Steuer- und Sozialabgabenlast nicht mehr als Herr seiner Persönlichkeit empfinden kann.

(Beifall)

Wir wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir vorhaben. Wir werden nach Rückkehr zur Stabilität diese Probleme aufgreifen: die Neuregelung des Familienlastenausgleichs, die Vermögensbildung, die Vereinheitlichung der Sparförderung, die Reform der Körperschaftsteuer im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und gerade auch im Hinblick darauf, die Körperschaftsteuer zum Instrument der Vermögensbildung zu machen.

Wer das tun will, der darf nicht zu allen Steuern hinzu noch eine Gewinnabgabe einführen und damit den Bereich dessen, was überhaupt verteilt werden kann, für den kleinen Aktionär weiter einschränken, sondern der muß dann den Weg gehen, eine konsumtive Lohnquote und eine Beteiligungsquote als Beitrag zur Stabilität gleichermaßen wie zur Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand einzuführen, wie es der Burgbacher-Plan, wie es die Pierothschen Gesetzentwürfe, wie es die Vorschläge vorsehen, die wir in der Fraktion — Barzel, Katzer, Stücklen und ich — gemeinsam vorgelegt und getragen haben und auch weiterentwickeln werden.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Schlußwort zu zwei Problemen sagen. Zur Vertiefung der europäischen Integration bis hin zur Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gibt es keine Alternative. Dem widerspricht nicht die Feststellung, daß bei der tatsächlichen Verflechtung und den heute gegebenen institutionellen Bindungen der Grad von Stabilität oder Instabilität der Gemeinschaft noch immer entscheidend von dem Verhalten und der Politik in den Mitgliederländern bestimmt wird. Kraft ihres ökonomischen Gewichtes ist die Bundesrepublik gegenwärtig weniger Opfer einer anonymen europäischen Durchschnittsinflationierung, die man als unvermeidbare höhere Naturgewalt über sich ergehen lassen muß, sondern die Bundesrepublik ist — ich muß das sagen — selbst Produzent von Instabilität für das eigene Land und Exporteur von Inflation für die Partner geworden.

(Beifall)

Gerade ein Land, das durch seinen hohen Anteil am innereuropäischen Handel, durch seinen hohen Anteil am Welthandel mit der Gestaltung seines Preisniveaus regulierend, disziplinierend und beeinflussend wirken kann, exportiert durch permanente Preiserhöhungen die Inflation und bekommt mit Sicherheit die Inflation als Reimport nach kurzer

Zeit wieder zurück, bis Ursache und Wirkung nicht mehr voneinander unterschieden werden können, weil der Teufelskreislauf perfekt geworden ist. Stabilitätspolitik muß daher im eigenen Hause beginnen. Die Bundesregierung und die Bundesrepublik müssen in der Gemeinschaft wieder Vorreiter der Stabilitätspolitik werden und nicht Mitgeschleppter und Anhänger. Eine CDU-CSU-Regierung wird das Stabilitätsziel als für sie und für die Gemeinschaft lebenswichtiges Interesse erklären und vertreten.

Zweitens: Wir dürfen vor dieser Aufgabe auch nicht wegen der noch unterschiedlichen Prioritätsvorstellungen der einzelnen Partner kapitulieren. Auch unsere Partner haben die Gefährdung des sozialen Friedens durch eine fortgesetzte und eskalierende Inflation erkannt. Und schließlich sollten wir nicht bereit sein, einem Europa der Inflationsgemeinschaft beizutreten, sondern wir sollten als Voraussetzung für unseren Beitrag, für die Opfer, die wir erbracht haben, heute erbringen und morgen zu erbringen bereit sind, auch auf dem Gebiet der Agrarfinanzierung, verlangen, daß die Gemeinschaft, die wir gemeinsam bauen, eine Stabilitätsgemeinschaft wird. Das Verhalten der Bundesrepublik ist maßgebend dafür.

(Beifall)

In der Währungspolitik brauchen wir eine weitere wirtschaftspolitische Integration. Es nützt gar nichts, nur einen europäischen EWG-Währungsfonds zu schaffen. Es nützt gar nichts, wenn man diesen Währungsfonds dafür verwendet, um das inflationäre Treiben des eigenen Landes oder anderer Länder besser finanzieren zu können. Ein Währungsfonds ist nur dann nicht hinausgeworfenes Geld, wenn dieser Währungsfonds wirklich auf dem Boden vereinbarter Spielregeln für gemeinsame Stabilitätspolitik verwendet wird.

(Beifall)

Das kann man aber nur dann im Westen vertreten, wenn man nicht unnötig auf Beifall und Zustimmung für politische Aktionen in der anderen Himmelsrichtung angewiesen ist, um dieses Wort nur vorsichtig zu sagen.

(Beifall)

Es kann auch keine Währungsunion als Wirtschaftsunion geben, und es kann auf die Dauer keine Wirtschaftsunion geben, wenn nicht gemeinsame politische Institutionen mit zentralen Entscheidungsmöglichkeiten in lebenswichtigen Fragen Schritt für Schritt unter Einbau parlamentarischer Kontrollinstanzen geschaffen werden.

(Beifall)

Wir werden unseren Beitrag zu leisten haben zur Reform des Weltwährungssystems, Aufrechterhaltung des Prinzips der festen Paritäten bei mehr Elastizität, Stärkung des internationalen Währungsfonds in seiner Aufsichts- und Kontrollfunktion, stärkere Verantwortung der Überschuß- und Defizitländer im Anpassungsprozeß, Gleichbehandlung aller Währungen – es gibt keine privilegierten Währungen mehr in Zukunft –, und was besonders wichtig ist: internationale Kontrolle der Liquiditätsschöpfung unter gleichzeitiger Heimholung und Austrocknung der Eurodollar-Seen, die in einer Größenordnung von ungezählten Milliarden Dollar in der Welt entstanden sind.

(Beifall)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, bedeutet nicht Blockbildung gegen die USA, sondern Lösung dieser Probleme mit den USA, eine westliche, eine atlantische Gemeinschaft.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, die dem Staatsbürger neben einer ausdrücklichen Beanspruchung für die Erfordernisse des Gemeinwesens ein Höchstmaß individueller Betätigung, größte Chancen wirtschaftlicher Unabhängigkeit durch Bildung von Eigentum und damit beste Voraussetzung persönlicher Freiheit garantiert. Die Angriffe gegen unsere Wirtschaftsordnung werden geführt von den Koalitionsparteien, von bestimmten Massenmedien, von Jungsozialisten und Jungdemokraten und von antidemokratischen Kräften außerhalb dieser Gruppierungen. Die Soziale Marktwirtschaft wird heute gefährdet durch die Inflationspolitik, durch die Steuerpolitik und die steuerpolitischen Absichten der Bundesregierung mit ihren Nivellierungstendenzen, mit Steuererhöhungsplänen der SPD in der Größenordnung von 9 Milliarden DM jährlich und durch das Langzeitprogramm der SPD, das eine Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt von zur Zeit 39 % auf 50 % Stufe für Stufe im Jahre 1985 zu erreichen vorsieht. Wenn man das auf das Jahr 1972 umrechnen würde, dann würde das bedeuten, daß im Jahre 1972 75 Milliarden DM Einkommen, ehrlich erarbeitetes oder erspartes Einkommen, aus der privaten Verfügungsgewalt in die Hände öffentlicher Instanzen zur Durchführung der dort gepredigten angeblichen Reformabsichten übergeführt werden müßte. Die freiheitliche Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft und ein Staatsanteil von 50 % vertragen sich nicht miteinander. Wer hier solche Pläne aufstellt, der soll eines sich auch anhören: daß es ein gefährliches Unding ist, die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft bis zur äußersten Grenze als Experiment erproben zu wollen.

(Beifall)

Man kann die Wirtschaft durch den Zwang des Staates bis zu einem Punkt belasten, wo die Marktwirtschaft nicht mehr funktionsfähig ist. Dann hat man sie an dem Punkt, wo man dann unter Hinweis auf ihre Funktionsfähigkeit ihre Ablösungsbedürftigkeit durch ein anderes, natürlich die Qualität des Lebens verbesserndes großes sozialistisches Zukunftsmodell mit scheinbarer Glaubwürdigkeit fordern kann. Genau hier stehen wir an dem Scheideweg, von dem ich eingangs meiner Ausführungen gesprochen habe.

Das ist die amtliche Politik. Dazu kommt, daß bestimmte Massenmedien Begriffe und Vokabular verfälschen: Profit wird es genannt statt Ertrag, steigender Lebensstandard wird als Bestechungstatbestand einer kapitalistischen Gesellschaft diffamiert, aus dem Unternehmer wird der Ausbeuter, der Wucherer, der Blutsauger, der Arbeitsplatz wird zum Instrument der Versklavung, der „Kapitalismus" wird als Grund für alle irdischen Unvollkommenheiten verantwortlich gemacht und dafür ein nicht näher zu schildernder Sozialismus als die vollkommene Lebensordnung der höchsten Lebensqualität angepriesen.

Zum dritten: Wir sollen uns nicht täuschen. Natürlich sind heute die Radikalen und die Jungsozialisten noch in der Minderheit. Aber sie sind im Vormarsch und in einer Partei, die ihnen keinen Widerstand mehr entgegensetzt, in einer Partei, deren Führung den inneren Frieden mit ihnen längst geschlossen hat oder ihr Treiben sogar bewußt duldet oder fördert. Ausdrücke, wie sie gefallen sind, oder wie wir sie anhören mußten, daß die CDU/CSU bewußt die Löhne niedrig halten will, um wilde Streiks zu provozieren, Ausführungen wie Schreibtischtäter, Ausführungen wie die, soziale Unruhen seien zu befürchten, wenn die CDU/CSU die Wahlen gewinnen werden — all das ergibt zusammengenommen ein Bild eines Mannes, der sich einerseits bemüht, als Friedenskanzler und Landesvater im Lande charismatische Ausstrahlung zu verbreiten, der aber dann, wenn man ihm beim Wort nimmt, wieder klassenkämpferische Züge aufweist, wie er sie angeblich oder hoffentlich längst überwunden haben sollte.

(Beifall)

Die Wirtschaftsordnung läßt sich in ihren Grundregeln nicht überspielen und manipulieren. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommt nicht ohne Leistung aus. Es ist nicht das Zeitalter des Schlaraffenlandes ausgebrochen. Leistung ist die Voraussetzung für die Lösung aller sozialen Probleme. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die Basis für jede moderne Gesellschaftspolitik. Sie ist auch der Verbesserung des menschlichen Lebensraumes gewidmet. Leistungsschwache Wirtschaften bleiben bei der Bewältigung dieser Aufgabe auf der Strecke.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik einer CDU/CSU-Regierung wird darauf gerichtet sein, die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft zu erhalten und ständig zu verstärken. Nur so können wir unsere Zukunftsprobleme lösen. Wir haben das Fundament geschaffen, wir haben das Haus auf ihm gebaut, in dem wir alle wohnen und leben. Wir müssen, wollen und werden dieses Haus immer wohnlicher ausbauen, und zwar durch eine Politik der Vernunft, der Solidität und der Stabilität. Jetzt aber, meine lieben Freunde, gilt es, dieses Haus gegen Brand und Sturm zu sichern,

(Heiterkeit und Beifall)

und das ist nur durch einen klaren Wahlsieg der CDU/CSU möglich. Die Unionsparteien sind die einzige politische Kraft, die heute bereit und in der Lage ist, die Stabilität in einer freiheitlich sozialen Wirtschaftsordnung als Grundlage allen Fortschritts sicherzustellen.

In diesem Sinne darf ich Ihnen für Ihren Wahlkongreß, für Ihren Bundesparteitag, sowie für unseren gemeinsamen Kampf und unseren gemeinsamen Sieg bereits heute von Herzen alles Gute wünschen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Rudolf Seiters, Tagungspräsidium: Herr Dr. Strauß, der Parteitag dankt Ihnen für dieses Referat. Sie haben wie Dr. Rainer Barzel gestern die zentrale Frage dieses Wahlkampfes herausgestellt, nämlich den Verlust an Stabilität, den wir in den vergangenen drei Jahren in fast allen Bereichen haben hinnehmen müssen, und die konkreten Gefahren, die dadurch entstanden sind, daß die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung von Führung und Basis der Sozialdemokratischen Partei mehr und mehr in Frage gestellt werden. Wenn unser Programm lautet: Stabilität durch soziale Marktwirtschaft als Voraussetzung für Reformen, sozialen Fortschritt und gesicherte Arbeitsplätze, so ist unser Garant dafür Franz-Josef Strauß.

(Beifall)

Wir danken Ihnen auch dafür — der Parteitag hat das bereits gestern gewürdigt —, daß Sie diesen Wahlkampf Seite an Seite mit Dr. Barzel, Hans Katzer und Gerhard Schröder erstmalig mit einem gemeinsamen Regierungsprogramm von CDU und CSU führen. Der Parteitag sollte Ihnen diesen Dank auch heute noch einmal aussprechen.

(Beifall)

Ich erteile nunmehr Herrn Dr. Karl-Heinz Narjes das Wort.

Dr. Karl-Heinz Narjes (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich freue mich, daß

ich in meinem Sachbeitrag zum Thema „Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft" an all das anknüpfen kann, was Dr. Franz-Josef Strauß uns soeben in seiner brillanten Rede vorgetragen hat.

Die Wiederherstellung des unerschütterlichen Vertrauens in die Fortgeltung und den Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft ist der Ausgangspunkt, die unabdingbare Grundlage und das oberste Ziel jeder künftigen Wirtschaftspolitik der Unionsparteien. Dieses Vertrauen hat in den vergangenen drei Jahren an Kraft verloren, weil die Regierung der Linkskoalition es unterlassen hat, den Angriffen der neuen Linken auf unsere freiheitliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft zu widerstehen und die in ihr liegenden Chancen des sozialen Fortschritts zu nutzen.

Diese Angriffe sind ernst zu nehmen, weil ihre Propagandisten im Erziehungswesen und in den Massenmedien unverändert einen nachhaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben, weil sich eine freiheitliche Wirtschaftsordnung auf die Dauer nicht gegen eine feindselige öffentliche Meinung durchsetzen könnte und weil drittens Zweifel an der Fortgeltung der Sozialen Marktwirtschaft die Wirtschaft verunsichern und das unerläßliche Vertrauen zerstören müßten.

(Beifall)

Die Auseinandersetzung beginnt schon darüber, was Fortschritt ist. Für uns ist Fortschritt allein das, was dem einzelnen ein Mehr an Chancen, sein Leben selbst zu gestalten, bietet, sei es durch Mehrung seines Vermögens, seines Einkommens, durch Verbesserung seiner beruflichen Ausbildungs- und Aufstiegschancen oder der ihn interessierenden Angebote an öffentlichen Dienstleistungen, kurz, durch Erweiterung seiner Freiheitsräume.

(Beifall)

Ohne Stärkung der Freiheit kann es auch kein Mehr an Humanität geben.

(Erneuter Beifall)

Fortschritt ist deshalb für uns nicht alles, was Verbände, ideologische Gruppen oder einflußreiche Meinungsmacher als progressiv darstellen und uns suggerieren möchten. Fortschritt ist für uns namentlich nicht das, was nur die Macht der linken Apparate und ihrer Funktionäre stärken soll.

(Beifall)

Bei einer solchen Konfrontation suchen vernünftige Leute die geistige Auseinandersetzung. Diese setzt aber außer Toleranz Übereinstimmung

über die tragenden Werte unserer Verfassung voraus. Beides fehlt zunehmend der Neuen Linken. Kommt es dennoch zu einem Gespräch, dann mag man sich zuweilen noch über einige Ziele einigen, denen die Wirtschaftsordnung jenseits von Angebot und Nachfrage nutzbar gemacht werden soll. Die Diskussion scheitert aber spätestens, wenn es festzustellen gilt, was ist und was werden soll. Da zeigt sich eine ideologische Erkenntnissperre. Die sogenannte progressive Kapitalismuskritik und die Klassenkampfideologie der Neuen Linken lassen für die praktische Vernunft keinen Raum.

(Beifall)

Das Gespräch scheitert aber auch daran, daß die Neue Linke keine theoretisch geschlossene, geschweige denn praktisch erprobte Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft anzubieten hat.

(Beifall)

Die SPD führt diesen Wahlkampf mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus. Das ist ihre zentrale Aussage. Damit ist die Soziale Marktwirtschaft herausgefordert. Zugleich ist mit dieser Rückwendung zum Sozialismus die innere Unaufrichtigkeit des Godesberger Programms einmal mehr offenkundig geworden.

(Beifall)

Ihre führenden Leute sagen schon heute ganz offen, daß sich die SPD den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft niemals zu eigen gemacht habe. Sie geben damit zu, daß sie alle diejenigen getäuscht haben, die 1969 aus der Verbindung des Namens Schiller mit dem Godesberger Programm eine sozialdemokratische Politik der Sozialen Marktwirtschaft herauslesen sollten und auch herausgelesen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Was bedeutet nun unter diesen Umständen, so müssen wir fragen, überhaupt der Begriff der Marktwirtschaft für eine ausdrücklich dem Sozialismus verpflichtete Sozialdemokratische Partei? Erklärungen der Koalitionsregierung zu diesem Thema helfen nicht weiter, weil diese Erklärungen nur bis zum 19. November gelten. Wichtiger ist eine Erklärung des amtierenden Superministers. Er stellte ohne besonderen Anlaß fest, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht für alle Zeiten gelten müsse. Diese scheinbar überflüssige Erklärung findet ihre Deutung im Langzeitprogramm der SPD, das seine Unterschrift und die der Vertreter aller Flügel der SPD trägt. Am Ende nämlich einer nach solchem Programm betriebenen Langzeitpolitik von 12 bis 15 Jahren hätte unsere Wirtschaft syndikalistische und sozialistische Macht- und Ent-

scheidungsstrukturen, die mit einer wettbewerbsorientierten, sozialverpflichteten Marktwirtschaft nichts mehr zu tun hätten.

(Beifall)

Die SPD fordert also von ihren Wählern die Zustimmung zu einer Abwendung von der Sozialen Marktwirtschaft. Wenn sie das Wort „Marktwirtschaft" dennoch verwendet, so ist anderes gemeint. Einige neuere Thesen der SPD erleichtern uns die Antwort auf die Frage nach dem konkreten Inhalt dessen, was sie unter Marktwirtschaft im Zeichen des Sozialismus versteht: nämlich die Besteuerung nicht realisierter Bodengewinne, das Steuersystem im Sinne des Konfiskationsparteitages vom November 1971, eine sogenannte Vermögenspolitik der Kollektivfonds vorbei am einzelnen Bürger, die Eigentumsvorstellungen der SPD-Kommunalpolitiker, die Forderung nach faktischer Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und Großunternehmen. Hinzu kommen viele hundert Einzelforderungen der alt- und neumarxistischen Klassenkämpfer.

Wie deutlich muß — und das ist meine Frage — eigentlich die Absage und die Herausforderung der SPD an die Soziale Marktwirtschaft noch formuliert und von ihr selbst plakatiert werden,

(Beifall)

bis alle diejenigen, die sich ihr verpflichtet fühlen sollten, dies begreifen und auch als Wähler dementsprechend handeln?

(Erneuter Beifall)

Was muß eigentlich noch geschehen, bis die Beschwichtiger unter den Kommentatoren erkennen, daß in diesem Wahlkampf die elementare Grundsatzorientierung unseres Staates in Frage gestellt und die Freiheit selbst herausgefordert ist?

(Beifall)

Eine Revolution bleibt auch dann eine Revolution, wenn sie in psychologisch fein dosierte Teilabschnitte zerlegt und über mehrere Jahre gestreckt wird und wenn die einzelnen Abschnitte mit der auf Täuschung angelegten Überschrift „Reform" versehen werden!

(Erneuter Beifall)

Die Soziale Marktwirtschaft kann aber nicht nur von außen frontal, sie kann auch von innen heraus zerstört werden. Da gibt es die Überforderung, den Versuch, den Horizont der Ansprüche, Hoffnungen und Erwartungen an den Staat und an die Wirtschaft ins Unmögliche zu

erweitern, damit die später unvermeidbare Enttäuschung in eine Systemverdrossenheit umschlagen und in den politischen Vorwurf der Untauglichkeit der ganzen freiheitlichen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung umgemünzt werden kann.

(Beifall)

Es gibt sodann das Ausklammern immer größerer Bereiche aus der Marktwirtschaft. Unter der Leerformel der „Gemeinwirtschaft" soll als Alternative zur angeblichen Profitwirtschaft eine graue Zone unkontrollierbarer syndikalistischer Macht errichtet werden.

In die gleiche Richtung geht schließlich die neuerliche Tendenz, die Leistungsfähigkeit öffentlicher Regiebetriebe zunehmend an einem sogenannten Sozialnutzen zu messen. Der darin liegende Verzicht auf eine kaufmännische Bilanzierung bedeutet einen Verzicht auf die notwendige Transparenz in diesen Bereichen und damit auch auf die Grundlage für eine wirksame demokratische Kontrolle.

(Beifall)

Zu den Angriffen auf die Wirtschaftsordnung von innen gehören getreu den Lehren Lenins besonders auch die Angriffe auf das Geldwesen und auf das Vertrauen in die Stabilität der Währung. Und damit bin ich bei dem krassen Unrecht der Geldentwertung, der trabenden Inflation. Von allen konjunkturpolitischen Zielen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist allein die Stabilität der Preise extrem gefährdet. Die Wiederherstellung der von der Linkskoalition sträflich vernachlässigten Preisstabilität ist deshalb die wichtigste und die sozialste Aufgabe einer Regierung von CDU und CSU.

(Beifall)

Der konsequente Kampf gegen die Inflation ist auch keine deutsche Marotte, wie man gelegentlich hört; er ist aus vier Gründen staatspolitisch lebenswichtig.

Erstens. Inflationspolitik ist eine Politik gegen die Armen, die Alten, die wirtschaftlich Schwachen, die Rentner, die Sparer und Bausparer und gegen die kinderreichen Familien.

(Beifall)

Sie alle haben für diese Politik am meisten zu zahlen. Der Substanzverlust der Sparkonten übersteigt die Zinsgutschriften. Die Teuerung liegt höher als die Anpassungsraten der Renten. Die Baukosten laufen den Ansparleistungen der Bausparer davon. Ihnen allen hilft kein SPD-

Trost mit der Formel von der Verbesserung der Qualität des Lebens. Sie und wir alle brauchen wieder eine stabile D-Mark!

(Beifall)

Sonst steigert sich der unsoziale Umverteilungsprozeß zu Lasten aller, die Geldvermögen als Sparer oder in anderer Form besitzen, ins Unermeßliche; sonst wird jede Vermögenspolitik des Staates oder der Tarifpartner illusorisch. Inflationspolitik ist also eine Politik gegen den sozialen Fortschritt.

(Erneuter Beifall)

Zweitens. Inflation ist aber auch eine Politik gegen die Arbeitnehmer. Sie gefährdet unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze. Wenn der amtierende Superminister, der Baron Münchhausen der deutschen Wirtschaftspolitik,

(Beifall)

den deutschen Arbeitnehmern mit falschen und unverantwortlichen Alternativen Angst einflößen will, so sollen sie wissen, in Wahrheit haben wir allein zu wählen zwischen Stabilität und Vollbeschäftigung, der Lösung der CDU/CSU, oder dem sozialen Unrecht der Inflation und der Geißel der Arbeitslosigkeit, den unvermeidlichen Folgen einer Politik nach den Rezepten des Herrn Schmidt.

(Beifall)

Für wie dumm halten diese Leute und einige Mitläufer in den Gewerkschaften eigentlich die deutsche Arbeitnehmerschaft? Wissen sie nicht, daß die deutschen Arbeitnehmer heute Sparer, Bausparer, Väter kinderreicher Familien oder Bürger von Gemeinden sind, von denen sie viele Leistungen erwarten, und daß sie morgen auch Rentner sein werden?

Über diese Nachteile kann sie auch keine bis an den Rand mit Inflationsgeld gefüllte Lohntüte hinwegtäuschen.

(Beifall)

Wie lange muß der Zeitzünder der Inflation eigentlich noch ticken, bis die Herren Brandt und Schmidt merken, daß sie mit ihrer wortreichen und zynischen Politik der Untätigkeit der deutschen Arbeiterschaft unermeßlichen Schaden zufügen?

(Erneuter Beifall)

Wer heute 6 Prozent und mehr Inflation riskiert, riskiert morgen 10 Prozent Arbeitslose.

(Beifall)

Drittens. Inflation macht unseren Staat reformunfähig. Die Kaufkraft aller öffentlichen Haushalte wird stärker von der Geldentwertung betroffen als die der privaten Haushalte. Die steigenden Einnahmen der öffentlichen Hände halten nicht Schritt mit den noch stärker steigenden Personal- und Baukosten, den wesentlichen Elementen sogenannter Reformpolitik.

Viertens. Unübersehbar sind die politischen Gefahren. Das Vertrauen in die Rechtsordnung wird erschüttert, je stärker die Preise steigen, und je unfähiger sich eine Regierung bei ihrer Bekämpfung erweist, um so mehr gerät sie in die Gefahr oder die sozialistische Versuchung, zu dirigistischen Mitteln Zuflucht zu nehmen, die die Marktwirtschaft zerstören. Eine geduldete Inflation wird dem ganzen Staat angelastet und liefert Vorwände, um staatssozialistische Ziele anzusteuern oder um nach dem starken Mann zu rufen. Diese Politik muß ein Ende haben!

(Beifall)

Bei Fortsetzung der Brandtschen Politik würden wir, sofern nichts geschieht, 1973 Preissteigerungen von 7 Prozent und mehr haben. Die Ursachen für diese traurige Entwicklung liegen weniger in Europa und im fernen Amerika, das übrigens in diesem Jahr eine Teuerungsrate haben dürfte, die bei der Hälfte der deutschen liegt. Dazu hat Franz-Josef Strauß alles gesagt. Die Ursachen sind überwiegend hausgemacht. Die Alternative zur Nichtanwendung des Stabilitätsgesetzes ist seine Anwendung. Das wird von keiner seriösen Seite mehr bestritten.

(Beifall)

Die mehrjährige trabende Inflation hat bereits beträchtlichen Schaden angerichtet, noch ist es jedoch nicht zu spät, noch könnte es einer CDU/CSU-Regierung gelingen, das leckgeschlagene Schiff wieder flottzumachen. Das Nahziel ist die Herbeiführung einer Tendenzwende in der Preisentwicklung, um zunächst die Inflationsmentalität in unserem Lande zu brechen. Voraussetzung hierfür ist eine glaubwürdige und konsequente Stabilitätspolitik. Für diese Stabilitätspolitik können wir auf kein Instrument verzichten, weder auf die Haushaltspolitik, auf die Geld- und Kreditpolitik, noch auf die Einkommenspolitik.

Einen großen Beitrag müssen, so bitter das kurzfristig auch sein mag, zunächst die öffentlichen Haushalte leisten, und zwar solange, bis die Geld- und Kreditpolitik wieder wirksamer greifen kann. Ein Stabilitätsbeitrag der öffentlichen Haushalte, der zugleich ein Signal für die Einkommenspolitik setzt, bedeutet praktisch:

1. eine fühlbare Drosselung des Haushaltsvolumens unter das des sogenannten Haushaltsgerüsts,

2. eine Verminderung der Neuverschuldung auf das konjunkturpolitisch Vertretbare ohne Ausweichmöglichkeiten in Schattenhaushalte und andere Umgehungstatbestände,

3. eine stabilitätsorientierte mittelfristige Finanzplanung, die dem Umstand Rechnung trägt, daß konjunkturpolitisch alle öffentlichen Haushalte eine Einheit bilden,

4. ein Verhalten der öffentlichen Hände als Tarifpartner, das dem entspricht, was wir auch von den anderen Sozialpartnern erwarten.

(Beifall)

Geld- und kreditpolitisch ist die Handlungsfähigkeit der Bundesbank zu verbessern. Deshalb sind wir bereit, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und das Bundesbankgesetz den Erfordernissen der Stabilitätspolitik besser anzupassen, soweit das ordnungspolitisch vertretbar ist. Die Bundesbank sollte namentlich in die Lage versetzt werden, das Instrument der Geldmengensteuerung stärker als bisher für die Stabilitätspolitik einzusetzen. Eine Aufwertung der D-Mark kann angesichts der unsere nationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdenden Preissteigerungen auf Grund der Inflationspolitik der letzten drei Jahre — das möchte ich mit allem Nachdruck betonen — überhaupt nicht zur Diskussion stehen.

(Beifall)

Im übrigen dürfte die Geld- und Kreditpolitik die Last der Stabilitätspolitik auf absehbare Zeit nicht allein tragen können. Auch die Einkommenspolitik muß dem Ziel dienen, daß jeder Bürger für harte Arbeit wieder harte D-Mark erhält. Da etwa zwei Drittel aller Kosten Lohnkosten sind, kann der Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisentwicklung und ihren Auswirkungen auf Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung nicht geleugnet werden. Wir haben uns immer zur Tarifautonomie der Sozialpartner bekannt. Ich weiß aber auch, daß die drohende Inflationsspirale diese Tarifautonomie vor ihre härteste Bewährungsprobe stellen wird. Um so notwendiger ist es, am runden Tisch der Konzertierten Aktion in einem freimütigen Austausch von Informationen und Meinungen zu einer gemeinsamen Basis zu kommen. Dazu sollte auch eine vermögenspolitische Ergänzung der Tarifpolitik ins Auge gefaßt werden. Ein gesetzlicher Lohn- und Preisstopp hilft nicht weiter. Allein ein ausgewogenes und glaubwürdiges Bündel von Maßnahmen kann die notwendige Basis des für den Erfolg unerläßlichen Vertrauens schaffen. Dazu kann wiederum nichts so wirksam beitragen wie ein überzeugender Wahlsieg der CDU/CSU

(Beifall)

und ein Wahlkampf, der dem letzten Bürger klarmacht, daß die Linkskoalition total abgewirtschaftet hat und daß nur eine kleine Vergleichsmasse übrig geblieben ist.

(Beifall)

Die Rückkehr zur Stabilität wird weder leicht noch kurz sein, aber je länger gewartet wird, um so einschneidender werden die Maßnahmen sein müssen. Jede Woche ist kostbar.

(Beifall)

Zum Erfolg unserer Stabilitätspolitik gehören auch Maßnahmen der Angebotsstärkung und vor allem auch eine aktive Wettbewerbspolitik. Der funktionsfähige Wettbewerb ist ein unverzichtbares Element der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Ordnungspolitik. Wir brauchen den Wettbewerb für eine leistungsfähige Produktion ebenso wie für ein preiswertes und vielseitiges Angebot. Ein funktionsfähiger Wettbewerb ist zugleich die wirksamste Garantie gegen eine unerwünschte Konzentration wirtschaftlicher Macht.

(Beifall)

Zur Wahrung der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs müssen wir das Kartellgesetz verbessern. Dazu müssen wir schon um der Glaubwürdigkeit unserer Wirtschaftsordnung willen bereit sein. die Tatbestände der nicht verabschiedeten Kartellnovelle bleiben regelungsbedürftig. Hierbei werden die europäischen und weltweiten Dimensionen der Märkte zu berücksichtigen sein.

Unsere Soziale Marktwirtschaft ist ohne einen weit gefächerten Mittelstand nicht lebensfähig. Um des Wettbewerbs und der gesamtwirtschaftlichen Leistung willen brauchen wir eine breite Schicht von Unternehmern, leitenden Angestellten, Kaufleuten, Selbständigen in freien Berufen und Landwirten. Wir brauchen sie alle, um möglichst vielen dynamischen Menschen die Chance zur selbständigen oder leitenden Tätigkeit zu geben.

(Beifall)

Wir wollen dazu die Chancengleichheit im Marktzugang und im Wettbewerb mit den größeren Unternehmen wahren oder wieder herstellen und den Weg in die Selbständigkeit erleichtern. Damit heben wir uns deutlich von der SPD ab. Ihre verbalen Bekenntnisse zum Mittelstand sind unwahrhaftig, weil die Aktivitäten dieser Partei in Wirklichkeit die Chancen verbauen und die Möglichkeiten eigenverantwortlichen Handelns unerträglich einschränken.

(Beifall)

Marktwirtschaft dient in erster Linie dem Verbraucher und damit uns allen. Ich sehe es deshalb als eine permanente ordnungspolitische Aufgabe des Staates an, die Position des Verbrauchers durch eine aktive Verbraucherpolitik, durch Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik zu sichern und zu stärken.

Ausgangspunkt jeder Strukturpolitik muß die Erkenntnis sein, daß wir nach einer OECD-Untersuchung in der für unsere Wettbewerbsfähigkeit so wesentlichen Stücklohnkostenentwicklung im Kreise der westlichen Industrienationen an einsamer Spitze liegen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die lohnintensiven Branchen sind noch nicht bewältigt, zumal auch heute noch die Stücklohnkosten stärker steigen als die Produktivität. Zum Kern einer solchen sektoralen Strukturpolitik gehört auch eine effiziente Forschungs- und Technologiepolitik. Angesichts des weiterhin steigenden Energiebedarfs und der zunehmenden Unsicherheit über die Entwicklung des weltweiten Energieangebots müssen wir uns in der Zukunft intensiver um eine jederzeit ausreichende Energieversorgung bemühen. Die Schwerpunkte unserer energiepolitischen Maßnahmen werden sein: optimale Nutzung aller heimischen Energiequellen einschließlich einer Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Kohle;

(Beifall)

Ausweitung eines preiswerten und sicheren Energieangebots; Vorsorge für den Fall kurzfristiger Versorgungsstörungen; Maßnahmen zur Beschleunigung des Baus von Kraftwerken.

Diese kurze Skizze einer Wirtschaftspolitik der sozialverpflichteten, dem Menschen dienenden Marktwirtschaft ist Ausdruck meines Bekenntnisses zu den Grundlagen und Ordnungsvorstellungen unserer Partei. Eine Regierung der Unionsparteien wird diesen Weg im wirtschaftlichen und politischen Interesse aller Bürger unseres Landes folgerichtig, entschlossen und mit Zähigkeit gehen.

(Beifall)

Deutschland ist indessen keine isolierte Provinz, sondern als eine der großen Welthandelsnationen von den Zufällen und Risiken des Welthandels abhängig, der zunehmend unter neomerkantilistischen Tendenzen leidet. Dem werden wir bei der fälligen Neuordnung des Welthandelssystems entgegenwirken.

Die abtretende Bundesregierung hat die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes stiefmütterlich behandelt. Dieser für uns eminent wichtige Markt ist noch weit davon entfernt, vollkommen zu sein. Administrative Hemmnisse, unterschiedliche Beihilfepolitiken und eine

schleppende Steuerharmonisierung sind nur andere Namen für immer noch bestehende Handelsgrenzen.

Wichtigste Aufgabe der europäischen Integration ist die zeitlich und materiell parallele Errichtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Beide sind untrennbar miteinander verbunden. Die noch amtierende Bundesregierung muß wissen, daß sie diese Zone vitaler deutscher Interessen nicht mit einem Füllhorn für ost- oder wahlpolitisch motivierte kleinere oder größere Geschenke verwechseln darf.

(Beifall)

Eine Währungsunion ohne binnenwirtschaftliche Absicherung würde Zerreißproben bei Zielkonflikten auch dann nicht standhalten, wenn anderslautende Verpflichtungen eingegangen worden sind. Der 9. Mai 1971 und die Pfund-Krise 1972 beweisen das. Deshalb ist eine Wirtschaftsunion notwendig, die ihrerseits von ihren Zielen, ihrem Instrumentarium und der Qualität ihrer Organe her voll befähigt ist, eine europäische stabilitätsorientierte Konjunkturpolitik zu führen. Koordinierungsmechanismen, die auf eine Diplomatenkonferenz hinauslaufen, sind dazu nicht geeignet.

(Beifall)

Keine Bundesregierung könnte es verantworten, ihre nationalen währungs- und konjunkturpolitischen Kompetenzen auf europäische Instanzen zu übertragen, die nicht wenigstens gleichwertige Eingriffsmöglichkeiten besitzen.

Ich bin mir darüber klar, daß in dieser Aufgabe sehr schwere politische und technische Probleme enthalten sind. Gerade weil wir aber für die europäische Einigung nicht mehr unbegrenzt Zeit zur Verfügung haben, müssen wir in eine neue und konstruktivere Phase der Verhandlungen und Gespräche gelangen; eine Phase, in der auch wir zu weittragenden Schritten bereit sein müssen, wenn wir von der wirtschaftlichen Einigung des freien Europa Kristallisationswirkungen für die politische Einigung erzielen wollen. An der europäischen Solidarität der Partei Konrad Adenauers darf und wird es auch in Zukunft dann nicht fehlen.

(Beifall)

Alle unsere Anstrengungen wären vergeblich, wenn sie nicht ausreichten, um unsere Selbstbehauptung als freiheitliche Wirtschafts- und Lebensordnung im Wettkampf der Systeme sicherzustellen. An der Grenze der Unfreiheit entscheidet sich letztlich auf diesem Schauplatz, ob dieser Staat seine Aufgabe als Bollwerk freiheitlicher Lebens-

ordnung erfolgreich – und dann nicht nur mit Wirkung für Deutschland allein – erfüllt. Das mißt sich nicht allein am Lebensstandard und am Massenwohlstand, so wichtig und unentbehrlich sie auch als Substrat freiheitlicher Lebensgestaltung sind. Das mißt sich vor allem an der moralischen Substanz unseres Volkes,

(Beifall)

an der Glaubwürdigkeit unseres Willens zur Ordnung eines freien und sozialen demokratischen Rechtsstaates.

Der Ausgang der kommenden Wahl wird über den Verlauf und das Ergebnis dieses unerbittlichen Wettkampfes der Systeme ganz wesentlich mitentscheiden. Im November schon wird über die Unverbrüchlichkeit unseres Willens zur Geltung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, zur Rückkehr zu einer stabilen Währung, zur Wiederherstellung der Reformfähigkeit unseres Staates und zur Integration des freien Europas entschieden werden.

(Beifall)

Heute noch sind alle diese Ziele erreichbar, sofern wir mit einer nationalen Anstrengung zur Wiederherstellung einer stabilen DM und damit zur sozialsten aller Reformen den Anfang machen.

(Beifall)

Die CDU/CSU steht vor einem außergewöhnlich harten Kampf. Die Konfrontation geht tiefer, als die Beschwichtiger es wahrhaben möchten. Wir müssen sie zu mehr Konsequenz in der Beurteilung der Gegensätze auffordern und dürfen diese vor allem nicht als einen überflüssigen Glaubenskrieg in ein unangemessenes Zwielicht setzen lassen. Beschwichtigung kann zu einer Sterbehilfe für die Freiheit werden.

(Beifall)

Wir müssen im Gegenteil zu höchster Wachsamkeit auffordern, weil die Gegner der Freiheit den Übergang in die sozialistische oder syndikalistische Zwangswirtschaft uns in psychologisch wohl dosierte Etappen zerlegt und in wohlklingende Worte verpackt anbieten möchten. Unfreiheit ist immer Unmenschlichkeit, und ein sozialistisches System ohne Unfreiheit hat es bisher nicht gegeben

(Beifall)

und wird es wohl auch kraft der ihm innewohnenden Sachzwänge allen gegenteiligen theoretischen Beteuerungen zum Trotz nicht geben können.

(Beifall)

Taktisches Finassieren hilft deshalb nicht weiter. In dieser Grundsatzfrage muß jeder Bürger Position beziehen, also der Herausforderung des Sozialismus ein überzeugendes Bekenntnis zum sozialen Fortschritt in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung und einem demokratischen Rechtsstaat entgegensetzen, zu einer humanen Marktwirtschaft in einer humanen Leistungsgesellschaft. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender starker Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Dr. Narjes, Sie werden selbst die Zustimmung dieses Parteitages gespürt haben. Ich möchte Ihnen sehr herzlich danken für Ihren Vortrag, für die konkreten wirtschafts- und finanzpolitischen Alternativen, die Sie zur Politik dieser Regierung aufgezeigt haben, aber auch für das gesellschaftspolitische Bild, das hinter der Politik der CDU steht und das uns grundlegend unterscheidet von den Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wie sehr das Thema der Rückgewinnung der Stabilität im Mittelpunkt dieses Parteitages steht, macht bereits die sehr lange Rednerliste deutlich. Uns liegen jetzt schon zwölf Wortmeldungen vor. Wir können im Augenblick noch nicht übersehen, ob das Thema, zu dem Herr Katzer und Frau Wex sprechen werden, noch am heutigen Vormittag behandelt werden kann oder ob wir es auf den heutigen Nachmittag verschieben müssen. Wir sollten das vom Verlauf der Diskussion abhängig machen.

Bevor wir zur Diskussion kommen, möchte ich noch zwei Begrüßungen nachholen. Wir begrüßen sehr herzlich die Vertreter der Bundeswehr, an ihrer Spitze Herrn Brigadegeneral Birnstiel.

(Beifall)

Ich begrüße weiterhin ebenso herzlich den Bundesvorsitzenden der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Alfons Müller.

(Beifall)

Nun noch zwei kurze technische Hinweise. Die Landesgeschäftsführer werden gebeten, im Laufe der nächsten Stunde das Tagungsbüro aufzusuchen, um die Sitzung der Mandatsprüfungskommission in der Mittagspause vorzubereiten.

Des weiteren bin ich gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß die Fotos vom Verlauf des gestrigen Parteitages im Foyer im Erdgeschoß ausgestellt sind.

Meine Damen und Herren, wir kommen dann zur Diskussion. Ich gebe zunächst dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden eindrucksvollen Referate, die wir eben gehört haben, haben, glaube ich, eines deutlich gemacht. Wir haben eine doppelte Aufgabe: die Verteidigung der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber radikalen Herausforderungen und einer fehlerhaften, in ihrer Politik zunehmend von ihren Grundsätzen sich entfernenden Bundesregierung, zugleich aber auch ihre reformerische Fortentwicklung. Verteidigung und Behauptung sind nicht in der Defensive möglich; sie können nur glaubwürdig erfolgen, wenn wir die bleibenden Grundsätze auf die veränderten Gegebenheiten der 70er Jahre anwenden und weiterentwickeln.

(Beifall)

Dies ist nicht neu. Soziale Marktwirtschaft ist für uns immer eine dynamische Konzeption auf der Grundlage fester Prinzipien gewesen. Soziale Marktwirtschaft war in ihren Anfängen nicht nur die Beseitigung der Zwangswirtschaft durch die befreiende Tat Ludwig Erhards im Jahre 1948. Sie war gerade in der Konzeption Ludwig Erhards zugleich Ordnungspolitik und Ausbau des Systems sozialer Sicherung. Kartellgesetz, Rentenreform, Vermögensbildung, Aktienrechtsreform und vieles andere mehr steht in den 50er und 60er Jahren für dieses Konzept.

Unter den veränderten Bedingungen von heute stellt sich für uns, wie ich glaube, die folgende Aufgabe. Wir müssen die von den Referenten des Vormittags entwickelte Politik der Wiedergewinnung der Stabilität mit einer Konzeption realistischer Reformen verbinden und eine neue Phase der Marktwirtschaft einleiten.

(Beifall)

Wiedergewinnung der Stabilität – das ist eine Forderung an alle. Niemand kann sich hier dispensieren, der Staat nicht, die Regierung nicht, die in der Haushalts- und in der Finanzpolitik die Verantwortung trägt, die Arbeitnehmer nicht, die vor allem in der Einkommenspolitik angesprochen sind, aber genausowenig die Unternehmer, die sogenannte Wirtschaft, an die konkrete Forderungen in der Vermögensbildung und der Wettbewerbspolitik zu richten sind. Alle sind hier aufgerufen, wenn das Ziel erreicht werden soll, die erschütterte wirtschaftliche Stabilität zurückzugewinnen und damit die Voraussetzungen für realistische Reformen und sozialen Fortschritt zu schaffen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte den Ausführungen von Franz-Josef Strauß zum Thema der Finanzpolitik und der Finanzkrise nicht viel hinzufügen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Bundeswirtschafts- und Finanzminister in seinen amtlichen Unterlagen vom 7. September für den Finanzplanungsrat selbst den Beweis dafür erbracht hat, daß es eine Finanzkrise in Deutschland gibt. Diese bisher wenig beachteten Zahlen gehen davon aus, daß wir von 1973 bis 1976 beim Bund einen Fehlbetrag von 42,3 Milliarden DM und bei den Gemeinden einen solchen von 29,3 Milliarden DM haben. Die ergänzenden Berechnungen der Zentralstelle der Landesfinanzminister weisen für die Länder ein Defizit von 51,8 Milliarden DM aus. Das heißt, gegenüber den Zahlen von Minister Schiller vom Mai ist die rechnerische Bilanz nicht besser, sondern schlechter geworden. Neu ist nur der Versuch des jetzigen Wirtschafts- und Finanzministers, eine ernste Finanzkrise in eine rötliche bengalische Beleuchtung zu stellen, um sie zu verharmlosen, um ihre Existenz — gegen die Aussagen in den eigenen Vorlagen — zu bestreiten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der neue Wirtschafts- und Finanzminister ist auch in den Fragen der Konzertierten Aktion und der Einkommenspolitik unser Hauptkontrahent geworden. Er hat uns in der veränderten Sprache einer radikalen linken Sozialdemokratie vorgeworfen, daß unsere Vorstellungen von der Konzertierten Aktion eine Disziplinierung der Arbeiter und die Gleichschaltung der Gewerkschaften bedeuteten. Dies ist nichts anderes als die rücksichtslose Verleugnung der eigenen Grundsätze und Forderungen von gestern, denn viele — die Abgeordneten des Bundestages, die Publizisten, die Wirtschaftswissenschaftler — wissen ja noch, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion aus den Jahren 1966/67 betreffend § 3 des Stabilitätsgesetzes und die Konzertierte Aktion eine noch wesentlich stärkere Rolle der Regierung gegenüber den Sozialpartnern vorsah, verglichen mit der Lösung, die dann gefunden wurde. Schmidt, Schiller, Erler und andere haben damals ein weitergehendes Interventions- und Ordnungsrecht des Staates gefordert, als wir es in der Großen Koalition verabschiedet haben. Wer heute in Verleugnung seiner eigenen Vergangenheit die Notwendigkeit der Abstimmung autonomer Entscheidungen bestreitet, wer heute glaubt, mit neuen Parolen des Klassenkampfes einem ungehemmten Verteilungskampf das Wort reden zu können, der verzichtet zugleich auf das bestimmende Ziel des Stabilitätsgesetzes, zu einer Verstetigung des Konjunkturablaufs zu kommen, der nimmt in Kauf, daß es zu einem Wechsel zwischen Überhitzung und Rezession mit allen sozialen Härten und Folgen kommen könnte.

(Beifall)

Wer diese Parolen des Klassenkampfes verbreitet, wer sie übernimmt, wer die Abstimmung autonomer Entscheidungen ablehnt, sollte den Mut haben, auch den deutschen Arbeitnehmern die volle Konsequenz einer solchen Politik für sie und das Problem der Sicherung der Arbeitsplätze darzulegen.

(Beifall)

Die meisten Arbeitnehmer verstehen dies sehr gut. In Befragungen, die von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurden, haben sich über 70 % der Arbeitnehmer dafür ausgesprochen, im Rahmen einer umfassenden Stabilitätsstrategie, die nicht nur sie, sondern alle berührt, dann zu einer Begrenzung des Einkommenszuwachses zu kommen, wenn auf diese Weise die gegenwärtigen Inflationsraten gebrochen werden können. Dies zeigt, daß die große Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer mehr politische Vernunft, mehr Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge zeigt als die selbsternannten radikalen Sprecher der Neuen Linken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte hier aber sehr deutlich sagen, daß die umfassende Stabilitätsstrategie auch klare Forderungen an die Wirtschaft, an die Unternehmer stellt. Auch in diesen Bereichen ist teilweise ein Umdenken geboten. Wir können eine glaubwürdige Finanzpolitik, eine konsequente Einkommenspolitik politisch nur verwirklichen, wenn gleichzeitig und gleichgewichtig die notwendigen Entscheidungen auf dem Gebiet der Vermögensbildung fallen, aber auch die Neuordnung und Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts vorgenommen wird.

(Beifall)

Zu den vermögenspolitischen Konzeptionen kann man in diesem Zusammenhang nur sagen, daß sie konjunkturpolitisch notwendig, gesellschaftspolitisch richtig und wirtschaftspolitisch vernünftig sind.

Zur Neufassung des Wettbewerbsrechts ist folgendes festzustellen. Das Kartellgesetz ausgangs der 50er Jahre war ein bedeutendes Reformgesetz; aber ein zunehmender Konzentrationsprozeß zwingt uns zum Handeln. Denn die moralische und ökonomische Rechtfertigung des Privateigentums in der Wirtschaft an den Produktionsmitteln beruht ja darin, daß ein harter Wettbewerb die Unternehmen vom Markt her zu einem optimalen Angebot an Produkten und Dienstleistungen gegenüber dem Verbraucher zwingt. Wenn diese Rechtfertigung entfällt, meine Damen und Herren, dann ist die prinzipielle Position der Verteidigung einer privaten Eigentumswirtschaft auch für uns in Frage gestellt.

(Beifall)

Deshalb müssen wir konkret werden. Wir müssen zu einer verschärften Mißbrauchsaufsicht für marktbeherrschende Unternehmen kommen, zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit von Kleinbetrieben, zu einer Fusionskontrolle bei großen Zusammenschlüssen, bezogen auf den Europäischen Markt.

Ich glaube, daß so die Verbindung von Sozialer Marktwirtschaft und Gesellschaftsreform, von Stabilitätspolitik und Reformpolitik notwendig und möglich ist, daß wir eine neue Phase der Reformpolitik auch in Verbindung mit der Wiedergewinnung der Stabilität einzuleiten haben.

Dieses Konzept ist entscheidend für die Diskussion mit der Jugend und für die Auseinandersetzung mit der Neuen Linken. Die neue Argumentation der marxistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der SPD ist doch folgende. Das Versagen der Regierungspolitik, die konkreten Fehler einer sozialdemokratischen-freidemokratischen Koalition sollen umgemünzt und verfälscht werden in ein Versagen des Systems, in eine angebliche Reformunfähigkeit dieses Systems.

Der Begriff „System", meine Damen und Herren, ist etwas fatal in politischen Debatten. Er entstammt der Sprache des Nationalsozialismus. Es war das Vokabular, mit dem Hitler und Göbbels einmal die erste deutsche Republik bekämpften. Aber wenn dieser Begriff schon wieder verwandt wird, dann wollen wir hier deutlich machen, daß wir zu diesem System des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft stehen, daß wir es verteidigen werden und daß wir seine Reformfähigkeit erneut unter Beweis stellen wollen, so wie es in einer anderen, großen Zeit der deutschen Politik Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Karl Arnold, Theodor Blank und die Älteren unserer Freunde bewiesen haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herr Dr. Stoltenberg, der Parteitag dankt Ihnen für diesen Diskussionsbeitrag, der zugleich eine wesentliche Ergänzung der vorher gehörten Referate darstellte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ehe ich das Wort zur Diskussion weitergebe, darf ich noch einmal herzlich, aber dringend darum bitten, die Gespräche hinten und im Gang einzustellen, damit die Redner besser Gehör finden können.

(Beifall)

Ich habe zunächst noch die Freude, einen Ehrengast begrüßen zu können. Ich begrüße den Vorsitzenden von Misereor, Herrn Prälat Dossing, herzlich in unserer Mitte.

(Beifall)

Meine Freunde, als nächster spricht in der Diskussion Herr Bewerunge, Landesverband Westfalen-Lippe.

Karl Bewerunge: Verehrter Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Fortschritt und Stabilität sind die Alternativen, die die CDU den Bürgern in unserem Land für die Zukunft anbietet. Ein Berufsstand, für den die wirtschaftliche Instabilität und die systemverändernden und utopischen Vorstellungen, wie sie in der SPD und in der FDP großgezogen werden, eine geradezu tödliche Gefahr darstellen, ist die deutsche Landwirtschaft. Wer ist die Landwirtschaft? Das sind zwei Millionen Bauern in unserem Land mit ihren Familien, die in Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben ihrer Beschäftigung nachgehen und die — das sei einmal deutlich gesagt — in drei Jahren durch das wirtschafts- und agrarpolitische Versagen der linksliberalen Regierung um ihren gerechten Lohn gebracht worden sind. Ich werde das im einzelnen noch belegen.

Am Beginn eines neuen Zeitabschnitts muß Bilanz gezogen werden ohne buchhalterische Tricks, ohne Schönfärberei. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz der Agrarpolitik dieser Regierung mit dicken roten Zahlen abschließen. Ich möchte nur einige wenige Bilanzposten herausgreifen, die aber meines Erachtens die wichtigsten sind.

Hier und heute muß diese Bilanz festgehalten werden, damit nicht draußen im Land versucht werden kann, der CDU dieses schwere Erbe anzulasten.

(Beifall)

Da ist zunächst die Einkommensentwicklung. Bundeskanzler Brandt hatte den Bauern versprochen, daß sie voll an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilnehmen sollten. Diese Zusage ist nicht eingehalten worden. Im Gegenteil! Das Wirtschaftsergebnis der Bauern ist so, daß sie auf dem Einkommensstand von 1969/70 stehen geblieben sind. 1970/71 war trotz Zahlung eines Aufwertungsausgleichs ein absoluter Einkommensrückgang von 10 % zu verzeichnen. Real, also unter Einrechnung der Inflationsrate, sind die Einkommen der Bauern bis heute um 15 % gesunken. Auf ein Jahr bezogen geht die ominöse Unter-dem-Strich-Rechnung des Bundeskanzlers bei

dem durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommen um 2000 DM nicht auf.

Bei einem solch traurigen Ergebnis besitzt die SPD auch noch die Frechheit, die, wie ich meine, die Bauern verhöhnt, zu behaupten: „Dem Ziel, die Landwirte an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung zu beteiligen, sind wir in den vergangenen drei Jahren näher gekommen denn je." Ich jedenfalls habe auf Grund der Buchführungsunterlagen die Richtigkeit dieser Aussage nicht feststellen können.

Meine lieben Parteifreunde, Sie wissen, daß wir in der Vergangenheit mit der Agrarpolitik auch nicht immer hundertprozentig zufrieden waren. Das geben wir alle zu. Aber uns ist es durch eine bewußte Stabilitätspolitik gelungen, die Einkommensdisparität bei den Bauern bis 1969 nahezu abzubauen. Von 1960 bis 1969 hat die Landwirtschaft nach den Angaben des Deutschen Bauernverbandes jährlich 10 % Einkommenszuwachs erzielt. Das war eine beachtliche Leistung. Jetzt ist das Gegenteil eingetreten. Die FDP verschweigt den Hauptposten der Bilanz. Sie verfährt nach dem Motto: Gehen die Einkommen zurück, dann liegt es an dem Schweinezyklus, steigen die Einkommen langsam, dann liegt es eben an Ertl. Sie verschweigt hartnäckig die zerstörerische Inflationsrate, die am meisten den Bauern trifft.

Noch ein kurzes Wort zu dem Verhältnis von Agrarpreisen zu den Kostenpreisen, also den Kosten für Betriebsmittel und Löhne. Noch nie ist dieses Verhältnis so schlecht gewesen wie in den drei Jahren der Regierungszeit Brandt/Scheel. Es ist ganz eindeutig, daß der Bundeskanzler sein zweites Versprechen gegenüber der Landwirtschaft ebenfalls nicht gehalten hat, daß nämlich der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht unter Preisdruck vor sich gehen dürfe.

Ich will hier keine Einzelheiten schildern, aber es muß doch für alle ein Alarmzeichen sein, daß im Jahre 1971 83 000 landwirtschaftliche Betriebe ihre Produktion einstellten und 120 000 landwirtschaftliche Erwerbspersonen unter wirtschaftlichem Druck der Landwirtschaft den Rücken kehren mußten. Das ist schon der Anfang einer regellosen Landflucht. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung warnt eindringlich vor dieser Überreaktion im Strukturwandel. Ich meine, wenn das so weitergeht, dann entvölkern sich die ländlichen Räume. Die Folgen wären nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für das ganze Volk unübersehbar.

(Beifall)

Da wir gerade über Agrarpreise reden, lassen Sie mich einmal in aller Deutlichkeit folgendes sagen: Herr Ertl und seine Anhänger mar-

schieren durchs Land und verbreiten in unverantwortlicher Weise die Behauptung, daß nur Ertl Preiserhöhungen für die Bauern durchgesetzt habe. Das ist, schlicht gesagt, die Unwahrheit. Wahrheit dagegen ist, daß die Bundesregierung die deutsche Landwirtschaft durch die Währungsbeschlüsse ohne eine ausreichende Absicherung im Haushalt in allergrößte Schwierigkeiten gebracht hat: 8,5 % Preissenkung für Agrarprodukte 1970. Im Jahre 1971 sind zusätzlich die Weichen für eine weitere Agrarpreissenkung um 4,7 % gestellt worden. 1970 hat die Bundesregierung im Rahmen der allgemeinen Preisverhandlungen in Brüssel gar keine Preisverbesserungen trotz steigender Inflation in unserem Land für die Landwirte erzielt. 1971 und 1972 reicht die Agrarpreisverbesserung bei weitem nicht aus, um die hohen Inflationsraten abzudecken. Die Verbraucher müssen immer mehr für die Nahrungsmittel bezahlen.

Und hier hätte ich eine herzliche Bitte an die Verbraucher: die Ursache für diese Nahrungsmittelpreise nicht bei den Bauern zu suchen, sondern in der Inflationspolitik dieser Bundesregierung, die Ihnen diese Preise beschert hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich, um die Bilanz in ihren Hauptposten abzuschließen, noch folgendes sagen: Noch nicht für jedermann sichtbar, aber für den Kenner der Materie ist deutlich, daß uns diese Regierung eine finanzielle Erblast hinterläßt, die nur äußerst schwer zu bewältigen sein wird. Es geht hier um Milliardenbeträge. Daß die Regierung mit ihrer bisherigen Finanzplanung ab 1974 gesetzwidrig keinen Aufwertungsausgleich mehr vorgesehen hat, weder direkt noch indirekt einkommenswirksam, das dürfte für viele neu sein. Der Bundeskanzler hat das, wie gestern in Zeitungsmeldungen berichtet wurde, bestätigt.

Ein weiteres finanzielles Risiko – oder besser gesagt eine Zeitbombe tickt noch. Die Bundesregierung hat nämlich in Brüssel dem Abbau des Grenzausgleichssystems zugestimmt, ohne sich im einzelnen im klaren zu sein, wie sie einen finanziellen Verlustausgleich für die Landwirtschaft herbeiführen will. Hinzu kommen noch finanzielle Belastungen aus einer von der Bundesregierung in geradezu sträflichem Leichtsinn getroffenen Finanzregelung in der EWG bei den Haager Beschlüssen. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Bundesregierung in Brüssel einem Strukturplan zugestimmt hat, der viel Ähnlichkeit mit dem Mansholt-Plan hat. Die Bundesregierung hat sich nicht an den lange bestehenden und bewährten Grundsatz gehalten, daß die Agrarstrukturpolitik in nationaler Verantwortung bleiben muß. Von Flensburg bis Sizilien gelten jetzt einheitliche Förderungsrichtlinien. Daß dies

nicht passen kann, weiß jeder Landwirt in diesem Land. Hier hat die Bundesregierung ohne Not sehr viel verschenkt.

Hinzu kommt noch folgendes teufliche Spiel: Wer als Bauer unter einem bestimmten Einkommen liegt, bekommt keine betriebliche Förderung zur Unterstützung der Anpassungsvorgänge mehr. Wer ein bestimmt niedrig angesetztes Einkommen überschreitet, der wird nur teilweise oder gar nicht mehr gefördert. Die Folge wird sein, daß der Strukturwandel in ungeregelten Bahnen verläuft. Die Zustimmung Ertls zu einer solchen europäischen Richtlinie der Agrarstrukturverbesserung kann ich nur als eine Katastrophe bezeichnen. Hier wird jegliche unternehmerische Initiative gerade der tüchtigen Landwirte abgewürgt.

Besonders abträglich ist auch, daß die Bundesländer keine den spezifischen Bedürfnissen angepaßten Förderungen mehr vornehmen dürfen. Die Bundesregierung gibt ständig vor, auf agrarsozialem Gebiet Großes geleistet zu haben. Ich will hier nicht davon reden, daß SPD und FDP erst sehr spät mit ihren agrarsozialen Gesetzen gekommen sind und daß unsere Initiativen bei der Ausgleichshilfe, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, der Krankenkasse, immer und immer wieder, oft nur mit einer Stimme — in diesem Falle der Stimme der FDP — abgelehnt worden sind.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auf folgendes aufmerksam machen: Die Regierung spielt hier ein trickreiches Spiel, weil sie mit ihrem finanziellen Latein am Ende ist. Erst beschert sie den Bauern 8 1/2 % Preissenkung, dann gibt sie einen Ausgleich, diesen läßt sie nach und nach in den sozialen Etat einfließen, und die aktiven Bauern haben dann nichts mehr. Sie bezahlen dann die soziale Sicherung im gesamten Agrarbereich letztlich selbst. Von einer zusätzlichen Förderung der Landwirtschaft im sozialen Bereich — wie versprochen — kann kaum die Rede sein, denn 1974 ist der Haushaltsansatz für agrarsoziale Maßnahmen nicht höher als der Ansatz im Jahre 1970.

Aber geradezu alarmierend für die deutsche Landwirtschaft sind die erkennbaren gesellschaftspolitischen Tendenzen in der SPD und FDP. Starke Kräfte in der SPD und FDP stellen die gültige Eigentumsordnung in Frage. Nach bewährter Sozialistenmethode fängt man beim Bodeneigentum an, und das interessiert die Bauern besonders, weil für sie der Boden die wichtigste Produktionsgrundlage ist. Bodenwertzuwachssteuer auf nicht realisierte Gewinne, Spaltung des Bodeneigentums in privates Nutzungsrecht und kommunales Verfügungseigentum sind wesentliche Elemente der von der SPD vorgeschlagenen Neuerungen im Bodenrecht. Käme dieses Konzept zum Zuge, so wäre das

Enteignung auf kaltem Wege. Die FDP ist auf diesem Gebiet nicht weit von der SPD entfernt. In dieser Partei ist man sogar entsetzt, wenn ihre Progressivität auf diesem Sektor angezweifelt wird. Herr Mörsch, immerhin Vorsitzender der FDP in Baden-Württemberg, sagt: Wir – das heißt die FDP – haben die entscheidenden Vorarbeiten geleistet; in der Zielsetzung sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt!

Meine Damen und Herren! Die Gesamtbilanz sieht dann für die Landwirte so aus: In drei Jahren Regierungszeit Brandt/Scheel ist die Landwirtschaft einkommensmäßig außerordentlich schlecht gestellt gewesen. Die Disparität des Einkommens zu anderen Berufsgruppen beträgt derzeit 38 %. Das ist noch nie dagewesen – trotz des Ausgleichs. Systemverändernde utopische Vorstellungen für die Zukunft kommen auf die ländliche Bevölkerung zu, wenn die enge Parteienverbindung SPD/FDP auf Regierungsebene fortgesetzt werden sollte.

Die Frage, die es angesichts dieses niederschmetternden Ergebnisses zu beantworten gilt, ist die: Wie muß nun die CDU politisch tätig werden, um die Geschicke in der Landwirtschaft als wichtiger Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft wieder zum besseren zu wenden? Ich glaube, daß deutlich gesagt werden muß, daß es jetzt geboten ist, ganz pragmatisch vorzugehen. Programme, die weit in die Zukunft reichen, helfen uns jetzt nicht mehr. Zunächst – und da weiß ich mich mit der Spitze des landwirtschaftlichen Berufsstandes einig – kommt es darauf an, wieder Stabilität in unserem Land herbeizuführen. Das ist der erste und wichtigste Schritt, die Preis-Kosten-Verhältnisse für die Landwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Ohne Stabilität geht es nicht, auch nicht in der Landwirtschaft.

(Beifall)

Wenn wir der Ansicht sind, daß die Landwirtschaft ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß die Brüsseler Agrarpreisverhandlungen für die Landwirtschaft so gestaltet werden, daß die Agrarpreise wesentlich dazu beitragen können, ein angemessenes Einkommen zu erwirtschaften. Glauben Sie mir: Gerade die jungen Landwirte sind es leid, öffentlich immer wieder als Subventionsempfänger angeprangert zu werden.

(Beifall)

Als zweite wichtige Aufgabe werden wir die eigentumsfeindlichen Tendenzen in SPD und FDP abwehren. Wir werden die Europäische Gemeinschaft zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion ausbauen, um die durch Währungsparitätsänderungen entstandenen und sonstigen Wettbewerbsverzerrungen schnellstens zu beseitigen. Wir

werden alles daran setzen, daß die schädlichen Auswirkungen der bisherigen Währungsparitätsänderungen von der Landwirtschaft abgewendet werden. Gesetzliche Verpflichtungen werden erfüllt, auch nachteilige Auswirkungen aus der Freigabe der Wechselkurse im Jahre 1971 werden wir auf jeden Fall verhindern, möglichst durch Änderung der Bestimmungen unter Schonung des Bundeshaushalts. Die Agrarstrukturverbesserung einschließlich der einzelbetrieblichen Förderung wird wieder mehr als bisher auf die Tüchtigkeit der Unternehmer und auf die regionalen Gegebenheiten abgestellt sein. Wir werden es nicht zulassen, daß die Landwirtschaft über völlig unzulässige Strukturrichtlinien unter Druck gesetzt wird. Die landwirtschaftliche Sozialpolitik wird fortentwickelt zu einer Anpassung der sozialen Leistungen an die Erfordernisse der Zeit. Das zur Verfügung stehende Instrumentarium zur steuerlichen Entlastung der Landwirtschaft ist bekannt. Wir werden es anwenden.

Das alles geht nur, meine lieben Parteifreunde, unter dem Vorzeichen der Stabilität. Geben wir uns Mühe, die Landwirtschaft aus dem öffentlichen Zerrbild herauszuholen. Sie hat es verdient. Sie ist fleißig und tut alles, um aus eigener Kraft ihr Leben zu gestalten. Was sie braucht, ist Mut zur Zukunft, und diesen Mut zur Zukunft wird sie wieder finden bei einer Agrarpolitik der CDU/CSU mit realen politischen Hilfen für die Zukunft dieser Bauern.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Freund Bewerunge, für diesen grundsätzlichen Beitrag zur Landwirtschaftspolitik. Wir wissen, meine Freunde, daß die Landwirtschaft in besonderen Schwierigkeiten ist und daß es daher eine besondere Aufgabe für die Christlich Demokratische Union ist, sich den Problemen der Bauern und der Landwirte in einer zukünftigen Regierung besonders anzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich gebe als nächstem das Wort Herrn Dr. Ernst Müller-Hermann, Landesverband Bremen.

Dr. Ernst Müller-Hermann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich einige wenige und bestimmt sehr kurze Anmerkungen zur Verkehrspolitik machen, die im besonderen Maße ein Stiefkind der Regierung Brandt gewesen ist. Für den Menschen in unserer modernen Industriegesellschaft ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Ausgestaltung seines individuellen Freiheitsraumes. Ebenso ist unsere arbeitsteilige Wirtschaft auf ein qualitativ hochwertiges und differenziertes Angebot an Verkehrsleistungen angewiesen. Daraus resultiert ein ungewöhnlich großer Bedarf an In-

vestitionen für die Infrastruktur, dem, wie wir alle wissen, bei Bund, Ländern und Gemeinden nur eine begrenzte Finanzmasse gegenübersteht. Diese Tatsache zwingt uns, Verkehrspolitik nicht isoliert zu sehen; sie ist für die CDU immer zugleich Gesellschafts-, Raumordnungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Gesellschaftspolitische Probleme sind auch die Umweltschäden des Verkehrs und insbesondere die Unfallsituation auf unseren Straßen. Mit über 19 000 Verkehrstoten und 500 000 Verletzten wird die Mobilität zu teuer bezahlt. Es muß uns gelingen, eine umfassende Strategie gegen den Straßenverkehrsunfall zu entwickeln und dafür alle vielfältigen Kräfte mit der nötigen Einsicht und dem Verantwortungsbewußtsein der Verkehrsteilnehmer zu mobilisieren. Verantwortungsbewußtsein läßt sich aber nicht schulmeisterlich aufzwingen.

Meine Damen und Herren, die ökonomischen Probleme des Verkehrs dokumentieren sich derzeit besonders in der prekären Situation der Bundesbahn und in der Misere der Gemeinden mit ihren öffentlichen Nahverkehrsunternehmen. Die Sanierung der Bahn und die Bewältigung der innerstädtischen Verkehrsprobleme werden daher auch Schwerpunkte der CDU-Verkehrspolitik sein. Wenn wir hier nicht konsequent neue Wege gehen, wird in Zukunft jede mittelfristige Finanzplanung schon vom Ansatz her gesprengt werden.

Die besonders personalintensiven Dienstleistungsbereiche im Verkehr liegen in der Spitzengruppe der inflationsgeschädigten Unternehmen. Das ist in den letzten drei Jahren die Verkehrsnutzer mit laufenden Tariferhöhungen und den Steuerzahler mit rapide wachsenden staatlichen Ausgleichsabgaben teuer zu stehen gekommen. Ein Beispiel: Seit Anfang 1970 hat die Bundesbahn ihre Benutzer über Tariferhöhungen mit jährlich 2 Milliarden DM zusätzlich belastet, und trotzdem sind die Bundeszuwendungen an die Bahn von 4,4 % des Bundeshaushalts im Jahre 1969 auf 7,5 % im Jahre 1972 angestiegen. Die Bundesbahn muß heute tatsächlich fast 9 Milliarden DM an öffentlichen Zuwendungen in Anspruch nehmen. Die Verschuldung der Bahn liegt gegenwärtig bei 18 Milliarden DM bei Jahreseinnahmen von 16 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, die CDU wird die Bundesbahn nicht im Stich lassen. Die Bahn braucht dringend eine neue finanzielle Ordnung, die genügend Raum für Investitionen läßt; denn ohne Investitionen kann die Bundesbahn weder ihre Leistungsfähigkeit steigern noch finanziell gesunden.

Das gleiche gilt für die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen vor allem in den Verdichtungsräumen. Unsere Städte werden nicht mehr

lebensfähig bleiben, wir werden der Verstopfung in den Ballungsräumen und der von ihr ausgehenden Umweltschäden nicht Herr werden, wenn wir nicht die öffentlichen Verkehrsunternehmen in die Lage versetzen, für die Verkehrsnutzer attraktiver zu sein als heute, und dazu bedarf es eben eines gezielten Ausbaus des öffentlichen Verkehrs auf der Basis einer besseren Abstimmung zwischen Stadt-, Raumordnungs- und Verkehrsplanung.

Meine lieben Parteifreunde, das Verkehrswegenetz mit Schienen, Straßen, Wasserwegen, Seehäfen und Flughäfen sehen wir als eine große, in sich verzahnte Einheit an. Die gegenwärtige Bundesregierung hat ihr Versprechen nicht eingelöst, ein Gesamtverkehrswegeprogramm vorzulegen. Statt dessen wurde ein gewaltiger, aber leider völlig unseriöser Fernstraßenausbauplan vorgelegt, der nicht einmal zur Hälfte finanziell abgesichert ist. Es war eine ausgesprochene Volksverdummung, als Herr Leber versuchte, den Leuten einzureden, man könnte in Kürze ein Autobahnnetz schaffen, in dem kein Ort der Bundesrepublik weiter als zehn Kilometer von einem Autobahnanschluß entfernt sein sollte. Mit diesem Gigantenplan wollte die Bundesregierung offensichtlich darüber hinwegtäuschen, daß durch die Inflationierung der Baupreise auch im Verkehrsbau mit immer mehr Geld immer weniger gebaut werden kann. Die Wiedergewinnung der Stabilität ist also auch eine ganz entscheidende Voraussetzung dafür, daß wir mit den begrenzten Finanzmitteln ein optimales Ergebnis erzielen, und dabei werden wir nicht nur an Autobahnen und Straßen denken. Die Bundesbahn braucht in den großen Marginalien neue Schienentrassen, die Nahverkehrsmittel müssen modernisiert und neue raumsparende und umweltfreundlichere Verkehrssysteme entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, die CDU wünscht einen funktionsfähigen Leistungswettbewerb zwischen den Verkehrsunternehmen auf der Basis möglichst angenäherter Startbedingungen, unabhängig davon, ob sich die Unternehmen im privaten oder im öffentlichen Besitz befinden. Gerade weil die volkswirtschaftlichen Reserven an Kapital und Arbeitskräften knapp sind und bleiben werden, müssen alle Unternehmen unter dem ständigen Zwang zu größtmöglicher Wirtschaftlichkeit gehalten werden. Andererseits haben Bahn und öffentliche Nahverkehrsmittel auch öffentliche Aufgaben wahrzunehmen, und hier werden wir uns für eine eindeutige Trennung der Verantwortlichkeiten einsetzen. Die Leitung der Bundesbahn braucht endlich einen angemessenen Entscheidungsraum in eigener Verantwortlichkeit, und dort, wo die Politik ohne Rücksicht auf Kostendeckung im öffentlichen Interesse Dienstleistungen im Verkehr für notwendig hält, soll sie in ihrer Verantwortung das Leistungsangebot und die Preise bestimmen, dann

aber auch die Verluste im öffentlichen Haushalt abdecken. Dieses Verfahren wird uns in Zukunft von der Übernahme pauschalierter, undurchsichtiger und ins Uferlose wachsender öffentlicher Ausgleichsleistungen hinwegführen, und es wird auf die Dauer die öffentlichen Mittel in stärkerem Maße als bisher für Investitionen freistellen, Investitionen, die darüber entscheiden, wie gut unser Verkehrssystem von morgen sein wird.

Meine Damen und Herren, drei Jahre Verkehrspolitik der Regierung Brandt gestalteten sich zu einer einzigen Enttäuschung, weil keine Konzeption erkennbar war und weil die Verkehrspolitik im Strudel der Inflationsentwicklung jeglichen Handlungsspielraumes beraubt wurde. Die CDU-Verkehrspolitik wird auf der Basis einer konsequenten Stabilitätspolitik zu realen Konzeptionen zurückfinden, und auch hier heißt es: Weg von billiger Propaganda, die allen alles verspricht! Ein verkehrspolitisches Programm wird unsere Vorschläge im einzelnen präzisieren, die ich hier nur mit kurzen Strichen skizzieren konnte. Auf jeden Fall wird die Verkehrspolitik in einer CDU/CSU-Regierung ein wichtiges Feld der Bewährung für solide und zukunftsweisende Reformpolitik sein.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Müller-Hermann für seinen grundsätzlichen Beitrag zur Verkehrspolitik.

Meine Damen und Herren, ich habe die Freude, als Ehrengast den 1. Vorsitzenden der IG Bergbau, Herrn Adolf Schmidt, zu begrüßen.

(Beifall)

Herr Schmidt, ich hoffe, daß Sie auf diesem Parteitag Gelegenheit haben werden, sich davon zu überzeugen, daß gerade das Programm der Christlich Demokratischen Union, das hier entwickelt wird, sich in besonderer Weise als arbeitnehmerfreundlich auszeichnet.

(Beifall)

Ehe ich das Wort weitergebe, noch eine kurze Durchsage. Die von der CDU eingeladenen Betriebsratsvorsitzenden werden gebeten, sich im Tagungsbüro zu melden.

Meine Damen und Herren, als nächster hat Herr Dr. Manfred Schäfer, Saarland, das Wort.

Dr. Manfred Schäfer (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU hat sich entschlossen, einen informativen Wahlkampf zu führen. Sie will also Informationen bieten, Argumente darstellen, den Wähler zum Nachdenken bringen, und zwar über das

Ausmaß der eingetretenen Fehlentwicklungen und über die Alternativen, die die CDU zu bieten hat. Das scheint mir ein richtiges Konzept zu sein, insbesondere wenn man Stabilitätspolitik in den Mittelpunkt seines Programms stellt. Denn Stabilitätspolitik ist ja nicht nur eine politische Aussage oder eine Zielansprache, sondern Stabilitätspolitik ist ein konkretes wirtschaftspolitisches Programm.

Wir sollten allen dankbar sein, meine Damen und Herren, die bei ihren Ausführungen darauf hinweisen, daß Stabilität – oder die Wiedergewinnung von Stabilität – Opfer verlangt. Stabilität wiederzubekommen kostet etwas; es ist nicht einmal billig. Gleichwohl, so würde ich meinen, ist es noch immer die preiswerteste Möglichkeit, den Fortschritt zu realisieren,

(vereinzelt Beifall)

die preiswerteste Möglichkeit auch deswegen, weil sie das notwendige Vertrauen zwischen Bevölkerung und Regierung schafft, weil sie den Betrug mit dem bedruckten Papier – mit dem Geld – ausschließt.

(Beifall)

So gesehen, ist sie die einzige Art der Wirtschaftspolitik und der Stabilitätspolitik überhaupt, die Rückschläge ausschließt. Jeder Rückschlag aber bringt eine neue Vertrauenskrise.

Nun im einzelnen zu den kritischen Fragen – jedenfalls zu den wesentlichen –, die sich bei der Stabilitätspolitik stellen. Wer, meine Damen und Herren, soll die Last der Stabilitätspolitik tragen? Welche Fragen stellen sich bei der Überlegung, wo und mit welchen Mitteln eine solche Politik einsetzen soll? Die Antwort im allgemeinen lautet: Alle müssen selbstverständlich ihren Beitrag zur Stabilitätspolitik erbringen. – Das ist nicht falsch, aber bequem. Das gibt auch keine Antwort darauf, wo die Stabilitätspolitik am ehesten mit Aussicht auf Erfolg angesetzt werden kann.

Vergessen wir über allen einzelnen Maßnahmen dieser Politik nicht, daß eine verantwortliche Regierung tatsächlich mehr Geldwertstabilität wollen muß und dies für alle erkennbar auch demonstrieren muß und daß im übrigen die technischen Instrumente, wie z. B. das Geld- und Kreditsystem, eine solche Politik bei jeder Gelegenheit unterstützen müssen. Ist das plausibel, ist insoweit eine Regierung und ein System anerkannt, dann ist ein wesentlicher Teil der Stabilitätspolitik schon geschafft. Das heißt mit anderen Worten, in jedem Fall muß eine Regierung in ihrem Einflußbereich mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall)

Ich glaube, meine Damen und Herren, man kann Stabilitätspolitik nicht dadurch betreiben, daß man nach Entschuldigungen für Versäumnisse sucht, und auch nicht dadurch, daß man Gründe formuliert, warum die daraus folgenden Belastungen für einzelne Gruppen in diesen Bereichen nicht tragbar sein sollen. Wenn wir das etwa ausschließlich zum Maßstab unserer Politik machen wollten, brauchten wir erst gar nicht anzufangen.

Natürlich gibt es Einwendungen — verständliche und zum Teil berechtigte — gegen alle dämpfenden, stabilitätsorientierten Maßnahmen, etwa gegen den stabilitätskonformen Haushalt, der ja mehrfach in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt worden ist.

Unumgänglicher Bestandteil einer Stabilitätspolitik ist zweifelsohne der Haushalt. Warum? Nun, meine Damen und Herren, alle klassischen Inflationen waren Haushaltsinflationen. Das sollte uns ein warnendes Beispiel sein. Zum anderen wohl auch deshalb, weil die Haushalte am ehesten der unmittelbaren Einflußnahme des Staates zugänglich sind, also einer stabilitätsorientierten Intervention am ehesten zur Verfügung stehen.

Gegen diese Art der Politik oder gegen den Versuch, die Haushaltspolitik in das Zentrum der Diskussion zu stellen, wird eingewandt, daß Kürzungen öffentlicher Haushalte zunehmend erschwert werden, weil die disponiblen Massen dieser Haushalte zunehmend schwinden. Es ist ein Unterschied, ob ich Haushaltspolitik mit Blick auf Stabilität etwa im Jahre 1960 betrieben hätte, oder ob ich sie heute betreiben müßte. Bei einer disponiblen Masse von etwa 10 % eines Haushaltes, bei auf 50 und mehr % gestiegenen Anteilen der Löhne und Gehälter schwinden natürlich die Möglichkeiten, mit öffentlichen Haushalten Konjunkturpolitik zu betreiben.

Der zweite Einwand lautet, daß Kürzungen im investiven Bereich das Wachstum von morgen beeinträchtigen.

So richtig das ist, können uns diese Einwände davon abhalten, die Haushalte stabilitätskonformer zu machen? Ich glaube nicht. Die Einwände machen höchstens deutlich, wie hart dieser Prozeß sein wird und sein muß, wenn er zu mehr Stabilität führen soll. Wenn dabei bestimmte Wunschvorstellungen nicht oder nicht mehr in Erfüllung gehen können, so trifft die Verantwortung nicht diejenigen, die die Konsequenzen aus der Misere ziehen, sondern doch wohl diejenigen, meine Damen und Herren, die für die Inflation verantwortlich sind!

(Beifall)

Im übrigen müssen die Modellvorstellungen von den öffentlichen Haushalten und ihre Bedeutung für die Infrastruktur ein wenig relati-

viert werden, auch in bezug auf die Frage der Stabilitätspolitik. Die Haushalte sind in den letzten Jahren zunehmend Konsumhaushalte geworden. Auch in reichen Gemeinwesen wachsen die konsumorientierten Ausgaben ständig an; ich habe bereits darauf hingewiesen. Eine stabilitätsorientierte Haushaltspolitik muß sich also auch, so unangenehm das sein mag, eben mit diesen Konsumausgaben vorrangig beschäftigen — bei möglichster Schonung aller investiven und produktiven Ausgaben des Staates.

Nun, meine Damen und Herren, es gibt selbstverständlich auch Einwendungen gegen eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik. Aber selbstverständlich! Sehen Sie, was angesichts eines halbwegs vorhandenen Gleichgewichts zwischen privater Nachfrage und realem Ausstoß des Produktionspotentials plausibel erscheinen mag, nämlich eine am Produktivitätsfortschritt orientierte Lohnpolitik, das wird natürlich sofort suspekt, wenn die Inflation erst einmal begonnen hat. Dann wird eine solche Politik als wenig gerecht empfunden.

Ich würde sagen, es wird recht unwahrscheinlich sein, Verständnis für die Notwendigkeit der Einbeziehung auch dieses Bereiches in Stabilitätspolitik zu wecken, wenn von maßgeblicher Seite diese Politik — nämlich das Bemühen um mehr Geldwertstabilität — als „Stabilitätsfetischismus" gekennzeichnet wird. Auch hier fehlt es auf bestimmter Seite an dem notwendigen guten Beispiel, diese Politik ernst zu nehmen.

(vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, alle diejenigen, die in den letzten Jahren einen großen — ich würde fast sagen, gelegentlich einen zu großen — Schluck aus der Pulle genommen haben, werden zurückstecken müssen, und auch die Wirtschaft wird sich, obwohl sie in den letzten beiden Jahren schon stark strapaziert worden ist, daran erinnern müssen, daß sich nicht jede Konjunkturphase gleich gut dazu eignet, Preiserhöhungsspielräume zu nutzen, so berechtigt das selbstverständlich grundsätzlich auch ist.

Auch an unserer Politik wird es liegen, mehr Bereitschaft für stabilitätsorientierte Lohnpolitik dadurch zu wecken, daß wir unsere Vermögensbildungspläne vorantreiben, und dadurch, daß wir unsere Gesellschaftspolitik realisieren.

Nun zum letzten Teil der angesprochenen Aggregate volkswirtschaftlicher Art, soweit es sich um die Stabilitätspolitik handelt, nämlich zur Geld- und Kreditpolitik. Hier erscheint es keineswegs überflüssig, sich noch einmal der Tatsachen und der einfachen Wahrheiten

zu erinnern, auf denen jede wirtschaftspolitische Strategie, die mehr Stabilität zum Ziel hat, aufbauen muß.

Es führt, meine Damen und Herren, kein Weg vorbei an der für das Preisniveau entscheidenden Relation zwischen dem realen Ausstoß des Produktionspotentials und der nachfragewirksamen Geld- und Kreditmenge. Diese Relation, die über viele Stadien der Entwicklung hinweg in der wissenschaftlichen Diskussion die einzige verläßliche Beurteilung des voraussichtlichen Preistrends erlaubt, kann durch Einflußnahme auf beiden Seiten der Bilanz verändert werden. Aber die besondere Rolle der Geld- und Kreditpolitik in dieser Stabilitätspolitik liegt doch wohl darin, daß auf der Geldseite immer zwei Verursacher an der Veränderung des Verhältnisses zwischen realem Sozialprodukt und nachfragewirksamer Kaufkraft beteiligt sind — oder zumindest ein Verursacher und ein Erfüllungsgehilfe: diejenigen nämlich, die ein Bedürfnis nach mehr kaufkraftwirksamer Liquidität begründen und stimulieren — etwa der Bund und die Länder durch die Ausweitung der Haushalte, die Sozialpartner durch die Vereinbarung höherer Löhne, die Wirtschaft infolge der Ausweitung ihrer Aktivitäten — und diejenigen, die einem solchen Bedürfnis mehr oder weniger bereitwillig entsprechen, z. B. die Banken durch die Krediterweiterungen und die Kreditschöpfungen und die Bundesbank durch die Ausweitung der Zentralbankliquidität. Die Verantwortung beider Verursacher für einen stabilen Geldwert sollte unbestritten sein, und es hat wenig Sinn, die Verantwortung für zuviel Geld und Kredit oder für zu hohe Zuwachsraten vom einen zum anderen zu schieben, von den Sozialpartnern zur Bundesbank, von der Bundesbank zu den Haushalten. Fest steht, daß eine von diesen Seiten immer beteiligt ist: Das Geld- und Kreditsystem, der Bankenapparat, die Bundesbank.

Sehen Sie, stabiles Geld zu haben oder in einem vorgegebenen Zeitraum zu erreichen, hängt davon ab, ob und welche Komponenten auf der Geld- und Güterseite in diesem Zeitraum hinreichend beeinflußbar sind und auch tatsächlich beeinflußt werden. Die größte Verantwortung trifft den, der am ehesten Zugang zu einem der großen volkswirtschaftlichen Aggregate auf der Nachfrage- oder auf der Angebotsseite oder im Bereich der Geld- und Kreditpolitik hat. So gesehen ist das Geld- und Kreditsystem immer und in jeder Phase dieser Stabilitätspolitik gefragt. Unsere Sache ist es, seine Möglichkeiten zu verbessern und zu stärken. Das gehört eben zu einer Stabilitätspolitik, wie wir sie uns vorstellen.

Selbstverständlich ist der Hinweis auf die außenwirtschaftliche Flanke richtig und sachlich angebracht, aber das kann uns doch nicht daran hindern, Stabilitätspolitik zu treiben, sondern bestenfalls ermuntern,

diese außenwirtschaftliche Flanke endlich so abzusichern, auf eine Art und Weise abzusichern, die nicht neuen Dirigismus programmiert, sondern die sich tatsächlich unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten durchhalten läßt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Dasein zwischen dem süßen Anfang und dem bitteren Ende der Inflationspolitik ist vielfältig und zwiespältiger Natur. Lassen Sie mich zum Schluß feststellen, im besten Falle kann es sich darum handeln, vorübergehend eine Art inflatorisches Gleichgewicht anzustreben, möglicherweise sogar zu erreichen. Das ist aber gleichbedeutend mit einer Einladung an Sie alle, meine Damen und Herren, einen vergnüglichen Abend an Bord eines Schiffes zu verbringen, das im übrigen zum Untergang verurteilt ist.

(Beifall)

Dies ist exakt der Zustand, auf den der derzeitige Wirtschafts- und Finanzminister offensichtlich so stolz ist.

Es ist durch die verschiedenen Diskussionsredner bereits dargelegt worden, daß Stabilitätspolitik in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik gefragt ist. Lassen Sie mich deswegen abschließend auch für alle, die davon betroffen sind, feststellen: Geldwertstabilität ist zweifelsohne nicht alles, aber ohne stabiles Geld ist alles nichts!

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Dr. Schäfer, für Ihren ergänzenden Diskussionsbeitrag zur Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, wir haben noch 10 Wortmeldungen vorliegen und sind zeitlich etwas beengt. Das Präsidium hat daher die herzliche Bitte an alle folgenden Diskussionsredner, sich nach Möglichkeit an eine Redezeit von fünf Minuten zu halten.

Ich gebe als nächstem Herrn Lampersbach, Westfalen-Lippe, anschließend Herrn Dr. Ritz, Niedersachsen, das Wort.

Egon Lampersbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Eingedenk der Mahnung des Präsidenten, mich kurz zu fassen, möchte ich bereits Gesagtes nicht wiederholen. Es erscheint mir aber doch wichtig, zu dem Komplex, den auch Herr Dr. Narjes hier angesprochen hat, nämlich zur Mittelstandspolitik, etwas zu sagen. Meine Freunde, wir haben vor wenigen Tagen die Leitsätze unserer Vereinigung einstimmig verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir haben auch dabei erneut feststellen können, daß die große

Sorge um die Zukunft des einzelnen Betriebes eine dominierende Rolle spielte. Wir haben in den einzelnen Sachbereichen klar herausgestellt, welche Aufgaben wir in der 7. Legislaturperiode, d. h. für die nächsten vier Jahre, von uns bewältigt wissen wollen. Wir haben bei der Durchsetzung die Unterstützung aller unserer Freunde nötig und bitten Sie darum, uns diese zuteil werden zu lassen. Wir sind seit vielen Jahren, seit der Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb, das wieder klare Verhältnisse geschaffen hat, der Auffassung, daß das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen insbesondere in seinem kartellrechtlichen Teil dringend der Reformierung bedarf, weil sich Zustände, zum Teil ungewollt, zum Teil gewollt, eingeschlichen haben, die die Frage des Leistungswettbewerbs in Zweifel ziehen. Die Mittelstandsvereinigung hat immer betont, daß das Grundelement unserer wirtschaftspolitischen Überlegungen das System der Sozialen Marktwirtschaft ist. Wir glauben daher, daß die Soziale Marktwirtschaft dadurch am besten zu erhalten ist, daß wir die Fragen, die sich um wettbewerbliches Verhalten drehen, klären, und zwar im positiven Sinne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die zweite Sorge, die immer wieder aus allen Beiträgen auf unseren Veranstaltungen herausklingt, ist die der besseren Kapitalausstattung. Ich möchte das auf diesem Parteitag noch einmal vor der Öffentlichkeit sagen, daß das Gutachten, das die Regierung Brandt vor mehreren Jahren in Auftrag gegeben hat und das als Prognos-Gutachten bekannt ist, insofern eine Falschaussage macht, als behauptet wird, die mittelständische Wirtschaft legte keinen Wert auf zusätzliche Kapitalausstattung oder Kapitalverbesserung. Meine Damen und Herren, wir müssen mit Bedauern feststellen, daß eine Fülle von Betrieben notwendige Ergänzungen oder Neuinvestitionen nicht durchführen kann, weil eben das Kapital für sie nicht vorhanden ist oder, wenn sie schon Kapital bekommen, die Folgekosten der Fremdkapitalbelastung zu groß sind. Auch hier erwarten wir wie in den früheren Jahren der CDU/CSU-Regierungen, daß diese Abteilungen wieder mehr und besser ausgebaut werden.

Lassen Sie mich ein Drittes ansprechen, was uns für die Zukunft mit großer Sorge erfüllt. Es ist die Frage der Berufsausbildung. Wir haben hierzu bereits vor mehreren Jahren Forderungen an die Regierung angemeldet. Die Fraktion hat vor gut einem Dreivierteljahr hierzu eine klare Aussage gemacht, und ich glaube, daß wir im Rahmen der gesamten Bildungspolitik die Frage der Weiterführung der Berufsausbildung und die damit im Zusammenhang stehenden Voraussetzungen mehr und stärker und besser diskutieren sollten. Wir sollten

auch das herausstellen, was wir von der Berufsausbildung für den jungen Menschen erwarten. Hier ist vor allen Dingen mit den vielen utopischen und auch illusionären Vorstellungen aufzuräumen, die bei einer Vielzahl von Jugendlichen aufkommen können, weil sie auf den ersten Blick sicherlich nicht durchschauen, welche Mängel entstehen werden oder entstehen könnten, wenn man die Abteilung Berufspolitik vernachlässigt oder in eine totale Verschulung umbauen wollte.

Meine Damen und Herren, das duale Ausbildungssystem, das wir über viele, viele Jahre haben und das wir auf jeden Fall erhalten wollen, kann sicherlich nicht so schlecht sein, wie es von der SPD dargestellt wird, sonst hätten wir in der Vergangenheit mit diesen so schlecht ausgebildeten Menschen nicht die wirtschaftlichen Erfolge erzielen können. Wir fordern daher die Beibehaltung des dualen Ausbildungssystems, aber auch die sinnvolle Weiterentwicklung dieser Berufsausbildung nach den heutigen Erfordernissen.

Meine Damen und Herren, vor drei Jahren war der Werbeslogan der SPD, daß 20 Jahre CDU/CSU-Regierung genug seien und man der SPD, die sich durch ihr Godesberger Programm als eine bürgerliche Partei, als eine zur Marktwirtschaft stehende Partei deklarieren wollte, die Chance des Regierens geben sollte. Aus unserem Bereich, meine Damen und Herren, aus dem Mittelstand oder dem sogenannten neuen Mittelstand, wie es damals hieß, sind 11 % der Wähler auf diesen Slogan hereingefallen und haben eine andere Partei als die CDU oder die CSU gewählt. Meine Damen und Herren, wir haben heute bereits die Quittung, bzw. diese Wähler haben zum Teil die Quittung, indem allein im Jahre 1971 ein Abgang von 25 000 Betrieben aus Handwerk und Handel zu verzeichnen ist, den also auch die sozialliberale Koalition, wie sie sich so gerne nennt, nicht hat verhindern können. Diese Betriebe mußten liquidiert werden.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß diese 11 % in diesem Jahr eine andere Wahlentscheidung treffen werden, denn auch sie kommen nicht daran vorbei, daß Fleiß, Arbeit und auch das Risiko, das der selbständige Unternehmer trägt, nicht bestraft werden dürfen. Daher werden sie sich diesmal sicherlich mehr Gedanken über das machen, was die Parteien als ihre Wahlprogramme verkünden.

Meine Freunde, die Wirtschaft — und mit der Wirtschaft ist das ganze Volk zu identifizieren — kann ohne Stabilität, ohne Solidität nicht erfolgreich arbeiten. Den Erfolg der Wirtschaft brauchen wir aber, um die notwendigen sozial- und auch gesellschaftspolitischen Weiterentwicklungen durchführen zu können. Die Wirtschaft braucht darüber hinaus Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf den Straßen und in den Betrieben.

Darum, meine Freunde, möchte ich hier von dieser Stelle aus alle — nicht nur die 11 %, die damals anders gewählt haben, sondern alle Freunde in der ganzen Bundesrepublik — auffordern: Diesmal wieder CDU!

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Lampersbach, für die Darlegung der Mittelstandsprobleme.

Als nächster hat Herr Dr. Ritz, Niedersachsen, das Wort, anschließend Herr Dr. Manfred Luda, Westfalen-Lippe.

Dr. Burkhard Ritz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Karl Bewerunge, mit dem von Rainer Barzel ein ebenso erfolgreicher wie qualifizierter Agrarpolitiker zum designierten Landwirtschaftsminister berufen wurde, hat hier die Schwerpunkte der Agrarpolitik der Union gesetzt. Er hat auch Bilanz gezogen über 3 Jahre linksliberaler Agrarpolitik.

Ich möchte 2 Aspekte der Agrarpolitik hier noch vertiefend aufgreifen, die, wie ich glaube, für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in unserem Lande von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Gegner unserer Agrarpolitik haben uns in der Vergangenheit — und sie tun es auch heute — häufig vorgeworfen, dies sei eine Politik der Beharrung und der Verkrustung gewesen. Ich glaube, meine Damen und Herren, wer objektiv den Strukturwandel der deutschen Landwirtschaft in der Nachkriegszeit würdigt, wird zu dem Ergebnis kommen, daß hier von den Landwirten und der sie begleitenden Politik ein beispielhafter Entwicklungsprozeß möglich wurde — ein Prozeß, in dem ein breitgestreutes bäuerliches Eigentum in Form von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben bis auf den heutigen Tag möglich war. Nun, wir sind in der Tat den Verlockungen all jener nicht gefolgt, die im Nur-Großbetrieb das Allheilmittel zur Lösung der Agrarpolitik in Europa gesehen haben und sehen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß gerade das Miteinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben die Voraussetzung nicht nur für eine gedeihliche Entwicklung der Landwirtschaft selbst, sondern vor allem auch die notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des ländlichen Raumes schlechthin ist.

Hier begegnen sich in der Nahtstelle regionale Strukturpolitik und Agrarpolitik. Unsere ländlichen Räume wären ohne eine solide Agrarpolitik mit fundierten, gesunden bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben und einer großen Zahl von Nebenerwerbsbetrieben nicht im Sinne einer aktiven Sanierung gesund zu gestalten, sondern sie hätten eine passive Sanierung hinnehmen müssen.

Ich bin der Meinung, daß wir auch in den vor uns liegenden Wochen in aller Deutlichkeit sichtbar machen müssen, daß wir in der Entwicklung der ländlichen Räume, in der aktiven Förderung gesamtwirtschaftlicher Erschließung eine entscheidende Voraussetzung für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sehen. Der Schwerpunkt regionaler Strukturpolitik ist nicht Ausdruck provinzieller Politik, sondern ist Ausdruck einer modernen Politik für dieses Land, auch für jene Millionen Bürger in unseren Großstädten und Ballungszentren, die unbedingt auf die Erholungs- und Freizeitlandschaft um uns herum angewiesen sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir können nicht heute von Agrarpolitik und dann von Gesundschrumpfen und ähnlichen Kategorien reden und morgen von der Notwendigkeit einer gesunden Landschaft und einer Erholungslandschaft für unsere Bürger. Diese Dinge sind zu verzahnen in einer konstruktiven regionalen Strukturpolitik genauso wie in einer Agrarstrukturpolitik.

Wir sehen mit Sorge – etwa in meinem Land Niedersachsen –, wie die Sozialdemokraten sich anschicken, die zu fördernden Orte in ihrer Zahl zu dezimieren, sie ständig zu vermindern. Wir wollen hier keiner globalen Förderung das Wort reden. Aber es muß auch in Zukunft möglich sein, dort, wo gewerblich-industrielle Unternehmen im ländlichen Raum durch ihre Tüchtigkeit bewiesen haben, daß sie die Gesamtstruktur des ländlichen Lebensraumes positiv stärken können, Hilfestellung zu gewähren.

(Beifall)

Nur so, meine Damen und Herren, wird es uns gelingen, im landwirtschaftlichen Bereich einen sozial zumutbaren Strukturwandel auch in Zukunft zu ermöglichen.

Lassen Sie mich einen zweiten Aspekt kurz in die Diskussion einführen. Wesentliche Entscheidungen über die künftige Entwicklung der Landwirtschaft fallen nicht mehr in Bonn, fallen auch nicht mehr in den Ländern, sondern fallen zweifelsohne auf europäischer Ebene in Brüssel. Wir haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gewollt, und wir haben diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von Anfang an als ein entscheidendes Stück unserer Reformpolitik begriffen. Aber gerade weil dies so ist und weil das auch in Zukunft so sein muß, muß auch hier in aller Nüchternheit festgestellt werden, daß zwischen dem immer stärker integrierten Agrarmarkt einerseits und der nach wie vor auf sich warten lassenden Währungs- und Wirtschaftsunion andererseits sich eine Kluft aufgetan hat. Wenn es nicht gelingt, diese

zu schließen, ist auch der Agrarmarkt in Gefahr. Dies muß jeder wissen, der in Zukunft europäische Politik betreibt.

Meine Damen und Herren, darum können wir uns nicht mit einem europäischen Währungsfonds als Mäntelchen für die europäische Währungsunion zufriedengeben, sondern deshalb brauchen wir eine auf Stabilität ausgerichtete Wirtschaftsunion, weil wir nur dann unseren Landwirten überzeugend klarmachen können, daß auch für sie Europa der einzige Weg zur Konsolidierung der Situation der Landwirtschaft ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer dies so sieht — und ich glaube, es ist sachlich gerechtfertigt, es so zu sehen — der wird nicht umhin können zu sagen, daß auf dem Weg zu Fortschritten in der EWG möglicherweise auch mit krisenhaften Zuspitzungen in den Verhandlungen, die vor uns stehen, gerechnet werden muß. Wir können aber nicht einseitig Konzessionen etwa im Bereich des integrierten Agrarmarktes machen, ohne entscheidende Fortschritte auf dem Gebiete der Währungs- und Wirtschaftsunion zu erreichen. Nur hier liegt auch für unsere Landwirte die Hoffnung, daß für die von der Paritätsänderung hart getroffene Einkommensentwicklung der deutschen Landwirtschaft wieder Daten gesetzt werden, die es in Zukunft möglich machen, die Benachteiligungen, die der deutschen Landwirtschaft in den letzten 3 Jahren auf diesem Sektor zugemutet worden sind, wieder auszugleichen und somit zu echten und gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Landwirte in der EWG zu kommen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Wort noch zur Stabilität. Auch die Landwirtschaft will, ja sie muß Stabilität haben, wenn sie ihre Arbeit erfolgreich leisten will. Nur eine Zahl soll dies verdeutlichen: Die Landwirte in der Bundesrepublik Deutschland geben jährlich etwa 18 Milliarden DM für Betriebsmittel aus. Ein Preisanstieg von nur 5 % erfordert Mehraufwendungen von 900 Millionen DM pro Jahr. Dies ist eine Summe, die nur durch einen durchschnittlichen Preisanstieg der Brüsseler Marktordnungswaren in Höhe von 3 % ausgeglichen oder kompensiert werden könnte. Diese Zahl allein macht deutlich, welch hoher Rang die Stabilitätspolitik gerade auch aus der Sicht der Agrarpolitik hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Wir wollen eine Agrarpolitik und eine Entwicklung der Landwirtschaft, die sich orientiert an den Sachzwängen — an denen kommen wir nicht vorbei — die aber auch den gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten der

Landwirtschaft und der Ordnung des ländlichen Raumes gemeinsam Rechnung trägt. Nur so werden wir eine Agrarpolitik betreiben, die in Verbindung mit der regionalen Strukturpolitik dafür Sorge trägt, daß eine gesunde Landwirtschaft in diesem Lande auch morgen ihre faire und echte Chance hat.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Unser Dank gilt auch Ihnen, Herr Dr. Ritz, für Ihren wertvollen ergänzenden Beitrag zur Agrarpolitik.

Ich darf die Redner noch einmal dringend bitten, sich an die Bitte des Präsidiums zu halten, ihre Redezeit auf 5 Minuten zu begrenzen, da wir sonst bis 13 Uhr nicht fertig werden.

Als nächster hat Herr Dr. Manfred Luda, Westfalen-Lippe, das Wort, anschließend Herr Dr. Gerhard Mahler, Baden-Württemberg.

Dr. Manfred Luda: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! In der öffentlichen Diskussion der letzten Monate haben die Themen der zerrütteten Finanzen und der ständig stärker werdenden Inflation überwogen. Seit dem Abgang von Schiller ist die Regierung nur noch damit beschäftigt, die wahre Lage zu verschleiern, Verantwortung auf andere abzuschieben und gefährliche Alternativen zu Stabilität und Vollbeschäftigung aufzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen neben diesen Themen nicht die ordnungspolitische Bedrohung vergessen, in der wir uns befinden, also die aktuellen Gefahren für unsere Marktwirtschaft. Franz-Josef Strauß und Karl-Heinz Narjes haben sich mit diesem zentralen Thema schon beschäftigt. Ich möchte von mir aus dazu noch folgendes sagen. Meine lieben Freunde, der trotz aller Fehlentwicklung noch amtierende Bundeskanzler sagt ungeniert, daß seine Partei den Sozialismus will. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, den Bürgern in den nächsten Wochen klarzumachen, daß derjenige, der Sozialismus will, die Marktwirtschaft beseitigen möchte. Der zum Nachlaßverwalter bestellte Superminister, der sage und schreibe dritte Finanzminister der Regierung Brandt, hat auf der Jubiläumstagung des Vereins für Socialpolitik in Bonn kürzlich eine Äußerung getan, die hier schon erwähnt wurde. Er sagte, Marktwirtschaft sei nicht für alle Zeiten und unter allen Bedingungen der Garant für die Freiheit; Marktwirtschaft sei nicht für alle Zeiten und unter allen Bedingungen die beste Organisationsform. Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber im klaren sein: Der Verdacht ist mehr als begründet, daß Schmidt die Bevölkerung allmählich an den Abschied von der Marktwirtschaft gewöhnen will. Unsere Aufgabe ist es, die Marktwirtschaft gegen alle

ideologischen Angriffe dieser Art zu schützen und sie als Garanten der freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu erhalten. Wir müssen uns dabei darüber im klaren sein, daß Marktwirtschaft nicht als etwas Starres aufgefaßt werden darf und daß die Struktur der Wirtschaft sich in einem stetigen Wandel befindet. Wir haben das Gesetz zum Schutz des Wettbewerbs, das Grundgesetz unserer Wirtschaft. Es ist der erste umfassende Versuch, wirtschaftliche Freiheit durch Rechtsnormen zu binden und zu funktionsfähiger Wettbewerbsordnung zu gestalten. Unsere Aufgabe ist es, ständig zu prüfen, ob das Gesetz dieser seiner Aufgabe in einer ständig sich wandelnden Welt weiter gerecht werden kann. Wir haben uns als Mitglieder des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages in der 6. Legislaturperiode immer zu der dringenden Notwendigkeit einer Novellierung des Kartellgesetzes bekannt; wir haben uns für diese Novellierung eingesetzt. Die Bundesregierung hat gleichfalls die Novellierung des Kartellgesetzes in diesem Sinne angekündigt. Sie hat aber ihre Chance vertan. Hier haben wir jetzt wieder eine der vielen Reformruinen. Die Bundesregierung hat nicht einmal die dringenden notwendigen Änderungen des Kartellgesetzes fertiggebracht.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Tatsache muß ich darauf hinweisen, daß die Bundesregierung kürzlich in einer großen Anzeigenaktion versucht hat, die Verantwortung für das Scheitern der Kartellnovelle meinen Kollegen im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages anzulasten. Es ist behauptet worden, wir hätten im Wirtschaftsausschuß die Verabschiedung der Kartellnovelle verhindert. Ich möchte in diesem Zusammenhang hier folgenden Tatbestand hervorheben. Die Regierung hat bei ihrem Amtsantritt die Einbringung der Kartellnovelle für Mai 1970 angekündigt. Sie war in sich zerstritten und konnte sich nicht einigen. Die Einbringung erfolgte dann erst im September 1971. Die Regierung hat also durch ihre politische Schwäche wertvolle Zeit vertan.

Anschließend war der Wirtschaftsausschuß mit dieser wichtigen Materie befaßt. Wie von der CDU/CSU im Ausschuß haben der alsbaldigen Verabschiedung der Novelle so große Bedeutung beigemessen, daß wir noch im Frühsommer dieses Jahres eine ganztägige Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses veranlaßt haben, um möglichst noch vor der Sommerpause mit dieser Materie fertig zu werden. Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich eindeutig: Nicht wir haben den Mißerfolg verschuldet. Wenn die Regierung in einer kostspieligen Anzeigenaktion trotzdem Gegenteiliges behauptet, so kann ich nur feststellen: Die Regierung mißbraucht das Nothaushaltsrecht des Art. 111 unserer Verfassung nicht nur, um einseitige Parteipro-

paganda zu betreiben, sondern sie mißbraucht es zugleich, um die sachbezogene und konstruktive Arbeit der Opposition im Parlament zu diffamieren. Dagegen wehren wir uns!

(Beifall)

Das Scheitern der Kartellnovelle gereicht Wirtschaft und Verbrauchern in gleicher Weise zum Schaden, und die Inflationsentwicklung steht auch damit in einem ursächlichen Zusammenhang.

Meine Damen und Herren, aus diesem Schaden erwachsen uns aber auch eine Chance und ein Vorteil. Ich meine die Chance, daß die Regierung Rainer Barzels mit einer hoffentlich klaren Mehrheit im siebenten Deutschen Bundestag diese Materie nach unseren sachlichen Vorstellungen wird gestalten können. Zum sachlichen Inhalt dieser unserer Vorstellungen hat Gerhard Stoltenberg hier schon einiges gesagt. Ich möchte abschließend meinerseits nur noch folgendes sagen. Wir sollten der deutschen Wirtschaft keine unnötigen Fesseln in dem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb anlegen. Wir haben zu berücksichtigen, daß andere EWG-Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und Italien, die Konzentration sogar fördern. Bei Berücksichtigung dieses Umstandes muß man in Teilbereichen der deutschen Wirtschaft sogar noch von einem gewissen Nachholbedarf an Konzentration ausgehen. Meine lieben Freunde, andererseits ist der Hinweis auf den technologischen Zwang zu hören, oft aber nur ein Scheinargument, das von der politischen Linken immer dann herangezogen wird, wenn man mittels staatlicher Kontrollen die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern will. Endziel dieser politischen Kräfte ist ein persönlichkeitsfremder Kollektivismus, in dem Privatinitiative und Eigenverantwortung nicht mehr viel gelten. Wir werden in der siebenten Legislaturperiode eine solche Entwicklung verhindern. Wir wissen, in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung verbürgt allein der Wettbewerb die optimale Leistung; er ist zugleich auch das „sozialste" Prinzip. Wir werden an den Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung festhalten und eine Wirtschaftspolitik durchsetzen, welche die Garantie dafür bietet, daß sich zum Wohle des Verbrauchers freier Unternehmergeist, Risikobereitschaft und Leistungswille frei entfalten können.

Die CDU/CSU wird die Kartellnovelle im siebenten Deutschen Bundestag verabschieden. Wir hoffen sehr, daß die Sozialdemokraten im siebenten Deutschen Bundestag nicht ihre Fehlleistungen aus dem dritten und vierten Deutschen Bundestag wiederholen. Sie haben nämlich 1957 bei der Verabschiedung des Wettbewerbsgesetzes gegen

das Gesetz gestimmt. Sie haben 1965 gegen die erste Novellierung gestimmt. Meine Damen und Herren, wir müssen also festhalten: Die SPD hat die Chance, sich im sechsten Deutschen Bundestag endlich wettbewerbspolitisch zu profilieren, nicht genutzt. Wir sind deshalb gezwungen, unsererseits die Wettbewerbspolitik fortzusetzen, die wir schon 1957 mit Erfolg begonnen haben.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Auch Ihnen, Herr Dr. Luda, gilt der herzliche Dank des Parteitages.

Als nächster spricht Herr Dr. Mahler, Baden-Württemberg. Ihm folgt Herr Dr. Filbinger, Baden-Württemberg.

Dr. Gerhard Mahler: Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Ich kann mich nach dem Beitrag von Herrn Luda zum Kartellgesetz kurz fassen.

Zu der wirtschaftspolitischen Alternative, zu unseren besseren Ideen und zu unserem glaubwürdigen Bekenntnis zur Stabilität muß auch eine Verbesserung des ordnungspolitischen Instrumentariums gehören. Die beiden letzten Jahresberichte des Bundeskartellamtes sollten uns eine Mahnung sein. Wir sollten uns, meine Parteifreunde, zurückbesinnen auf die Wettbewerbskonzeptionen von Ludwig Erhard, Müller-Armack, Walter Eucken, Wilhelm Röpke und auf die Düsseldorfer Leitsätze unserer Partei aus dem Jahre 1949, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Leider legte — und hier muß ich etwas Kritisches zu den Ausführungen von Herrn Luda sagen — die CDU/CSU-Opposition im Jahre 1970 im Deutschen Bundestag als Alternative keinen eigenen Gesetzentwurf für die Novelle des Kartellgesetzes, des Grundgesetzes der sozialen Marktwirtschaft, vor, das dem Abschnitt 67 unseres Parteiprogramms — Wettbewerb und Verbraucher — entspricht.

Die Weiterentwicklung, meine Parteifreunde, des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen muß sich an den Prinzipien einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung orientieren. Zu diesen Prinzipien gehört, daß das Recht der Wettbewerbsbeschränkungen Daten für die Planung der Unternehmen setzt, ohne ihr Marktverhalten zu reglementieren, die Funktionen des Wettbewerbs schützt, ohne Wettbewerbsbeschränkungen als Instrumente wirtschaftspolitischer Intervention zu fördern, und allen mit der sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbarenden Erscheinungsformen von Wettbewerbsbeschränkungen und Marktmacht unabhängig davon entgegentritt, in welche Rechtsform sie gekleidet werden und — das möchte ich besonders betonen — in welchen Wirtschaftsbereichen sie auftreten.

Wenn das Wettbewerbsrecht von der CDU/CSU in der nächsten Legislaturperiode nicht aktualisiert wird, entsteht die Gefahr, daß die Konzentration wirtschaftlicher Macht so weit fortschreitet, daß die Aussage, unsere Marktwirtschaft verspreche allen Bürgern ein Höchstmaß an Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, nicht mehr glaubwürdig ist.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich hier nur in aller Kürze ein ordnungspolitisches Spezialproblem unter vielen ansprechen, das Problem der sogenannten Konglomerate, das vor allem in den USA, aber auch in Europa immer stärker wird. Hier besteht die Gefahr, daß Gewinne aus einem beherrschten Markt dafür eingesetzt werden, auf anderen Märkten Produkte unter den Selbstkosten zu verkaufen oder die auf anderen Märkten entstandenen Verluste auszugleichen. In diesem Falle hat der Preis seine marktwirtschaftliche Funktion, seine Steuerungs-, seine Ausgleichsfunktion verloren. Hier müssen wir versuchen, zu einer marktkonformen Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende und marktstarke Unternehmen zu kommen, vor allem auch im Interesse des Mittelstandes.

Ich komme zum Schluß. Bei der Weiterentwicklung des Rechts der Wettbewerbsbeschränkungen, bei der Verbesserung des ordnungspolitischen Instrumentariums müssen wir uns ständig selbstkritisch fragen: Wie steht es um die soziale Gerechtigkeit unserer Wirtschaftsordnung, wie steht es um die gesamt- und weltwirtschaftliche Effizienz, wo können wir die Freiheit erhalten.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Mahler, für Ihren Beitrag!

Es spricht jetzt zunächst Herr Dr. Filbinger, Baden-Württemberg, anschließend Herr Dr. Albrecht, Niedersachsen.

Dr. Hans Filbinger (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Die Bundesregierung, der Bundeskanzler und die SPD wissen ganz genau, daß sie wegen ihres Scheiterns in der Stabilitätspolitik und in der Reformpolitik mit einem schweren Handicap in diesen Wahlkampf hineingehen.

(Beifall)

Deshalb arbeitet die ganze Propagandamaschine von Regierung und SPD darauf hin, dieses ihr Versagen zu verschleiern.

(Erneuter Beifall)

Helmut Schmidt hat die Rolle des Verharmlosers und des Vernebelungsingenieurs übernommen:

(Beifall)

Die Inflation sei nicht so schlimm, andere Länder hätten noch mehr Inflation, die öffentlichen Haushalte seien nicht so sehr verschuldet, wie die CDU sage, mit ein wenig mehr Steuern, mit ein wenig mehr Ausgabenkürzung komme man schon wieder hin.

Meine lieben Parteifreunde, das Gefährliche an dieser Taktik ist doch, daß dadurch eine Inflationsmentalität in unserem Volke gebildet wird, die einer weiteren trabenden Inflation Vorschub leistet.

(Beifall)

Nun meine ich, es müßte die Hauptaufgabe dieses Wahlkampfes, den CDU und CSU führen, sein, die Verschleierungs- und Vernebelungstaktik des Gegners zu durchkreuzen, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und den Bürgern zu sagen, in welch starkem Maße sie persönlich in ihrer Existenz getroffen und gefährdet werden, daß die Vitalausgaben, die den Bürger auf der Haut berühren, die Ausgaben für Schulen, Krankenhäuser, Straßen, für den Umweltschutz, für die Kindergäten und vieles andere mehr, in einem Maße gekürzt werden müssen, daß das Minimum nicht mehr zur Verfügung steht, daß ein beispielloser Prozeß der Minderung der Vitalausgaben vor uns steht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn der Bürger das jetzt noch nicht auf der eigenen Haut spürt, was ihm bevorsteht, dann wird das binnen kurzem auch für ihn klar werden. Trotz aller Vernebelungs- und Verniedlichungskünste, trotz aller Beschwichtigungsversuche von Brandt und Schmidt wird immer mehr von der Wahrheit und Wirklichkeit sichtbar.

Ich will auf ein Beispiel aus diesem Land Hessen verweisen. Wir alle haben in der Zeitung gelesen und Bilder gesehen, daß Eltern und Schüler in diesem Land auf die Straßen gegangen sind, um zu demonstrieren, weil der Unterricht in den Schulen vielfach ausgefallen ist.

Wenn Sie fragen, ja warum fällt in diesem Land Hessen, dessen SPD-Regierung ja seit Jahren für die Bildungspolitik die erste Priorität festgesetzt hat, der Unterricht aus, dann muß man die Antwort geben, daß dieses hochindustrialisierte und früher wohlhabende Land nicht mehr die Mittel hat, um die Lehrer einzustellen, die an sich von den Pädagogischen Hochschulen angeboten werden und mit denen man die überfüllten Klassen reduzieren und den Ausfall an Unterricht wieder ausgleichen könnte.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gefragt, wie es dahin kommt, daß ein solches Land wie Hessen in eine so katastrophale bildungspolitische Situation kommt – und in den anderen Sektoren wird es alsbald ebenfalls sichtbar werden – aber man kann nicht allein auf diesen exemplarischen Fall Hessen verweisen, denn in Niedersachsen steht dasselbe bezüglich der Volksschulen für das kommende Jahr bevor, und eine Reihe von anderen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland wird voraussichtlich 1973/74 dasselbe Schicksal hinnehmen müssen.

Meine Damen und Herren, das hat es auch nicht in der Notzeit, auch nicht in der Nachkriegszeit gegeben. Dieser Regierung war es vorbehalten, uns in Situationen zu bringen, die bildungspolitisch so schlecht sind, daß sie ohne Beispiel in der Nachkriegszeit sind.

(Beifall)

Wenn ich frage, was hier vorliegt, dann gibt es darauf die eine Antwort, daß nämlich die Lohn- und Gehaltssteigerungen und die allgemeinen Preiserhöhungen in den öffentlichen Haushalten so gewaltig waren, daß sie auch durch die gestiegenen Einnahmen nicht mehr wettgemacht werden und daß demgemäß diese Haushalte ausgezehrt werden an Mitteln, mit denen man diese wichtigsten Ausgaben bestreiten kann. Im Land Baden-Württemberg, das ich vertrete – aber das ist kein Ausnahmefall – ist die Manövriermasse im Finanziellen, um diese wichtigen Ausgaben zu bestreiten, auf 4,8% heruntergegangen. Das Investitionsvolumen in diesem an sich wohlhabenden Land ist vom Jahre 1971 auf 1972 um 11% geschrumpft. Das ist eine katastrophale Situation. Sie ist kennzeichnend für das, was diese Bundesregierung uns angerichtet hat. Der Schulhausbau, der Krankenhausbau, die Wasserversorgung, der Umweltschutz – ich wiederhole: das, was dem Bürger am meisten interessiert – wird in der Zukunft am stärksten reduziert, und die Folgen hat der einzelne Bürger zu tragen.

Damit aber ist der politische Handlungsspielraum, weil die Finanzen nicht mehr vorhanden sind, im Grunde so eingeschränkt, daß er sich auf Null zubewegt. Das heißt: Politik findet in den Ländern und in den Gemeinden nicht mehr statt als Folge dieser verfehlten Stabilitäts- und Preispolitik der Bundesregierung. Das ist die Wirklichkeit, vor der wir in den Ländern stehen. Es wird unsere Aufgabe sein, in diesem Wahlkampf dem letzten Wähler diesen Tatbestand deutlich zu machen. Denn wenn er das realisiert, dann kommt er automatisch dazu, daß er sagt: Schluß mit diesem System aus SPD und FDP und Vertrauen für die CDU, die allein hier eine Wendung schaffen kann.

(Beifall)

Wenn man der Bevölkerung sagt, was hinter dem Postulat der Verbesserung der Lebensqualität steht, das die SPD errichtet hat für ihre kommenden Politik, dann wird sie sagen: Wir verzichten auf die Ankündigung von besserer Lebensqualität, wenn wir von vornherein wissen, daß aus mangelnder Stabilität und aus mangelndem Finanzvorrat überhaupt nichts stattfinden kann, was das Leben verbessert, sondern daß wir zunächst einmal riesige Verschlechterungen unserer Lebensqualität hinnehmen müssen! Hätte sich die vergangene Bundesregierung aufgerafft, vor zwei Jahren das Notwendige zu tun, so wären die Eingriffe und Opfer verhältnismäßig gelinde gewesen, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Sie hat aber nicht den Mut gehabt und nicht die Kraft besessen, dem Volk und vor allem ihren linken Anhängern die Wahrheit zu sagen und entsprechend zu handeln. Jetzt wird es, das wissen wir alle, überaus schwer sein, den verfahrenen Karren wieder flott zu machen, und es wird nicht ohne schmerzhafte Schnitte in den Haushalten abgehen. Es werden Opfer vom Volk gefordert werden müssen, und ich sage Ihnen — wir sprechen das als CDU/CSU auch vor dem Wahlkampf in aller Ruhe und Gelassenheit aus —, daß nicht ohne Opfer der Bevölkerung die Dinge wieder saniert werden können. Denn von uns erwarten die Bürger, daß wir ihnen die Wahrheit sagen und daß eine Abkehr stattfindet vom Wunschdenken, das allzu lang die SPD hat nähren können.

(Beifall)

Der Bedarf unseres Volkes an Illusion ist gedeckt. Es verlangt von uns, die Wahrheit zu wissen. Das Volk will von uns eine glaubwürdige Politik, und es ist auch bereit, dafür seine Opfer zu bringen. Das ist die Erfahrung — lassen Sie mich das sagen —, die wir im Wahlkampf in Baden-Württemberg durch eine schonungslose Offenlegung der wirklichen Situation gemacht haben. Wir sind überzeugt, daß bei der gleichen Offenheit dem Bürger gegenüber in diesem Bundestagswahlkampf auch die Bürger des Bundes der CDU das Vertrauen schenken werden.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Filbinger, für Ihren temperamentvollen und engagierten Diskussionsbeitrag.

Meine Damen und Herren, ehe ich das Wort weitergebe, möchte ich noch einmal bekanntgeben, daß die Betriebsräte gebeten werden, sich vor dem Tagungsbüro zu treffen. Dort steht eine Hostess zu ihrer Begleitung bereit. — Betriebsratsvorsitzender müßte man sein.

Ich gebe das Wort weiter, zunächst an Herrn Dr. Albrecht, Niedersachsen, anschließend an Frau Breuel, Hamburg.

Dr. Ernst Albrecht, Niedersachsen: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst im Namen der Nie-

dersachsen Herrn Dr. Filbinger sehr herzlich danken, daß er die Probleme der Länder und Gemeinden so klar angesprochen hat, wie heute morgen auch schon Franz-Josef Strauß.

Niedersachsen ist mehrfach erwähnt worden, und ich glaube, es gibt kein Bundesland, an dem Sie so klar sehen, wohin diese Inflationspolitik geführt hat. Wir haben einen Rekordhaushalt von 11 Milliarden DM. Wir haben eine Ausgabensteigerung von 1971 auf 1972 — man wagt es gar nicht laut zu sagen — von 18%. Wir haben natürlich auch eine Rekordverschuldung, denn alles Inflationsgeld der Welt kann diese 18% nicht finanzieren. Und trotzdem ist es so in unserem Land, daß noch nie in den letzten zehn Jahren das Land Niedersachsen so wenig für seine Bürger geleistet hat wie jetzt. Lassen Sie mich nur drei Zahlen nennen:

Der Straßenbau ist darauf zurückgeschrumpft, daß wir nur noch die Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre bedienen. Im Schulbau, wo wir früher 60 Millionen DM einsetzten, haben wir heute ganze 10 Millionen DM zur Verfügung. Und im sozialen Wohnungsbau, wo wir einmal 22 000 Wohnungen bauten, in den letzten 60er Jahren etwa 12 500 Wohnungen bauten, sind wir jetzt zurückgefallen auf 1700 Wohnungen im Jahr. Das ist die Folge dieser Inflationspolitik und des Verlustes des wirtschaftlichen Wachstums.

(Beifall)

Und eine zweite Bemerkung: Ich knüpfe an an den Bericht, den Herr von Weizsäcker gestern im Namen der Grundsatzkommission gegeben hat. Ich glaube, wir alle hier im Saal haben gespürt, daß damit ein Versäumnis gutgemacht worden ist; denn die Mehrheit unserer Bürger in diesem Lande traut uns zu, daß wir eine gute pragmatische Politik machen, aber sie hat nicht im gleichen Maße verstanden, daß diese Politik nur möglich ist, weil sie auf einem festen sittlichen Fundament beruht.

(Beifall)

Ich wünsche uns noch für diesen Wahlkampf, daß wir das beherzigen und daß, wenn wir für die Soziale Marktwirtschaft eintreten, für diesen dritten Weg zwischen dem Kapitalismus, der die Ungerechtigkeit ist, und dem Sozialismus, der die Unfreiheit ist, wir dann ganz klar machen, daß uns letztlich nicht ökonomische Gründe leiten, sondern daß es hierbei in allererster Linie um die Freiheit geht. Und gerade die ist heute in Gefahr.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten uns hier mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus auseinandersetzen, der eines dieser Modeworte ist, die heute kommen. Was heißt denn dieser Begriff, wenn er überhaupt etwas

bedeutet? Er heißt doch, daß die Verfechter dieser Lehre meinen, sie könnten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich Sozialismus haben, sie könnten die Soziale Marktwirtschaft ersetzen durch ein staatskapitalistisches planwirtschaftliches System und gleichzeitig die Freiheit im politischen übrigen Bereich behalten. Und genau das geht eben nicht.

Lassen Sie mich abschließen, indem ich dieses sage: Wenn man unser System ersetzt, wenn man an die Stelle der Millionen Verbraucherentscheidungen, die bei uns entscheiden über das, was produziert wird, was konsumiert wird, was importiert wird, wenn man an die Stelle die eine Planbehörde setzt, wenn man an die Stelle der Tausenden von Arbeitgebern, zwischen denen immerhin noch eine gewisse Wahlfreiheit für den Arbeitnehmer besteht, den einen übermächtigen Arbeitgeber Staat ersetzt, wenn man an die Stelle des verantwortlichen Unternehmers den Staatsfunktionär setzt, dann soll man sich nicht einbilden, daß diese politische Grundordnung die gleiche bleiben wird. Ich meine, wenn wir in diesem Wahlkampf klarmachen können, daß der mündige Bürger, der von unserer Demokratie gefordert wird, nun doch seine Chance hat, wo er sich auch im Wirtschafts- und Berufsleben bewähren kann, wenn wir außerdem klarmachen, daß wir als Partei dafür eintreten werden und in der Lage sein werden, die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen, daß wir aus diesem Freiheitsanliegen heraus für Vermögensbildung für alle eintreten werden und für eine funktionsgerechte Mitbestimmung, und wenn wir drittens klarmachen, was morgen geschehen wird, daß wir wieder eine Außenpolitik führen, die auch die Adjektive „deutsch" und „europäisch" verdient, dann wüßte ich nicht, warum wir diesen Wahlkampf verlieren sollten.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Auch Ihnen, Herr Dr. Albrecht, herzlichen Dank für Ihren Diskussionsbeitrag.

Meine Damen und Herren, ich habe noch vier Wortmeldungen, und ich darf bitten, daß Sie auch diese vier Redner noch genauso geduldig anhören wie die vorhergehenden. Für diejenigen aber, die schon vorher den Saal verlassen sollten, möchte ich vorsorglich ankündigen, daß die Nachmittagssitzung, die sehr gedrängt wird, pünktlich um 15.00 Uhr beginnen wird.

Ich gebe als nächstem das Wort Frau Breuel, Landesverband Hamburg, anschließend Herrn Dr. Kesseler, Landesverband Exil-CDU.

Birgit Breuel, Hamburg: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht ganz leicht, in die männliche Rednerphalanx einzudringen. Gestatten Sie mir trotzdem einige Worte zu einem speziellen Thema, zum Thema Schiffsbau und Schiffahrt, ein Bereich, der

von der sogenannten sozial-liberalen Koalition in vergangenen Jahren nicht zur Kenntnis genommen wurde, was Herr Dr. Narjes als zynische Untätigkeit hier bezeichnet hat.

Erst einige Wochen vor dem Wahltermin am 19. November bekommt dieser wichtige Bereich einiges aus dem Füllhorn der verbalen Versprechen dieser Regierung, die zwar jetzt nach dem Gießkannenprinzip alle ein wenig bedenkt, aber so die Probleme sicherlich nicht lösen kann. Das Füllhorn hat der dreifache Minister Lauritzen ausgeschüttet. Heute hat sich auch Herr Schmidt dazu geäußert. Er möchte nun, wie es die „FAZ" genannt hat, versuchen, zur Wahl ein bißchen guten Wind für Schiffahrt und Schiffbau zu machen.

Meine Damen und Herren, das ist ein wichtiges Problem, insbesondere für den norddeutschen Küstenraum. Dieses Problem unterstreicht die vielzitierte Strukturschwäche dieses Raumes. Annähernd 100 000 Beschäftigte in Schiffbau und Schiffahrt und eine erhebliche Anzahl weiterer Beschäftigter in der Zulieferindustrie müssen dank der Versäumnisse der Regierung Brand/Scheel um ihre Arbeitsplätze bangen. Daß Herr Brandt dies, sei es aus Unkenntnis, sei es aus der bekannten Unfähigkeit, wirtschaftspolitische Entscheidungen zu fällen, einfach so laufen läßt, verwundert niemanden mehr. Die Einstellung des diesjährigen Wirtschaftsministers Helmut Schmidt hat der inzwischen ja als „Mister Fünf Prozent" bezeichnete Minister mit seiner Aussage zur Inflation und zur Arbeitslosigkeit klargemacht.

Meine Damen und Herren, eine Vollbeschäftigungsgarantie, eine Institutionalisierung der Inflation im Langzeitprogramm der SPD und eine totale Mißachtung von so vielen Arbeitsplätzen, die gefährdet sind, passen nicht zusammen und stellen eine einzigartige Unbekümmertheit dieser Regierung dar.

(Beifall)

Politisch bedingte Lasten, wie zweifache Aufwertung und die Freigabe der Wechselkurse, müssen von einer verantwortlichen Regierung ausgeglichen werden. Die stillschweigende Hinnahme des Flaggenprotektionismus, die nur verbal gelegentlich bedauerte Zunahme von dirigistischen Maßnahmen und Einflüssen in der Welt und von Verstößen gegen den OECD-Liberalisierungskodex sind auch ein Verschulden dieser Regierung.

Als Folge dieser regierungsamtlichen Sendepause in einem so wichtigen Bereich erleben wir, daß im Schiffbau und im schiffahrtspolitischen Raum die deutschen Großwerften seit Freigabe des Wechselkurses keinen Neubauauftrag mehr hereinnehmen konnten, daß die mittleren und kleineren Werften ihre Ablieferungen nur zu 8% durch Neubauaufträge

ersetzen konnten und daß die Ausflaggung erheblich zunimmt. Wir halten daher kurzfristig eine Modifizierung und Verbesserung der Konditionen der Wechselkursversicherung für dringend erforderlich. Wir befürworten zum anderen eine Aufstockung des siebenten Werftprogramms, um angesichts der kurz bevorstehenden Ausschöpfung die Hereinnahme von Neubauaufträgen nicht durch das Fehlen von Finanzierungsmöglichkeiten zu gefährden. Langfristig muß unseres Erachtens geprüft werden, wie weit ein spezielles deutsches Tankerprogramm aufgelegt werden soll und wie weit bestimmte Rohstoff- und Energieimporte – das scheint uns ein wichtiger Punkt zu sein – an die deutsche Flagge gebunden werden sollen, um z. B. Versorgungsengpässen vorzubeugen.

Meine Damen und Herren, eine Debatte über die Einzelheiten würde den Diskussionsrahmen sprengen. Wir haben unsere Vorschläge ausformuliert und dem Bundesvorstand mit der Bitte um Berücksichtigung im Rahmen des Regierungsprogramms zugeleitet. Wir erhoffen die ersten konkreten Schritte ab dem 20. November.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Frau Breuel, der Parteitag dankt Ihnen für diesen wichtigen Diskussionsbeitrag zur Schiffbaupolitik.

Als nächster hat Herr Dr. Kesseler, Exil-CDU, das Wort. Anschließend folgt Herr Burgard, Saarland.

Dr. Wolfram Kesseler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zum Thema Steuern eine kurze Anmerkung. Stichwort: Informativer Wahlkampf, hier SPD-Märchen: „Für Selbständige" – Sie hören recht – „Steuerermäßigungen". Dieses zentrale Flugblatt der SPD bringt unter der dicken Balkenüberschrift „Selbständige": „Steuerermäßigungen durch Wegfall der Investitionssteuer – Unsere Leistung", nämlich die der SPD. Hier ist nicht der Ort, die Funktion der im Vomhundertsatz fallenden Investitionssteuer zu erörtern, nämlich als Ausgleich für nicht gezahlte Mehrwertsteuer. Nur möchte ich hier klar- und richtigstellen, weshalb die Investitionssteuer am 1. Januar 1973 fortfällt und wodurch. Auskunft darüber gibt das Bundesgesetzblatt vom 2. Juni 1967, und zwar der § 30 Abs. 5 des Mehrwertsteuergesetzes, dessen geistiger Vater wohl zu Recht unser Parteifreund Otto Schmidt (Wuppertal) genannt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Dieses Gesetz trägt aber nicht die Unterschrift eines Sozialdemokraten, sondern die des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger und des Bundesministers der Finanzen Franz-Josef Strauß. Dazu sagt der SPD-Vorsitzende Brandt: „Unsere Leistung." Da bleibt nur noch zu fragen:

Für wie dumm hält die SPD die Wähler eigentlich, wenn sie glaubt, daß sie auf solche plumpen Wahltricks hereinfallen?

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Kesseler für seinen Diskussionsbeitrag.

Als nächstem gebe ich Herrn Burgard, Landesverband Saar, das Wort. Anschließend folgt als letzter Redner Herr Dr. Meier, Exil-CDU.

Edgar Burgard: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt ein deutsches Sprichwort, das heißt: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist die Mark nicht wert. Wir sollten dieses Sprichwort etwas umdeuten und sagen: Wer die Mark nicht ehrt, ist Bonn nicht wert.

(Beifall)

Einige Bemerkungen noch zu einem Thema, das heute morgen des öfteren angeklungen ist, nämlich zu dem Verhalten der jetzigen Regierung in bezug auf Stabilität und Integration. Ich möchte erstens darauf hinweisen, daß es bei den Verhandlungen in Brüssel von seiten dieser Regierung versäumt worden ist, in die Entschließung zur Wirtschafts- und Währungsunion eindeutige stabilitätspolitische Zielsetzungen einzubauen. Ich möchte zweitens darauf hinweisen, daß die zu Anfang dieses Jahres zugestandene Verengung der Bandbreiten zwischen den Wechselkursen auch ohne Grund und ohne stabilitätspolitische Gegengabe erfolgt ist. Ich möchte drittens hinzufügen, daß in der jüngsten Zeit der Schaffung eines europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit die Zustimmung gegeben worden ist, auch hier wieder ohne stabilitätspolitische Gegengabe. Herr Brandt, Herr Scheel und Herr Schmidt möchten den Gipfel haben, damit sie einmal mehr auf den deutschen Fernsehschirmen erscheinen können. Viertens hat Herr Schmidt im Rahmen dieses europäischen Fonds zugesagt, daß es zu einem erneuerten Mechanismus kommen soll. Entgegen anderslautenden Behauptungen bedeutet dies letzten Endes nicht anderes, als daß Kredite zur Verfügung gestellt werden, damit andere Mitgliedstaaten eventuell ihre Inflation finanzieren können.

Inflation ist ein Rauschgift, mit dem das Volk auf den Marxismus vorbereitet werden soll.

(Vereinzelter Beifall)

Heute morgen ist hier von der Begünstigung der Sachvermögensbesitzer gesprochen worden. Es gibt in der Bundesrepublik für etwa 2,5 Billionen DM Sachvermögen. Wenn man nur das berücksichtigt, was durch die Preissteigerungen, die über 3% hinausgehen, an zusätzlichem Vermögen in der Hand der Sachvermögensbesitzer wertmäßig

in D-Mark gerechnet geschaffen worden ist, kommt man auf eine Zahl von 75 Milliarden DM pro Jahr. Das ist Begünstigung im Amt.

Lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen. Wir haben keinen Machtdurst von seiten der CDU; aber diesen Brandt sollte man als Kanzler löschen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Burgard für seinen Diskussionsbeitrag.

Als letzter spricht Herr Dr. Meier, Landesverband der Exil-CDU.

Dr. Hellmut Meier: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Die Wahl kommt — wenn wir zynisch wären, könnten wir das sagen — eigentlich zu früh, denn wenn diese Regierung noch ein Jahr weiter arbeiten würde, wäre wohl auch dem letzten klar, mit welchen Ergebnissen sie ihre Politik betreibt.

(Beifall)

Das wäre aber ein lebensgefährliches Experiment für unser Volk und für unsere Wirtschaft, und deswegen müßte eigentlich die deutsche Bevölkerung der CDU dafür danken, daß ihr Druck im Bundestag es zustande gebracht hat, daß schon jetzt und nicht erst am Schluß eines solchen schlechten Experiments gewählt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Der Fünf-Prozent-Minister ist mehrfach erwähnt worden. Wer den Arbeitnehmern sagt, sie könnten 5% Preissteigerungen besser vertragen als 5% Arbeitslosigkeit, der kommt mir vor wie ein schlechter Arzt, der sagt, eine vereiterte Stirnhöhle sei leichter zu ertragen als ein gebrochener Arm. Ich glaube, bei diesem Mann ist mehr vereitert als nur die Stirnhöhle.

(Vereinzelter Beifall)

Wer aber zugleich mit dieser Bevorzugung nur eines Produktionsfaktors den Eindruck erweckt, als komme es auf die anderen weniger an und als spiele das ausgewogene Verhältnis der wirtschaftlichen Kräfte keine entscheidende Rolle, wer nur — so wichtig dies ist — Arbeitsplätze schaffen und garantieren will, der begibt sich doch in die gefährliche Nähe von Diktatoren, die mit Arbeitsbeschaffungsprogrammen die Arbeitslosen von den Straßen geholt haben und sich dafür rühmen ließen, die aber keine Rücksicht darauf nahmen, wie das zu finanzieren wäre.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer sich immer mehr zum Linksextremismus entwickelnden Partei, der

SPD, die ja insoweit schon ihr demokratisches Fundament verlassen hat. Wir aus der Zone haben mit einer solchen Art Staatswirtschaft Erfahrungen gesammelt, und ich kann mir vorstellen, daß es da drüben heute Zigtausende gibt, die sofort in einen Tausch mit den Anhängern dieser Staatswirtschaft bei uns einwilligen würden

(Vereinzelter Beifall)

und die ihnen dann den Weg freimachen würden, aus der Theorie in die Praxis umzusteigen.

(Erneut vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, die Preissteigerung, die Inflation können wir auf die Dauer nicht ertragen. Wir müssen unserem Volke klarmachen, wohin dieser Weg führt. Das ist die Aufgabe dieses Parteitages gewesen, und ich glaube, alle Redner haben diese Aufgabe gut erfüllt. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich danke auch Herrn Dr. Meier für seinen Diskussionsbeitrag. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Meine Damen und Herren, wir haben heute grundsätzliche Referate von Dr. Strauß und von Dr. Narjes zur Wirtschaftspolitik und zu den Problemen der Sozialen Marktwirtschaft gehört. Wir haben heute morgen gegenüber der Regierungspolitik von heute die Regierungspolitik von morgen aufgezeigt, und ich bin überzeugt und sicher, daß der Wähler am 19. November unseren Vorstellungen folgen wird.

Ich schließe damit die heutige Vormittagssitzung und berufe den Parteitag für pünktlich 15.00 Uhr wieder ein.

(Unterbrechung von 13.03 Uhr bis 15.00 Uhr)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wie versprochen wollen wir die Nachmittagssitzung pünktlich beginnen. Bevor wir in die Tagungsordnung eintreten, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß wir heute abend einen festlichen Mittelpunkt unseres Parteitages vor uns haben. Im Namen des Präsidiums möchte ich Sie noch einmal herzlich zur heutigen Abendveranstaltung einladen. Der Empfand findet statt im großen Festzelt auf der Gibber Kerb in Wiesbaden-Biebrich. Die Wiesbadener haben hinterlassen, daß dort eine vorzügliche Küche, prächtiger Wein und bodenständiges Bier vorzufinden sein werden. Auch auf die Musikkapelle wird von den Gastgebern hingewiesen. Die Gastgeber berichten mit Stolz, daß es ihnen gelungen ist, die Kapelle Kurt Edelhagen, die von den Olympischen Spielen her

bekannt ist, zu gewinnen. Der CDU-Wahlschlager wird heute abend seine Uraufführung erleben. Seien Sie dabei.

Im Verlauf dieses Nachmittags werden Sie einen Zettel erhalten, mit dem Sie gebeten werden, zu einer bestimmten Zeit den Bus zur Fahrt zum Empfang zu benutzen. Bitte, erleichtern Sie allen Verantwortlichen das Geschäft, indem Sie dieser Bitte nachkommen und sich nach dem richten, was jeweils auf Ihrem Zettel steht.

Ich rufe jetzt vor Eintritt in die Tagesordnung zu einem ganz kurzen Punkt auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich gebe das Wort Herrn Kanther.

Manfred Kanther, Mandatsprüfungskommission: Frau Präsidentin, die Mandatsprüfungskommission hat festgestellt, daß der Parteitag ordnungsgemäß geladen und beschlußfähig ist. Von 602 stimmberechtigten Delegierten waren um 13.00 Uhr 581 Delegierte anwesend.

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Danke schön!

Meine Damen und Herren, wir kommen zu einem zentralen Thema:

Reformpolitik der Vernunft.

Damit ist ein zentraler Punkt des argumentativen Wahlkampfes angesprochen. Wenn Sie heute in der Presse lesen konnten, die Delegierten warteten auf Herzstärkung, dann stellen wir dazu fest, daß in der CDU das, was unser Herz am meisten stärkt, das ist, was auch unserem Verstand bekommt.

(Beifall)

Unter dieser Überschrift werden heute Herr Katzer und Frau Wex zu uns sprechen. Hans Katzer steht für uns mit seinem Namen und seiner Leistung dafür, daß die CDU eine soziale Partei ist, die sich nachdrücklich von sozialistischen Parteien abgrenzt. Helga Wex steht, wenn ich ein Wort, was heute morgen fiel, etwas abwandeln darf, dafür, daß es in der CDU nicht nur gestandene Mannsbilder, sondern offenbar auch gestandene „Fraubilder" gibt. „Weibsbilder" darf man nicht sagen.

(Beifall)

Ich rufe damit diesen Tagesordnungspunkt auf und teile jetzt schon mit, die beiden Referenten haben erklärt, daß sie zusammen etwa eine Stunde für ihre Referate brauchen. Uns steht dann eine weitere Stunde zur Diskussion dieser Themen zur Verfügung. Gegen 17.00 Uhr wollen wir uns der Außenpolitik zuwenden.

Ich gebe das Wort an Hans Katzer.

(Beifall)

Hans Katzer: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! „Reformpolitik der Vernunft" heißt unser Thema. Lassen Sie mich im Rahmen dieses Themas 9 Punkte abhandeln, von denen mir scheint, daß sie nicht nur für die Wahlauseinandersetzung und für unseren Sieg bei dieser Bundestagswahl entscheidend sind, sondern daß sie dafür entscheidend sind, wie deutsche Politik in den nächsten vier Jahren aussehen kann.

(Beifall)

Meine Freunde, dabei täusche sich niemand, nach dreijähriger Regierungstätigkeit von SPD und FDP ist es schwerer als zuvor, für die Realisierung moderner und konsequenter Reformpolitik zu werben. Zwar wurde ganz offensichtlich in der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition das Reformbewußtsein breiter Schichten geschärft, zugleich aber blieben die wichtigsten der versprochenen Reformen auf dem Gebiet der Bildung, der Vermögensbildung und der gerechteren Besteuerung aus. Mit jedem Rücktritt eines Ministers und eines Staatssekretärs ist das Scheitern einer noch nicht begonnenen Reform eingeleitet worden.

(Beifall)

Meine Freunde, wer fühlt sich dadurch bestärkt? Davon fühlen sich doch nicht die reformerischen Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft bestärkt, sondern diejenigen, die mit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung nicht viel im Sinn haben. Kein Wunder, wenn für Einnahmeverbesserungen zugunsten neuer Krankenhäuser, Schulen und Kindergärten heftig gestritten wird, Steuererhöhungen dann aber nur dazu dienen, die Inflationslöcher im Haushalt notdürftig zu stopfen, wenn die öffentliche Armut beklagt wird, aber nichts geschieht, außer, meine Freunde, daß die private Armut gerade der schwächsten Schichten unseres Volkes, der Sparer, Rentner und Kriegsopfer, im inflationären Verteilungskampf vergrößert. Meine Freunde, Inflation ist, schlicht gesagt, nichts anderes als Diebstahl am kleinsten Mann unseres Volkes.

(Beifall)

Meine Freunde, was sollen wir gar davon halten, wenn der Reformwille der Bürger von aktiven Minderheitsgruppen zur Angriffswaffe gegen die Soziale Marktwirtschaft umfunktioniert wird? Über diese Zusammenhänge können auch noch so schöne Worte führender Regierungsvertreter nicht hinwegtäuschen, daß man doch im Grundsatz zur Sozialen Marktwirtschaft stünde.

Meine Freunde, Reformpolitik in diesem Lande wird erst dann wieder erfolgreich sein können, wenn sie konsequent und beharrlich zu dem Fundament der Sozialen Marktwirtschaft zurückfindet, und das ist die Stabilität. Und ich füge hinzu, dazu gehört zuallererst und zuvorderst neben dem, was Strauß und Narjes heute gesagt haben, daß wir mit der Weckung der Inflationsmentalität in unserem Lande aufhören. Das Gegenteil muß erreicht werden. Wir müssen die weit verbreitete, von dieser Regierung und diesem Bundeskanzler — leider muß man das sagen — weithin gezüchtete Inflationsmentalität überwinden und den Mut haben, zu einem Höchstmaß an Stabilität zurückzukehren.

Die bittere Lehre für all diejenigen, die glaubten, daß man sich bei der Durchsetzung von Reformen nicht mit dem ständigen Kleinkrieg um mehr Stabilität belasten solle, ist doch, daß in den vergangenen drei Jahren keine einzige Reform dadurch gefördert wurde, daß man es mit der Stabilität nicht mehr so genau nahm wie früher.

Es geht kein Weg an der Notwendigkeit vorbei, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als Einheit zu betrachten und vor allem als Einheit zu praktizieren. Diese Regierung hat doch nicht vorzeitig zurücktreten müssen, weil dieser oder jener Abgeordnete gewechselt hat, sondern diese Regierung mußte zurücktreten, weil der Bundeskanzler nicht die Führungskraft hatte, seine Mannschaft beisammen zu lassen. Das ist doch die Wahrheit in dieser Auseinandersetzung!

(Beifall)

Diese Regierung ist doch in Wahrheit im Innern daran gescheitert, daß sie zwar von der Verzahnung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gesprochen hat, dies aber nur ein verbales Bekenntnis war, und in Wirklichkeit jeder Minister auf eigene Faust versuchte, Politik zu machen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns in diesen 3 Jahren bemüht, eine konstruktive Opposition zu sein. In der Gesellschaftspolitik gibt es mehr als 14 Gesetzeswerke, die wir vorgelegt haben. Alle diese Gesetzeswerke haben eines zum Inhalt: das Bemühen um ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit in unserem Lande. Ohne Stabilität gibt es keine Verteilungsgerechtigkeit, und ohne Verteilungsgerechtigkeit gibt es keine Stabilität. In der Rentenpolitik hat die Union frühzeitig — nicht vor dem Wahlkampf, nicht als Wahlgeschenk, sondern vor 1½ Jahren, als in unserem Lande noch niemand an vorgezogene Wahlen dachte — eine Alternative entwickelt, die da anhob, wo diese Regierung versagt hat, nämlich bei der Rentenniveauerhöhung für mehr als 10 Millionen Rentner.

(Beifall)

Meine Freunde, was ist denn geschehen unter einer Regierung, die sich eine Politik der inneren Reformen versprochen hatte? Daraus ist doch folgendes geworden: die Regierung hat die Reformen, die die Union in Kraft gesetzt hatte wie die Rentenreform 1957, zu einer Reformruine werden lassen. Das ist das Ergebnis dreijähriger SPD/FDP-Politik!

(Beifall)

Dreimal haben die Sozialdemokraten und Freien Demokraten unsere Rentenniveauerhöhung abgelehnt. Da nützen alle Beteuerungen in diesem Wahlkampf nichts! Ich kann nur wiederholen: 10 Millionen Rentner täuscht man nicht, und sie wissen, daß die Union keine sozialistische, aber eine soziale Partei ist, die an den schwächsten Gliedern unseres Volkes zuerst anfängt und nicht bei anderen Gruppen unserer Gesellschaft reformieren will.

(Beifall)

Wir haben Erfolg gehabt, meine Freunde — nicht für uns. Es wurde immer gesagt, der Sieger in dieser Schlacht sei die Union oder dieser oder jener. Nein! Wenn man von Siegern spricht, sind es andere: das sind die Rentner, das sind die Frauen und Kleinstrentner, das sind die Selbständigen, denen wir die Rentenversicherung eröffnen, und das sind diejenigen, die von der flexiblen Altersgrenze betroffen sind. Das sind die Sieger, und wir freuen uns, daß wir mit Beharrlichkeit und Mut das getan haben, wozu uns die Regierung immer wieder aufgefordert hat, nämlich eine Alternative vorzulegen und, wenn wir dann die Mehrheit für diese Alternative sehen, sie im Parlament auch durchzusetzen. Das haben wir, meine Freunde, getan.

(Beifall)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Freunde, mit aller Deutlichkeit, mit aller Klarheit hier sagen: Wir werden in der Rentenpolitik wie auch anderswo nichts von dem zurücknehmen, was mit unseren Stimmen beschlossen wurde, zumal wir gerade in der Rentenpolitik auf ausreichende Sicherheitsreserven geachtet haben.

Meine Freunde, dieses Geraune im Lande, kurz vor den Wahlen hätten es die Sozialausschüsse und der Herr Katzer leicht, aber nachher würden sie wieder die „soziale Badehose", das „soziale Feigenblatt" — und wie derlei Sprüche auch immer heißen mögen! Ich kann Ihnen nur sagen: Diese Politik dieser Union, die wir gemeinsam beschlossen haben, wird gemeinsam in der nächsten Legislaturperiode von uns durchgeführt werden.

(Beifall)

Da gibt es kein Krähen und kein Deuteln!

Lassen Sie mich eine zweite Bemerkung machen. Das Fundament unserer Gesellschaftsordnung ist die Soziale Marktwirtschaft. In der Bundestagsdebatte über innere Reformen im März 1972 sagte der derzeitige Bundeskanzler – man höre und staune –: In den fünfziger Jahren hat das deutsche Volk in der Bundesrepublik in einem stürmischen und erfolgreichen Wiederaufbau aus einer Trümmerlandschaft eine der leistungsfähigsten Industrienationen der Welt geschaffen. – *Ich habe damals geantwortet – und ich wiederhole es hier* –: Nun, meine Damen und Herren, diesen Satz hätten wir gerade damals gern von der Opposition gehört, die damals gegen uns ankämpfte; denn diese Soziale Marktwirtschaft ist doch durchgekämpft worden gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten, und derjenige, der es durchgestanden hat, war doch kein anderer als Ludwig Erhard. Er hat diese Soziale Marktwirtschaft durchgestanden!

(Starker Beifall)

Ludwig Erhard wird mir sicherlich nicht böse sein, sondern ich hoffe, er wird mir den Satz unterstreichen, wenn ich sage: Dies hat er nur tun können, weil die christlich-sozialen Kräfte ihn damals in dieser seiner Entscheidung unterstützt haben. Das war damals so, und das bleibt heute so, meine Freunde.

(Beifall)

Wir sind und bleiben der Überzeugung, daß die Soziale Marktwirtschaft jeder Form einer zentralgelenkten Wirtschaft überlegen ist. Das gilt in doppelter Richtung. Einmal hat sie ihre praktische Überlegenheit, was den wirtschaftlichen Erfolg angeht, deutlich bewiesen. Zum anderen – darüber muß sich jeder klar sein – führt jede zentralgelenkte Wirtschaft – und damit meine ich auch eine Wirtschaft, in der die Produktionsmittel im Staatseigentum stehen – zu einer Einschränkung der Freiheit des einzelnen und zur Vergrößerung der Manipulation. Denn eine staatliche Lenkung, die etwa bei den Investitionen anfängt, muß zwangsläufig eine Lenkung der Verbrauchsmöglichkeiten umfassen und wird bei der Lenkung der Arbeitskräfte enden. Wir lassen uns daher, meine Freunde, von dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft nicht abbringen. Im Gegenteil, wir werden auf dieser Basis weiterarbeiten. In dieser Ordnung haben selbstverständlich auch gemeinwirtschaftliche Organisationen – sei es im Wohnungsbau, sei es im Konsumbereich – ihren sinnvollen Platz.

Das dritte, was ich sagen möchte – das war das, was gestern Herr von Weizsäcker, die Grundsatzkommission, angesprochen hat –: Wir

werden insbesondere bei der jungen Generation unsere überlegene Ordnung nur dann wirklich verankern können, wenn es uns gelingt, die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als ein System der Gewinnmaximierung zu sehen, sondern wenn wir darin auch die Chance und die Möglichkeit zur Entfaltung der einzelnen menschlichen Persönlichkeit sehen. Das schließt ein unser soziales Engagement.

(Beifall)

Meine Freunde, die Grundsatzkommission hat hierfür als Beispiel die Notwendigkeit sozialer Dienstleistungen bezeichnet. Es wird darauf ankommen, in der Zukunft klarzumachen, daß die Dienste von Mensch zu Mitmensch in ihrer Rangordnung nicht zurücktreten dürfen hinter den Fragen der Güterproduktion. Dies wird auch ein Überdenken der Ziele und Methoden der klassischen Sozialpolitik erfordern. Unser großes System der sozialen Sicherung ist in der Hauptstoßrichtung auf die Herstellung der Verteilungsgerechtigkeit durch finanzielle Leistungen eingestellt.

Hier müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um konkrete Hilfe zu schaffen — für den Behinderten, den Alten, den Kranken, den Einsamen in unserer Gesellschaft. In diesen Tagen wurde hier viel — ich sage mit Recht — von der Notwendigkeit der Rückkehr zur Stabilität gesprochen. Ich möchte in aller Klarheit und Deutlichkeit folgendes hinzufügen:

1. Für uns ist die Wiedergewinnung der Stabilität nicht Selbstzweck, sondern Basis, um wirksame Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit geben zu können.

(Beifall)

2. Für uns sind Fortschritt und Produktivitätssteigerung nicht Selbstzweck, sondern die Basis für unser soziales Engagement im Dienst für den Nächsten. Ich war froh und glücklich über das Zwischenergebnis der Arbeit der Grundsatzkommission, obwohl von dieser Kommission — ich habe das Herrn von Weizsäcker gesagt — im Grunde gar nicht so viel Neues geboten worden ist, sondern weithin das wiederholt worden ist, womit wir 1945 angetreten sind. Viele der hier Anwesenden waren damals vielleicht noch zu jung, um das zu wissen, oder sie haben es wieder vergessen. Meine Freunde, dieser Nächste ist für uns, die wir mit dem „C" in unserem Namen angetreten sind, der Gastarbeiter nebenan ebenso wie der kranke und bedürftige Mensch in den Ländern der Dritten Welt. Hier ist unser Engagement für die Zukunft zu sehen.

(Beifall)

Meine Freunde, vor diesem Hintergrund ist die Aufgabe zu sehen, unsere innere Ordnung zu gestalten. Dazu gehört die Beteiligung am Produktivkapital, eine Herausforderung gerade der Sozialen Marktwirtschaft, die eine überzeugende und wirksame Lösung verlangt. Lassen Sie mich dazu wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur diesen einen Satz sagen: Ich halte es für unmöglich, daß die Sozialdemokraten landauf, landab die einseitige Verteilung insbesondere des Produktivvermögens bedauern, selbst aber weder in den 16 Jahren, in denen sie in der Opposition waren, noch in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung auch nur einen einzigen Gesetzentwurf vorgelegt haben, der diesem Thema zu Leibe rückt.

(Beifall)

Im Gegenteil! Der Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben – der Beteiligungslohn-Gesetzentwurf unseres Freundes Burgbacher –, ist der einzige seit Jahren vorliegende Entwurf. Man mag an ihm noch Verbesserungen vornehmen können; das wollen wir alles gerne prüfen. In diesem Entwurf aber ist das Problem im Kern angesprochen. Ich bin froh, daß Franz Josef Strauß in seiner Rede heute morgen gerade diesen Punkt besonders betont hat.

Meine Freunde, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Weiteres sagen. Wenn wir „Eigentum für jeden" sagen, so meinen wir auch persönliches Eigentum für jeden.

(Beifall)

Eine gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage privaten Eigentums ist auf die Dauer nur gewährleistet, wenn wir dem einzelnen Bürger unseres Landes nicht nur theoretisch, sondern praktisch die Chance zum Eigentumserwerb – einschließlich des Produktiveigentums – geben. Genau das will unsere Initiative.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Wohnungseigentum machen, denn ich glaube, es ist nicht von minderem Rang, daß der einzelne die Chance erhält, zu persönlichem Wohnungseigentum zu gelangen. Wir wollen durch eine gezielte Förderung des Wohnungseigentums den Antagonismus zwischen Vermietern und Mietern abbauen. Meine Freunde, ist es eigentlich ein unabänderliches Schickstl, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung Zeit ihres Lebens nicht über den Status eines Mieters hinauskommt? Ich meine, die Union sollte schleunigst ihren Gesetzentwurf wieder vorlegen, der insbesondere im Bereich des sozialen Wohnungsbaus wirksam werden soll und darauf abzielt, gerade für den kleinen Bürger unseres Landes Eigentumswohnungen zu sichern.

(Beifall)

Meine Freunde, täuschen Sie sich bitte nicht, wenn Sie hören, daß die derzeitige Koalition dem einzelnen nicht persönliches Eigentum, sondern ein Dauernutzungsrecht geben will. Dies ist die in Wahrheit verlegene, aber tatsächliche Antwort auf die schönen Worte vom „mündigen" Bürger.

Meine Freunde, wenn wir vom Eigentum und von Sozialer Marktwirtschaft sprechen, dann gehört dazu die Partnerschaft. Wenn wir von Partnerschaft sprechen, gehört dazu die Mitbestimmung. Lassen Sie mich dazu ein klares, deutliches Wort sagen. Ich meine, die Glaubwürdigkeit der Union der Christlichen Demokraten wird durch nichts stärker unterstrichen als durch die Tatsache, daß wir vor, während und nach Wahlen zum gleichen Thema, zur gleichen Sache, vor welchem Personenkreis auch immer, die gleiche Aussage machen. Das wollen wir auch weiter in ehrlichem Respekt voreinander tun.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft bedingt persönliches Eigentum und Partnerschaft; Partnerschaft bedingt Mitbestimmung. Ich weiß bei Gott nicht, woher die Sozialdemokraten eigentlich den Mut nehmen, in dieser Wahlauseinandersetzung überhaupt von Mitbestimmung zu reden, denn die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene ist unter dieser Koalition kein Stück weitergekommen. Im Gegenteil! Die von der CDU/CSU auf der Basis der Düsseldorfer Beschlüsse gemachten Vorschläge wurden im Bundestag von SPD und FDP niedergestimmt. Zu dieser Passage gehört auch folgendes, und das muß sauber und klar gesagt werden: Die Sozialausschüsse sind in diesem Punkt in Düsseldorf unterlegen. Wir sind Demokraten und wir haben gesagt: Selbstverständlich, was hat es für einen Sinn, in eine Auseinandersetzung zu gehen und zu sagen: Aber das gilt nur, wenn ich gewonnen habe? Dies gilt für uns, für die ganze Union! Aber ebenso, Meine Freunde, bleibt das, was ich in Düsseldorf dazu gesagt habe: Im innerparteilichen Meinungsstreit, in der innerparteilichen Diskussion werben wir dafür und ringen wir darum, daß unsere Vorstellungen, die wir für besser, für optimal halten, durchgesetzt werden. Das wird auf dem nächsten Parteitag, wenn wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen, geschehen.

(Beifall)

Meine Freunde, das ist, glaube ich, eine saubere Position. Im übrigen kann niemand, auch keiner von den Sozialdemokraten, übersehen, daß die 7:5-Lösung des Biedenkopf-Vorschlages ein Stück Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht der Drittelparität bedeutet.

Wie sieht es denn mit diesem Thema im nächsten Bundestag aus? Herr Schmidt hat auf dem DGB-Kongreß in Berlin vor den Delegierten stolz verkündet, die Sozialdemokratische Partei sei die einzige Partei, die die Mitbestimmung auf ihre Fahne geschrieben habe. Er erhält tosenden Beifall. Man sagt: Das ist doch eine großartige Sache.

Eine Woche später erklärt Herr Mischnick für die FDP-Fraktion: Dies kommt gar nicht in Frage! Meine Damen und Herren, für wie dumm hält man eigentlich den Wähler, daß man meint, mit dem Blick nach dort die Stimmen derer und mit dem Blick nach dort die Stimmen der anderen zu bekommen? Und zwar mit dem Bewirken, daß auf diesem Gebiet in Deutschland überhaupt nichts passiert, denn darauf laufen doch diese Aussagen hinaus.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, all das hindert den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht, diese Koalition als eine geradezu ideale Arbeitnehmervertretung anzusehen. Ich will diesen Streitpunkt nicht in den Wahlkampf bringen. Ich sage nur zwei Sätze dazu. Wir erinnern uns an das, was der Deutsche Gewerkschaftsbund gesagt hat, als wir Preissteigerungsraten von 3,2 %, 3,3 % zu verzeichnen hatten. Jetzt müssen wir hören, daß damals alles ganz anders war. Ich habe die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes hier. Sie wurden mir heute mittag um 11.35 Uhr durchgegeben. 1. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg von Mitte August bis Mitte September um 1 %; er liegt damit um 6,2 % über dem Stand vom September 1971.

(Zurufe: Hört! Hört!)

2. Der Preisindex für die Lebenshaltung der Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern lag im September dieses Jahres um 6,8 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Meine Freunde, wer das verniedlichen will, wer sich hier nicht genauso engagiert, wie er es bei geringeren Preissteigerungsraten getan hat, der muß sich dem Vorwurf aussetzen, daß er einseitig Hilfe für eine ganz bestimmte Partei leistet.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, ich füge einen zweiten klaren, deutlichen Satz hinzu. Sie wissen, ich bin Einheitsgewerkschaftler der ersten Stunde, überzeugt und engagiert bis heute, weil ich in dieser demokratischen Gesellschaft die Rolle von Gewerkschaften und Einheitsgewerkschaften im besonderen genau sehe in der Verteilung auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Aber dies darf ich sagen, wir sind nicht Mitglied

einer Einheitsgewerkschaft geworden, um über diesen Weg parteipolitische Entscheidungen zu treffen. Dazu sind wir Mitglieder der Christlich Demokratischen Union, und in dieser treffen wir die Entscheidung, die wir politisch für notwendig halten.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, lassen Sie mich sechstens nur noch einen Satz zum Bereich der beruflichen Bildung sagen. Er lautet: Bildungspolitik von heute ist Gesellschaftspolitik von morgen. Bildungspolitik, meine Freunde, ist nicht nur eine Sache der Schulen, Hochschulen und Universitäten. Der beruflichen Bildung ist der gleiche Rang wie der akademischen Ausbildung einzuräumen.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, wir stimmen darin überein, daß 1,3 Millionen Lehrlinge das gleiche Recht auf Förderung und Weiterförderung haben wie — mit Recht — auch die 300 000 Studierenden an unseren Hochschulen.

(Beifall)

Wir haben in der Regierung das Arbeitsförderungsgesetz vorgelegt und das Berufsbildungsgesetz verabschiedet bekommen und haben in der Opposition diesen Weg konsequent weitergeführt. Wir erstreben drei Ziele, erstens den Ausbau der überbetrieblichen Bildungseinrichtungen, zweitens, die Ausbildungsqualität durch eine Reihe von Maßnahmen anzuheben, und wir wollen drittens — und das gehört, meine Freunde, zum sozialen Engagement — folgendes: In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 250 000 Jugendliche im Ausbildungsalter, die keine Ausbildung erhalten. Das sind die ungelernten Arbeiter von morgen. Ich glaube, sie haben ein Recht darauf, daß mit einem besonderen Förderungsprogramm für schulisch Benachteiligte und Leistungsschwache diesen Jugendlichen zumindest eine berufliche Grundausbildung gesichert wird.

(Beifall)

Lassen Sie mich, meine Freunde, eine vorletzte Bemerkung machen. Wenn man von Bildungspolitik spricht und von der Stellung der Frau in der Gesellschaft redet — die Frauenenquête, die wir vor vier Jahren vorgelegt haben, hat das deutlich gezeigt — dann lautet das Stichwort: Wer den sozialen Aufstieg der Frau wirklich will, muß Sorge dafür tragen, daß wir ihr im bildungspolitischen Bereich die gleiche Chance geben wie den männlichen Kollegen. Wir wollen die Stellung der Frauen in der Gesellschaft gestärkt wissen. Deshalb treten wir für den Abbau von Vorurteilen und überholten gesellschaftlichen Zwän-

gen ein. Aber, meine Freunde, wir setzen uns mit dem gleichen Nachdruck gegen eine Herabsetzung der gesellschaftlichen Leistungen der Frauen in Familie und Haushalt ein.

(Beifall)

Da müßte der Beifall viel stärker sein.

(Erneuter Beifall)

Ich will es deshalb mit einem Satz verdeutlichen. Ich will nicht ein staatliches Bild davon gezeichnet bekommen, wie sich die Frau in unserer Gesellschaft benehmen soll; wir wollen den Freiheitsrahmen öffnen, ob sie sich als Hausfrau der Erziehung der Kinder widmen will, ob sie als berufstätige Frau im Erwerbsleben stehen will oder ob sie beides in sinnvoller Weise miteinander verknüpfen will. Das ist das Leitbild der Gesellschaft, die wir hier zu sehen haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben deshalb, meine Freunde – lassen Sie mich diese ganz kurze Bemerkung noch machen – in unserem Rentenpaket einen Punkt gehabt, den manche Zeitungen als sehr mutig bezeichneten, daß wir nämlich aus der Opposition heraus einen nach außen hin populär erscheinenden Gesetzentwurf über das Baby-Jahr abgelehnt haben. Lassen Sie mich dazu nur zwei Sätze sagen. Der Kernpunkt unserer Maßnahmen in der Rentenpolitik war unser Gesetzentwurf für Kleinstrenten und Frauen. Noch am 14. Juni dieses Jahres hat diese Regierung das entschieden abgelehnt. Nach unserem jetzt Gesetz gewordenen Entwurf erhalten dadurch 600 000 Frauen eine Rentenaufbesserung von bis zu 100 Mark und mehr pro Monat. Das ist ein Punkt, der das Problem von der Wurzel her löst, und dieser Lösung haben wir den Vorrang vor dem Baby-Jahr gegeben, das, auf 1986 bezogen, 86 Milliarden gekostet hätte, aber die Probleme der berufstätigen Frauen jetzt nicht gelöst hätte.

Meine Freunde, ich darf deshalb hinzufügen, daß wir mit diesem Beitrag auch gezeigt haben, daß wir finanzpolitisch solide bleiben. Wir kündigen in der Weiterentwicklung ein Konzept an, das erstens auf eine Pflichtunfallversicherung für Frauen und das zum zweiten auf eine Hilfe für die nicht vollständige Familie geht, und drittens das entscheidende Problem löst, daß wir von der abgeleiteten 60prozentigen Witwenrente wegkommen und daß wir dies – das ist ein langer Prozeß – Stück für Stück nach oben schieben.

(Beifall)

Ich sehe einige Parteifreunde klatschen; das ist erstaunlich. Deshalb will ich ihnen sofort sagen, sie sollten sich im klaren darüber sein, daß das bedeutet, daß sie von den 100 % ein klein bißchen heruntergehen müssen. Aber ich bin davon überzeugt, daß sie das im Interesse ihrer Frauen tun werden und daß wir damit den großen Durchbruch zu der eigenständigen sozialen Sicherung der Frau in Deutschland schaffen werden.

(Beifall)

Meine Freunde, sehr zu Recht hat sich die Grundsatzkommission in einem besonders intensiven Kapitel mit Fragen des Umweltschutzes befaßt. Die technologische Entwicklung zwingt uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen der Belastungen des Haushalts der Natur durch technologische Prozesse auf. Ich kann nur sagen, es wird für uns heute, morgen und übermorgen die Frage kommen, was wir wollen, ob wir einem noch rasanteren Fortschritt den Vorrang einräumen, z. B. vor der Sicherung der Gesundheit für alle Bürger unseres Landes. Das wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

Qualität des Lebens nennt man heute eine optimale Relation zwischen Wirtschaftswachstum und Belastung der Umwelt, zwischen privatem Wohlstand und den erforderlichen öffentlichen Einrichtungen. Genau diese optimale Relation strebt die Union an. Wir sind für die Qualität des Lebens. Aber wir sind gegen die Dreistigkeit, mit der die Sozialdemokraten diesen vor Jahren in den USA entwickelten Begriff für ihre Wahlkampfzwecke mit Beschlag belegen wollen. Es wird mit dieren Reformen: er wird als ein verbales Instrument benutzt werden, um sem Wort in der Hand der SPD so gehen wie mit dem Begriff der innein der öffentlichen Meinung bestehen zu können, und nachher wird er weggeworfen wie eine gebrauchte Papierserviette.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Meine Freunde, ich bin Rainer Barzel dafür dankbar, daß er alle die Punkte, die wir besprochen und hier vorgelegt haben — das ist ja nicht aus der hohlen Hand gesprochen — für die Christlich Demokratische und die Christlich Soziale Union in der Oppositionszeit auf den Tisch des Parlaments gelegt hat.

(Beifall)

Und das ist, meine Freunde, doch nichts anderes als das, was — darüber waren wir uns einig — wenn wir die Verantwortung übernehmen, genauso wieder auf den Tisch des Parlaments zurückkehrt. Hierbei spielt ein Punkt eine zentrale Rolle. Wir brauchen eine deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik.

(Beifall)

Wir wollen den politischen Ausbau der europäischen Gemeinschaften. Europa kann nicht auf eine Wirtschafts- und Währungsunion beschränkt werden. Wir fordern daher eine Initiative für eine europäische Gesellschaftspolitik. Eine solche deutsche Initiative muß einerseits den sozialen Fortschritt in der ganzen Gemeinschaft im Auge haben, darf aber andererseits keine utopischen Risiken heraufbeschwören, etwa die Vorstellung, daß wir den höchsten level eines nationalen Landes in der sozialen Sicherung erreichen würden. Das mag zwar schön sein, aber bezahlen kann das niemand. Deshalb sollte das hier keiner an die Wand malen.

In diesem Sinne liegt es auf der Hand, daß zuerst das ärgste Hindernis für ein gleichmäßiges soziales Fortschreiten in der Gemeinschaft beseitigt werden muß, das ist die strukturelle Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in einigen Ländern der Gemeinschaft, von den bisherigen Mitgliedsstaaten vor allem Italien und von dem künftigen Irland. Wir können uns nicht als Gemeinschaft verstehen und begreifen, wenn wir hier Voll- und Überbeschäftigung als selbstverständlich hinnehmen und ebenso selbstverständlich, daß der Arbeiter in Süditalien arbeitslos ist. Das ist nicht auf einen Leisten zu schlagen.

(Beifall)

Deshalb werden wir neben diesem Problem die Fragen der Arbeitsmarktpolitik — und hier wiederum sind das A und O Probleme der beruflichen Bildung — nach vorn schieben müssen. Dabei wird unser Arbeitsförderungsgesetz gültige Maßstäbe setzen.

Damit komme ich zum Schluß. Ich habe mich bemüht, so kurz das möglich ist, unter dem anspruchsvollen Stichwort, das Sie über diese Rede gesetzt haben, „Reformpolitik der Vernunft", ein Bild dessen zu zeichnen, was wir wollen. Als Oberüberschrift steht: Verzahnung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik miteinander, und in diesem Rahmen der Versuch, eine Antwort zu geben auf die großen Fragen unserer Zeit, zugleich unsere Antwort auf die Herausforderung, vor die uns das Anwachsen des Neomarxismus in der Bundesrepublik stellt. Denn, meine Freunde, wer an diesem Vortag der Wahl nicht spürt, daß wir es mit einem Generalangriff marxistischer Ideologen in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu tun haben, der weiß nicht, was in diesem Lande in Wahrheit los ist.

(Starker Beifall)

Das ist kein Naturschicksal, das ist kein Naturgesetz. Wir werden diese Auseinandersetzung bestehen, aber wir werden sie im Grunde nicht nur dann bestehen, wenn wir mit Beharrlichkeit, Mut, Elan und persönlichem Einsatz in diesen nächsten Wochen ringen und kämpfen.

Davon gehe ich aus, daß Sie das so tun, wie wir das schon seit Wochen tun, gemeinsam für unsere Sache. Aber das allein wird nicht reichen. Wir werden in diesem Kampf und in dieser Auseinandersetzung nur bestehen können, wenn wir uns auf das zurückbesinnen, unter dem wir 1945 angetreten sind, wenn wir uns zurückbesinnen auf den moralisch-ethischen Aufbruch, den wir damals als Antwort auf das zutiefst unsittliche Hitler-Regime unternommen haben. Wir hörten in der Grundsatzkommission dafür gute Argumente. Aber ich glaube, wichtiger noch als diese Argumente, so wichtig sie sind, ist, daß wir uns persönlich, jeder einzelne, mit dem identifizieren. Gestalten wir beharrlich und zäh weiter diese unsere Gesellschaftsordnung. Dieses Wanken vor ein, zwei Jahren war doch nur möglich, weil einige Leute bei uns dies alles als zu selbstverständlich angesehen hatten, und weil andere meinten, dieses Kämpfen sei eine schwierige Sache. Ja, Kämpfen ist eine schwierige Sache, aber die Freiheit zu verlieren, ist eine sehr viel schwierigere Sache, und die lohnt den Einsatz in diesem Ringen und in dieser Auseinandersetzung.

(Starker Beifall)

Meine Freunde, jetzt schwingt ein kleines bißchen Stolz mit in meiner Rede, das einzige Mal, und das ist dies, daß ich darauf hinweisen darf, daß die Sozialausschüsse vor zehn Jahren in Offenburg auf ihrer Bundestagung einen Satz prägten, der hieß: Der Mensch ist wichtiger als die Sache! Und dann haben wir als Sozialausschüsse diesen Satz mit uns herumgetragen und sind konfrontiert worden mit diesem und jenem. Und dann übernahm das Präsidium der Christlich Demokratischen Union diesen Satz und ergänzte ihn und sagte: Der Mensch ist wichtiger als die Sache, der Mensch ist wichtiger als das System! Wir wollen kein System, in dem die Menschen dem System dienen, sondern wir wollen Regierungsverantwortung, wobei die Regierung nichts anderes im Sinne hat, als eben diesem einzelnen Menschen zu dienen. Das ist unser Auftrag, von dem wir ausgehen.

(Starker Beifall)

Ich bin sehr zuversichtlich. Wir haben die Wahl noch nicht gewonnen, das bedarf noch der letzten Wochen. Aber wir haben eine Ausgangsposition, wir haben eine Startposition, die verglichen mit dem, wo wir uns in Saarbrücken getroffen haben, sehr viel anders aussieht als damals eigene Kollegen das gemeint haben. Ich habe den Eindruck – und daran müssen wir noch etwas tun –: 1969 gab es den einen oder anderen Bürger in unserem Land, der meinte, 20 Jahre CDU/CSU seien genug, und sie haben das andere dann probiert. Meine Freunde, ich habe den Eindruck, die Zahl der Bürger in unse-

rem Lande wächst, die der Meinung sind: 3 Jahre SPD/FDP sind mehr als genug, und deshalb ist es Zeit zum Wechsel!

(Lang anhaltender starker Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir danken Hans Katzer für seine große Rede, für seine zukunftsbezogene Konzeption, für seine Argumente und seine Leidenschaft, und wir sagen: Das soziale Engagement eines Hans Katzer ist das soziale Engagement dieser CDU.

(Beifall)

Schriftlich zu Protokoll

Sehr geehrter Herr Katzer, ich bedanke mich, daß Sie öffentlich die Absicht ausgesprochen haben, die Witwenrente zu erhöhen. Ich habe dies schon mehrmals auf Kongressen und Tagungen gefordert. Die „Stiefkinder des Wohlstandes" sind besonders die Witwen, die nicht berufstätig sein konnten, weil sie Kinder geboren und erzogen haben. Diese Frauen sind ja „das Sparen gewohnt". Deshalb speist man sie mit 60% der Rente oder Pension des Mannes ab. Damit sie bis zum Lebensende „das Sparen" nicht verlernen. Maria Kröger

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich gebe das Wort an Frau Dr. Wex.

Dr. Helga Wex: Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren! Hinter Hans Katzer zu sprechen nach dieser Rede heißt, zuerst einmal zu danken von seiten der Frauen für dieses Engagement für die Fragen, die er ausgesprochen hat, für die Frauen in der Gesellschaft. Ein Mann in diesem Zusammenhang ist sehr wichtig für uns und für alles, was wir tun wollen.

Hinter Hans Katzer zu reden über Reformpolitik, der die einzige Reform dieser Legislaturperiode fertigbekommen hat, heißt ganz speziell und konsequent von der Pleite einer anderen sogenannten Reformpolitik der SPD/FDP-Regierung auszugehen: Leussink, Hamm-Brücher, Dohnanyi in der Bildungspolitik, Jahn in der Ehe- und Familienpolitik, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ich will keinem dieser Reformer Unrecht tun. Sie waren nur Prokuristen des gescheiterten Reformismus. Politisch verantwortlich dafür ist der Chef dieser Koalitionsregierung selbst. Brandt ist für das Scheitern der Reformpolitik verantwortlich, und sei es nur deshalb, weil er sich um diesen zentralen Punkt überhaupt nicht gekümmert hat, weil er die Entwicklung schleifen ließ.

(Beifall)

Die SPD, so sagt man, sei zwar gescheitert, aber sie wolle doch etwas Gutes; sie wolle eine bessere Qualität des Lebens. Wer wollte das nicht? Aber Voraussetzung dafür ist zunächst einmal eine bessere Qualität der Politik, und gerade diese hatte sie nicht.

(Beifall)

Auf Reformer, die selbst nicht in Form sind, müssen wir möglichst rasch verzichten.

(Beifall)

Leute, die kostspielige Schulreformen planen, dann aber vergessen, sie in die Finanzplanung einzubeziehen, sind Illusionisten und keine Reformer. Leute, die zulassen, daß die Schule, die der Erziehung unserer Jugend dienen soll, statt dessen zum Instrument sogenannter Systemveränderung oder gar -zerstörung gemacht wird, können nicht mehr das Vertrauen der Betroffenen, seien es Eltern, Kinder oder Lehrer, beanspruchen. Unser Gastland Hessen weiß davon ein Lied zu singen.

(Beifall)

Ich plädiere deshalb für eine klare und unmißverständliche Trennung von allen unsoliden Reformen; dazu ist die Situation zu ernst, dazu ist die Zeit zu knapp, und dazu sind auch unsere Mittel zu beschränkt. Unsere Gesellschaft befindet sich in einem Prozeß rascher Veränderung, und die Reformen — dies ist doch der Grund ihrer so drängenden Notwendigkeit — sollen uns, ob im Erziehungswesen, im Städtebau, im Gesundheitswesen oder im Umweltschutz, helfen, unsere Gesellschaft in Form zu halten. Es geht dabei um ihre Leistungsfähigkeit und Humanität. Reformen, wie wir sie fordern und durchsetzen wollen, dienen also nicht der Anpassung des Menschen an eine noch straffere Organisation und Kontrolle, sondern der Bewahrung des Menschseins in einer sich rasch ändernden Welt. In diesem Zusammenhang spreche ich hier in erster Linie von Kindern und alten Menschen, von den Kranken und von der Erziehung unserer Jugend. Das sind zunächst die Adressaten unserer Reformpolitik und nicht irgendwelche abstrakten Gruppen oder Klassen, die ideologisch mobilisiert werden müssen.

(Beifall)

Ebenso ist es selbstverständlich, daß wir nicht irgendwelche Mammutpläne propagieren, die dann nach dem bekannten reformistischen Schlagwort der SPD: Das Ziel ist nichts, die Bewegung ist alles, im Sande verlaufen.

Lassen Sie mich nun zum Kern des Problems kommen, an dem sich die Fragen der Jugend und der Erziehung, des Schutzes unserer Kin-

der, Garantien für das Alter und die Hilfe für die Kranken und Schwachen miteinander verknüpfen. Diese Probleme verbinden sich mit dem Bild der Familie in der modernen Gesellschaft. Wir wissen, daß das Alter schon immer ein menschliches und soziales Problem war. Ebenso konnte die Erziehung unserer Jugend auch früher nicht allein vom Elternhaus geleistet werden. Aber alle diese Probleme wären nicht so dringend, wenn nicht ein so tiefgreifender Wandel in der Struktur der Familie selbst eingetreten wäre.

Die moderne Kleinfamilie kann zumeist nicht mehr den Kranken über eine gewisse Zeit hinaus bei sich behalten. Sie hat nicht mehr genug Raum für das Zusammenleben der Alten mit der jungen Generation. Desgleichen bedingt die Berufstätigkeit des Mannes und jetzt schon fast regelmäßig der Frau neue Erziehungsformen in der Familie und fordert zugleich mehr als früher die erzieherische Verantwortlichkeit der Schule heraus. Dies alles ist unbezweifelbar richtig und gehört zu den Gegebenheiten, von denen ich eingangs gesprochen habe, Gegebenheiten, die wir durchaus nicht negativ bewerten, die aber unseres Reformwillens bedürfen. Aber ich füge hinzu: Erfolg können wir mit all diesen Reformen nur dann haben, wenn wir die Familie sichern und stärken.

(Beifall)

Geben wir die Familie dem Verfall preis, oder schützen wir sie nicht ausreichend, dann verlieren wir die Basis für jegliche Reform.

(Vereinzelter Beifall)

Zu einer Reformpolitik aus unserer Sicht gehören aber nicht nur die Stärkung und der Schutz der Familie, sondern ebenso auch die Bereitschaft, die veränderte Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft zu akzeptieren. Erst in dieser Verbindung werden Kräfte erschlossen, die keine Gesellschaft brachliegen lassen kann ohne einen Verlust an Mitte, Maß und Güte. Es ist historisch nur gerecht, darauf hinzuweisen, daß die Emanzipation der Frau zuerst von Liberalen und Sozialisten gefordert worden ist. Aber inzwischen hat sich auch dieses Problem in seiner Struktur verändert. Sozialistische und liberale Ideologen bleiben weiterhin an der alten Situation orientiert. Wie anders wäre denn sonst dieses Emanzipationsgetöse zu verstehen, das uns von seiten der SPD und FDP entgegenschallt? Es ist nicht zuletzt nachzulesen in dem Frauenbericht der Bundesregierung, der sich an einem nicht existenten Gesellschaftsbild orientiert. Wie rückschrittlich ist es zu sagen, die Frauen müßten sich emanzipieren! Wovon denn? Von der Gesellschaft, von den Männern, von ihrem Frausein? Doch wohl nicht im Ernst! Was den Frauen fehlt, ist doch nicht in erster Linie das Be-

wußtsein, emanzipiert zu sein, sondern die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse in die Gesellschaft einzubringen.

(Beifall)

Was ihnen fehlt, ist die Anerkennung der Verantwortung,

(erneuter Beifall)

die sie ja sowieso schon tragen, nämlich in Ehe, Beruf und Familie sowie für die Zukunft der Kinder. Was fehlt, ist neben dem Bewußtsein der Gleichberechtigung die Bereitschaft der Männer zur richtig verstandenen Partnerschaft.

(Beifall)

Nur damit ist zu verhindern, daß die Frauen, sei es als Berufstätige oder als Mütter, als Ehefrauen oder als Geschäftsfrauen, die Folgen ihrer Gleichberechtigung gleichsam als Bestrafung selbst tragen müssen, indem man ihnen das gleiche zu tun erlaubt wie den Männern, ihnen aber ihre Aufgaben nicht erleichtert. Nur in Gemeinsamkeit, in wirklicher Partnerschaft mit dem Mann, mit der Gesellschaft, mit dem Staat ist zu verhindern, daß sich die Gleichberechtigung zuletzt in eine andere Form der Ausnutzung der Frau oder etwa zu einem Kampf der Geschlechter auf verschiedenen Ebenen umkehrt.

Das bedeutet unter anderem: Von diesem Verständnis aus müssen wir das Problem des § 218 lösen, von da aus das Scheidungsrecht in einen großen Entwurf des Familienrechts einbetten. Von da aus müssen wir den Zugang zu vorhandenen Bildungsmöglichkeiten für die Frauen ermöglichen, besonders auch für die, die nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen, für Mütter mit ihren gewachsenen Erziehungsaufgaben.

(Beifall)

Es kann nicht unsere Absicht sein, eine Pseudo-Elite von Frauen herauszubilden, die die Emanzipation als Beruf ausüben. Ich erinnere hier an das jämmerliche Bild der progressiven weiblichen Garden, die sich ihre Abtreibungserinnerungen notariell bestätigen lassen wollten.

(Beifall)

Wenn wir nun als moderne Partei für die Emanzipation der Frau eintreten — und in unserem Berliner Programm haben wir dem ein eigenes Kapitel gewidmet —, dann nicht, um die Rolle der Frau immer mehr der des Mannes anzupassen, sondern um ihre Eigenständigkeit zu verteidigen.

(Vereinzelt Beifall)

Nicht alle diese Fragen fallen in den direkten Aufgaben- und Kompetenzbereich von Bund und Bundesregierung, wohl aber gehören sie in den Raum unserer Partei, die sich Gesellschaftspolitik ohne Humanität nicht denken kann. Christliche Humanität verlangt, daß wir Gesellschaftspolitik nicht um der Systemerhaltung oder einer Systemzerstörung willen betreiben, sondern aus der Verantwortung für den Menschen. Meine Damen und Herren, Förderung der wissenschaftlichen Gerontologie, ein rasch realisierbarer Altenplan, mehr Hilfe für die geistig Behinderten, das alles sind Aufgaben, in denen ganz gewiß die Humanität selbst vor dem Leistungsgedanken steht. Ich füge aber hinzu: Was wäre das für eine Gesellschaft, wenn nicht die Humanität selbst zu ihren Leistungsprinzipien gehörte?

(Beifall)

Ebenso selbstverständlich ist es – das brauche ich nicht zu begründen –, daß alle diese Fragen in Zukunft beantwortet werden müssen, denn es geht um die Erhaltung unserer gesellschaftlichen Ordnung. Darin gibt es Gott sei Dank Übereinstimmung in allen Gruppen unseres Volkes.

Hier kommt es in der Tat auf den Willen an, politisch zu handeln und die Daseinsvorsorge zu erweitern, zu modernisieren und zukunftsträchtiger zu machen. Wir wollen das bestehende System der gesundheitlichen Sicherung im Rahmen neuer wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Erkenntnisse weiterentwickeln und damit die bestmögliche Versorgung aller Patienten sichern. Wir bekennen uns zur freien Arztwahl als der Grundlage eines vertrauensvollen Arzt-Patient-Verhältnisses. Eine Sozialisierung des Gesundheitswesens lehnen wir ab, denn es kommt uns nicht darauf an, einen wichtigen gesellschaftspolitischen Bereich zu einem staatlichen Monopol zu machen, sondern darauf, den Patienten ärztlich bestmöglich zu versorgen.

(Beifall)

Im Vordergrund unserer Bemühungen stehen der Gesundheitsschutz, die Gesundheitsstärkung sowie Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten.

Niemand wird bestreiten, daß bei der Diskussion um Reformen der Reform des Erziehungswesens eine entscheidende Bedeutung zukommt. Leider stehen wir vor der Situation, daß die Sozialdemokraten uns sowohl leere Kassen als auch die Trümmer einer stümperhaften Reform hinterlassen haben – auch hier!

Sie werden, meine Freunde, bemerkt haben, daß ich bei der Aufzählung der Reformaufgaben vom Erziehungs- und nicht vom Bildungswe-

sen gesprochen habe. Ich brauche in unserem Kreise nicht zu betonen, daß ich damit keinerlei Distanz zur Bildung ausdrücken wollte. Was aber bei den sozialistischen Bildungsplänen auffällt, ist die Tatsache, daß dort von Schulorganisationen, von Funktionssystemen, von Systemveränderung, von Information und kritischem Bewußtsein die Rede ist, aber fast nie von der Erziehung,

(Beifall)

von dem, was sie für unsere Gesellschaft, für den einzelnen, für die Familie, für den Beruf bedeutet. Da wir aber nicht an Systeme und Ideologien, sondern an den einzelnen Menschen denken, wenn wir von Gesellschaftspolitik reden, betone ich den Gedanken der Erziehung ganz besonders. Denn wenn wir vom einzelnen sprechen, dann meinen wir auch seine Persönlichkeit, seine Entfaltung, seine Verantwortung, seine Freiheit.

Dabei sind wir alle aber heute mit der Frage konfrontiert: Was heißt Erziehung heute, und welches Ziel hat Erziehung heute? Wenn man sich hier nicht mit bloßen Definitionen begnügt, muß man feststellen: Angesichts der Tatsache, daß die institutionelle Absicherung des Lebens, beispielsweise durch den Beruf, schwächer geworden ist, ist ein hohes Maß an intellektueller Leistungsfähigkeit, an Wahrnehmungs- und Beurteilungsfähigkeit, an Willen und an Mut zur Verantwortung der Angelpunkt der Erziehung. Wenn die Schule diese Qualifikation vermitteln soll, so braucht sie ein hohes Maß an dieser inhaltlichen Reform. Und Leistungsfähigkeit der Schule heißt dann erzieherische Leistungsfähigkeit.

Unter diesem Aspekt ist aber heute festzustellen: Die Schule wird in ihrem Erziehungsauftrag unsicher. Das Wort „Erziehung" ist in der modernen ideologischen Diskussion fast verboten. Erziehung heißt allenfalls noch „Emanzipation von Zwängen des Systems"! Bildung heißt allenfalls noch „das Lernen lernen" — alles Vokabeln, die ja gerade bestätigen, daß man weithin nicht mehr weiß oder nicht mehr wissen will, was Erziehung und Bildung bedeuten.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ein Faktum: Einige Schulen sind heute weniger denn je Stätten der Erziehung. Schlimmer noch, die zunehmenden Engpässe im Bildungsbereich — ich nenne den Lehrermangel und den Numerus clausus — zwingen die Bildungspolitik immer mehr unter das Diktat rein quantitativer Maßnahmen. Sie vorrangig zu lösen, werden wir große Anstrengungen machen, besonders in der Lehrerbildung. Was wir aber heute auch brauchen, das ist der Mut zur pädagogischen Verant-

wortung, der Wille, von der Schule wieder eine erzieherische Leistung zu fordern.

(Beifall)

Darum streben wir eine Bildungspolitik an, in der Bildungs- und Erziehungsziele nicht technischen und oragnisatorischen Mängeln zum Opfer fallen. Nach unserer Meinung darf es nicht so sein, daß die äußere Expansion mit einer inneren Leere und Ratlosigkeit Hand in Hand geht. Veränderungen des Bildungswesens müssen aus neuen pädagogischen Erkenntnissen gewonnen und nicht als Reaktion auf gesellschaftliche Trends eingeleitet werden.

(Beifall)

Eine Schule, die nicht mehr erziehen will oder kann, wird auch nicht mehr von den Kindern und Jugendlichen ernst genommen. Weiter noch, die Jugend rückt bewußt in Distanz zu den Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, die sich vor ihrer erzieherischen Verantwortung scheuen. Hier liegt auch die Wurzel für die uns alle bedrückenden Zeichen, unter denen viele Jugendliche aus der Familie, aus der Schule, aus der Berufsausbildung fliehen. Diese Zeichen sind: Leistungsverweigerung, Realitätsverweigerung bis hin zum Fanatismus, bis hin zur Droge. Ungeborgenheit, Isolierung, Angst vor dem Leistungsdruck der Gesellschaft und vor einem manipulierten Dasein als ein bloßer Funktionsträger teilt dieser Teil der Jugend mit den alten Menschen, den Gebrechlichen, Obdachlosen und Einsamen. Ihnen ist durch keine Systemkritik und durch keine Systemveränderung zu helfen, sondern nur durch Solidarität derer, die Kräfte übrig haben.

(Vereinzelt Beifall)

Leistungsgesellschaft und Humanität schließen sich nicht aus; sie bedingen einander. Humanität können wir nur im Rahmen der Leistungsgesellschaft durchsetzen, nicht gegen sie. Aber unsere Leistungsgesellschaft wird scheitern, wenn der Gedanke der Humanität nicht im großen Stil erneuert wird. Das Bestreben eines großen Teils unserer Jugend nach Befriedigung ihres Idealismus könnte hier einen Ansatzpunkt finden. Soziale Dienste, so verstanden, wären dafür ein Beispiel.

Richard von Weizsäcker hat gestern Heisenberg zitiert:

> „Für die Jugend fängt die Welt immer wieder von vorne an. Sie kann nicht einfach in das eintreten, was die ältere Generation bereitgestellt hat, und es ohne Vorbehalt gutheißen."

Das ist richtig. Ebenso richtig ist aber auch, daß eine moderne Jugend-, Familien- und Bildungspolitik, daß eine moderne Gesellschafts-

politik den Rahmen bieten muß, in dem sich der junge Mensch entfalten kann. Ein solcher Rahmen wird aber nicht dadurch geschaffen, daß Worte wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Leistung, Autorität, Familie, Ehe ersatzlos gestrichen werden und an diese Stelle die „Gesellschaft an sich" tritt, zu deren Wohl alles zu geschehen habe.

(Beifall)

Eine wirkungsvolle Jugendpolitik muß hier prägend einsetzen. Ein von uns vorzulegendes Jugendhilfegesetz wird daher an die Stelle überholter Rechtsnormen einen klaren Rechtsanspruch auf erzieherische Hilfen setzen und den Leistungskatalog der Jugendhilfe erweitern.

Wenn in den heute so wichtigen Fragen der Erziehung weite Teile der Bevölkerung mit Abwehr und Unwillen reagieren, dann ist das ein Ergebnis der letzten drei Jahre. Die Reformen brauchen aber das Engagement des ganzen Volkes. Derselbe Bundeskanzler, der in seiner Regierungserklärung von 1969 mehr Demokratie wagen wollte, hat es jedenfalls zugelassen, daß aus der Reformpolitik ein Gestrüpp intellektueller Verzwacktheiten wurde, das niemand mehr überschauen kann. Auch das gehört zu den Trümmern einer stümperhaften Reform. Uns trennt gerade in dieser Frage im grundsätzlichen vieles von den Sozialdemokraten. Sie spotten zwar so gerne darüber, daß andere an eine heile Welt glauben, aber gerade die Sozialisten sind es, die mit ihren Plänen eine heile Welt schaffen wollen oder jedenfalls vorgeben, sie schaffen zu können. Was wir tun wollen, und was wir glauben, tun zu müssen, geschieht nicht im Hinblick auf eine heile Welt, sondern im Blick darauf, daß der Mensch in die Lage versetzt werden muß, in den Spannungen und Nöten der Welt zu bestehen.

(Beifall)

Hinter solchen Worten steckt keine politische Theorie und keine Ideologie, wohl aber eine Orientierung an Grundwerten, ohne die es nicht möglich sein wird, eine realistische Politik, vor allen Dingen eine realistische Gesellschaftspolitik zu schaffen.

Ich sage das nicht so leichthin, und es liegt mir auch ganz fern, etwa über die intellektuelle Not eines Schriftstellers wie Heinrich Böll zu spotten, der neulich ausgerufen hat, er wisse nicht mehr, was er noch wollen sollte. Das mag so sein, und es ehrt ihn, davon zu sprechen, aber es ist nicht unbedingt eine logische Begründung für seine Aktivität in der sozialdemokratischen Wählerinitiative.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unsere Reformpolitik der Vernunft setzt deutlich andere Akzente als die SPD. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir haben vor, die Gesellschaft schrittweise in freiheitlicher Verbesserung weiter zu entwickeln – ohne ideologische Verklemmungen. Wir machen Leistung und Effektivität wieder zu Gütezeichen einer Reformpolitik, wie sie die Bundesrepublik für die Menschen, die in ihr leben, braucht. Das ist die Konzeption unserer Gesellschaftspolitik. Damit werden wir vor die Wähler treten. Wir wissen nicht zuletzt aus den Erfahrungen der letzten drei Jahre: Die eigentlichen reformerischen Kräfte sind in der Union beheimatet, gleich weit entfernt vom unkritischen Festhalten an überkommenen Strukturen wie von der unreflektierten Übernahme scheinbar „fortschrittlicher" Entwicklungen. Wir machen nicht die Reformen, die Mode sind, wir machen die Reformen, die vernünftig sind.

(Beifall)

Das trauen wir uns zu. Wir werden dafür arbeiten, damit uns am 19. November 51% der Wähler das auch zutrauen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Frau Wex für diese Rede, in der sie deutlich gemacht hat, daß es um eine menschlichere Welt geht. Das ist nicht nur Sache der Frauen, das ist Sache der Männer und Frauen in dieser CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Blick auf die Uhr und auf die Zahl der Wortmeldungen läßt eine sachliche Ordnung geboten erscheinen. 12 Wortmeldungen liegen vor. Ich rufe sie thematisch auf. Ich rufe zuerst den Bereich der Eigentumspolitik auf, zu dem sich Herr Professor Burgbacher und Herr Pieroth gemeldet haben.

Ich gebe das Wort an Herrn Professor Burgbacher, Landesverband Rheinland.

(Beifall)

Prof. Dr. Fritz Burgbacher: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wir haben heute zwei vorzügliche Referate über die „Reformpolitik der Vernunft" gehört. Ich möchte als Einleitung zu meiner kurzen Intervention sagen, wir haben damit heute etwas proklamiert, was die CDU/CSU seit 20 Jahren in den Regierungen praktiziert hat. Wir wollen uns ganz klar darüber sein, daß die sozialistisch-liberale Fraktion mit ihrer Inflation an Reformvorschlägen wie bei den meisten Vor-

lagen von ihr einen hinterhältigen Gedanken gegen uns provozieren will, nämlich den Eindruck bei den Bürgern: so faul war der Staat, den wir übernommen haben, daß wir so viel reformieren müssen. Das ist eine Lüge, eine objektive Unwahrheit. Die von uns getragenen Regierungen haben an sozialen „Reformen der Vernunft" weit mehr geschafft, als es anderen möglich gewesen wäre. Wir stehen sozialpolitisch an der Spitze der zivilisierten Völker der Welt, und das ist ein Verdienst der Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger.

(Beifall)

Von der Reformeninflation der sozialistisch-liberalen Regierung ist nichts als die Inflation geblieben. Man kann ruhig von einer Ruine, von einem Ruinenfeld der Reformprojekte sprechen. Zu dem Thema, zu dem ich zu sprechen habe — Vermögensbildung — ist, objektiv gesprochen, der Regierung überhaupt nichts eingefallen. Die einzige Sache, die sie geschaffen hat, ist die Weisheit, daß zweimal 312 mehr ist als einmal 312, nämlich die Erweiterung des von uns geschaffenen Vermögensbildungsgesetzes. Auf dem Sektor der Vermögensbildung, wie er in der Regierungserklärung angekündigt war, ist nichts Erkennbares entstanden. Es sind verschiedene Ballons aufgelassen worden, die sich alle in einem Punkte wesentlich von unseren Vorlagen unterscheiden. Sie sind nicht personenbezogen, d. h. sie schaffen kein personenbezogenes Eigentum aus der Leistung des einzelnen, sondern sie nehmen kollektiv Gewinne aus der Wirtschaft weg und führen sie in kollektive Fonds, die — um es ganz deutlich zu sagen, das muß hier erlaubt sein — durch die Funktionäre der Gewerkschaften verwaltet werden. So soll im Laufe der Jahre — und das sind in 10 Jahren ungefähr 100 Milliarden DM, die da in Frage stehen — ein Großkonzern unter Führung der Gewerkschaften entstehen unter dem Titel der Eigentumsbildung für die Bürger. Das ist eine objektive und erwiesene Unwahrheit. Wir werden deshalb diesen Plänen scharf entgegentreten, ganz abgesehen davon, daß sie wahrscheinlich sowieso nicht zum Zuge kommen können — mangels Erfolg. Wenn man in der Wirtschaft unterstellt, daß sich das haftende Kapital nach heutiger Lage mit acht Prozent verzinsen dürfte, wird man sich wundern, wenn man feststellen muß, daß dann für darüber hinausgehende Gewinnabführungen nichts vorhanden ist.

Unseren Plan, das Beteiligungslohngesetz, will ich jetzt hier nicht im einzelnen darlegen. Ich darf mir erlauben, auf den Aufsatz von mir in der „Illustrierte — Deutsches Monatsblatt" auf Seite 28 ff. hinzuweisen, wo alles geschrieben steht, was zu sagen ist. Aber entscheidend wichtig ist, daß es personenbezogen und aus der Leistung des einzelnen dem Betreffenden zusteht. Es sind 2% der Lohnsumme außerhalb und

zusätzlich zu jedem Tarifvertrag oder jeder Besoldungsordnung; es umfaßt alle unselbständig Tätigen. Dieses Problem, meine lieben Parteifreunde, ist ja nicht ein Problem der gewerkschaftlich Organisierten allein, sondern ein Problem für alle unselbständigen Tätigen, ob organisiert oder nicht. Wir sind all denen verpflichtet, die Mitgliedschaft zu einer Organisation ist nicht Voraussetzung.

Das Aufkommen pro Jahr beträgt einschließlich Prämie 5 bis 6 Milliarden DM. Es ist schon gesagt worden: Wenn wir die 2 Jahre, die das Gesetz schon abschlußreif im Bundestag vorliegt, gehabt hätten, wären den unselbständig Tätigen 12 Milliarden DM an Beteiligungswerten zugeflossen. Statt dessen betrug der Verlustanteil an den Spargeldern der unselbständig Tätigen durch Inflation in diesen 2 Jahren 40 Milliarden DM. Es ist also sozusagen eine Lücke von 12 Milliarden DM plus 40 Milliarden DM entstanden.

Das würde bedeuten, daß sich in 10 Jahren bei 5% Wachstum und 5% angenommener Verzinsung 110 Milliarden DM Beteiligungswerte in den Händen der unselbständig Tätigen befänden. Das ist noch nicht die Mehrheit oder eine qualifizierte Minderheit; es ist aber ein redlicher Anfang. Das ist die Politik der Vernunft.

Große Probleme kann man nicht, wie die Regierung es gern möchte, von heute auf morgen lösen. Große Probleme können nur evolutionär oder revolutionär gelöst werden. Wir stimmen selbstverständlich gegen jede revolutionäre Lösung und für die evolutionäre, aber für die mit Sicherheit. Jeder Bürger muß wissen, daß der Beginn des Anfangs gemacht worden ist.

(Beifall)

Wir brauchen dazu noch flankierende Maßnahmen, von denen ich nur eine nennen will. Wir wollen die Privatisierung von Bundes-, Landes- und evtl. Gemeindevermögen wieder in unser Gedächtnis zurückrufen. Diese Privatisierung ist immer noch möglich und muß erneut angepackt werden, und zwar auch deshalb, um die Angebotsnotwendigkeit für das Beteiligungslohngesetz zu schaffen. Die Nachfrage nach Werten genügt nicht; die Werte müssen auch da sein. Da wir nicht in legal erworbenes Eigentum eingreifen können und wollen — denn wer kann neues Eigentum schaffen, wenn er altes legal erworbenes wegnimmt?, damit würde das Kind sozusagen im Mutterleibe ermordet —, deshalb können wir nur in Schritten vorgehen, die zwar sehr klein, aber realistisch möglich sind und deshalb unseren Plänen entsprechen.

Ich bitte Sie alle, diesem Beteiligungslohngesetz nach nochmaligem Studium Ihre volle Sympathie zuzuwenden. Es ist nichts Besseres von

den Parteien dargeboten worden. Wir glauben, damit einen großen Schritt nach vorn zu tun. Nachdem so viele Vermögensbildungsgesetze aus unserer Hand mit Erfolg angewandt werden, soll hier die Lücke hinsichtlich der schwierigen Verteilung des Produktivvermögens geschlossen werden. Wir wollen Bürger; wir wollen auch Wirtschaftsbürger haben; wir sind überzeugt, daß der, der etwas besitzt, dann bereit ist, seinen Besitz zu verteidigen.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Professor Burgbacher, dessen Name mit dem Burgbacher-Plan zugleich ein Konzept der CDU bedeutet.

Ich bitte zunächst einmal alle Damen und Herren Delegierten, doch die Gespräche, die zu führen unerläßlich erscheint, außerhalb des Saales zu führen.

(Beifall)

Ich bitte dann die Redner, ihre ausgezeichneten Gedanken so diszipliniert zu äußern, mit dem Versuch, das Wesentliche vor diesem sachkundigen Publikum in 5 Minuten vorzutragen.

(Beifall)

Nachdem Herr Pieroth, der als nächster das Wort hat, den Komplex Eigentumspolitik abgeschlossen haben wird, werde ich danach das Thema Bildungspolitik aufrufen, zu dem ebenfalls zwei Wortmeldungen vorliegen, und zwar von Dr. Bernhard Vogel und Gerd Langguth.

Ich gebe Herrn Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Zur Wahl steht am 19. November auch unsere Eigentumsordnung. Diese Ordnung des privaten, persönlichen Eigentums ist eine wesentliche Grundlage unserer Gesellschaftsordnung und unserer Sozialen Marktwirtschaft. Weil das so ist und weil wir diese Gesellschaftsordnung nicht umstürzen lassen wollen, deshalb haben wir — die CDU/CSU — seit 20 Jahren dafür gearbeitet, die Grundlage dieser unserer Gesellschaftsordnung, das persönliche Eigentum, zu stärken durch unsere Politik des „Eigentum für alle". Diese Politik war erfolgreich.

Eine Studie des Professors Siebke im Auftrage des SPD-Ministers Arendt hat nachgewiesen, daß sich die Verteilung des Gesamtvermögens in den Jahren 1960 bis 1966 langsam auszugleichen begann. Das waren die ersten Auswirkungen unserer CDU/CSU-Vermögenspolitik.

Meine Freunde, warum sind wir eigentlich so schüchtern? Warum sagen wir nicht, daß es die CDU/CSU war, die 1952 mit der Wohnungs-

bauprämiierung begann, daß es die CDU/CSU war, die 1958 die Sparförderung brachte? Warum sagen wir nicht, daß wir 1959, 1961 und 1965 die drei Volksaktiengesetze durchgebracht haben? Warum sagen wir nicht, daß die CDU/CSU 1961 das 312-DM-Gesetz und 1965 das Zweite Vermögensbildungsgesetz brachte?

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben bis zur Stunde keine einzige eigenständige Gesetzesinitiative in dieser Hinsicht im Deutschen Bundestag durchgebracht. Einzig und allein die Unionsparteien waren es, die in den letzten 2 Jahrzehnten vermögenspolitische Meilensteine gesetzt haben.

(Beifall)

Wir haben unsere Politik auch im vergangenen Bundestag durchgesetzt. Sie kennen unsere Politik des „Eigentum für alle": 1. Beteiligung am Produktivkapital für alle Arbeitnehmer nach dem Beteiligungslohngesetz von Professor Burgbacher, 2. freiwillige Gewinn- und Kapitalbeteiligung am eigenen Unternehmen, 3. Wohnungs- und Hauseigentum auch für einkommensschwächere Schichten, 4. Privatisierung von Bundesbesitz an Wirtschaftsvermögen, 5. bessere Eigenkapitalbeschaffung für den Mittelstand.

Mit diesem Programm hätte sich die Eigentumsverteilung in unserem Volke noch um ein Stückchen mehr soziale Gerechtigkeit entwikkeln lassen. Durch die SPD-Regierung ist es anders gekommen. Statt 6 Milliarden DM Produktivvermögen jährlich zu erhalten, das in seinem Wert eher wächst und am Gewinn beteiligt ist, haben unsere Arbeitnehmer Milliarden durch die Geldentwertung verloren, und zwar in den 3 SPD-Jahren – wie Franz-Josef Strauß ausführte – über 50 Milliarden DM. Die SPD führt als Beweis dafür, wie gut es mit Stabilität bei uns steht, an, daß die Spareinlagen weiter gestiegen seien.

Meine Freunde, es ist schon fast zynisch, wenn so das Milliardenverlustgeschäft von Millionen Sparern für die Regierung noch als Erfolgsmeldung herhalten muß.

(Beifall)

Durch solche „Erfolge" ist die Eigentumsverteilung in unserem Volk inzwischen ungerechter geworden. Um über 12 Milliarden DM jährlich vergrößert sich der Abstand zwischen dem Vermögen der Selbständigen und dem der Arbeitnehmer. Insgesamt sind das 37 Milliarden DM in diesen drei SPD-Jahren – und das ist noch vorsichtig geschätzt. Schuld daran tragen nicht die Unternehmer oder Selbständigen, weil sie sich etwa auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern oder ihnen

etwas wegnehmen, wie das die neuen Klassenkampfideologen und Neidstrategen von der SPD dem deutschen Wähler weismachen wollen. Schuld daran ist die SPD-Regierung, und zwar gleich in doppelter Weise. Zum einen hat sie stabilitätspolitisch völlig versagt. Wie Hans Katzer gerade in seiner großen Rede ausführte, beträgt die Geldentwertungsrate jetzt 6,2 %. Dadurch wird das Geldvermögen der kleinen Leute und der Arbeitnehmer auf den Sparkonten ausgezehrt. Zum anderen hat sie gleichzeitig keinerlei Maßnahmen zur vermögenspolitischen Aktivität vorgeschlagen. Die SPD-Regierung hat, bevor sie die Regierungsverantwortung übernahm, viel über vermögenswirksame Maßnahmen für alle geredet. Getan hat sie nichts. Die vermögenspolitischen Leistungen dieser Regierung verdienen die Note „mangelhaft", ja, besser „ungenügend". Das müssen wir den Bürgern draußen auch sagen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich die SPD feige aus ihrer Verantwortung davonschleicht. Wir dürfen auch nicht zulassen, daß die SPD mit dem Appell an niedrigste Instinkte versucht, die Schuld für ihr eigenes Versagen ganzen Bevölkerungsgruppen zuzuschieben und dadurch wieder Klassenkampfgräben aufzureißen.

(Beifall)

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wenn es für den kleinen Mann immer schwerer wird, wertbeständiges Sachvermögen zu bilden, so hat das nicht nur materielle, sondern eines Tages auch politische Folgen, denn für bestimmte Kreise ist dann immer der Vorwand gegeben, den Klassenkampf in unsere Gesellschaft aufs neue hineinzutragen. Damit wird dann nicht allein unsere Gesellschaftsordnung, sondern auch die Demokratie selbst angegriffen, auch wenn diese Kreise noch so viel über die Demokratisierung aller Bereiche reden. Demokratie verträgt keine tiefen Klassengegensätze. Demokratie braucht eine sozial gerechte Gesellschaftsstruktur. Demokratie kann keinen Klassenkampf gebrauchen. Demokratie braucht Partnerschaft.

(Beifall)

Meine Freunde, Demokratie braucht deshalb weiterhin die Politik des „Eigentum für alle". Die CDU/CSU ist die einzige Partei, die diese Politik vertritt, und zwar nicht mit unverbindlichen Plänen, sondern mit einer abgestimmten Kombination von Vorschlägen, die alle voll ausgereift sind und als Bundestagsinitiativen vorliegen und die alle unmittelbar verwirklicht werden können. Am 19. November steht auch zur Wahl, ob wir unsere Politik des „Eigentum für alle" wiederaufnehmen und fortführen können. Liebe Parteifreunde, das sollten wir unseren Wählern draußen klarmachen.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Pieroth, bekannt durch sein vermögenspolitisches Konzept und durch seine guten Weine. Letzteres war jetzt Schleichwerbung.

Ich rufe nun das Thema „Bildungspolitik" auf. Als erster Redner hat Herr Dr. Bernhard Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Bundesvorsitzende hat in seiner gestrigen Rede ausdrücklich und betont die Bildungspolitik angesprochen. Herr von Weizsäcker und Frau Wex haben dieses Thema gestern nachmittag und heute wiederaufgenommen. Wir Bildungspolitiker möchten dafür ein herzliches Wort des Dankes sagen, denn dies ist bei politischen Parteien in der Bundesrepublik heute leider nicht mehr selbstverständlich. Zwar hieß es in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Herbst 1969 noch — Sie können das dort wörtlich nachlesen —, der Bildungspolitik werde man allererste Priorität einräumen, aber der amtierende Bundeswissenschaftsminister gab in diesen Tagen die Empfehlung, das Thema „Bildungspolitik" im Wahlkampf nicht aufzugreifen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein erschreckendes, ja, ein deprimierendes Zeichen. Es signalisiert deutlich, wieviel Hoffnung, wieviel Kredit, wieviel Erwartung und wieviel Chancen in diesem Bereich in den letzten drei Jahren verspielt worden sind. Das begann mit dem Bildungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1970, der — à la „Hessen vorn, aber nichts dahinter" — ein großes Programm vorstellte; kaum war es verkündet, standen seine Verfasser Leussink und Hamm-Brücher nicht mehr in der Verantwortung, um es auch tatsächlich zu verwirklichen.

(Beifall)

Ebenso war es mit der Ausnutzung der großen Chance der Zuständigkeit für ein Hochschulrechtsrahmengesetz. Weiberfastnacht 1970 wurde mit den Thesen von Leussink eine Diskussion begonnen, die vor wenigen Wochen dann mit einem jeder tatsächlichen Aussage entbehrenden hohlen Konzept endete. Dem entspricht auch die Weigerung, den großen Worten des Wissenschaftsministers im Bildungsbudget dann die Taten des Wirtschafts- und Finanzministers folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sollten diesem Versuch, die Bildungspolitik aus den Auseinandersetzungen der nächsten sechs Wochen auszuklammern, nicht Folge leisten, und zwar aus zwei Gründen. Wir sollten es erstens deswegen nicht tun, weil wir dank der Ge-

schlossenheit, zu der wir in dieser Frage in den letzten Jahren gefunden haben, ein Programm mit einer Aussage anzubieten haben, weil wir ein Programm klarer und eindeutiger Prioritäten aufweisen können, das nicht allen alles verspricht, das nicht überall anfängt und dann die Bildungsruinen im Lande stehenläßt, das nicht nach dem Rezept einer Staatssekretärin im zweifachen Ruhestand verfährt, öfter einmal etwas Neues unter die Leute zu bringen, und das sich nicht darauf beschränkt, den Kindern unserer Enkel den bildungspolitischen Himmel auf Erden zu versprechen,

(Beifall)

wenn erst einmal ganz andere Lehrer, Kinder ganz anderer Eltern in ganz anderen Schulen unterrichtet werden. Wir haben vielmehr ein Konzept, das klare Zielvorstellungen enthält, aber auch sagt, was als nächstes zur Verwirklichung dieser Zielvorstellungen nun tatsächlich getan werden muß und getan werden kann. Dieses Konzept — Hans Katzer hat es vorhin angesprochen — gibt z.B. der beruflichen Bildung auch innerhalb des schulischen Bereichs in den nächsten fünf Jahren jenen Rang, den wir dem Ausbau des Hochschulwesens in den letzten fünf Jahren gegeben haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dies geschieht nicht gegen die Hochschulen, sondern aus der einfachen Erkenntnis heraus, daß wir diejenigen, die zehn oder zwölf Semester lang auf Kosten der Öffentlichkeit studieren dürfen, gegenüber ihren Alterskollegen nicht in einer bestimmten Weise überprivilegieren dürfen. Wir dürfen also nicht so tun, als ob die geistige wie auch die materielle Zukunft unserer Bundesrepublik nur von den Akademikern, nicht aber von den Facharbeitern, den Technikern, den Ingenieuren, den Bauern und den Handwerkern abhinge.

(Beifall)

Zu diesen Prioritäten gehört ein Hochschulrechtsrahmengesetz des Bundes, das die drei verlorenen Jahre wieder wettmacht und statt vieler Reden dafür sorgt, daß in Freiheit und Unabhängigkeit an allen deutschen Hochschulen gelehrt, geforscht und gelernt werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, niemand sage uns, das ging zur Zeit nicht. Ich darf darauf aufmerksam machen, in Kiel, Würzburg, Freiburg, Mainz und Saarbrücken geht es; also muß es in Berlin, Frankfurt und Bremen auch möglich sein,

(Beifall)

wenn man die entsprechenden Möglichkeiten nutzt.

Zu diesen Prioritäten gehört drittens, daß das Wort von der Chancengleichheit nicht nur eine immer billigere Münze wird, sondern daß wir es wieder exakt definieren als die Chancengerechtigkeit, die nicht jedem den gleichen Ausbildungsweg aufzwingt, sondern ihm die Freiheit gibt, nach seinen Anlagen und Fähigkeiten seine Schullaufbahn wählen zu können,

(Beifall)

weil Chancengleichheit, meine Freunde, heißt, daß jeder die Möglichkeit bekommt, seine Anlagen und Fähigkeiten zu entwickeln, und nicht heißt, daß jeder in eine Einheitsschule mit Einheitslehrern kommen muß,

(Beifall)

ganz gleich, ob er mit Leistungsstärke mehr als die anderen zu leisten vermag oder als Behinderter eine besondere Förderung beanspruchen kann. Dementsprechend muß die Schule Laufbahnen anbieten.

Aber, meine Damen und Herren, der zweite Grund, warum wir in dieser Auseinandersetzung das Thema Bildungspolitik nicht aus der Hand geben dürfen, ist wohl der, daß in der Tat jenseits aller organisatorischen Probleme, die wir seit Jahren diskutieren, die Bildungspolitik etwas mit der geistigen Verwirrung in unserem Volk zu tun hat, von der Rainer Barzel gestern gesprochen hat.

(Beifall)

Der Sozialismus muß und kann durch Daten und durch Fakten überwunden werden; aber er muß und kann auch überwunden werden durch ein Menschenbild, das sich der Freiheit und der Gerechtigkeit verpflichtet weiß.

Ich meine, wir sollten uns der Kontroverse, die man in diesem Bereich mit uns sucht, nicht widerwillig, sondern mit größter Bereitschaft stellen.

(Zustimmung)

Wir sollten dieser Konfrontation nicht ausweichen, sondern sie dort, wo andere sie suchen, ausdrücklich anbieten. Aber wir sollten dabei erkennen, daß dies mit Schulen und Hochschulen zu tun hat, daß eben dort nicht allein Wissensvermittlung geschieht, sondern daß der Auftrag des Lehrenden auch darin besteht, Erzieher zu sein.

(Beifall)

Darum, meine Damen und Herren, heißt Reform der Lehrerbildung mehr als nur Verwissenschaftlichung der Lehrerbildung.

(Zustimmung)

Darum, und nicht deshalb, weil wir Angst haben, fragen wir, wes Geistes Kind die sind, die die Kinder jener Bürger erziehen, die sich zu fast hundert Prozent zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung dieses Staates bekennen. Und wir messen dabei nicht mit zweierlei Maß. Wenn man einen aktiven Mann der NPD nicht einstellt, wird das befriedigt zur Kenntnis genommen. Wenn man aber eine Dame des Spartakus nicht zur Pensionärin des Staates macht, den sie umfunktionieren will, dann erhebt sich lautstarker Protest.

(Beifall)

Im übrigen sind, meine Damen und Herren, bei dieser Aufgabe der Erziehung die Eltern nicht die Reformverhinderer, sondern die unmittelbar Beteiligten und Mitverantwortlichen. Ich kann nur sagen: wenn der Herr Bundeskanzler uns Kultusminister in einem Brief auffordert, wir sollten dafür sorgen, daß in den Oberklassen der Gymnasien mehr dafür getan werde, die friedensfördernde Kraft der Bundeswehr zu erläutern, dann muß unsere Antwort heißen: Dies stimmt; aber er muß dann auch seine eigene Parteijugend auffordern, diesen Auftrag zu erfüllen.

(Beifall)

Wie soll denn, meine Freunde, der Lehrer morgens zwischen acht und zehn diesen Auftrag des Grundgesetzes erfüllen, wenn der Jugendliche am Nachmittag in eine Umwelt kommt, die genau das Gegenteil auf ihr Programm geschrieben hat.

Lassen wir uns bitte nicht einreden, die junge Generation habe für die Fragen, die ich angesprochen habe, kein Gespür! Im Gegenteil, es ist Unsicherheit, es ist ein Suchen, es sind sehr viele Fragen vorhanden, und ich meine, Antworten darauf müßten wir gerade auch im bevorstehenden Wahlkampf geben, und wir müßten sie glaubhaft geben. Denn daran entscheidet sich, ob wir es ernst meinen, ob wir zur Diskussion tatsächlich bereit sind.

Zur politischen Erneuerung der Bundesrepublik gehört — so ist es gestern von Rainer Barzel gesagt worden — die geistige Erneuerung. Diese geistige Erneuerung bezieht sich auch auf die sogenannten Intellektuellen, ganz gleich, wer sich dazu rechnet, und wer nicht, auf die Intellektuellen, die hellhörig geworden sind und dem Trommler vom Dienst der Konkurrenzpartei nicht mehr uneingeschränkt Beifall klatschen.

Meine Damen und Herren, das aber erfordert, daß wir die Klischeevorstellung überwinden, daß wir die Vorstellung sprengen, die manchenorts immer noch über Intellektuelle in der Christlich-Demokrati-

schen Union herrscht, daß wir deutlich machen, daß in unserem christlichen Freiheitsideal in der Tat Kultur- und damit auch Gesellschaftsverständnis lebt, das die beste Voraussetzung für selbständiges Denken und selbständiges Gestalten des Geistes in dieser Republik schafft. Ich bitte Sie deswegen, meine Damen und Herren, auch auf diesen Bereich im kommenden Wahlkampf zu achten. Es geht um jede Stimme, aber es geht auch um jeden Kopf, den wir bei dieser Auseinandersetzung gewinnen wollen.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Bernhard Vogel für diesen Beitrag und für die koordinierende Leistung christdemokratischer Kultur- und Bildungspolitik in der Bund-Länder-Kommission.

(Beifall)

Als nächster Redner wird Herr Langguth sprechen. Ich rufe aber auch schon die dann folgenden auf: zum Thema Sozialpolitik Dr. Heinrich Geissler, zum Thema Gesundheitspolitik Herrn Dr. Hammans.

Herr Langguth hat das Wort, RCDS, Bundesvorstand.

Gerd Langguth: Meine Damen und Herren, auch wenn ich Student bin, muß ich sagen, daß die CDU diejenige Partei war, die die Frage der Reform der beruflichen Bildung vorangetrieben hat, nicht die SPD. Aber ich möchte noch eines sagen. Gerade wenn wir die Priorität der beruflichen Bildung anerkennen, können wir doch die eigentliche Aufgabe auch im Bereich der Hochschulpolitik nicht übersehen.

Ich möchte mich möglichst kurz fassen und nur einige wenige Punkte nennen, auch wenn es mich dazu reizen würde, gerade hier das Versäumnis der SPD in Sachen Bildungspolitik und auch die Enttäuschung aufzuzeigen, die sich im studentischen Bereich breitgemacht hat gegenüber einer angeblichen Reformpolitik. Man müßte hier viele Punkte anführen, ob es sich hier nun um das Bundesausbildungsförderungsgesetz handelt oder um die Frage der studentischen Krankenversorgung oder um anderes handelt. Es wäre auch reizvoll, hier etwa auch über eine sogenannte Dokumentation des Wissenschaftsministers in Sachen Vorlesungsstörungen zu sprechen. Genauso reizvoll wäre es, darüber zu sprechen, wie es vorkommen kann, daß in von SPD-regierten Ländern in Gründungsuniversitäten DKP-Mitglieder ordentliche Mitglieder sein können.

Auf alle diese Punkte möchte ich hier aber nicht eingehen, auch nicht auf die Tatsache, daß in breiten Teilen der SPD eine breite Soli-

darität mit dem prokommunistischen Sozialdemokratischen Hochschulbund besteht.

Meine Damen und Herren, ich will hier einige wenige Punkte nennen. Ich meine, es kommt darauf an, daß eine neue CDU-Regierung erstens dafür sorgt, daß eine baldige Verabschiedung des Hochschulrechtsrahmengesetzes erfolgt. Es ist einfach ein Unding, daß in jedem Bundesland Hochschulgesetze verabschiedet werden, ohne daß ein einheitlicher Rahmen für eine einheitliche Politik geschaffen wird.

Und es ist, meine Damen und Herren, wesentlich, daß in diesem Zusammenhang auch eine Integration des Fachhochschulwesens in den allgemeinen Hochschulbereich stattfindet. Das künftige Hochschulrahmengesetz muß die organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen, für Chancengerechtigkeit im Hochschulbereich und eine optimale Förderung der Einzelbegabung.

2. Es muß endlich dafür gesorgt werden, daß Maßnahmen gegen den sich ausweitenden Numerus clausus ergriffen werden.

(Beifall)

Wenn wir uns einmal die Zahlen ansehen: Jetzt zu Beginn des Wintersemesters gibt es im Bereich Humanmedizin 22 350 Bewerbungen, aber nur 3360 Studienplätze stehen zur Verfügung.

3. Der Bildungsgesamtplan sollte noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Allerdings kommt es nicht darauf an, einen neuen Plan zu verabschieden, der etwa nicht finanziell abgesichert wäre. So viele Pläne haben wir bereits in der Vergangenheit gehabt, die nicht finanziell abgesichert waren, daß wir ausdrücklich auch hier die Forderung nach einem konkreten Bildungsbudget erheben müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich auch meinen ausdrücklichen Dank an Kultusminister Vogel für seine Arbeit in der Bund-Länder-Kommission als deren Vorsitzender hier sagen.

(Beifall)

4. Es muß auch endlich dafür gesorgt werden, daß die Arbeit der Studienreformkommission in Gang gebracht werden kann.

5. Zwei Schlußanmerkungen: Es kommt darauf an, daß die Christlich Demokratische Union, wenn sie wieder die Regierung übernimmt, nicht hinter das Berliner Programm — 2. Fassung — zurückgeht, sondern daß sie im Rahmen ihrer Hochschulpolitik sehr deutlich aufzeigt, daß eben die Reaktionäre gerade auch im Bildungsbereich rechts wie links liegen. Es gibt auch Professoren, die Wissenschaft als ihr Privateigentum betrachten, und es gibt Linksradikale mehr als genug, die

Reformen verhindern wollen und die die Reformunfähigkeit dieses Systems nachweisen möchten. Es geht darum, das Konzept einer offensiven Demokratie zu entwickeln, und es kommt auch darauf an, daß die CDU ihr Verhältnis zu den Intellektuellen, was auch gerade vorhin Kultusminister Vogel angeschnitten hat, stärker intensiviert und verbessert.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Wir danken Gerd Langguth. Wir wissen, daß er als Student eine schwere Position hat, und deshalb danken wir ihm nicht nur für seine Rede, sondern auch für seine politische Alltagsleistung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Vertreter, die zur Sozialpolitik sprechen wollten, Herr Blüm und Minister Heinrich Geissler, haben wegen der fortgeschrittenen Zeit ihre soziale Tat dadurch eingebracht, daß sie auf ihre Rede verzichten.

(Beifall)

Zur Gesundheitspolitik rufe ich auf Herrn Dr. Hammans. Anschließend sprechen zum Thema Jugendpolitik Herr Rollmann und Freiin von Enckevost.

Herr Dr. Hammans, Rheinland, hat das Wort.

Dr. Hugo Hammans, Rheinland: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin nur noch hier heraufgekommen, um zu dokumentieren, welch wichtige Position die Gesundheitspolitik bei uns einnimmt. Im übrigen gebe ich meine Ausführungen gerne zu Protokoll.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Hammans. Damit wird die Neugier auch zum Lesen des Protokolls geweckt.

(Schriftliche Protokollnotiz Dr. Hammans:)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, die Ausführungen von Frau Dr. Wex zur Gesundheitspolitik noch zu vertiefen. Gesundheit ist ein hohes Gut des Menschen und mehr als frei sein von Krankheit. Es ist die Aufgabe der Gesundheitspolitik, den medizinischen Fortschritt jedem einzelnen ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zugute kommen zu lassen. Die CDU bekennt sich zu unserem System der gesundheitlichen Sicherung. Im internationalen Vergleich hat es sich bewährt. Eine Sozialisierung des Gesundheitswesens lehnen wir ab.

Es ist die Aufgabe unserer Gesundheitspolitik, Voraussetzungen für die Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit zu schaffen. Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge, Krankheitsverhütung und Früherkennung von Krankheiten stehen im Vordergrund unserer Gesundheitspolitik. Hierzu gehören:

- Gesundheitsschutz durch Verhütung von Umweltschäden
- Gesundheitsförderung durch Einrichtungen für Sport, Freizeit und Erholung
- Gesundheitsinformation
- Gesunderhaltung durch Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten.

Jeder ist in der Wahl und Nutzung der angebotenen Einrichtungen und Möglichkeiten des Gesundheitswesens frei. Gesundheit ist nicht denkbar ohne Selbstverantwortung für die Gesundheit.

Die **Gesamtverantwortung für das Gesundheitswesen** liegt beim Staat. Der Staat soll jedoch eigene Leistungen nur solange und insoweit erbringen, als sie nicht von Dritten erbracht werden können. Eine wirkungsvolle Gesundheitspolitik bedarf der Beteiligung möglichst vieler Bürger. Bürgerinitiativen, Aktionsgemeinschaften und Vereine im Bereich des Gesundheitswesens und des Sports sind daher zu fördern.

Herr von Weizsäcker hat in seinen gestrigen Ausführungen das Problem des Umweltschutzes von der gesellschaftspolitischen Seite her durchleuchtet. Ich will dem noch ein paar Gesichtspunkte von der Gesundheitspolitik aus gesehen hinzufügen. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz, ist aber auch Verbraucherschutz.

In der letzten Zeit wird viel über die Verbesserung der Lebensbedingungen des Menschen unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes diskutiert. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen ist aber nur erreichbar, wenn man dabei die grundsätzlichen Forderungen nach einem wirksamen Gesundheits- und Verbraucherschutz nicht außer acht läßt.

Jahrzehntelang hatte die Bevölkerung, die Kriegszeit inbegriffen, um die Versorgung zu ringen. Die Menschen mußten sich damals mit einfachen und gesundheitlich nicht gerade hochwertigen Nahrungsmitteln begnügen. Sie waren außerdem knapp. In unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft ist ein großes Angebot an Waren und mit steigendem Einkommen eine immer größere Nachfrage breiterer Schichten nach mehr und höherwertigen Erzeugnissen zu verzeichnen.

Mit diesem größeren Warenangebot aber wächst die Schwierigkeit der marktwirtschaftlichen Orientierung. Der Verbraucher ist meist nicht mehr in der Lage, die zahlreichen Angebote bezüglich Qualität, Preis und sonstiger Konditionen zu vergleichen. Die Beratung der Kunden ist durch neue Betriebsformen (Selbstbedienungsläden, Einkaufszentren, Versandhäuser) zurückgegangen.

Eine intensive Werbung ist mehr auf suggestive Beeinflussung als auf sachliche Aufklärung abgestellt. Das Ergebnis ist, daß die Verbraucher diesem Ansturm kaum gewachsen sind, man denke nur an die Parolen „Iß Dich fit, iß Dich schlank!" etc. Der Verbraucher ist auch zu wenig aufgeklärt über eine verbraucherrechtliche und gesundheitsfördernde Ernährung.

Insbesondere auf lebensmittelrechtlichem Gebiet sind durch die rasche Entwicklung der landwirtschaftlichen Erzeugung, der industriellen Herstellung von Lebensmitteln, der Zunahme von chemisch und physikalisch wirksamen neuen Stoffen, den weltweiten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Bioziden, Mineraldünger, Massentierhaltung unter Verwendung pharmakologisch wirksamer Stoffe neue Probleme entstanden.

Als Berichterstatter für das Gesetz zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts habe ich immer wieder die Aufteilung des Gesamtwerkes zum Lebensmittelrecht in Einzelgesetze gefordert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat entsprechende Einzelgesetzentwürfe in den Bundestagsdrucksachen VI/2615 bis 2619 vorgelegt.

Wenn man sich seitens der Regierungskoalition entschlossen hätte, unserem Vorschlag zu folgen, könnte trotz der augenblicklichen parlamentarischen Situation bereits der wichtigste Teilbereich, nämlich der der Lebensmittel im engeren Sinne, ohne große Schwierigkeiten bald in Kraft gesetzt werden. Frau Minister Strobel ist hier der Vorwurf nicht zu ersparen, daß der Verbraucher nicht jetzt schon besser geschützt wird, sondern nach wie vor auf eine so dringend notwendige Gesetzesnovelle auf unbestimmte Zeit vertröstet wird. Um weitere Gesundheitsgefahren zu bannen, müssen im staatlichen Bereich wie im Bereich der Forschung, aber auch in der Sicherung der Kontrollen, entscheidende Veränderungen durchgeführt werden. Es würde zu weit führen, dies im einzelnen hier auszuführen. Ich darf verweisen auf meine Veröffentlichung in der Zeitschrift „Frau und Politik", die Sie hier am Stand der Frauenvereinigung mitnehmen können.

Arbeit und Gesundheit stehen in enger Wechselbeziehung. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist insbesondere durch

- menschengerechte Ausgestaltung des Arbeitsplatzes

- Ausbau der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Einrichtungen

auszubauen.

Die **ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung** ist auch in Zukunft durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte in freier und unabhängiger Berufsausübung sicherzustellen. Regional und strukturell bedingte Lücken in der Versorgung müssen beseitigt werden. Dazu ist die Zusammenarbeit zwischen den Kassenärztlichen Vereinigungen und den Krankenkassenverbänden erforderlich. Für das Gebiet jeder Kassenärztlichen Vereinigung ist eine Bedarfsplanung aufzustellen und die Niederlassung vorzugsweise an den Orten zu fördern, an denen auf Ärzte nicht verzichtet werden kann. Dabei ist der Zusammenschluß von Ärzten zu gemeinsamer Berufsausübung, z. B. in Gemeinschaftspraxen und Arzthäusern, eine wirkungsvolle Maßnahme. Daneben werden die Gemeinden aufgefordert, die Niederlassung von Ärzten und Zahnärzten zu erleichtern (z. B. Bauland).

Die freie Arztwahl und die ärztliche Schweigepflicht zum Schutz des Patienten sind unabdingbare Prinzipien unserer Gesundheitspolitik.

Die Zusammenarbeit zwischen dem frei praktizierenden Arzt und dem Krankenhaus ist zu verbessern.

Die **Krankenhausbehandlung** jedes einzelnen Patienten muß sich an der Art seiner Erkrankung – unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage – orientieren. Daneben soll der Patient die Möglichkeit haben, jede Sonderleistung des Krankenhauses einzeln gegen Erstattung der Kosten in Anspruch zu nehmen: Einzelzimmer, Wahlverpflegung und Wahl des Arztes. Die Besuchszeit im Krankenhaus muß sich an der Art der Erkrankung ausrichten. Die Versorgung der psychisch Kranken muß verbessert werden. An der Krankenhausversorgung sollen auch in Zukunft öffentliche, freigemeinnützige und private Krankenhäuser gleichberechtigt mitwirken.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Maßnahmen nennen, die die Effektivität unseres Gesundheitswesens verbessern werden:

1. Verbesserung der inneren Struktur der Krankenhäuser (z. B. leistungsgerechte Beteiligung der Mitarbeiter an den Privatliquidationserlösen, leistungsgerechter Pflegesatz);
2. Ausbau moderner Organisationsformen in der freien ärztlichen Praxis unter Wahrung des persönlichen Vertrauensverhältnisses von Arzt und Patient;
3. Wirksamkeitsprüfung von Arzneimitteln und Einschränkung der Werbung;

4. rationellere Organisationsformen in der gegliederten gesetzlichen Krankenversicherung unter Berücksichtigung der Regionalplanung;
5. verstärkte Kooperation der Ärzte, der Krankenhäuser, der pharmazeutischen Industrie und der Krankenversicherung (z. B. Bildung von gemeinsamen Kommissionen);
6. Neuregelung der Krankenversicherung der Rentner, insbesondere eine gerechtere Verteilung der Lasten im System der sozialen Sicherung.

Dies ist unsere fortschrittliche und freiheitliche Auffassung einer Gesundheitspolitik. Helfen Sie mit, daß wir diese nach dem 19. November verwirklichen können.

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Rollmann.

Dietrich Rollmann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dem Versagen der Bundesregierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik entspricht voll und ganz auch ein Versagen in der Jugend- und Familienpolitik unseres Landes. Dieser Bundesregierung ist es nicht im entferntesten gelungen, ihr jugend- und familienpolitisches Programm zu verwirklichen, im Gegenteil: Wann, so frage ich, hat es jemals in diesem Land eine Jugend- und Familienpolitik mit so wenig wirklichen Fortschritten gegeben wie in den drei Jahren dieser Bundesregierung? Und wann hat es jemals in diesem Lande eine Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem Rücken der jungen Generation gegeben wie in diesen vergangenen drei Jahren?

Außer den Rentnern und Sparern wird keine Bevölkerungsgruppe in unserem Land mehr von der Inflationspolitik getroffen als die Millionen Familien im allgemeinen, als die jungen und kinderreichen Familien im besonderen. Den Familien mit Kindern vor allen Dingen sind in diesen Jahren doch überall die Preise davongelaufen. Diese Bundesregierung hat nahezu nichts dazu beigetragen, um den Familienlastenausgleich zu verbessern, sondern alle Anträge unserer Fraktion zur Erhöhung des Kindergeldes, die wir mit finanziellen Deckungsvorschlägen eingebracht haben, sind von der Bundesregierung abgelehnt worden. Die jungen und kinderreichen Familien sind es, die trotz Wohngeld angesichts der Explosion der Baukosten keine Wohnungen mehr finden können. Die Umwelt ist es doch, die heute kinderfeindlicher denn je ist, und die Familien werden es doch zu allererst sein, die im nächsten Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 12 % zu bezahlen haben werden. Und dann, meine Damen und Herren, wundert sich die Bun-

desregierung noch darüber, daß wir inzwischen einen katastrophalen Geburtenrückgang in diesem Lande haben. Wenn weiterhin in diesem Land eine Politik auf dem Rücken der Kinder und der Familien betrieben wird, dann werden wir nicht einmal mehr die Substanz unseres Volkes erhalten können.

Wie sieht die jugend- und familienpolitische Bilanz dieser Regierung sonst aus? Der versprochene Entwurf eines Jugendhilfegesetzes liegt nicht vor. Die praktische Reform der Jugendhilfe ist nicht angepackt worden. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist unzulänglich. Die Herabsetzung der Volljährigkeit ist der vorzeitigen Auflösung des Bundestages zum Opfer gefallen. Der Jugendschutz wird abgebaut. Die Rauschgift- und Drogenkriminalität hat sich vervielfacht. Die freien Träger der Jugendhilfe werden in ihrem Bereich mit der Kostenexplosion nicht mehr fertig. Die Zeiten der blutigen Straßendemonstrationen in unserem Land und insbesondere in Universitätsstädten sind zwar vorbei – und das rechnet sich diese Regierung als ihr ganz besonderes Verdienst an –, aber statt dessen hat doch der sehr viel gefährlichere Weg und Marsch der radikalen Linken durch die Jugend- und Studentenverbände, durch die Schulen und Universitäten, durch die Institutionen unseres Staates begonnen. Die Sozialdemokratische Partei war bis heute weder in der Lage, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund, diesem Steigbügelhalter des Kommunismus an den Universitäten unseres Landes, den Namen „sozialdemokratisch" zu entziehen, noch hat sie den Mut aufgebracht, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund die öffentlichen Mittel zu streichen. Mit den Steuergroschen der Bürger in unserem Land finanziert dieser Staat in der gegenwärtigen Situation auch noch seine Todfeinde. Damit muß Schluß gemacht werden.

(Beifall)

In Übereinstimmung mit Helga Wex, unserem zuständigen Bundesminister nach dem 19. November, und in Fortführung ihrer Ausführungen darf ich zur Jugend- und Familienpolitik einer CDU/CSU-Regierung folgendes sagen: Wir werden ein neues Jugendhilfegesetz schaffen, das den jungen Menschen einen konkreten Rechtsanspruch auf Jugendhilfe gibt, die personelle und finanzielle Grundausstattung der Jugendämter sicherstellt und den Leistungskatalog der Jugendhilfe erweitert. Gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden sowie den freien Trägern der Jugendhilfe werden wir den vielfältigen Defiziten in der Jugendhilfe zu Leibe rücken.

Bessere Mütterberatung, mehr Spielplätze und Kindergärten sowie modernere Heime müssen durch eine bessere und andere Prioritäten-

setzung in den öffentlichen Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden. Wir werden schließlich einen einheitlichen Familienlastenausgleich nach den Forderungen des Berliner Programms der CDU schaffen, dabei das Kindergeld erhöhen und für die unvollständige Familie sorgen. Wir werden unsere Kinder stärker als bisher vor Gewalttätigkeits- und Brutalitätsdarstellungen in den Massenmedien schützen und das Jugendarbeitsschutzgesetz sinnvoll reformieren. Wir werden den Bundesjugendplan stärker als bisher für die nichtorganisierten jungen Menschen und für die gesellschaftlichen Randgruppen in unserem Lande zu öffnen haben. Wir werden für die Bekämpfung der Rauschmittel- und Drogensucht in unserem Lande keine neuen Programme verkünden, sondern damit endlich Ernst machen.

Die Jugend- und Familienpolitik war in den vergangenen Jahren der Opposition ein Schwerpunkt unserer Politik. Sie wird unter Helga Wex ein Schwerpunkt sein, wenn wir die Regierung in diesem Lande nach dem 19. November wieder übernehmen.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir danken Herrn Rollmann für seinen umfassenden Beitrag.

Freiin von Enckevost hat unter der Überschrift, daß Frauen auch schweigend wirken können, auf ihre Wortmeldung verzichtet.

(Vereinzelter Beifall)

Diskussionsbeitrag von Enckevost

Frau Wex hat auf das Emanzipationsgetöse von links hingewiesen und festgestellt, es sei rückschrittlich zu sagen, die Frauen müßten sich emanzipieren.

Nun, ich bin der Ansicht, daß Emanzipation — nicht nur für Frauen — erforderlich ist und bleibt.

Hinter diesem Emnazipationsgeschrei — und das ist der eigentlich interessante Punkt — steckt ein Trick, den wir auch auf anderen Gebieten erleben. Herr Katzer hat dies zutreffend gekennzeichnet als marxistischen Generalangriff, denn das, was von links-links propagiert wird, ist nicht Emanzipierung als die Möglichkeit zur selbstverwirklichung, sondern der Versuch, die Vorstellung zu vermitteln, nur die voll in den Wirtschaftsprozeß eingegliederte Frau sei emanzipiert; nur die Frau, die sich Bindungen und Verpflichtungen anderer Art entzieht, habe den erforderlichen Grad an Emanzipation erreicht. Nicht die Zahl von Frauen, die sich dem Sreß leitender Stellungen im Wirtschaftsleben

oder den männermordenden Aufgaben in der Politik zu unterziehen bereit sind, unter Verzicht auf ihre Rolle in der Familie, ist Gradmesser der Emanzipationsmöglichkeit.

Emanzipation als Selbstverwirklichung bedeutet vielmehr auch, daß die Möglichkeit zur wenigstens zeitweisen Rollenverteilung besteht, insbesondere nicht die Kindererziehung der Gesellschaft als bloßer Sozialisationsprozeß mit allen enthaltenen Manipulations- und Indoktrinationsgefahren überlassen bleibt. Dies setzt eine mobile und durchlässige Gesellschaft voraus, die einen solchen Grad an Wohlstand und Stabilität besitzt, daß Frauen mit kleinen Kindern nicht durch Teuerung und die steuerlichen Folgen sozialistischer Experimente gezwungen sind, mitzuverdienen.

Ordnungs- und Wertvorstellungen, die eine Emanzipation in diesem Sinne ermöglichen, sind derzeit nur durch die CDU gewährleistet. Auch aus diesem Grunde müssen wir die Wahl gewinnen.

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium:

Die beiden Rechtspolitiker Friedrich Vogel und Dr. Carl-Otto Lenz haben erklärt, die Rechtspolitik bedürfe einer derart differenzierten Darstellung, daß sie jetzt lieber auf ihren Beitrag verzichten und ihn zu Protokoll geben möchten, als dadurch zu einer zeitlichen Bedrängnis dieses Parteitages beizutragen.

(Beifall)

Diskussionsbeitrag Friedrich Vogel (zu Protokoll gegeben):

Reformpolitik der Vernunft

Die Rechtspolitik sollte ein Schwerpunkt der Reformpolitik der Regierung Brandt sein.

Ihre Kernstücke

- Vollendung der Strafrechtsreform,
- Reform des Ehescheidungsrechts,
- umfassende Justizreform,

sind auf der Strecke geblieben.

Herr Jahn ist gescheitert,

- weil seine Rechtspolitik falsch programmiert gewesen ist;
- weil er sich übernommen und Rechtspolitik ohne Augenmaß betrieben hat;
- weil mit sozialdemokratischer Rechtspolitik eine Umwertung von in der Bevölkerung fest verankerten Wertvorstellungen versucht worden ist.

Die Strafrechtsreform

ist über die viel zu weitgehende Liberalisierung des sogenannten Demonstrationsstrafrechts nicht hinaus gediehen.

Nur für ein Geschenk – einschließlich Amnestie – an jene Kräfte, die den Koalitionsparteien im letzten Bundestagswahlkampf tätige Schützenhilfe geleistet haben, hat es gereicht.

Der Rest ist in den heftigen Auseinandersetzungen über die geplante Freigabe der Abtreibung und der Pornographie hängen geblieben.

Strafrechtsreform in den letzten 3 Jahren, das war

- Liberalisierung um der Liberalisierung willen,
- Verlust der Orientierung an klaren Wertmaßstäben,
- Vorrang angeblicher Emanzipationsbedürfnisse einzelner vor den Schutzbedürfnissen der Gemeinschaft.

Wir werden die Strafrechtsreform fortführen, aber wir werden uns an den Wertentscheidungen unserer Verfassung und dem Menschenbild orientieren, das ihnen zugrunde liegt.

Das heißt konkret zu den Streitpunkten der letzten Jahre:

- Wir werden uns bei der Reform der Abtreibungsvorschriften in erster Linie von der Verpflichtung leiten lassen, das Leben des nicht geborenen Menschen zu schützen. Sowohl die Fristenlösung als auch eine ausgeuferte Indikationslösung sind für uns unannehmbar.
- Wir werden die Ehegattenkuppelei nicht straflos stellen, weil wir uns zum Schutz der Ehe verpflichtet wissen.
- Wir werden die Pornographie nicht freigeben, weil wir nicht üblen Geschäftemachern Vorschub leisten wollen, die die Würde des Menschen – vor allem der Frau – in den Schmutz ziehen, und weil wir die Jugend wirksam schützen wollen.

Die Reform des Ehescheidungsrechts

ist gescheitert, weil sie nicht auf das Notwendige beschränkt worden ist, sondern weil sie gesellschaftliche Veränderungen einleiten sollte.

In der Sicht von Sozialisten, für die Staat und Gesellschaft eine Einheit sind, sind Ehe und Familie ein Fremdkörper,

- weil sie einen ebenso staats- wie gesellschaftsfreien Raum schaffen
- und weil ihre Beziehungen nicht voll „von außen" fremdbestimmt werden können.

Ehe und Familie sind mehr ein sozialistisches Problem als eine sozialistische Institution.

Ehe und Familie gilt es nicht zu verändern, sondern zu schützen.

Für uns ist bei der Reform des Ehescheidungsrechts bindende Richtschnur,

- daß die Ehe auf Lebenszeit angelegt ist
- und daß es nach einer Scheidung eine fortwirkende Verantwortung der Eheleute füreinander gibt.

Die Ehe darf nicht durch Scheidungserleichterung „sozial dynamisiert" werden. Der einseitigen Verstoßung des Schwächeren – meistens der Frau – darf nicht Vorschub geleistet werden.

Vor allem werden wir der sozialen Sicherung der verheirateten Frau, die nicht berufstätig ist, sondern Hausfrau und Mutter ist, Vorrang einräumen.

Die umfassende Justizreform

ist gescheitert, weil völlig unpolitische, „technische", auch von uns gebilligte Forderungen mit „systemüberwindenden" Zielsetzungen gemischt worden sind.

> Wir werden zuerst dafür sorgen, daß der Bürger schneller und einfacher sein Recht erstreiten kann. Durch Einleitung von Rechtstatsachenforschung werden wir der Justizreform eine solide Grundlage geben.

Wir werden uns aber entschieden jedem Versuch einer „Sozialisierung des Rechts durch Richterspruch" widersetzen.

> Wir wollen den unabhängigen, an Recht und Gesetz und an die Grundwertentscheidungen des Gesetzgebers gebundenen Richter. Wir wollen aber nicht den „politischen" Richter, der als Organ der Gesellschaft seine „politischen" Funktionen erfüllen, der die Gesellschaft „politisch" ordnen soll.

In den letzten drei Jahren hat Ideologie Einzug in die Rechtspolitik gehalten.

Für uns ist die Rechtspolitik kein Mittel zur Gesellschaftsveränderung.

Wir werden eine solide und realistische Rechtspolitik betreiben. Wir werden uns auf das beschränken, was notwendig, vorrangig und in vier Jahren zu schaffen ist.

Wesentliche rechtspolitische Entscheidungen brauchen breite Mehrheiten im Parlament, weil wir wollen, daß unsere Rechtsordnung von der Zustimmung der Bürger getragen werden kann.

Auch in der Rechtspolitik werden wir eine Reformpolitik der Vernunft betreiben.

Diskussionsbeitrag Dr. Carl Otto Lenz (zu Protokoll gegeben): Rechtspolitik, Reformpolitik der Vernunft

Unsere Rechtspolitik dient nicht der Systemüberwindung, sondern dem Schutz der Freiheit und den Rechten des einzelnen und der Erhaltung unserer freiheitlichen demokratischen Staatsform unter sich wandelnden Verhältnissen.

Wir glauben, daß alle Menschen gleichgeboren und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind.

Wir glauben, daß es Aufgabe der Staatsgewalt ist, die Menschenrechte zu schützen und gleiche Startmöglichkeiten für alle zu gewährleisten.

Auf die Rechtspolitik bezogen heißt das:

Rechtspolitik dient nicht der Erhaltung überlebter Relikte vergangener Zeiten, sondern dem Schutz von Leben, Gesundheit und Ansehen, Arbeit, Eigentum und Vermögen eines jeden einzelnen von uns.

Wir wissen, daß die moderne Form des Wirtschaftens neue Gefahren für den einzelnen und die Gemeinschaft schafft. Wir werden die Arbeiten zur Schaffung eines modernen Rechts zur Bekämpfung von Umweltgefahren und Wirtschaftskriminalität nachdrücklich fortsetzen. Wir werden jedoch dem mündigen Bürger die Haftung für Sorgfalt in den eigenen Angelegenheiten nicht abnehmen können, ohne die Freiheit zu beseitigen.

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Zur Menschenwürde gehört die Bewährung der autonomen Freiheitssphäre des Menschen und seines privaten Bereichs vor dem ungebetenen Eindringen Dritter, wessen auch immer. Bürgerrecht und Menschenwürde hören weder vor den Schranken der Gerichte noch hinter den Mauern der Gefängnisse auf. Das noch zu verabschiedende Strafvollzugsgesetz muß mit den Erfordernissen der Menschenwürde ebenso in Einklang stehen wie mit den Bestimmungen des materiellen Strafrechts über den Zweck der Strafe.

Wir wollen auch die Opfer von Verbrechen nicht vergessen. Die Vorbereitungen zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes müssen intensiv fortgesetzt werden.

Der Schutz von Ehe und Familie liegt uns besonders am Herzen. Wir schreiben niemandem vor, wie er seine Ehe gestalten soll. Wir meinen deshalb, die Ehe, in der die Frau zum Besten von Familie und Kindern zu Hause bleibt, muß ebenso möglich bleiben, wie die Ehe, in der beide Gatten erwerbstätig sind. Eine Reform des Scheidungsrechts im Sinne des Zerrüttungsprinzips setzt eine zufriedenstellende Lösung für eine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Alterssicherung der verheirateten Frau voraus.

Zum wirksamen Rechtsschutz für den einzelnen gehört eine Organisation der Rechtspflege und eine Ausgestaltung des gerichtlichen Verfahrens, die die Durchsetzung der gewährten Rechte in angemessenen Fristen und zu angemessenen Kosten ermöglicht. Die Diskussion über dieses Thema ist in vollem Gange. Wir werden versuchen, durch wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse die Grundlagen für eine möglichst wirkungsvolle Organisation und ein möglichst einheitliches Verfahren der Gerichte zu schaffen.

Freiheit und Menschenwürde erfordern eine staatliche Ordnung, die diese Menschenrechte gegen jedwede Übergriffe sichert. Wir treten deshalb ein für die freiheitliche demokratische Staatsordnung der Bundesrepublik.

Und wir treten ein für die Achtung vor dem Gesetz.

Manche versuchen, eine solche Haltung zu diskreditieren. Sie sprechen nicht von freiheitlicher Rechtsordnung, sondern von „law and order", und wer dafür ist, ist in ihren Augen autoritär, für den „Polizeiknüppel", ist fortschritts- und jugendfeindlich.

„Law and order" heißt Gesetz oder Recht und Ordnung. Alle objektiven Beobachter bescheinigen der in unserem Lande bestehenden politischen und gesellschaftlichen Ordnung, daß sie unseren Mitbürgern mehr konkrete Freiheit in der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten, mehr Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten, mehr Wohlstand und mehr soziale Sicherheit gebracht hat als jede andere Ordnung zuvor. Diejenigen, die unsere Ordnung und Gesetze lächerlich machen, müssen wir fragen, ob ihre Alternative Gesetzlosigkeit und Unrecht, Gewalt und Unordnung ist. Nur eine freiheitliche Rechtsordnung, die auch wirklich beachtet wird, kann Leib und Leben, Ansehen und Ehre, Hab und Gut des Bürgers wirksam schützen. Deshalb kommt es nicht nur darauf an, daß es Gesetze gibt, sondern auch darauf, daß sie beachtet werden.

Nur eine freiheitliche Ordnung, die den einzelnen vor Übergriffen seiner Mitmenschen und der Gemeinschaft schützt, ermöglicht ihm die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die grundlegende Ablehnung von Ordnung und Recht führt nicht zu mehr Freiheit, sondern zu Chaos und Diktatur. Das Bekenntnis zu unserer freiheitlichen Ordnung ist die Voraussetzung für ein Bekenntnis zur demokratischen gewaltlosen Reform. Die freiheitliche Ordnung ermöglicht das Aufzeigen von Mißständen, das Ausdiskutieren von Reformen, die Werbung für Veränderung und ihre gewaltlose Durchsetzung, wenn eine Mehrheit dafür gewonnen ist. Größere Möglichkeiten zur Reform bietet keine andere Gesellschaftsordnung. Ich meine deshalb, für diese Ordnung könnte jeder von uns eintreten.

Es ist unsere Aufgabe, diese freiheitliche Ordnung durch eine Politik staatserhaltender Reformen jung zu erhalten, damit sie unter sich wandelnden Verhältnissen in der Lage bleibt, uns Freiheit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

Wir wissen, daß wir nicht alles auf einmal können. Konzentration auf das Wesentliche ist gerade in der Rechtspolitik dringendes Gebot.

Wir wissen, daß wir Recht für alle setzen müssen, deshalb sind wir zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bereit, um möglichst breite Mehrheiten für unsere Vorstellungen zu gewinnen.

Wir wissen, daß wir nicht dort anfangen können, wo wir 1966 aufgehört haben. Wir fangen dort an, wo andere gescheitert sind.

Dies sind die Grundsätze unserer Rechtspolitik, einer Reformpolitik der Vernunft.

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium:

Die letzte Wortmeldung ist von Helmut Kohl. Vorher gebe ich noch bekannt, welche Beiträge zu Protokoll genommen werden. Es sind die Beiträge von Frau Kröger aus Oldenburg, von Herrn Metzger aus Baden-Württemberg und von Herrn Franke aus Osnabrück.

Diskussionsbeitrag (zu Protokoll) von Wilhelm Metzger (Baden-Württemberg)

Thema: schulische Erziehung

Als aktives CDU-Mitglied und als Familienvater möchte ich auf folgendes Problem hinweisen:

Wenn es uns nicht gelingt, **mehr** Lehrer für unsere Politik zu interessieren und zu begeistern, müssen wir, wir CDU-Mitglieder, zusehen wie unsere Kinder in der Schule vergiftet werden. Unsere Kinder bekommen mehr sozialistische als christliche Literatur vorgesetzt, der wir Eltern nicht mehr gewachsen sind.

Es wäre zu einfach zu sagen, daß hier das Elternhaus versagt. Ich meine, daß sich hier unsere Partei engagieren muß, sonst sehe ich schwarz für unsere Zukunft, nicht für diese Bundestagswahl, aber für die nächsten, die unsere Kinder bestimmen.

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Das Wort hat Helmut Kohl.

Helmut Kohl: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, wenn wir hier über „Reformpolitik der Vernunft" sprechen und gleich zum letzten Kapitel dieses Parteitages überleiten, in dem wir uns mit Fragen der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik beschäftigen, muß wenigstens am Ende dieser Debatte in ganz knappen Zügen noch einmal ein Gedanke aufgegriffen werden, den Richard von Weizsäcker im dritten und vierten Kapitel seiner gestrigen Rede angesprochen hat, als er von den ethischen Grundlagen der Politik und den Grundlagen unseres Staates sprach.

Meine Damen und Herren, wir haben hier sehr viel, und zwar auch heute, über Reformen gesprochen. Wir sollten uns gegenseitig nichts vormachen. Auch wir wissen, daß es in breiten Kreisen unserer Bevölkerung bis tief in die Anhängerschaft der CDU/CSU hinein als Ergebnis der letzten drei Jahre Regierungspolitik Brandt so etwas wie eine Reformverdrossenheit gibt. Ich will dazu nur folgendes sagen. Ich glaube, daß es richtig ist, in den nächsten sechs Wochen deutlich zu machen, daß wir, gerade weil andere, die nicht das notwendige Augenmaß hatten, gescheitert sind, bereit sind, mit Vernunft und Augenmaß die notwendigen Reformen in diesem Lande durchzusetzen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube auch, daß das zweite magische Wort dieser Woche, nämlich Stabilität, nicht nur, wie es viele tun, verengt im Sinne von Stabilität im Bereich der Wirtschaft oder, wie es andere gelegentlich tun, im Sinne von Stabilität im Bereich der inneren Ordnung gesehen werden kann, indem man genug tut, wenn man etwa die Polizei verhältnismäßig ordentlich ausstattet. Im dritten Jahrzehnt der Bundesrepublik Deutschland ist vielmehr auch das Verhältnis zwischen Bürger und Staat angesprochen. Wir alle werden in den nächsten Jahren erleben, daß die DDR im Gefolge der neuen Ostpolitik und ihres neuen Selbstverständnisses den Anspruch erheben wird, der geschichtliche Nachfolger des Deutschen Reiches zu sein. Dann wird es nicht genügen, daß wir auf eine gute Sozialpolitik und auf eine steigende Rate des Bruttosozialprodukts verweisen, sondern dann wird

uns auch die Frage gestellt werden: Worin besteht die Idee dieses freiheitlich-demokratischen Staates Bundesrepublik Deutschland?

(Beifall)

Ich sage gleich: ich glaube nicht, daß es hier ein Patentrezept gibt. Wir sollten gerade in den kritischen nächsten Wochen deutlich machen, daß all jene nicht die Wahrheit sagen, die behaupten, es gebe ein Patentrezept. Ein solches haben schon gar nicht diejenigen, die ultra-rechts oder ultra-links stehen. Aber ich glaube, es genügt auch nicht, daß wir unser Verhältnis zur eigenen Geschichte so verstehen, wie wir es leider Gottes in den letzten 20 Jahren in vielen Bereichen unseres Volkes verstanden haben. Wir müssen uns über die Rolle und die Notwendigkeit der Bundeswehr, über die Frage der Öffnung nach Europa und all das, was wir damit erreichen wollen, sowie über die Frage des Selbstverständnisses des demokratischen Bürgers in einem freiheitlichen Rechtsstaat, in dem Freiheit, Bindung, Demokratie und Autorität zusammengehen müssen, im klaren sein. Das ist aber nur möglich, wenn wir auch die geschichtliche Kontinuität der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sehen.

(Beifall)

Wir sollten — das wollte ich in dieser Stunde noch hinzufügen, und das geht weit über die Wahlentscheidung in wenigen Wochen hinaus — in der Grundsatzkommission, aber auch in der praktischen Arbeit der Partei begreifen, daß jetzt eine junge Generation herangewachsen ist, die in diesem Lande bei der kommenden Bundestagswahl zum erstenmal die absolute Mehrheit der Nachgeborenen bei dieser wichtigen Wahlentscheidung darstellt. Diese Generation blickt nach vorn. Aber sie weiß auch — und wir müssen es ihr immer wieder deutlich vorleben —, daß die Politik von morgen nur in einem vernünftigen Verhältnis zu den Realitäten von heute zu bestehen und das Heute nur aus der Kontinuität unserer Geschichte zu begreifen ist. Das ist ein Anspruch, den die Christlichen Demokraten aus guten Gründen eingedenk des Gesetzes, unter dem sie im Jahre 1950 angetreten sind, stärker als andere erheben sollten. Wir sollten uns darin in den kommenden Wochen und danach von niemandem übertreffen lassen.

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Kohl für seinen Beitrag.

Meine Damen und Herren, wir können am Schluß dieses Tagesordnungspunktes wohl folgendes feststellen. Es geht der CDU um eine menschlichere Gesellschaft. Es geht ihr um mehr Freiheit für den einzelnen, und diese Freiheit ruht auf innerer Stabilität. In diesem Sinne

sind für die CDU Bildungspolitik, Sozialpolitik und Eigentumspolitik Beträge für eine menschenfreundlichere Ordnung.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

(Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf den zweiten Teil der 4. Plenarsitzung aufrufen, und zwar das Gebiet „Friedenspolitik in Sicherheit und Freiheit".

Als erstem Redner darf ich dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Dr. Gerhard Schröder, das Wort erteilen.

(Beifall)

Dr. Gerhard Schröder (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Außenpolitik Brandts ist in ihrem Grundansatz falsch.

(Beifall)

Sie ist, liebenswürdig ausgedrückt, voller Irrtümer und Illusionen.

(Beifall)

Ihr Kernstück, eine neue Ostpolitik, wird von der sowjetkommunistischen Welt zu Recht als Ergebnis kommunistischer Beharrlichkeit gefeiert.

(Beifall)

Nach zwanzig Jahren fester Haltung der CDU/CSU ist es Brandt vorbehalten geblieben, in drei Jahren ein gutes Stück deutscher Position fortzugeben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Festigkeit unserer Bundesgenossen ist dadurch gefährdet worden. Sollten sie deutscher sein als die Deutschen selbst?

Das ist die Bilanz mit roten Zahlen, mit der wir es heute im Wahlkampf und morgen als Regierung zu tun haben. Wir warnen die Bundesregierung nachdrücklich vor einer Fortsetzung ihrer Politik in einer Zeit, in der sie ohne Parlament amtiert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir warnen sie davor, das künftige Parlament und die künftige Regierung zu präjudizieren.

(Beifall)

Eine Regierung, die ihren Konkursantrag gestellt hat, ihn hat stellen müssen, hat zu neuen Verpflichtungen kein Recht.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, jeder hier weiß, daß die Außenpolitik einschließlich der Deutschland- und Sicherheitspolitik für ein Land in Deutschlands Lage, für ein geteiltes Land in der Mitte Europas, an der Grenzlinie zum Machtbereich der Sowjetunion, ein Thema von lebenswichtiger Bedeutung ist. Und ich bitte Sie, sich in diesem Wahlkampf einen Satz einzuprägen: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

(Beifall)

Ich beginne, meine Damen und Herren, mit einer Bemerkung über das Verhältnis von Regierung und Opposition. Wir sind in den letzten Jahren als Oppositionspartei oft gefragt worden — und wir werden im Wahlkampf noch oft gefragt werden —, welche Außenpolitik wir für richtig halten und welche Außenpolitik wir in der Regierungsverantwortung betreiben werden. Natürlich lassen sich diese Fragen nicht immer in jeder Einzelheit beantworten; wer möchte das auch verlangen? Aber es wird nötig sein, diese Fragen in der Grundlinie zu beantworten. Dabei möchte ich dem Mißverständnis entgegentreten, daß es Aufgabe der Opposition sei, zu jeder bekämpften und abgelehnten Aktion und zu jeder kritisierten Maßnahme der Regierung eine „Alternative" zu entwickeln. Vor allem im Bereich der auswärtigen Politik darf man Rechte und Pflichten von Regierung und Opposition nicht durcheinanderbringen, sondern muß die Verantwortlichkeiten klar trennen.

(Beifall)

Selbstverständlich hat aber eine Opposition, die ihr Wächteramt, ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung richtig wahrnehmen will, eigene Vorstellungen über die Grundlagen und die Leitlinien der Politik zu entwickeln, nach denen sie arbeitet — heute in der parlamentarischen Opposition, morgen in der Regierung. Das muß und will der Wähler von uns wissen, das müssen wir klar und überzeugend vertreten können — überall!

Nach dieser Maxime, meine Damen und Herren, haben wir in den vergangenen drei Jahren gehandelt. Ich bin überzeugt, daß alle wissen, daß sich die Außenpolitik der abgetretenen Regierung und unsere Außenpolitik kräftig voneinander unterscheiden.

Was ist gefordert? Deutschland braucht, wie ich meine, eine Politik des nüchternen, realistischen Fortschritts, in der sich der Wille zu Frieden, zu Verständigung und Zusammenarbeit mit der Bereitschaft verbindet, Spannungen dort auszuhalten, wo sie nur zum Nachteil der Deutschen gelöst werden können.

(Beifall)

Was ist unsere besondere Lage? Meine Damen und Herren, deutsche Außenpolitik in dieser unserer Zeit darf keinen Augenblick vergessen, daß sie die Außenpolitik eines geteilten Landes ist. Das macht sie so schwierig, das bringt ihr Probleme, das setzt ihr ein besonderes Maß an Verantwortung. Unser Ziel ist und bleibt die Überwindung der Teilung unseres Landes,

(Beifall)

die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen.

(Erneuter Beifall)

An diesen Auftrag sind wir, meine Damen und Herren, durch unser Gewissen, durch den Auftrag des Grundgesetzes und auch durch unser Geschichtsverständnis gebunden.

(Beifall)

Niemand, meine Damen und Herren, hat ein fertiges Rezept oder eine Patentlösung, wie dieses Ziel zu erreichen sei; und niemand soll so tun, als hätte er es.

Ein sehr einflußreicher Amerikaner hat einmal gesagt, daß zu Beginn jedes Jahrzehnts unseres Jahrhunderts kaum jemand die Situation am Ende des jeweiligen Jahrzehnts hätte voraussagen können. Wer darüber nachdenkt, wird das bestätigt finden, auch und gerade im Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre. Um nur ein Beispiel zu nennen: Daß Präsident Nixon im Februar dieses Jahres in Peking sein würde, hätte vor zwei Jahren kaum jemand ernsthaft zu behaupten gewagt. Schon allein dieses eine Beispiel zeigt, daß die Entwicklungen in unserer Zeit oft rascher und überraschender verlaufen, als angenommen wird. Es zeigt weiter, mit welch hohem Maß an Vorsicht und Sorgfalt, manchmal aber auch mit welcher Kühnheit außenpolitische Lagebeurteilungen vorgenommen werden müssen, wenn nicht falsche Grundlagen zu falschen Entscheidungen führen sollen. Wir haben dies in den letzten Jahren am eigenen Leib schmerzlich erfahren.

Wir müssen freilich immer daran denken, daß der Auftrag des Grundgesetzes lautet, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden".

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Grundgesetz gebietet demnach nicht eine Politik der Wiedervereinigung um jeden Preis. Es verbietet eine Deutschlandpolitik, deren Preis unsere Freiheit wäre.

(Beifall)

Wer eine Deutschlandpolitik mit dem Ziele betriebe, die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik der unfreien Ordnung der DDR anzunähern, handelte dem Auftrag des Grundgesetzes zuwider.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, solange die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands nicht möglich ist, muß unser Bemühen darauf gerichtet sein, die Entwicklung zur Selbstbestimmung offenzuhalten, den menschlichen Zusammenhalt des deutschen Volkes zu wahren und Sperren abzubauen, die den Zusammenhalt verhindern oder erschweren.

Vereinbarungen mit der DDR sind deshalb daran zu messen, ob sie für die Menschen in Deutschland konkrete Verbesserungen und Erleichterungen bringen. Deshalb darf sich eine Deutschlandpolitik, die diesen Namen verdient, keinesfalls darin erschöpfen, die Beziehungen zur DDR zu formalisieren.

(Beifall)

Die Besonderheit der Situation in Deutschland besteht nicht allein darin, daß die beiden Teile des Landes weiterhin Gegenstand der Vier-mächte-Verantwortung sind. Deutschland ist auch in Zukunft für uns mehr als nur ein alliierter Vorbehalt.

(Beifall)

Die Besonderheit der Situation unseres Landes ist unverändert vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Deutschen in der Bundesrepublik in Freiheit leben und eine Minderung ihrer Freiheit nicht zulassen werden, während die Deutschen in der DDR in Unfreiheit leben und nach Freiheit streben. Diesen fundamentalen Unterschied kann kein Systemvergleich verwischen.

(Beifall)

Die Verweigerung der Selbstbestimmung für 17 Millionen Deutsche, die Verweigerung der in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Menschenrechte darf niemand vergessen, der jetzt von einem Beitritt beider Teile Deutschlands in die Vereinten Nationen redet.

(Beifall)

Meine Freunde, Deutschlandpolitik beginnt für uns zu Hause, sie beginnt mit der Erhaltung und dem Ausbau des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates Bundesrepublik Deutschland. Wir können nicht für die freie Selbstbestimmung aller Deutschen glaubwürdig eintreten, wenn wir in der Bundesrepublik eine Demontage der Freiheit duldeten.

(Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, gilt in besonderer Weise für die Freiheit Berlins und für die Lebensfähigkeit dieser Stadt. Der Alltag in und um Berlin ist durch die Viermächte-Vereinbarung leichter geworden, zugleich hat sich aber die Rechtsposition der Stadt verschlechtert. Wir sehen mit Sorge, daß hier die Interessen Berlins nicht mit der nötigen Festigkeit vertreten werden. Wir halten Wachsamkeit für geboten angesichts der Versuche, die Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland zu unterhöhlen. Ich erinnere an die SED-Proteste gegen die Einbeziehung Berlins in den Vertrag zur Rettung von Kosmonauten, ich erinnere an die Proteste gegen die CDU-Veranstaltung in Berlin am 2. Oktober, und ich warne vor der Absicht der Bundesregierung, Berlin in grundlegenden Vereinbarungen mit der DDR nicht zu erwähnen. Wir wenden uns gegen jede Schwächung Berlins! Berlin gehört zu uns!

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, Außenpolitik für Deutschland hat die Aufgabe, für unser Land Frieden, Freiheit und Sicherheit zu erhalten. Auf dieser Grundlage streben wir friedliche Beziehungen, Verständigung und Zusammenarbeit mit allen Staaten an, die dazu bereit sind. So sind die beiden tragenden Säulen unseres außenpolitischen Handelns unsere Bündnispolitik und unsere Europapolitik. Sprechen wir kurz von beiden.

Unsere feste Zugehörigkeit und unsere Mitarbeit im westlichen Bündnis, der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, hat der Bundesrepublik Deutschland Frieden und Freiheit gesichert. In einer Welt, in der immer wieder an vielen Orten Kriege oder bewaffnete Unruhen aufflackern, sollten dieser Frieden und diese Freiheit nicht gering geachtet werden.

(Beifall)

Niemand sollte vergessen, daß ohne diesen atlantischen Schild der imponierende Wiederaufstieg unseres Landes und seiner Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre. Wir alle wissen, daß die Funktionsfähigkeit dieses Bündnisses auf der Mitwirkung, auf der europäischen Präsenz der Vereinigten Staaten beruht, aber auch auf dem Beitrag, den die europäischen Bündnispartner zur gemeinsamen Verteidigung leisten. Das Bündnis braucht beide Faktoren. Präsident Nixon und seine Vorgänger haben gezeigt, daß sie dieses amerikanische Engagement im Bündnis ernst nehmen.

Ich bin überzeugt, daß wir diese für uns notwendige Haltung der Vereinigten Staaten in Zukunft eher verstärkt erwarten dürfen. Henry Kissinger hat gerade betont, daß die atlantische Komponente der ame-

rikanischen Außenpolitik wieder verstärkt in den Vordergrund treten soll. Wir wollen insbesondere, daß sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen umfassend und vertrauensvoll entwickeln. Dem fortgesetzten amerikanischen Engagement in Europa muß jedoch die europäische, vor allem unsere eigene Bereitschaft entsprechen, einen der wachsenden Leistungsfähigkeit Europas angemessenen Teil der gemeinsamen Bürde zu tragen. Dieser Verantwortung dürfen wir uns im Interesse unserer Sicherheit nicht entziehen. Dabei können wir nicht auf die ständigen Behauptungen Brandts bauen, daß der Friede „sicherer" geworden sei. Meine Damen und Herren, ich habe die Steigerung des Wortes sicher in diesem Zusammenhang immer als einen höchst fragwürdigen Komparativ empfunden.

(Beifall)

Was wir messen und als Vergleichsmaßstab heranziehen müssen, das ist vielmehr das ständig wachsende Rüstungspotential der Sowjetunion und des ganzen Warschauer Paktes. Die neuesten Informationen über den Stand der sowjetischen Rüstungen, vor allem auf dem Gebiet der Raketen und der Seestreitkräfte, im nuklearen wie im konventionellen Bereich, können schwerlich die Feststellung rechtfertigen, die Bedrohung sei geringer geworden. Es wäre, wie ich glaube, eine gefährliche Beeinträchtigung unserer Sicherheit, wenn das westliche Bündnis oder auch einzelne Bündnispartner in der Verteidigungsbereitschaft nachlassen wollten, unter welchem Vorwand auch immer.

(Beifall)

Davor ist um so nachdrücklicher zu warnen, als es keine sicheren Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die grundsätzlichen Ziele der sowjetischen Politik geändert hätten. Moskau geht unverändert darauf aus, das freie Europa in den Bereich seiner politischen Schwerkraft zu bringen. Eine Veränderung der bestehenden Machtbalance in Europa würde es diesem Ziel bedenklich näher bringen. Für die freie Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft wäre eine Verstärkung des sowjetischen Einflusses in Europa nicht nur nachteilig, sondern lebensgefährlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß wir uns darüber und über die Notwendigkeit wirksamer Verteidigungsanstrengungen alle klar sind. Andererseits stimmen wir ebenso überein in dem Wunsch, die großen personellen, materiellen und finanziellen Belastungen, zu denen das Maß der Bedrohung uns zwingt, zu vermindern. Wir unterstützen die weltweiten Bemühungen um Abrüstung. Wir sind

bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten. Wir hoffen ernstlich, daß die Gespräche über die Begrenzung der strategischen Waffen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu einer Verminderung der nuklearen Bedrohung in der Welt führen; Ansätze in dieser Richtung gibt es in den bisher vorliegenden Zwischenergebnissen.

Ein Wort über die Helsinki-Konferenz: In vielen Teilen Europas verbindet man große Hoffnungen mit dem Projekt einer „Konferenz für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa". Das gilt auch von den Vorschlägen für Gespräche über die beiderseitige ausgewogene Verminderung der Truppen. Ich meine, daß wir beide Projekte sehr ernst nehmen sollten.

Das gilt sowohl wegen der Hoffnungen, die sich mit ihnen verbinden, als auch wegen der Risiken, die sie in sich bergen. Beide Vorhaben bedürfen einer nüchternen, äußerst sorgfältigen Vorbereitung. Sie sollten nicht mit hochgespannten Erwartungen befrachtet werden. Wir dürfen nicht übersehen, daß die sowjetische Politik mit dem Konferenzprojekt Ziele verfolgt, die nicht die unseren sind und sein können. nen.

(Beifall)

Sie zielt von dort gesehen nach meiner Überzeugung auf eine langsame Ersetzung des bestehenden Bündnissystems durch ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. Sie zielt auf möglichst vollständige Ausschaltung der amerikanischen Präsenz in Europa. In einem solchen — ich sage das in Anführungszeichen — „Sicherheitssystem" hätte die Sowjetunion ein erdrückendes Übergewicht. Meine Damen und Herren, es gibt kaum einen Zweifel, daß sie dann ihr Übergewicht nachdrücklich zur Geltung zu bringen wüßte. Eine euroäische Entwicklung, wie wir sie erhoffen, hin zur politischen Union wäre dann nicht mehr möglich. In einem zersplitterten Europa als Vorfeld der Sowjetunion wäre es um unsere Sicherheit und um unsere Freiheit schlecht bestellt.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen diese Gefahren sehen, um ihnen begegnen zu können. Das gilt ganz besonders auch im psychologischen Feld. Die Helsinki-Konferenz läßt sich nur bestehen, wenn es eine geschlossene Haltung der westlichen Bündnispartner in allen wesentlichen Fragen gibt, in allen wesentlichen Fragen, die als Thematik einer solchen Konferenz in Frage kommen. Ebenso wichtig ist es, daß auf einer solchen Konferenz die Themen gründlich behandelt werden, die wir im Zusammenhang mit Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa für besonders wichtig halten.

Ohne ins einzelne zu gehen, möchte ich auf ein paar Punkte hinweisen, die nach meiner Meinung von besonderem Gewicht sind. Bei der in Aussicht genommenen Formulierung von Grundsätzen für zwischenstaatliche Beziehungen ist größter Wert auf die Feststellung zu legen, daß das Recht der Völker, ihr eigenes Schicksal frei von äußerem Zwang zu gestalten, unantastbar ist und sein muß;

(Beifall)

die Unvereinbarkeit dieses Prinzips mit jeder Doktrin einer begrenzten Souveränität muß klargemacht werden. Ich bin weiter der Auffassung, daß die Konferenz sich nicht nur mit vordergründigen Spannungserscheinungen, sondern mit den Ursachen der Spannungen, die den Frieden belasten, beschäftigen muß. Es ist ein Mißbrauch des Begriffs Entspannung, ihn etwa auszufüllen mit der Anerkennung und Zementierung des Status quo in Europa.

(Beifall)

Als unerläßliche Voraussetzung für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa sehe ich den Abbau der bestehenden Schranken zwischen Ost und West an, d. h. wir fordern persönliche und geistige Freizügigkeit in Europa; wir fordern Freiheit für Menschen, für Ideen und für Informationen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Punkt ist auch im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 10. Dezember 1971 enthalten. Eine Konferenz, die in den genannten Punkten konkrete Fortschritte erzielen könnte, würde einen positiven Beitrag für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa leisten. Die NATO hat sich auf ihrer Frühjahrstagung in Bonn dafür ausgesprochen, „weiterhin Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen sowie damit zusammenhängende Maßnahmen" anzustreben. Unsere Bereitschaft, hierbei mitzuwirken, haben wir wiederholt erklärt. Die Sowjetunion ist bisher auf Sondierungsangebote des Westens nicht eingegangen. Kürzlich hat Henry Kissinger bei seinen Gesprächen in Moskau auch dieses Thema behandelt.

Es bleibt abzuwarten, so scheint mir, ob sich und wie sich die Haltung der Sowjetunion geändert hat. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß auch das Projekt der gleichmäßigen Truppenherabsetzung angesichts seiner komplizierten, in militärische und technische Details gehenden Thematik zunächst noch auf westlicher Seite einer weiteren gründlichen und nüchternen Vorbereitung bedarf.

Nun zur Europapolitik. Neben der Bündnispolitik bildet die Europapolitik die Grundlage unserer Außenpolitik. Meine Damen und Herren, Europapolitik heißt für uns Politik der europäischen Einigung. Für uns, die Partei Konrad Adenauers, der diese Politik geprägt hat, bleibt sie eine Verpflichtung, der wir uns in jedem Augenblick bewußt sind.

(Beifall)

Es ist unter unserer Führung seit 1949 gelungen, ein großes Stück auf dem Weg zur Einigung des freien Europa zurückzulegen. Ich glaube, daß wir auf diese Erfolge stolz sein dürfen, auf Erfolge – davon spricht heute eigentlich niemand mehr; ich weiß nicht, aus welcher falschen Rücksichtnahme –, die gegen den heftigen Widerstand der Sozialdemokratie errungen werden mußten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns, daß die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Großbritannien, Irland und Dänemark – leider nicht Norwegen – bevorsteht. Wir sind überzeugt, daß damit die Basis für die europäische Entwicklung bedeutend breiter wird. Über 250 Millionen Europäer haben nun die Aufgabe, ihre Kräfte in enger Kooperation zusammenzufassen und die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen, vor denen die Europäer gemeinsam stehen und die sie nur gemeinsam bewältigen können.

Meine Freunde, unser Ziel ist gemeinsames Handeln der Europäer. Dies läßt sich nicht durch Lippenbekenntnisse und Proklamationen erreichen, so schön sie klingen mögen, sondern nur durch harte Arbeit für konkrete Fortschritte. Die beiden wichtigsten Aufgaben sind die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und die politische Einigung. Beide Aufgaben müssen in enger Verbindung miteinander gesehen werden. Der Prozeß, in langer Entwicklung historisch gewachsene Nationen mit großem Selbstbewußtsein und oft noch unterschiedlichen Interessen in vielen Bereichen zusammenzuführen, ist sicherlich schwierig. Wir wissen, daß er seine Zeit braucht. Wir wissen aber auch, daß dieser Prozeß durch unermüdliche Arbeit in Gang gehalten werden muß.

(Beifall)

Wer – wie Brandt – mehrfach resignierend feststellt, die politische Einigung Europas sei eine Sache der nächsten Generation, gießt Wasser in das Feuer, in dem Europa geschmiedet werden muß.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, daß Brandts Außenpolitik ihren Schwerpunkt nicht bei der Europapolitik hatte. Wir, die Union,

sind entschlossen, der europäischen Einigung kräftige Impulse zu geben und zusammen mit unseren Partnern die Europäische Gemeinschaft zu einer aufs engste zusammenarbeitenden, wirtschaftlich und politisch kraftvollen Lebens- und Leistungsgemeinschaft zu entwikkeln. Diese Europäische Gemeinschaft wird ihre Aufgabe nicht nur in ihrer inneren Entwicklung sehen können; sie braucht auch eine weltoffene Orientierung. Die Europäische Gemeinschaft mit über 250 Millionen Einwohnern in der Größenordnung einer Weltmacht wird ihre Aufgaben in einer Welt erfüllen müssen, die zunehmend multipolar wird. Wir sehen die Bedeutung eines europäischen Machtfaktors für die Stabilität der weltpolitischen Konstellation, die notwendigen engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die verantwortungsvolle Funktion gegenüber den Staaten der dritten Welt und — das darf nicht vergessen werden — die Bereitschaft zu einer großzügigen Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Sowjetunion, einer Zusammenarbeit, die für alle Beteiligten von außerordentlichem Nutzen sein könnte. Die Perspektiven dieser europäischen Entwicklung sind, wie ich glaube, großartig. Es lohnt sich, für dieses Europa zu arbeiten!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun ein paar Worte über unser Verhältnis zu Osteuropa. Ich habe eben von der notwendigen europäischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Sowjetunion gesprochen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese Bereitschaft bei nahezu allen Deutschen vorhanden ist. Ich bin überzeugt — das habe ich im Januar 1971 Kossygin im Kreml auch gesagt —, daß weit über 90 Prozent aller Deutschen für eine Politik friedlicher Beziehungen, für eine Politik des Gewaltverzichts, der Verständigung und der Zusammenarbeit seien. Übrigens hielt Kossygin das für richtig, was ich hier gerne anmerken möchte. Dem entsprach die Ostpolitik, die wir früher betrieben haben; dem wird die Ostpolitik entsprechen, die wir morgen betreiben werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, niemand, auch Brandt nicht, hat das Recht, von „Friedenspolitik" sozusagen als seiner Erfindung zu sprechen und eine Politik des Friedens geradezu monopolartig ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen.

(Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland hat immer nur eine Politik des Friedens und des Gewaltverzichts betrieben. Das war vor Brandt so, und das wird auch nach Brandt so sein.

(Beifall)

Der Unterschied zwischen der von uns vertretenen Politik und derjenigen, die von Brandt verfolgt wurde, ist ein anderer. Ich will ihn mit den Worten eines amerikanischen Politologen kennzeichnen. Diese Worte sind ein bißchen zugespitzt, aber, wie ich glaube, im Kern durchaus zutreffend. Er sagte, unsere Politik habe maximale Ziele mit minimalen Konzessionen verfolgt, während die Bundesregierung heute minimale Ziele mit maximalen Konzessionen anstrebe.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer diesen Maßstab an die Ostpolitik der Bundesregierung anlegt, wird die amerikanische Analyse bestätigt finden. Sie alle kennen die Auseinandersetzungen um die Ostverträge. Sie wissen, daß die Opposition die Verträge nach schwieriger Abwägung aller Umstände, aller Vor- und Nachteile hat passieren lassen, nachdem sie die Regierung zu einer gemeinsamen Entschließung bewogen hatte, durch welche eine den deutschen Interessen entsprechende Interpretation der Verträge festgelegt und den Vertragspartnern notifiziert wurde. Unsere Ostpolitik wird künftig davon auszugehen haben, daß diese Verträge in Kraft sind. Das Verständnis der Verträge im Sinne der Gemeinsamen Entschließung des Bundestages wird verhindern, daß die Verträge gegen die deutschen Interessen verwendet werden.

(Beifall)

Unsere Aufgabe sehe ich nun darin, auf dem bei uns wie bei der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas gegebenen grundlegenden Interessen an friedlichen Beziehungen und Zusammenarbeit aufzubauen. Dies widerspricht nicht etwa dem, was ich über die expansionistische, ja, imperialistische Tendenz der sowjetischen Politik vorhin gesagt habe. Die Sowjetunion strebt nach der Einbeziehung Europas in ihr Kräftefeld, wenn auch gegenwärtig, soweit erkennbar, nicht mit kriegerischen Mitteln. Diese Absicht und Haltung werden verständlich, wenn man die Probleme untersucht, mit denen die sowjetische Führung zur Zeit beschäftigt ist. Ich habe schon vor Jahren meine Überzeugung geäußert, daß die inneren Probleme dieses Riesenreiches eher größer als kleiner werden würden, und ich glaube, daß die Entwicklung das bestätigt hat. Die Probleme — die ich hier nicht im einzelnen schildern will — sind wirtschaftlicher, aber auch ideologischer Art. Probleme des Lebensstandards und der Nationalitäten hängen damit zusammen. Hinzu kommt eine außenpolitische Problematik, die ich kürzlich, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf, von der anderen Seite aus kennengelernt habe.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Situation der Sowjetunion legt ihr nahe, wie mir scheint, gute Beziehungen und Zusammenarbeit auch mit uns und den anderen Staaten des Westens zu suchen und Beziehungen weiter zu entwickeln, die bei der Lösung manches der inneren Probleme der Sowjetunion hilfreich sein könnten. Ich denke hier an Wirtschaft und Handel, aber auch an einen Austausch auf den Gebieten von Wissenschaft und Forschung, Kultur und Sport, Technik und Umweltschutz. Die Zusammenarbeit auf allen diesen Gebieten könnte mit der Sowjetunion wie mit den anderen osteuropäischen Staaten sehr viel intensiver werden als heute und würde zum Nutzen aller Beteiligten sein, aber auch das gegenseitige Verständnis fördern und damit dem Frieden dienen. Die Sowjetunion und die Staaten Osteuropas sollen wissen, daß wir dazu bereit sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein kurzes Wort zu Polen. Ich sage dies mit Betonung auch an die Adresse Polens, dessen Verhältnis zu uns aus der Vergangenheit besonders belastet war und auch heute noch mit schwierigen Fragen verbunden ist. Dies zeigt sich in der enttäuschend langsamen Entwicklung der Beziehungen, dies kommt auch in der Behandlung der mit dem Stichwort „Familienzusammenführung" gekennzeichneten Probleme zum Ausdruck. Die deutsch-polnischen Probleme können nur auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses behandelt und gelöst werden. Wir müssen an unserer Auffassung festhalten, daß endgültige Bestimmungen über Deutschland als Ganzes nicht getroffen werden können, solange die Deutschlandfrage nicht im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes gelöst ist.

(Beifall)

Hier, meine Damen und Herren, liegt das entscheidende Problem, nicht bei der Frage, ob ein gegebener Zustand bei einer friedensvertraglichen Regelung geändert werden könnte.

Dieser unserer Haltung entspricht die oben erörterte Gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972. Polen weiß, daß wir seinen Wunsch verstehen, in gesicherten Grenzen zu leben. Wir haben diesem Wunsch seit langem durch den insbesondere auch von den Vertriebenen mitgetragenen Gewaltverzicht entsprochen. Wir rechnen andererseits für unser deutsches Anliegen auf das Verständnis des polnischen Volkes, das nach über hundertjähriger Teilung erst nach dem Ersten Weltkrieg im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts seine Einheit wiedergefunden hatte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nur ein kurzer Blick auf die Dritte Welt. Außenpolitik für Deutschland erstrebt gute, freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, die ihrerseits dazu bereit sind. Das schließt das Bewußtsein ein um die Verantwortung und die sich aus ihr ergebenden Verpflichtungen, die wir, die Industrienationen, gegenüber den Ländern der Dritten Welt haben. Es ist eine der großen und für die weitere Entwicklung der Welt entscheidenden Fragen, ob es den Industrienationen gelingen wird, der Dritten Welt wirksam zu helfen. Eine lange dauernde Aufspaltung der Welt in Reiche und Arme wäre für den Weltfrieden gefährlich. Gründe der Menschlichkeit und politische Erwägungen treffen hier zusammen. Wir haben diese Aufgabe seit langem erkannt. Ich will hier eine einzige Zahl nennen, von der ich glaube, daß sie sehr eindrucksvoll ist. Die Summe aller bilateralen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland beläuft sich für die Zeit von 1950 bis 1970 auf über 43 Milliarden Deutsche Mark. Diese Hilfe muß fortgesetzt werden unter Beachtung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse dritter Staaten.

(Beifall)

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort über ein Thema, über das ich bei Gelegenheit länger sprechen kann, ein Wort zu China. Wir streben, so sagte ich eingangs, gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten an, die das ebenfalls wünschen. Das gilt besonders gegenüber der Volksrepublik China. Das ist ein Staat von zunehmender Bedeutung. Er ist seit bald einem Jahr auch ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Meine Damen und Herren, es wäre unnatürlich – oder Sie können auch sagen, es war unnatürlich –, wollten wir auf die Pflege der Beziehungen zu einem Staat verzichten, der in der Weltpolitik eine wichtige Rolle spielt. Von ihm trennen uns keinerlei Machtgegensätze. Er andererseits hat ein eigenes Interesse an guten Beziehungen zu einer der bedeutendsten Industrie- und Handelsnationen zu erkennen gegeben. In diesem Sinne habe ich meinen Besuch im Juli in Peking verstanden.

(Lebhafter Beifall)

Ich sehe, meine Damen und Herren, mit einer gewissen Befriedigung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen jetzt – wahrscheinlich gerade während unseres Parteitages, morgen scheint es zu sein – vollzogen wird. Damit wird ein richtiger Schritt endlich geschehen.

(Beifall)

Und nun noch eine kurze Schlußbemerkung. Deutsche Außenpolitik hat die Aufgabe, Frieden, Freiheit und Sicherheit zu wahren und nach

guten Beziehungen zu allen Staaten zu streben. Dies dient unserem Land, dies dient dem Frieden in der Welt. Wir werden dafür sorgen, daß diese Politik verwirklicht wird. Wir werden — erlauben Sie mir, das zu sagen — alle miteinander dafür sorgen, daß die roten Zahlen aus der uns hinterlassenen Bilanz der Regierung Brandt verschwinden. Das, meine Damen und Herren, ist eine verbindliche Zusage für alle Deutschen.

(Lang anhaltender, lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Der Bundesparteitag der CDU dankt Ihnen herzlich, Herr Dr. Schröder, für Ihr ausgezeichnetes Referat. Besonderen Dank sagt Ihnen der Parteitag für Ihre politischen Bemühungen in der Volksrepublik China.

(Beifall)

Wir wissen, daß Sie den Weg bereitet, ja den Durchbruch für eine größere politische Breite der Bundesrepublik Deutschland in Ostasien erreicht haben.

Ich darf nun das Wort Herrn Dr. Manfred Wörner erteilen, ebenfalls zum Komplex „Friedenspolitik in Sicherheit und Freiheit".

(Beifall)

Dr. Manfred Wörner: Herr Präsident, meine sehr verehrten Parteifreunde! Ich darf mich zunächst einmal bedanken dafür, daß diese Partei — und das ist nicht mehr selbstverständlich; ich möchte sagen: leider nicht mehr selbstverständlich — gerade auch vor Wahlen den Mut aufbringt, sich zu Fragen der Sicherheit und der Verteidigung zu äußern. Denn allen schönfärberischen Parolen zum Trotz ist der Friede in diesen letzten Jahren nicht sicherer geworden. Die Verteidigung der Bundesrepublik und die Bundeswehr selbst stehen vielmehr in einer kritischen Phase ihrer Entwicklung nach außen wie nach innen. Die Sicherheitslage der NATO und der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren eher verschlechtert als verbessert. Der Warschauer Pakt ist stärker, die NATO in Mitteleuropa schwächer geworden. Die Verteidigungsbereitschaft der Völker Westeuropas und auch der Bundesrepublik läßt nach. Die Aufwendungen für die Verteidigung gehen in den Ländern Europas und auch in den USA — gemessen am Sozialprodukt — zurück. Die Bundeswehr selbst steht vor außergewöhnlichen Belastungen.

Auf der anderen Seite unternimmt die Sowjetunion zur gleichen Zeit, in der sie von Entspannung, Kooperation und europäischer Sicherheitsordnung redet, gewaltige Anstrengungen, um das Kräfte-

verhältnis zu ihren Gunsten zu ändern. Sie unterhält mit 3,5 Millionen Mann die größte Armee, die es je in Friedenszeiten gab. Sie verstärkt die Feuerkraft der Divisionen, sie baut die Überlegenheit an Panzern und Flugzeugen weiter aus, sie forciert vor allem ihre maritime Rüstung und hat heute schon die modernste Flotte der Welt. Das, meine Damen und Herren, zu sagen, ist weder Übertreibung noch Schwarzmalerei, sondern ein Gebot realistischer Politik.

(Beifall)

Wenn andere Parteien schon nicht mehr auf diese unangenehmen Fakten hinweisen, die so gar nicht in die sonnige Landschaft der Entspannung passen, dann haben wir von der CDU die Pflicht, das auch und gerade vor Wahlen zu tun.

(Beifall)

Während der Generalsekretär der NATO, Herr Luns, während der englische Premierminister, Herr Heath, während auch der amerikanische Präsident Nixon gerade in seinem Wahlkampf nicht müde wird, die Gefahren zu beschwören, die sich aus einer solchen Kräfteverschiebung ergeben können, redet unser Bundeskanzler nur noch von einem sicherer gewordenen Frieden. Der Friede, meine Damen und Herren, wird nicht dadurch sicherer, daß wir die Augen verschließen vor diesen unangenehmen Entwicklungen, vor der wachsenden Stärke der Sowjetunion, sondern dadurch, daß wir dem ins Auge sehen und das Nötige tun. Und dieses Nötige heißt, daß wir unseren Beitrag leisten zur Aufrechterhaltung auch und gerade des militärischen Kräftegleichgewichts, bis beiderseitige ausgewogene und kontrollierte Rüstungsbegrenzungen in Mitteleuropa möglich geworden sind.

(Beifall)

Denn welche Absicht steckt denn hinter dieser militärischen Expansion der Sowjetunion? Zur Verteidigung und zur Absicherung ihres Machtbereichs benötigt die Sowjetunion diese Zahl an Truppen nicht. Wozu also? Man braucht nur einmal zu hören, wie triumphierend Breschnew und vor allen Dingen auch Honnecker in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen haben, daß sich die Kräfteverhältnisse in dieser Welt zugunsten des Sozialismus gewandelt haben, um zu wissen: Hinter dem Aufbau dieser Militärmaschinerie steht die eindeutige Absicht, seine politischen Ziele mit Hilfe militärischer Überlegenheit durchzusetzen. Gelingt es der Sowjetunion, die Europäer in Sicherheit zu wiegen, Europa in seiner Abwehrbereitschaft zu lähmen und gleichzeitig die eigenen militärischen Anstrengungen bis zu einem eindeutigen Übergewicht auszubauen, dann bleibt den Staaten

Europas nichts anderes übrig, als klein beizugeben und sich den Zielen der Sowjetunion zu beugen.

Diese Ziele — Herr Schröder sagte das schon — sind unverändert. Die europäische Einigung soll unterlaufen werden. Die Staaten Europas sollen gegeneinander ausgespielt werden. Die Bande zwischen Europa und den USA sollen gelockert und Europa langfristig neutralisiert werden. Eine europäische Sicherheitsordnung soll an die Stelle der atlantischen Sicherheitsordnung treten. Ob die Sowjetunion mit dieser Politik Erfolg hat, hängt allein von uns und unseren Anstrengungen ab.

Wer angesichts dieser wachsenden Rüstungsanstrengungen, wer angesichts der wachsenden Überlegenheit der Sowjetunion in seinen Verteidigungsanstrengungen nachläßt und es zuläßt, daß die Sowjetunion das Übergewicht in jedem Bereich erringt, der gefährdet nicht nur den Erfolg von Abrüstungsverhandlungen, der macht nicht nur Abrüstung unmöglich, sondern der verspielt auch die Zukunft eines unabhängigen Europas und einer freien Bundesrepublik.

(Beifall)

Lassen Sie mich das sagen: Wir stehen nach meiner festen Überzeugung an einem Kreuzweg der Weltpolitik, an einem Scheideweg, in einer Phase einschneidender weltpolitischer Veränderungen. Die eine Straße führt über die fortlaufende Einigung Westeuropas und über eine Politik der Verständigung, die sich aber auf Verteidigungskraft gründet, hin zu einem echten Ausgleich mit der Sowjetunion. Die andere führt über Uneinigkeit, Schwäche, Mutlosigkeit und Anpassung an den Stärkeren zur Aufgabe der Unabhängigkeit Europas. Wir haben die Wahl. Die CDU ist entschlossen, den Weg der Selbstbehauptung und nicht den der Unterwerfung zu gehen.

(Beifall)

Darum sage ich: Bundeswehr und Bündnis sind heute und morgen nötiger als je. Eine Bundesregierung der CDU/CSU wird daher von unserem Volk die notwendigen Verteidigungsanstrengungen fordern, damit keine fremde Macht uns ihren Willen mit Gewalt aufzwingen kann. Ohne ein wirksames Verteidigungsinstrument — das sollte man gerade auch jenen sagen, die immer von Entspannung reden — bleibt die Entspannungspolitik der NATO-Partner eine pure Illusion.

(Beifall)

Darum gilt für die Bündnispolitik der CDU/CSU in den kommenden Jahren:

1. Die europäisch-atlantische Solidarität ist und bleibt der Eckstein der Verteidigung Europas. An der Bereitschaft der USA, sich auch militärisch für die Sicherheit Europas zu verbürgen, kann und darf es keinen Zweifel geben, wie immer im einzelnen die Form dieses militärischen Engagements aussehen mag. Wir werden vor allen Dingen in den nächsten Jahren und vor allen Dingen bei den kommenden SALT-Gesprächen darauf achten müssen, daß die Verknüpfung der europäischen Verteidigung mit dem strategischen Atomschirm der Vereinigten Staaten von Amerika nicht durchschnitten wird, nicht, damit ein Krieg geführt werde, sondern damit Krieg unmöglich bleibt.

Das heißt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika auch in Zukunft nuklear wie konventionell in Europa präsent bleiben müssen.

Zweitens. Europa kann von den Vereinigten Staaten von Amerika ein dauerhaftes Engagement nur dann erwarten, wenn es zu eigenen Anstrengungen bereit bleibt. Die Staaten Europas müssen auch militärisch immer stärker zusammenwachsen. Sie müssen ihre Verteidigungsanstrengungen harmonisieren und rationalisieren. Rein nationale Bemühungen reichen angesichts der Erfordernisse des wirtschaftlichen und technologischen Fortschritts nicht mehr aus. Die Euro-Group ist ein guter, ein sehr guter Ansatzpunkt, der ausgebaut werden muß. Verstärkte Rüstungskooperation, verbesserte Standardisierung und eine sinnvolle Aufgabenteilung sind Schritte auf dem Wege zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft, wie immer sie im Rahmen einer atlantischen Allianz aussehen mag. Das ist unser Ziel.

(Beifall)

Es gibt in absehbarer Zeit — lassen Sie mich das kurz ansprechen — keinen Ersatz für die sogenannte Doktrin der „flexible response". Für Strukturveränderungen — wir wissen, daß diese Strukturänderungen in allen Staaten der Allianz fällig sind — muß folgendes gelten:

1. Sie müssen rechtzeitig in der NATO konsultiert und aufeinander abgestimmt sein. Es darf nicht zu Alleingängen der einzelnen Staaten dieser Allianz kommen. Das wäre verhängnisvoll für die Zukunft der Verteidigung unseres Kontinents und des amerikanischen Kontinents.

(Beifall)

2. Zunächst einmal gilt es, ehe man Strukturreformen durchzieht, im Schoß der NATO die Prinzipien dieser Strukturreformen festzulegen. Stärke und Einsatzbereitschaft der Verbände des Warschauer Pakts verleihen diesen die Fähigkeit — das wird oft nicht genau gesehen, weil man es nicht mehr weiß —, Angriffsoperationen mit begrenzter Zielsetzung bei kurzer Vorwarnzeit durchzuführen. Darauf sind Struk-

tur, Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Streitkräfte der NATO konsequenter auszurichten. Das aber heißt nichts anderes – lassen Sie mich das sagen, weil hier sehr viele Illusionen entstehen –, als daß auf präsente Streitkräfte in einem Umfang nicht verzichtet werden kann, der gewährleistet, daß überraschend vorgetragene militärische Aktionen des Warschauer Pakts abgeschreckt werden können. Unter diese Schwelle dürfen wir in unserer Verteidigung nicht heruntersinken, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, wenn wir Soldaten finden wollen, die diesen Auftrag noch auf sich nehmen.

(Beifall)

Ich sage 3.: Es darf auch nicht auf dem Grundsatz der Vorneverteidigung verzichtet werden.

4. Die Präsenz multinational gemischter Verbände in der ersten Linie muß erhalten bleiben, damit jeder weiß: Ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland ist ein Angriff auf das Bündnis. Nur so werden wir den Frieden erhalten können.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind zu ernsthaften Gesprächen mit der Sowjetunion über Fragen der Truppenreduzierung bereit. Allerdings werden wir darauf bestehen, und zwar in allen Phasen der Verhandlungen und auch in allen Phasen von Vereinbarungen, daß sich das Kräfteverhältnis zu keiner Zeit und auf keiner Stufe weiter zu unseren Ungunsten verschiebt, und wir werden dafür sorgen, daß ausreichende Kontrollen vorgesehen werden. Bei diesen Gesprächen wird sich – lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen – sehr schnell und sehr konkret erweisen, wie weit die Sowjetunion zu einer wirklichen Verbesserung der Sicherheit in Europa beizutragen bereit ist. Denn nicht die Deklamation von Prinzipien, meine verehrten Parteifreunde, sondern der Abbau tatsächlicher Spannungsursachen – das bedeutet auch und gerade Abbau militärischen Offensivpotentials – entscheidet über den wirklichen Friedenswillen einer Weltmacht.

(Beifall)

Darum meinen wir, daß der zeitliche und sachliche Zusammenhang der MBFR-Gespräche mit der Sicherheitskonferenz aufrechterhalten bleiben muß. Niemand sollte sich Illusionen über die Dauer solcher Verhandlungen machen. Jeder von uns weiß, wie schwierig das werden wird. Wir werden es dennoch versuchen. Aber es gilt auch – und das müssen wir unserem Volk gerade jetzt und in dieser Zeit sagen –: Wer an einem Erfolg dieser Verhandlungen interessiert ist, darf nicht einseitig abrüsten.

Die Bundeswehr ist politisch nur so viel wert, wie sie militärisch leistet. Darum sind für eine Regierung der CDU/CSU Kampfkraft und Leistungsfähigkeit der Bundeswehr oberste Richtschnur ihrer verteidigungspolitischen Anstrengungen. Das heißt, wir werden die Bundeswehr materiell und personell so ausstatten, daß sie im Verbund mit den Streitkräften unserer Verbündeten unsere Verteidigung glaubwürdig gewährleisten kann.

Die gegenwärtige Bundesregierung hinterläßt auf dem Gebiet der Verteidigung schwere finanzielle Hypotheken. Die Finanzlage der Bundeswehr ist weit kritischer, als man es zugeben will. Die Belastungen für Materialerhaltung und -beschaffung übersteigen den Haushaltsansatz von 1972 allein um nahezu 1 Milliarde. Der gegenwärtige Rüstungsplan der Bundeswehr ist überholt; er steht faktisch nur auf dem Papier. Er kann nicht fortgeschrieben werden, da weder Schmidt noch Leber die nötigen Entscheidungen getroffen haben. Die erste Aufgabe — das wird eine sehr schwierige Aufgabe sein; ich bin mir dessen angesichts der Anstrengungen, die wir unternehmen müssen, um Stabilität zu erreichen, wohl bewußt — wird es daher sein, auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik Klarheit über das Soll und Haben herbeizuführen und eine finanzielle Bestandsaufnahme durchzusetzen. Auf dieser Grundlage muß dann der Rüstungsplan konsolidiert werden. Der Anteil der für Forschung, Entwicklung und Beschaffung aufgewendeten Mittel hat eine fast unvertretbar niedrige Grenze erreicht. Sie darf nicht weiter unterschritten werden. Diese Aufgabe — ich sage das hier mit allem Freimut — kann nur dann gelöst werden, wenn wir auch bereit sind, neben allen anderen Aufgaben der Bundeswehr ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Verteidigungshaushalt — lassen Sie mich das klar sagen — kann jedenfalls nicht die Funktion einer Reservekasse erfüllen.

(Beifall)

Er muß am Zuwachs des Gesamtetats angemessen teilhaben.

Neben der ungeklärten finanziellen Lage hinterläßt die gegenwärtige Bundesregierung einige unfertige, finanziell ungesicherte und bruchstückhafte Reformkonzepte, vor allen Dingen auf dem Gebiet der Bildung und der Personalstruktur. So ist beispielsweise beim Bildungskonzept der Finanzbedarf bis heute nicht sorgfältig durchgerechnet. Wir werden daher — auch das wird nicht einfach sein — ein realistisches und finanziell abgesichertes Konzept zur Reform der Personalstruktur und zur Verbesserung der Ausbildung vorlegen und durchführen. Auch die CDU/CSU — lassen Sie mich das ganz klar darstellen — sagt ja zu einer wissenschaftlichen Ausbildung längerdienender Offi-

ziere an einer Bundeswehrhochschule. Lassen Sie mich aber ebenso klar sagen: Diese Ausbildung muß verwendungsbezogen und praxisorientiert bleiben. Die Ausbildung zum militärischen Führer darf darüber nicht in den Hintergrund treten.

(Beifall)

Sinn einer solchen Bundeswehrhochschule – ich sage das angesichts gewisser Tendenzen, die wir alle mit Sorge beobachten – kann und darf es nicht sein, die Auflösung der Bundeswehr geistig vorzubereiten.

(Beifall)

Wir werden darauf achten, daß bei einem solchen Bildungskonzept die Ausbildung der Unteroffiziere nicht zu kurz kommt und daß auch jene Offiziere nicht benachteiligt werden die nicht mehr in den Genuß des Studiums kommen können.

Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Bundesregierung besteht darin, die Überlegungen über die zweckmäßigste Strukturreform der Bundeswehr in der zweiten Hälfte der 70er Jahre zu Ende zu bringen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Die ganzen Überlegungen müssen sorgfältig durchdacht, gut durchgerechnet und rechtzeitig in der NATO konsultiert werden. Eine Reform muß unseren Bündnisverpflichtungen Rechnung tragen, und sie muß den Kampfwert unserer Streitkräfte an der Bedrohung und an der Erhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung orientieren. Und ich sage angesichts vieler Träumereien, angesichts vieler Spekulationen hin und her: Grundsatz muß dabei bleiben, Vorrang hat alles, was präsent ist, denn nur was präsent ist, vermag eben jene Form der Bedrohung abzuschrecken, um die es vor allen Dingen im Herzen Mitteleuropas geht.

(Beifall)

Unter diesen Vorbehalten sage ich: In Frage kommt eine Umgliederung der Bundeswehr in eine Anzahl hochmobiler und schlagkräftiger Verbände, die vorwiegend aus Berufs- und Zeitsoldaten bestehen und die in der Lage sind, eben solche Überraschungsangriffe des Gegners abzuschrecken. Hinzu treten raumdeckende und verteidigungsstarke Wehrpflichtigenverbände mit einfacherer, aber wirksamer Bewaffnung und kürzerer Ausbildung. Die Territorialverteidigung mit ihrer Aufgabe der Erhaltung der Operationsfreiheit und des Objektschutzes erhält zusätzliches Gewicht. Das Reservistenpotential muß eben zu diesem Zweck gezielter genutzt und zweckmäßiger eingeplant werden.

Entgegen allen Erwartungen, allen Fragen, allen Hoffnungen, die an uns in letzter Zeit herangetragen werden, vor allen Dingen im Blick

auf die Entscheidung unseres amerikanischen Bündnispartners, aber lassen Sie mich sagen: Wir werden in absehbarer Zeit auf Wehrdienst und allgemeine Wehrpflicht nicht verzichten können, allein schon deswegen nicht, weil wir in unserer Wirtschaftsordnung mit ihrer Vollbeschäftigung nicht so viele freiwillige Soldaten gewinnen können, wie es zur Abdeckung dieser sehr, sehr langen Demarkationslinie erforderlich ist. Und es gibt noch einen anderen Grund: Es darf nicht das Bewußtsein Platz greifen, daß Verteidigung etwa nur die Sache weniger bezahlter Spezialisten wäre!

(Beifall)

Wir werden die Pflichten so gerecht wie möglich auf alle jungen Staatsbürger verteilen. Unser Vorschlag für eine Zusammenfassung der Dienste nach Art. 12a des Grundgesetzes zu einem Dienst an der staatlichen Gemeinschaft liegt vor. Vorrang hat für uns die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ersatzdienstplätzen für Wehrdienstverweigerer. Es ist einfach ein untragbarer Zustand, daß nur jeder dritte Wehrdienstverweigerer zum Zivildienst herangezogen wird.

(Beifall)

Das dürfen wir so nicht länger lassen, sondern wir müssen dafür sorgen, daß jeder Wehrdienstverweigerer umgehend seinen Ersatzdienst abzuleisten hat. Dann wird sich die Spreu vom Weizen scheiden, d. h. diejenigen, die aus echten Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern, von denen, die dabei ganz andere Motive haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die Strukturreform der Bundeswehr wird sich nicht von einem Tag auf den anderen vollziehen. Sie wird eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Die Bundeswehr wird diese Belastungen nur dann verkraften, wenn sie erstens innerlich gefestigt, von der Gesellschaft anerkannt und von allen demokratischen Parteien getragen wird, wenn sie zweitens ihr Selbstverständnis ungebrochen erhält und wenn sie drittens in Disziplin, Erscheinungsbild und Auftreten überzeugend bleibt.

(Beifall)

Meine verehrten Parteifreunde, angesichts aller Tendenzen in diesem Staat und in dieser Gesellschaft, Tendenzen, die sicher von einer Minderheit kommen, die aber doch immer spürbarer werden, lassen Sie mich an dieser Stelle für die CDU/CSU sagen: Wir werden die Bundeswehr, ihre Soldaten und ihre zivilen Bediensteten, gegen alle Versuche in Schutz nehmen, sie zu diffamieren und moralisch abzuwerten.

(Beifall)

Die Bundeswehr ist nicht, wie gelegentlich gesagt wird, ein notwendiges Übel. Sie ist ein unentbehrliches Instrument der Friedenssicherung und damit eine wesentliche Institution dieser unserer Gesellschaft.

(Erneuter Beifall)

Niemand, der die Bundeswehr kennt, kann doch sagen, diese Bundeswehr sei ein Staat im Staate oder habe Tendenzen in dieser Richtung. Es gibt bei uns keinen Militarismus, und ich kenne keinen Soldaten, dem der Sinn nach einem solchen Militarismus stünde. Und darum braucht sich der Soldat auch und gerade in unserer Zeit nicht verunsichern und in Frage stellen zu lassen. Aus seinem Auftrag der Friedenssicherung und des Schutzes unserer staatlichen Gemeinschaft bezieht der Beruf des Soldaten seinen Wert und seine Würde.

Meine sehr verehrten Parteifreunde, es gibt auf die Dauer keine wirksame Verteidigung ohne den ernsthaften Willen eines Volkes, sich selbst zu behaupten. Ich sagte vorher schon, die Verteidigung darf nicht zu einer Sache bezahlter Spezialisten werden. Sie muß Sache des ganzen Volkes bleiben, oder sie wird an Glaubwürdigkeit und damit an Abschreckungskraft verlieren.

(Beifall)

Nun wollen wir ganz offen sagen, daß uns die Anzeichen einer nachlassenden Verteidigungsbereitschaft vor allen Dingen in der jungen Generation und hier besonders an den höheren Schulen schrecken. Die Zahl der jungen Männer, die nicht zur Bundeswehr wollen, steigt an. Auch in diesem Jahr haben wir einen kräftigen Anstieg der Zahlen der Wehrdienstverweigerer.

Die Bundesregierung – lassen Sie mich das als erstes dazu sagen – trägt daran sicher nicht allein die Schuld, aber sie trägt mit die Verantwortung dafür, denn sie hat fortlaufend die Chancen der Entspannung überzeichnet und kaum mehr von Bedrohung geredet. Und dann wundert man sich, wenn immer deutlicher und gerade in der jungen Generation die Frage gestellt wird: ja, warum dann eigentlich noch diese Bundeswehr und diese Verteidigung?

(Beifall)

Was also muß geschehen? Das Wichtigste scheint mir, daß wir in unserem Volk und besonders in der jungen Generation die Bereitschaft wecken und erhalten, für diesen Staat einzustehen.

(Vereinzelt Beifall)

Gleichgültigkeit, Staatsverdrossenheit und radikale Agitation könnten sich sonst in gefährlicher Weise addieren. Das heißt, wir müssen –

und ich bin dankbar für das, was unser Kollege, der Kultusminister Vogel gesagt hat — an unseren Schulen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Haltung und die Bereitschaft zum Engagement heranbilden und den jungen Menschen zur inneren Bejahung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erziehen.

(Beifall)

Denn die Bundeswehr, meine sehr verehrten Parteifreunde, ist überfordert, wenn man von ihr erwartet, daß erst sie den jungen Menschen die Einsicht in den Wert unserer demokratischen Ordnung und die Notwendigkeit der Verteidigung vermittelt. Das muß an der Schule beginnen!

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen wird eine Bundesregierung der CDU/CSU ihren ganzen Einfluß bei den Bundesländern geltend machen, damit in den Schulen über Sinn, Aufgabe und Struktur der Bundeswehr sachlich — nicht im Wege der Propaganda, nicht in einem Extrafach, sondern im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts — informiert wird. Und das gleiche muß für die Lehrerbildung gelten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe hier im Hintergrund den Kultusminister von Baden-Württemberg, Herrn Professor Hahn. Ich sage ihm den Dank dieser ganzen Partei dafür, daß er es gewagt hat, mit seinem Erlaß bahnbrechend voranzugehen, und daß er sich durch Angriffe nicht hat aus der Fassung und aus der Linie bringen lassen.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, was eigentlich wäre ein Staat wert, der die Pflicht, Wehrdienst zu leisten, zur staatsbürgerlichen Grundpflicht erklärt und dann darauf verzichtet, an seinen Schulen über den Sinn dieser Wehrpflicht zu informieren, und zwar so, daß ihre Notwendigkeit eingesehen werden kann?

Ich will Ihnen allerdings sagen, und wir alle wissen das, wir werden dabei wenig Unterstützung von anderen Parteien haben, wir werden diesen Kampf um die Verteidigungsbereitschaft im wesentlichen allein führen müssen. Solange auf eine Einladung des Bundesverteidigungsministers, der bis heute noch der SPD angehört, zu einem Gespräch über Bundeswehr und Schule zwar die Kultusminister der CDU/CSU erscheinen, die Parteifreunde von Herrn Leber aber durch Abwesenheit glänzen, solange Jungsozialisten Aktionen gegen die Bundeswehr organisieren, solange die SPD beispielsweise in Südhessen Empfeh-

lungen für Wehrdienstverweigerer herausgibt, solange Leber von seiner eigenen Parteizeitung angegriffen wird, wenn er deutliche Worte über Wehrdienstverweigerung und über die Bundeswehr redet, solange bleibt das Bekenntnis der SPD zur Verteidigungsbereitschaft und zur Bundeswehr unglaubwürdig.

(Beifall)

Solange, müssen die Bürger unseres Staates wissen, ist die SPD auch *nicht in der Lage, langfristig die Sicherheit der Bundesrepublik* Deutschland glaubwürdig zu gewährleisten.

Gerade heute früh kommt mir der Fragenkatalog der Jungsozialisten Baden-Württemberg an die Bundestagskandidaten der SPD in die Hände. Da heißt es:

> Wehrkunde und Demokratisierung der Schulen schließen sich gegenseitig aus. Ist der Kandidat bereit, statt Wehrkunde in den Schulen und Erziehung zum Militarismus Unterricht über die Gründe, die gegen den Kriegsdienst sprechen, als Forderung im Wahlkampf zu vertreten?

Und das ist nicht eine Stimme. Und ich frage mich allerdings – ich frage das nicht polemisch, denn diese Bundeswehr lebt davon, daß alle Parteien vor ihr und für sie stehen –, wenn bis zum heutigen Tage der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der SPD zu solchen Aktionen, zu solchen Stimmen nicht eindeutig und klar Stellung nimmt und daraus die Konsequenzen für seine Partei zieht, wie eigentlich soll uns diese Partei in unser aller Sorge unterstützen, daß dieses Volk zu seiner Selbstbehauptung imstande und bereit sei?

(Beifall)

Die Vielzahl von Problemen, vor denen die Bundeswehr steht, dazu der Zwang zur Umgliederung, lassen vorhersehen: die Bundeswehr und unsere gesamte Verteidigung stehen in den kommenden Jahren vor einer großen Herausforderung. In diesen Jahren wird sich entscheiden, ob der Westen die Kraft und die Opfer aufbringt, um sich gegen militärischen und politischen Druck zur Wehr zu setzen, oder ob ihm Wohlleben und Konsum wichtiger sind. Da wird sich auch entscheiden, ob die Bundeswehr in den Selbstbehauptungswillen unserer Gesellschaft eingebettet bleibt oder ob die geistige, politische und militräische Widerstandskraft unseres Volkes erlahmt. Da wird sich entscheiden, ob wir die jungen Bürger zum Engagement für diesen Staat und seine Verteidigung gewinnen können oder ob Gleichgültigkeit, ob Wertneutralität, oder bewußte Ablehnung und blinder Utopismus sich durchsetzen werden. Da wird die Entscheidung fallen, ob wir die nötigen Mittel aufbringen, unsere Bundeswehr modern auszu-

rüsten, leistungsfähig zu halten, oder ob wir am Ende dieses Jahrzehnts eine zur Verteidigung nicht mehr fähige Armee haben werden. Damit wird auch die Entscheidung über die Frage fallen, ob die Entspannung, Friedenssicherung und Abrüstung bloßes Wunschdenken und Hoffnung bleiben oder ob ein echter Interessenausgleich mit der Sowjetunion möglich ist.

In dieser Herausforderung, die nicht sehr einfach zu meistern sein wird — wir wissen das alle —, liegt für unsere Partei, für die CDU, eine große Chance; denn, täuschen wir uns nicht, die junge Generation ist nicht so, wie viele es glauben. Dort, wo man ihr den Sinn eines Engagements zeigt, dort, wo man ihr glaubhaft die Aufgaben zeigt, dort ist sie nach wie vor und Gott sei Dank zum Engagement bereit.

(Beifall)

Deswegen können wir die Hoffnung haben, daß wir auch mit diesen Dingen, wo wir Anstrengungen fordern, mit einer klaren Linie Verständnis auch für die Bundeswehr und die Verteidigung in dieser jungen Generation finden. Denn wenn schon andere nicht mehr, meine verehrten Parteifreunde, wir von der CDU haben den Mut, wieder Einsatz und Opfer zu fordern, weil nur so das Überleben unserer Ordnung gesichert werden kann. Wir, wenn schon kein anderer mehr, haben den Mut, wieder von Pflichten zu sprechen und nicht nur von Rechten: von der Pflicht zum Wehrdienst, von der Pflicht zum Dienst an der staatlichen Gemeinschaft. Wenn schon niemand anders, dann haben wir den Mut, auch und gerade vor Wahlen sichtbar zu machen, daß diese unsere Gesellschaftsordnung verteidigungswert ist, weil sie dem Bürger ein Leben in freier Selbstverwirklichung ermöglicht. Wir wollen und wir werden uns nicht vorwerfen lassen, wir hätten unsere Chance verschlafen. Freiheit ist ohne Opfer nicht zu haben, weder heute noch morgen.

(Anhaltender Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Wir danken Manfred Wörner recht herzlich für seine eindeutige und gute Analyse und sein klares Bekenntnis zur Bundeswehr. Auch glaube ich, auf diesem Parteitag sagen zu sollen, die CDU steht wie in der Vergangenheit, so auch heute und in der Zukunft eindeutig und klar zu ihren Soldaten. Vielen herzlichen Dank, Manfred Wörner!

(Beifall)

Bevor ich die Diskussion zu diesem Themenkreis eröffne, möchte ich zwei kurze technische Bemerkungen machen:

1. Die Freunde Friedrich Vogel, Carl-Otto Lenz, Frau von Enckevost und Herr Franke werden gebeten, ihre Erklärungen, die sie zu Protokoll

geben möchten, doch bitte bis 19 Uhr im Sekretariat des Präsidiums einzureichen.

2. Wir sind ja heute Abend alle zu einem Empfang in Wiesbaden-Biebrich eingeladen. Es sind Zettel verteilt worden, die darauf hinweisen, daß die Abfahrt der Busse um 19.15 Uhr sein wird. Ich möchte auf diesen Abend auf Einladung des Landesverbandes Hessen und der CDU Deutschlands noch einmal hinweisen. Ich bin gebeten worden, mitzuteilen, daß es dort auch warmes Essen gibt und daß Kurt Edelhagen dazu spielt.

Ich habe aber die herzliche Bitte, da einige Meldungen zu Diskussionsbeiträgen eingegangen sind, daß wir diese Diskussionsredner jetzt mit der Zusage des Präsidiums anhören, daß wir die Plenarsitzung in einer halben Stunde beenden wollen, damit um 19.15 Uhr der Start mit den Bussen beginnen kann.

Ein weiterer Hinweis zum Tagungstermin morgen. Da der Abend sicher auch etwas anstrengend ist, sind wir zu der Auffassung gelangt, daß morgen erst um 9.30 Uhr begonnen wird.

Ich darf nun als erstem Diskussionsredner Walter Leisler Kiep das Wort erteilen zum Thema Entwicklungshilfepolitik.

Walter Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Unter der Überschrift „Der Zwang zum Frieden" hat Richard von Weizsäcker gestern nachmittag hier auf unserem Parteitag ausgeführt:

> „Das wirtschaftliche, soziale und bildungsmäßige Gefälle zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel ist noch immer im Wachsen begriffen. Anstrengungen zu seiner Verminderung sind nicht soziale Gesten, sondern sie dienen unseren Friedensinteressen. Es ist auf die Dauer nutzlos und gefährlich, Entwicklungspolitik im Zeichen eines Ost-West-Gegensatzes zu betreiben. Ein Zusammenwirken der Industrienationen ist nötig."

Meine Damen und Herren, Entwicklungspolitik gehörte bis zu dieser gegenwärtigen Bundesregierung zu den Bereichen der deutschen Politik, die vom Grundsatz her nicht kontrovers waren.

Hier hat die Bundesrepublik Deutschland als eine der großen Industrienationen eine weltpolitische Verantwortung, die zugleich auch ein wichtiger Beitrag zur Friedenspolitik ist. Deshalb hat sich die CDU/CSU auch von Anfang an, vom ersten Tage der Regierung Brandt/Scheel an, als konstruktive Opposition verstanden.

Wir haben Minister Eppler die Chance zur Zusammenarbeit geboten. Eppler hat eine Entwicklungspolitik übernommen, die von allen

drei Parteien im Bundestag getragen war. Eppler hat diese Chance, auf dieser gemeinsamen Basis fortzufahren, vertan. Eppler hat drei Dinge veranlaßt und zu verantworten:

Erstens. Er hat die deutsche Entwicklungspolitik ideologisiert.

Zweitens. Er hat mit uneinlösbaren Versprechungen in der Weltöffentlichkeit die deutsche Entwicklungspolitik diskreditiert.

Drittens. Er hat die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungshilfe durch eine miserable organisatorische Durchführung geschwächt.

Unter Eppler ist die Entwicklungspolitik langsam, aber konsequent in ein ideologisches Zwielicht geraten. Klare Abgrenzungen gegen marxistische Modetheorien sind oft nicht mehr sichtbar. Die Veröffentlichungen seines Ministeriums sind hierfür ein beredtes Zeugnis. Hier wird z. B. die kubanische Revolution gefeiert, von der es heißt, sie habe endlich in Latein-Amerika ein Fanal gesetzt, indem sie einen möglichen Weg zur Überwindung des kolonialistischen Status und zur Beseitigung oligarchischer Strukturen zeige. Die marxistische Regierung Chiles hat nach Meinung führender sozialdemokratischer Entwicklungspolitiker Modellcharakter für die notwendige Transformation der sozialen und ökonomischen Strukturen.

Wir sind der Meinung: Entwicklungspolitik muß frei bleiben von ideologischen Wertungen.

(Beifall)

Wir wollen auch hier weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind sein. Auch wir wissen natürlich, daß in vielen Entwicklungsländern überkommene gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen durch Reformen verändert werden sollten. Aber Revolutionen sind auch für die Entwicklungsländer nicht sicherer Weg zum Fortschritt, und es kann nicht Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik sein, solche Revolutionen in Gang zu setzen oder zu fördern.

Wichtig ist auch, daß eine ertragskräftige deutsche Wirtschaft Voraussetzung für die Fähigkeit unseres Landes ist, Entwicklungshilfe zu leisten. Nur durch die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft sind wir in der Lage, eines der führenden Geberländer in der Welt zu sein. Ohne Stabilität und ohne Wohlstand und Wachstum im eigenen Land steht auch unsere entwicklungspolitische Leistung auf tönernen Füßen. Wer also wie wir die Überwindung der Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen arm und reich für eine der historischen und entscheidenden Aufgaben hält, der muß auch hier zu Hause bereit sein, für die Erhaltung der Leistungsgesellschaft einzutreten als der notwendigen Vor-

aussetzung, als der notwendigen Grundlage für unseren Beitrag zur Lösung dieses wichtigen Weltproblems.

(Beifall)

Erhard Epplers gestörtes Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft hat zu unserem Bedauern dazu geführt, daß die ökonomische Komponente der Entwicklungshilfe vernachlässigt worden ist. Es ist fatal, daß ausgerechnet der Entwicklungshilfeminister sich als Vorreiter einer sozialistischen Steuerpolitik in der SPD profiliert hat und damit die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, ihrer Leistungsfähigkeit und damit die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik gefährdet. Offensichtlich hat er nicht gemerkt: Sozialistische Steuerpolitik und leistungsfähige Entwicklungspolitik vertragen sich nicht miteinander. Eppler hat sich zur Speerspitze der antimarktlichen Kräfte in der SPD gemacht. Deshalb hat er sich bis zur letzten Minute gegen die Kontinuität der deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern gewandt. Wenn es nach ihm gegangen wäre, hätten wir heute kein neues Entwicklungshilfesteuergesetz.

Doch die Kette des Versagens dieser Regierung ist damit noch nicht zu Ende. Auch in der Entwicklungspolitik, meine Freunde, hat die Regierung nach dem Motto „Versprochen und nicht gehalten" gehandelt. Spektakulär am Anfang der Regierungszeit, unter dem Beifall der Dritten Welt und unter dem Staunen unserer Partner in der westlichen Welt hat Herr Eppler versprochen, daß diese Regierung 0,7 % des Bruttosozialprodukts an öffentlicher Hilfe leisten werde. Dieses Versprechen ist in doppelter Weise nicht erfüllt worden.

Erstens. Die 0,7 % sind nicht erreicht.

Zweitens. Die Leistungen haben sich von Beginn der Tätigkeit dieser Regierung bis zum heutigen Zeitpunkt von 0,38 auf 0,34 % verringert und setzen damit die Bundesrepublik Deutschland an die zweitletzte Stelle unter den europäischen Industrienationen.

Ich meine, auch für die Entwicklungspolitik muß der Grundsatz gelten: Erst rechnen, dann versprechen.

(Beifall)

Hinzu kommt, daß wir auch in der Entwicklungspolitik erkennen müssen: Ideologische Erneuerer sind auch nicht in der Lage, die deutsche Entwicklungshilfe vernünftig zu organisieren. Unser Programm, unsere Entwicklungspolitik wird, in wenigen Punkten, die folgende sein:

Erstens. Die Stabilitätspolitik einer CDU/CSU-Regierung ist die unerläßliche Grundlage für eine wirksame deutsche Entwicklungspoli-

tik. Die Bekämpfung der Inflation stärkt besonders die Wirkungskraft unserer entwicklungspolitischen Leistungen; denn die Inflation hat nicht nur die Armen in unserem Lande ärmer gemacht, sondern sie hat auch ihre Wirkungen auf die Dritte Welt gehabt. Unsere Leistungen sind ständig weniger wert geworden; aber unsere Entwicklungshilfe ist eben deshalb nur soviel wert, wie unsere Währung stabil ist.

Zweitens. Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, die Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt zu verbessern. Im Zeichen internationaler Solidarität wird unsere Entwicklungspolitik die wirtschaftlichen und die sozialen Aufgaben, die sich in den Entwicklungsländern stellen, in ausgewogener Weise miteinander verbinden. Unsere Entwicklungspolitik darf dabei nicht blind gegen die drängenden Fragen sein, wer Nutznießer des wachsenden Wohlstands in diesen Ländern ist.

Drittens. Wir wollen die Entwicklungspolitik zu einer europäischen Aufgabe machen. Mit einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion muß schrittweise auch die gemeinsame europäische Entwicklungspolitik verbunden werden. Diese Politik muß eine Aufgabe der Gemeinschaft werden, damit Europa sein Gewicht, seine Rolle in der weltweiten Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern spielen kann.

Viertens. Eine der vordringlichsten Aufgaben, die sich der deutschen und der europäischen Entwicklungspolitik stellt, ist es, das unkoordinierte Nebeneinander von Handels- und Entwicklungspolitik zu beenden. Entwicklungspolitik ohne flankierende Handelspolitik bleibt Stückwerk, und von einer Entwicklungspolitik aus einem Guß kann nur dann gesprochen werden, wenn die Handelspolitik und die Entwicklungspolitik zu einer umfassenden Politik zusammen verbunden werden.

Fünftens. Die Entwicklungsländer erwarten von uns fachliche Hilfe und keine politischen Rezepte. Die deutsche Entwicklungspolitik muß den internationalen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beachten.

(Beifall)

Sie muß dabei sowohl die bestehenden politischen Ordnungen als auch das wirtschafts- und ordnungspolitische System respektieren. Dies schließt keineswegs aus, den partnerschaftlichen Dialog mit den Entwicklungsländern zu suchen, um auf die Beseitigung entwicklungshemmender Faktoren hinzuwirken und die gemeinsamen Maßnahmen auf die Beseitigung dieser Faktoren abzustellen.

Sechstens. Wir werden uns in der Entwicklungspolitik wieder mehr um die Praxis kümmern, denn das beste Konzept taugt nichts, wenn

die praktische Durchführung und damit der Nutzen für die Entwicklungsländer zu kurz kommen. Wir halten uns auch in der Entwicklungspolitik an den Grundsatz, den Hans Katzer hier vorhin unter Ihrer aller Beifall verkündet hat: Auch in der Entwicklungspolitik steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht aber die Regierung oder der Apparat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben also auch – ich hoffe das in der kurzen Zeit deutlich gemacht zu haben – in der Entwicklungspolitik ein Leistungsdefizit zu verzeichnen. Wir haben dieses Defizit mit einer neuen CDU/CSU-Regierung abzubauen. Die deutsche Entwicklungspolitik muß ihren guten Ruf wiedergewinnen. Sie muß in der Welt wieder glaubwürdig und mit praktischer Vernunft durchgeführt werden. Deshalb gilt auch in der Entwicklungspolitik das Wort: Es ist Zeit zu einem Wechsel!

(Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Wir danken Walter Leisler Kiep für seinen Beitrag. Wir danken ihm insbesondere aber auch dafür – dies möchte ich an dieser Stelle sagen –, daß er nicht nur die außenpolitische Kommission hervorragend geleitet hat, sondern vor allem die Finanzen unserer Partei für diesen Wahlkampf in erheblicher Weise gebessert, ja, fast schon saniert hat.

(Beifall)

Jetzt hat Heinrich Windelen zum Thema „Deutschlandpolitik" das Wort. Danach spricht Peter Lorenz zum Thema „Berlin".

Heinrich Windelen (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Gleichermaßen wie die Entwicklungspolitik war über lange Jahre hinweg auch die Deutschland- und die Ostpolitik in ihren Grundlagen nicht kontrovers. Erst mit der Bildung der Regierung Brandt ist auch das anders geworden. Nun, nur wenig mehr als tausend Tage danach, ist diese Regierung Brandt am Ende. Brandt mußte scheitern, weil er in der Deutschland- und in der Ostpolitik das Gegenteil von dem tat, was er vorher noch mit starken Worten beschworen hatte.

(Beifall)

Nicht jeder hat ein so dehnbares Gewissen, daß er nach der Wahl gutheißen konnte, was er vorher noch leidenschaftlich bekämpfte. Die engagiertesten und sachkundigsten Mitglieder der eigenen Fraktionen haben Brandt und Scheel den Rücken gekehrt. Meine Freunde, ich bin sicher, ein gut Teil der Wähler wird am 19. November das gleiche tun.

(Beifall)

Das Scheitern einer Regierung ist für Deutschland kein Unglück, besonders das Scheitern der Regierung Brandt/Scheel nicht. Ein Unglück und eine Gefahr für Deutschland wäre es aber gewesen, wenn die Ostverträge ohne verbindliche Klarstellung des deutschen Rechtsstandpunktes wirksam geworden wären. Ich gehe noch weiter und sage: Es wäre möglicherweise der Anfang vom Ende Deutschlands geworden, Deutschlands, wie wir es nach unserem Grundgesetz und nach der Definition der Siegermächte von 1945 verstehen. Wir, meine Freunde, konnten Klarstellungen durchsetzen, daß diese Verträge keine endgültige Regelung darstellen, daß sie weder einem Friedensvertrag vorgreifen noch Rechtsgrundlagen für Grenzen schaffen. Wir konnten durchsetzen, daß unser Streben nach Wiedervereinigung nicht im Widerspruch zu den Verträgen steht. Das war die gemeinsame Leistung von CDU und CSU, von Rainer Barzel und Franz-Josef Strauß. Das war die Leistung besonders eines Mannes, dem ich meinen Dank hier abstatten möchte, die Leistung unseres Freundes Dr. Werner Marx.

(Beifall)

Meine Freunde, völkerrechtlich wirksam gewordene Verträge binden auch uns. Für uns ist aber nicht verbindlich, wie Moskau und Warschau interpretieren. Für uns ist allein die Interpretation durch den Bundestag für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich.

(Beifall)

Die CDU/CSU kritisiert – dies vor allem beim Warschauer Vertrag –, daß die Bundesregierung Verträge abgeschlossen hat, die von den Unterzeichnern nun völlig gegensätzlich interpretiert werden. Wir wissen und wir bedauern, daß diese Verträge ohne unsere Schuld neue Probleme schaffen, statt alte Probleme zu beseitigen. Das war auch der Kern unserer Kritik, und das bleibt auch heute unser Vorwurf. Wir können aber weder vertragsbrüchig werden noch das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir müssen nun nach Wirksamwerden der Verträge und des Berlin-Abkommens deutlich sehen, daß es jetzt in den Augen der Welt zwei Staaten in Deutschland gibt, aber – dies sage ich mit starker Betonung – zwei Staaten i n Deutschland, nicht zwei Staaten anstelle Deutschlands.

(Beifall)

Die Union hat diese leichtfertigen Verträge nicht gewollt, sondern bekämpft, aber nicht etwa, weil sie keine Verträge wollte, sondern weil sie bessere Verträge wollte.

(Beifall)

Aber niemand soll jetzt glauben, daß das Deutschland-Konzept von Willy Brandt und Egon Bahr künftig die Grundlage auch unserer Politik sei. Wir werden auch in Zukunft für die Wiedervereinigung arbeiten, über die der Bundeskanzler nicht einmal mehr reden und nachdenken will.

(Beifall)

Wir werden sorgfältig zu prüfen haben, wo die Verträge positive Auswirkungen haben oder zumindest doch für die Zukunft möglich machen. Wir werden jede praktische Verbesserung nicht nur begrüßen, sondern unsererseits nach Kräften fördern. Für mich wäre es ein wichtiges, ein ermutigendes Zeichen des guten Willens, wenn Warschau die Aussiedlung und die Familienzusammenführung beschleunigen und vor allem auch menschlicher gestalten würde.

(Beifall)

Mit bloßen Gesten oder mit Versprechungen vor der Ratifizierung von Verträgen oder jetzt vor Bundestagswahlen, meine Freunde, ist nichts gewonnen. Niemand wird die Schwierigkeiten übersehen, die sich auch für Warschau ergeben. Aber man muß in Polen verstehen, daß uns das Schicksal unserer Landsleute jenseits von Oder und Neiße nicht gleichgültig sein kann.

(Beifall)

Dabei, meine Freunde, geht es gleichermaßen um die aussiedlungswilligen wie um diejenigen Deutschen, die in ihrer Heimat bleiben möchten. Wenn die Deutschen dort die gleichen Möglichkeiten, die gleichen Freiheiten hätten wie die Polen ganz selbstverständlich bei uns, dann wäre das ein entscheidender Beitrag zur Verständigung zwischen den Völkern.

(Beifall)

Dazu gäbe es viele Möglichkeiten, auch die Möglichkeit des Reisens hinüber, aber auch herüber. Wir sind offen für alle konstruktiven Vorschläge. Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen.

Das gilt für das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Aber das, meine Freunde, muß noch viel mehr gelten für das Verhältnis zwischen Deutschen und Deutschen auf beiden Seiten von Werra und Elbe.

(Beifall)

Wir sehen mit Sorge, wir sehen aber auch mit Hoffnungen auf die jetzt laufenden Verhandlungen zwischen Bahr und Kohl: mit Sorge, weil wir fürchten, daß die Teilung Deutschlands noch weiter vertieft werden und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR unausbleibliche Folge einer falschen Vertragspolitik sein könnte. Wir blicken mit

Hoffnung auf diese Verhandlungen, weil ja hier mehr Freizügigkeit erreicht werden sollte, Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Das ist unser Maßstab für die Beurteilung dieser Verhandlungen.

(Beifall)

Rainer Barzel hat für die CDU/CSU verbindlich erklärt, daß auch eine von ihm geführte Regierung die Verhandlungen fortsetzen würde. Nun, was immer Egon Bahr auch erreicht, diese Regierung hat kein Mandat mehr, Verträge von derartiger Tragweite zu paraphieren oder gar zu unterzeichnen.

(Beifall)

Wer dies dennoch tut und damit den kommenden Bundestag präjudiziert, dem muß gesagt werden, daß er ein gestörtes Verhältnis zu den Spielregeln der Demokratie hat.

(Beifall)

Eine Regierung, die erklärt hat, daß sie einen Haushaltsentwurf 1973 nicht vorlegen wolle, um eine künftige Regierung nicht zu präjudizieren, obschon dieser Haushaltsentwurf eine künftige Regierung nicht binden würde, hat doch nicht das Recht, Verträge abzuschließen, die eine künftige Regierung festlegen.

(Beifall)

Wenn das gut ist, meine Damen und Herren, was Egon Bahr mit Herrn Kohl aushandelt, dann hat die Abzeichnung des Vertrages doch noch Zeit, bis eine neue Bundesregierung im Amt ist. Andernfalls muß man doch annehmen, er möchte noch unter Dach und Fach bringen, was der kritischen Prüfung durch eine neue Bundesregierung nicht standhält.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, Rainer Barzel hat entschieden, daß das Gewicht dieser Fragen durch die Errichtung eines neuen Bundesministeriums für die Probleme der Deutschlandpolitik in einer europäischen Friedensordnung betont werden soll. Er hat durch die geplante Zusammenfassung der Kompetenzen für die von der Teilung Deutschlands besonders betroffenen Vertriebenen und Flüchtlinge ein sichtbares Zeichen der Solidarität gesetzt. Er hat damit deutlich gemacht, daß die CDU es ernst meint mit der Verwirklichung ihres Berliner Programms, in dem es heißt: Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk und die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden.

Dies, meine Freunde, entspricht nicht nur unserem Programm, sondern gleichermaßen der Präambel unseres Grundgesetzes, und dies

entspricht vor allem der Überzeugung, die für das Handeln unserer Bundeskanzler Adenauer, Erhard und Kiesinger bestimmend war.

(Beifall)

Sorgen wir dafür, daß nach einer Episode Brandt nun Rainer Barzel wieder Politik machen kann für ganz Deutschland. Wir wissen, meine Freunde, daß das nicht leicht sein wird. Wir alle wollen ihm dabei helfen.

(Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Wir danken Heinrich Windelen recht herzlich für seinen Beitrag. Wir möchten ihm an dieser Stelle nicht nur Dank sagen für seine deutschlandpolitischen Initiativen, sondern vor allem auch dafür, daß er stetig für die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge eingetreten ist, die weiterhin unsere Solidarität erfahren werden.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Peter Lorenz, Berlin.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Wir Berliner wählen auch diesmal nicht direkt unsere Abgeordneten in den Deutschen Bundestag. Gleichwohl ist Berlin von der Wahlentscheidung am 19. November in besonderem Maße betroffen. Deshalb tun wir, die Berliner CDU, alles, was wir tun können, um dabei zu helfen, für die CDU und CSU den Wahlsieg zu erringen.

Vor drei Jahren haben wir aus der internen Kenntnis der politischen Entwicklung des SPD-Vorsitzenden Brandt und seines Hauptberaters Bahr manches Schlechte geahnt. Aber auch niemand von uns hat gewußt, welche tiefgreifenden Umwälzungen die hinter uns liegenden drei Jahre für unser Volk und für unser Land bringen würden. Das Ringen um das Selbstbestimmungsrecht und die Einheit der Nation wurde von einer Politik abgelöst, die ein vom Volk nicht legitimiertes Regime jetzt in die Lage versetzen wird, den deutschen Namen weltweit mit zu vertreten.

In dem vor uns liegenden Wahlkampf wird die sozialdemokratische Propaganda so tun, als sei die von ihr geführte Politik, mit der sie über lange Zeit mit uns gemeinsam vertretene Grundsätze von heute auf morgen fallengelassen hat, die einzig mögliche, um den Frieden sicherer zu machen und Entspannung herbeizuführen. Auch radikale Anarchisten, Weltverbesserer und nicht zuletzt mancher Schriftsteller und Kommentator wollen uns heute einreden, wir hätten im freien Teil Deutschlands und im freien Teil Berlins in den letzten 20 Jahren nicht nur alles falsch gemacht, sondern in Wahrheit auch übersehen, daß

das Leben im sozialistischen Lager oder sogar im kommunistisch beherrschten Teil unseres Landes eigentlich viel besser, gerechter und freier sei.

Nun, wir Berliner wissen, was wir davon zu halten haben. Wir haben es früher gesagt und sagen es auch heute: wir wollen dieses System, in dem wir leben und in dem wir uns trotz vieler Mängel und Schwächen wohlfühlen, nicht überwinden, um es gegen eine kommunistische Diktatur einzutauschen.

(Beifall)

Wir stellen fest: Die auf die Erringung der Einheit und des Selbstbestimmungsrechts für unser Volk gerichtete Politik der CDU war und ist keine Politik des Unfriedens. Wir sind, liebe Freunde, zutiefst davon überzeugt, daß derjenige, der Frieden von Freiheit und Recht loslöst, nur einen Zustand trügerischer Ruhe an der Oberfläche erreicht.

(Beifall)

Er muß sich immer mehr und mehr in eine Haltung verstricken, die über Unrecht schweigt, Gefahren verniedlicht, Illusionen im Volk erzeugt und der eigenen politischen Handlungsfreiheit Fesseln anlegt. Mit einer solchen Haltung hätten wir Demokraten damals schwerlich die Freiheit Berlins verteidigen können.

(Beifall)

Wir wehren uns gegen eine Politik, die die Morde an der Mauer in der täglichen Praxis als Betriebsunfälle auf dem Wege zur Entspannung abtut. Die Mauer ist unmenschlich, der Schießbefehl muß weg!

(Beifall)

Die SED verfolgt jetzt die Strategie, eine Anerkennung des Staates DDR mit so wenig Gegenleistung wie möglich zu erreichen. Sie ignoriert die Bindung des freien Berlin an den Bund und legt den Satz des Vier-Mächte-Abkommens, nach dem Westberlin kein konstitutiver Teil der Bundesrepublik ist und von ihr nicht regiert werden darf, im Sinne der östlichen Drei-Staaten-Theorie aus.

Um die Gefahren abzuwehren, die aus alledem für unsere Stadt erwachsen, brauchen wir nicht nur die Solidarität unserer westdeutschen Landsleute, sondern eine entschiedene Politik des Bundes, die unsere Interessen vertritt. Nach unserer Auffassung muß im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Grundvertrag durchgesetzt werden, daß Westberlin voll auf der Seite der Bundesrepublik in den innerdeutschen Sport-, Kultur- und Handelsverkehr integriert wird, daß Westberlin in alle internationalen Abmachungen, die die Bundesrepu-

blik Deutschland trifft, einbezogen wird, daß Westberlin nicht vom internationalen Luftverkehr ferngehalten wird, daß der Bund Westberlin überall auch für den Fall einer Aufnahme beider Staaten in Deutschland in die UN international mit vertritt und daß die Westberliner auch weiterhin dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen wie ihre westdeutschen Landsleute.

(Beifall)

Kann nach der Wahl am 19. November die Union wieder die Regierungsverantwortung übernehmen, dann sind wir zuversichtlich, daß auch die Politik in Bezug auf Berlin wieder auf feste Grundlagen gestellt werden wird. Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung bietet die Chance zu einer vernünftig abgesicherten, realistisch konzipieren und an den Bedürfnissen unseres gesamten Volkes und auch der Berliner Bevölkerung orientierten Entspannungspolitik. Allerdings meinen wir hier nicht die sozialdemokratische und schon gar nicht die sowjetische Definition des Begriffs Entspannung. Für uns ist Entspannung eine Leerformel, wenn sie nicht zu mehr Menschlichkeit im geteilten Deutschland führt,

(Beifall)

zu größerer Transparenz der Demarkationslinie, zum freien Austausch von Menschen und Meinungen. Und Entspannung ist nach unserer Auffassung schließlich Selbstmord, wenn sie nur zu einer Stärkung der sowjetischen Hegemonie in Europa beiträgt.

(Beifall)

Was wir als Geschäftsgrundlage unabdingbar zu fordern haben, ist, daß man das deutsche Volk in den beiden Staaten als e i n e Nation anerkennt und daß man das freie Berlin als Stadt des Westens respektiert. Wir werden durch unser Verhalten beweisen, daß wir zur Zusammenarbeit bereit sind. Wir sind aber nicht bereit zum Verzicht auf unsere Rechte und zur Einschränkung unserer mühsam bewahrten Freiheit.

(Starker Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Wir danken Peter Lorenz für seine klaren Worte. Unser besonderer Dank gilt seinen besonderen Anstrengungen für einen weiteren Ausbau der Verbindungen Berlins zum Bund. Recht herzlichen Dank, Peter Lorenz.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Erik Blumenfeld, Hamburg, zum Thema Europapolitik.

Erik Blumenfeld, Hamburg: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Für die Partei Konrad Adenauers, darauf hat heute nachmittag Gerhard Schröder mit Recht hingewiesen, stand und steht die Einigung des freien Europas an erster Stelle der Außenpolitik. Mehr als 20 Jahre CDU/CSU-Regierungsverantwortung haben bewiesen, daß dies die richtige Politik war, um für Deutschland Vertrauen in Europa und in der Welt zu erwerben. Sie war und ist auch die Voraussetzung für die Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands sowie für einen dauerhaften und auf Verständigung und Ausgleich gründenden Frieden.

Das entscheidende Ziel unserer Europapolitik bleibt die politische Einigung der freien Europäer, bleibt das große atlantische Sicherheitsbündnis, bleibt die Gewißheit Europas, daß wir von den USA uns niemals, unter welchen Gründen auch immer, auseinanderdividieren lassen, und bleibt die begründete Hoffnung, eines Tages die Grenzen auf unserem alten Kontinent europäisch überwinden zu können, jene Grenzen, die der von Hitler begonnene Krieg und die Machtansprüche der Sowjets hinterlassen haben. Betrachtet man dies alles, so kann und darf die politische Einigung Europas nicht, wie Brandt es 1970 in London formulierte, eine Aufgabe kommender Generationen sein. Nein, hier und heute und nächste Woche in Paris bei der europäischen Gipfelkonferenz erwarten wir, erwartet das deutsche Volk entscheidende Fortschritte auf dem Wege zur politischen Einigung Europas. Nur dieses Ziel, und das mögen sich die Staatsmänner in Paris deutlich vergegenwärtigen, rechtfertigt in unseren Augen die bisherigen und die künftigen Souveränitätsverzichte und die großen Mühen und Schwierigkeiten des bisherigen Integrationsweges. Die Schwierigkeiten und Konflikte gab es, gibt es und wird es natürlich auch immer wieder geben im europäischen Einigungsprozeß. Sie müssen nicht nur entschlossen überwunden werden, sie dürfen vor allem nicht als ein Vorwand dienen für einen Stillstand oder sogar für einen Rückfall in nationalistische Eigenbrötelei.

In unserer Gesamtkonzeption sind auch die Zielvorstellungen für die einzelnen Stufen der europäischen Entwicklung klar umrissen. Eine Politik, die aus nebelhaften Wunschvorstellungen und pragmatischem Herumtappen besteht, lehnen wir ab. Die leidvollen Erfahrungen bis in die jüngste Zeit beweisen deutlich, daß keine funktionierende Gemeinschaft entwickelt werden kann ohne klare Vorstellungen, die sich auf das Endziel, die politische Union, beziehen. Ich wiederhole dies mit großem Nachdruck nicht nur für den eigenen Gebrauch und an die noch amtierende Regierung gerichtet, sondern auch an die Adresse einiger unserer Partnerstaaten. Wer eine europäische Währungsunion

mit gemeinsamen Reservefonds zur Unterstützung seiner Zahlungsbilanz haben will und wer einen gemeinsamen Agrarmarkt für den Absatz seiner überschüssigen Agrarprodukte haben möchte, der muß auch die politische Finalität akzeptieren und dabei mitmachen.

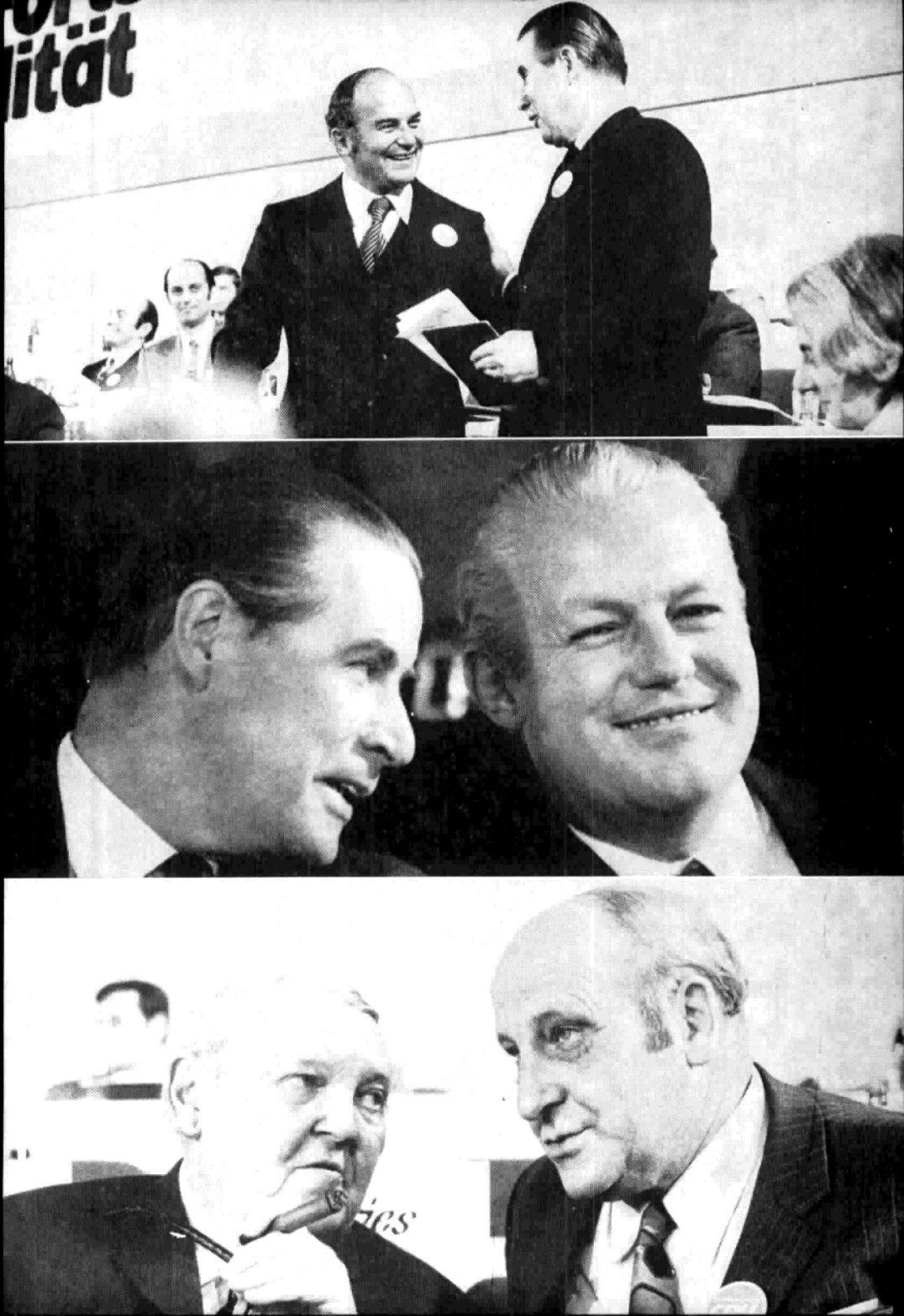
(Beifall)

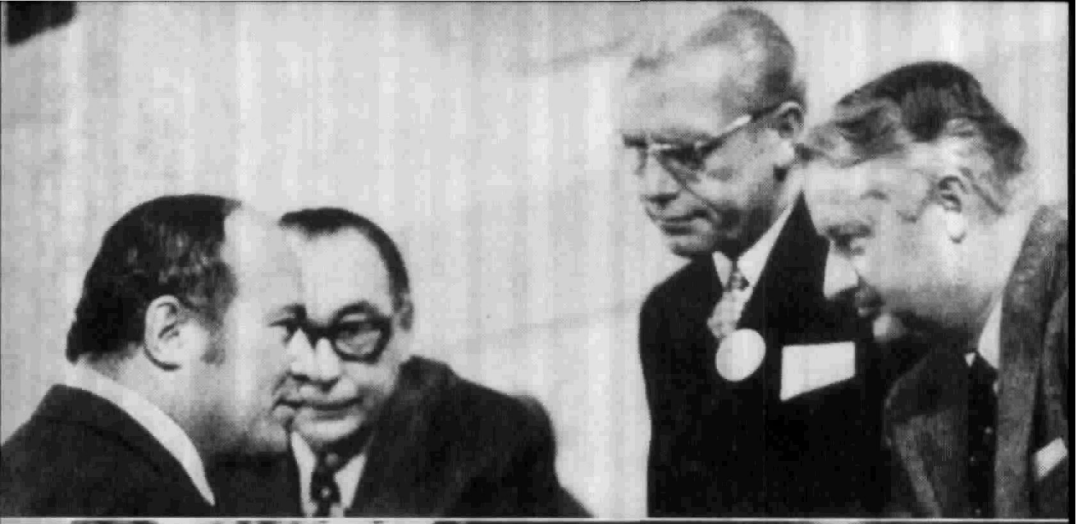
Gegenwärtig stehen wir vor großen Aufgaben. Im Innenbereich Europas geht es um die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion als europäische Stabilitätsgemeinschaft bei größerer sozialer Gerechtigkeit für die Menschen in Europa. Es geht um die wesentliche Stärkung der europäischen Organe, Parlamente und Kommissionen und auch des Ministerrates. Das heißt, die Beschlußfassung und Handlungsfähigkeit dieses Exekutivorgans entscheidend zu verbessern, das heißt, die Position der EWG-Kommission jedoch gegenüber dem Ministerrat zu festigen. Vor allem aber gilt es, das unerträglich gewordene demokratische Defizit zu beseitigen durch wesentliche Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parlaments, seiner Kontrollbefugnisse und seines Haushaltsrechts. Damit Hand in Hand geht die unabdingbare und im Römischen Vertrag bereits vorgesehene notfalls übergangsweise nationale Direktwahl der europäischen Abgeordneten.

(Beifall)

Im Außenbereich geht es um die Verlängerung der innergemeinschaftlichen Politik in den Außenbereich, insbesondere der Wirtschafts- und Währungspolitik, was sich in den Reformen des Weltwährungssystems niederschlagen muß, und es geht um die Regelung eines ausgewogenen kooperativen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten, das sich in der am 1. Januar 1973 beginnenden gemeinsamen Außenhandelspolitik gegenüber Osteuropa manifestieren muß, und die Verpflichtungen der europäischen Gemeinschaften gegenüber der Dritten Welt hat Walther Kiep eben erwähnt.

Wir begrüßen ausdrücklich — damit greife ich ein Wort Gerhard Schröders noch einmal auf — die wiederholte Initiative des amerikanischen Präsidenten Nixon, unser Bündnis zu einer gleichberechigten Partnerschaft, auch zur Gestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zukunft des atlantisch-europäischen Raumes, fortzuentwickeln. Die CDU/CSU drängt daher auf eine beschleunigte Wiederaufnahme europäisch-amerikanischer Bemühungen um einen umfassenden Interessenausgleich und eine dauerhafte Neuregelung der Beziehungen und schlägt deshalb vor, daß im Frühjahr 1973 ein nordamerikanisch-europäisches Gipfeltreffen einberufen wird. Neben den Strukturfragen des atlantischen Bündnisses ist auf diesem Gipfeltreffen vordringlich





eine gemeinsame Strategie des Bündnisses für die anstehende große Verhandlungsrunde im Rahmen der Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu beschließen.

Meine Freunde, die vor uns liegenden Aufgaben und die weltpolitische Lage lassen es heute dringender denn je erscheinen, daß die Länder des freien Europa als Einheit auftreten und handeln. Nur so können Sicherheit und Wohlstand gewährleistet bleiben. Die Devise dieses Parteitages: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität" ist auch die Plattform unserer Europapolitik. Für die CDU/CSU wird dies daher unter einer von uns gestellten Regierung in der kommenden Legislaturperiode unbedingte Priorität haben.

(Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Erik Blumenfeld, für diesen Beitrag!

Ich darf, nachdem die Herren Dr. Klepsch und Damm auf ihren Beitrag verzichtet haben, die Diskussion beenden, indem ich als letztem Diskussionsredner des heutigen Tages dem Vorsitzenden der Exil-CDU, Herrn Dr. Gradl, zum Thema Grundvertrag das Wort gebe.

Dr. Johann-Baptist Gradl (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, was ich der späten Stunde schuldig bin, werde also das, was ich zu sagen vorhatte, wesentlich kürzen. Mir liegt aber an folgendem.

Die plötzliche Reise von Staatssekretär Bahr nach Moskau hat, glaube ich, jedermann deutlich gemacht, daß wir uns in einer ebenso erregenden wie gefahrvollen Phase der Deutschlandpolitik befinden. Ich sage „erregend", denn es wird der Versuch gemacht, in einem Grundvertrag zwischen den beiden Staaten in Deutschland qualvolle Folgen der Spaltung abzubauen. Dieser Versuch wird von uns bejaht. Schließlich war es ein Bundeskanzler der CDU/CSU, Kurt Georg Kiesinger, der bereits vor fünf Jahren in Briefen an Ministerpräsident Stoph die andere Seite zu Verhandlungen eingeladen und den eigenen Staatssekretär im Bundeskanzleramt für diese Verhandlungen zur Verfügung gestellt hat.

Aber unsere Bereitschaft zu Verhandlungen und Vereinbarungen ist keine Selbsttäuschung. Wir täuschen uns nicht über die Tiefe des weltanschaulichen und politischen Grabens zwischen beiden Seiten. Wir wissen — und die Männer und Frauen der Exil-CDU sind lebende Zeugen dafür —, daß jener Staat, der sich Deutsche Demokratische Republik nennt, nicht aus Selbstbestimmung, sondern aus List und Gewalt entstanden ist.

(Beifall)

Diese Tatsache wird uns dennoch nicht hindern, heute jedes konstruktive Verhalten der DDR-Führung positiv zu würdigen, wenn und wo sie es zeigt. Und so begrüßen wir auch die angekündigte Amnestie, die viel zu spät kommende Amnestie für jene, die aus politischen Gründen inhaftiert sind. Aber ich füge hinzu: zunächst werden wir sorgsam zu beobachten haben, wie diese Amnestie in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Nicht alles in den bisherigen Abmachungen und Vereinbarungen hat sich als gesichert erwiesen, was sicher schien. Ich brauche nur das Beispiel der Berliner Sofortbesuche zu nennen. Nach allen Erfahrungen müssen wir bei jeder Fixierung von Verhandlungsergebnissen in dem beabsichtigten Grundvertrag auf äußerster Präzision bestehen.

Die Bundesregierung will nun – dieses ist mehrfach hervorgehoben worden – unmittelbar vor der Bundestagswahl, sozusagen vor Toresschluß, die Verhandlungen abschließen. Darin liegen – das sei ganz nüchtern gesagt – große Gefahren. Dieser hausgemachte Zeitpunkt verschlechtert die Verhandlungslage, zumal angesichts der bekannten Härte des Verhandlungsgegners. Und so muß man zweierlei befürchten: zum einen, daß im Humanitären nicht die optimal möglichen Ergebnisse erreicht werden, und zum anderen, daß die nationalpolitischen Grundbedingungen nicht genügend gewahrt werden.

Ich brauche den humanitären Katalog nicht aufzuzählen; jeder kennt ihn. Bis zu jener ungewissen Zukunft, in der die Deutschen in freier Selbstbestimmung über ihren Weg als nationale Gesamtheit einmal werden entscheiden können, muß ein möglichst hohes, d. h. ein normales, für Angehörige eines Volkes normales Maß an menschlicher Begegnung und sachlicher Kooperation gesichert werden. Wenn das nicht geschähe, hätte es keinen Sinn, von Entspannung in Deutschland zu sprechen.

Aber wir wissen auch, daß die Angst um die innere Stabilität des Systems der entscheidende Beweggrund des DDR-Kommunismus ist, sich vom Ganzen zu lösen und sich möglichst als eigene nationale Einheit zu etablieren. Dafür ist man in Ost-Berlin bereit, jetzt mit humanitären Kontakten zu zahlen. Aber genau dies zwingt zu der dringenden Mahnung an die Bundesregierung, nicht hinter die Grenze zurückzuweichen, an der die Bundesrepublik unbedingt festhalten muß. Diese Grenze ist bestimmt von der deutschen Zusammengehörigkeit und dem Grundrecht nationaler Selbstbestimmung.

(Beifall)

Wir können nicht eindringlich genug warnen. Würde die nationale Zusammengehörigkeit preisgegeben, dann ginge damit auf die Dauer

auch die Basis für Ansprüche und Regelungen menschlicher Zusammengehörigkeit verloren, und wir würden Fremde, Ausländer untereinander. Das darf nicht sein.

(Beifall)

Das Festhalten an Deutschland kann auch in dem Grundvertrag nicht nur einer Aussage der vier fremden Mächte überlassen werden. Sie haben zwar Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes, aber dabei auch ihre sehr eigenen Interessen; man braucht nur auf die Existenz der DDR zu sehen. Jetzt aber, bei diesem Vertrag, geht es um einen Grundvertrag zwischen Deutschen. Da muß die Einheit der Deutschen als Wille und Ziel von den Deutschen selber ausgesprochen werden, denn sonst wäre es gar kein deutscher Grundvertrag.

(Vereinzelt Beifall)

Jedermann in der Welt, zumal in den Vereinten Nationen, muß — und zwar ohne daß er erst Hieroglyphen studieren müßte — verstehen können, daß mit einem etwaigen Eintritt beider Teile Deutschlands in die Vereinten Nationen Deutschland als Ganzes weder zu bestehen aufgehört hat noch von den Deutschen aufgegeben wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß auf einen Vorgang hinweisen, der lehrreich ist, obwohl er sich räumlich sehr weit entfernt von uns vollzieht. Sie wissen von den ganz überraschend begonnenen Bemühungen um eine Wiederherstellung der Einheit Koreas. In der gemeinsamen Erklärung Nord- und Südkoreas vom 4. Juli dieses Jahres — und es lohnt sich, diese Erklärung insgesamt nachzulesen — heißt es wörtlich:

> „Die beiden Seiten kamen überein, einen vielseitigen gegenseitigen Austausch auf zahlreichen Gebieten zwischen dem Norden und dem Süden zu verwirklichen, um die nationalen Bindungen wiederherzustellen, die jetzt unterbrochen sind, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und um eine unabhängige, friedliche Wiedervereinigung zu beschleunigen."

Wenn dieser Text auf Deutschland übertragen würde — wir könnten ihn unterschreiben. Aber die Frage ist: die deutschen Kommunisten, sind sie weniger patriotisch als die koreanischen?

Wenn die kommunistische DDR-Führung den Geburtsort von Karl Marx für sich zum Ausland machen will, wenn Erich Honnecker seine Heimat an der Saar für sich zum Ausland machen will, werden wir ihnen dabei mit Sicherheit nicht helfen.

(Beifall)

Wir verhehlen nicht, daß wir die kommunistische Weltanschauung für grundfalsch und daß wir manche ihrer Praktiken, z. B. Schüsse und Minen gegen eigene Bürger, für abscheulich halten. Aber wir meinen es ernst, wenn wir sagen, daß wir an Deutschland als Ganzem festhalten. Und so bleiben für uns auch deutsche Kommunisten eben Deutsche, Deutsche allerdings, mit denen wir sehr hart – aber friedlich – um die Zukunft unseres Landes zu ringen haben.

Meine Freunde, die bevorstehende Bundestagswahl ist ein entscheidender Vorgang in diesem Ringen. Die Stabilität der Bundesrepublik ist eine zwingende Voraussetzung auch dafür, daß die freiheitliche Demokratie den Wettbewerb um Deutschland gewinnt. Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Jürgen Wohlrabe, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Johann Baptist Gradl recht herzlich für seinen Beitrag und vor allem auch für sein stetes Eintreten für die innerdeutschen Belange.

Ich möchte die Diskussion beenden, indem ich ein Versäumnis nachhole. Ich habe mitzuteilen, daß Herr Dr. Marx vorhin auf seinen Diskussionsbeitrag verzichtet hatte. Ich sage ihm hiermit noch einmal sehr herzlich Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind damit, meine lieben Parteifreunde, am Ende des vierten Plenums. Ich darf den Parteitag für morgen, Mittwoch, 9.30 Uhr, zur fünften Plenarsitzung einberufen. – Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 19.35 Uhr)

Mittwoch, 11. Oktober 1972

5. Plenarsitzung

Beginn 9.40 Uhr

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere letzte Plenarsitzung dieses Parteitages. Wir begrüßen Rainer Barzel und seine Mannschaft.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, als erstes ist es angebracht, heute der Technik des Fernsehens und des Films dafür zu danken, daß sich ein Arrangement hat treffen lassen, das, wie ich glaube, alle befriedigt.

(Beifall)

Nach der Tagesordnung haben wir zunächst fünf ordentliche und fünf stellvertretende Mitglieder für das Bundesparteigericht zu wählen. Der Vorschlag des Bundesvorstandes ist gestern verteilt worden und liegt Ihnen vor. Darf ich fragen, ob andere Vorschläge gemacht werden? — Nach dem Parteistatut kann diese Wahl, sofern sich kein Widerspruch erhebt, offen getätigt werden. — Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich bitte diejenigen, die den vorgeschlagenen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern für das Bundesparteigericht ihre Stimme geben wollen, um ein Handzeichen mit der Stimmkarte. — Ich danke Ihnen. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Bei drei Gegenstimmen ohne Stimmenthaltung gewählt.

Wir kommen damit zum letzten Teil dieses Wiesbadener Bundesparteitags:

Unser Land braucht die Union —
Rainer Barzel und seine Mannschaft

Zu uns spricht zunächst unser Freund und verehrter Altbundeskanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger.

(Beifall)

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger: Herr Präsident! Meine Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Als ich von der Trauerfeier für unseren nach langem Leiden verstorbenen Freund Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg zu diesem Parteitag flog, stand das Bild eines großen Mitstreiters vor meinen Augen, der bis zum letzten Hauch Herr seiner schweren Krankheit blieb, unermüdlich ratend, mahnend, kämpfend,

bis seine Hand sich nicht mehr rühren, sein gelähmter Mund nicht mehr sprechen konnte. Was bewegte diesen tapferen Mann angesichts des sicheren nahen Todes, seinem Siechtum sein Bestes und Höchstes abzuringen? Wer vergäße seine große Rede im Bundestag, seine Abschiedsrede vor der letzten Verantwortung, die dieser Tod nach seinem Glauben von ihm fordern würde! Meine Freunde, ein solcher Mensch ist reingeglüht von irdischen Eitelkeiten und Schwächen. Ihm ging es nicht mehr um die kleinen Dinge und Interessen. Ein solcher Mensch kämpft nur noch für eine große, eine ganz große Sache. Für Guttenberg war dies die Sache der Freiheit, der Freiheit seines Volkes, der Freiheit und Menschenwürde auf der Erde überhaupt.

(Beifall)

Für ihn, meine Freunde, war sie es; für uns ist sie es.

(Beifall)

Darum durfte ich an seinem Sarge sagen, daß er uns ein forderndes, führendes Vorbild sei. Wir – wir stehen mitten im Kampf des Tages, und der Gedanke an unsere letzte Verantwortung mag sich uns manchmal im Wirbel der Ereignisse und Auseinandersetzungen ein wenig entfernen. Daß wir ihn aber nicht verlieren, nie verlieren, darauf kommt es entscheidend an.

Als Richard von Weizäcker uns den Bericht der Grundsatzkommission vortrug, da rührte uns in jedem ruhigen, wohlbedachten Satz, wie kaum sonst auf einem Parteitag zuvor, eben dieses Entscheidende an. Ich blickte während seiner Rede in diesen Saal – aufmerksam –, und als da aus nachdenklichem Ernst Welle um Welle die Zustimmung bis zum großen Beifall am Schluß seiner Rede anschwoll, da war ich – ich gestehe es – stolz auf unsere gemeinsame Sache, auf unsere Union.

(Beifall)

Da wurden Fragen und Erkenntnisse unserer Zeit – der Zwang zum Frieden, der Einfluß von Wissenschaft und Technik auf Natur, Mensch und Gesellschaft, die ethischen Grundlagen der Politik und die Aufgabe des Staates – angesprochen und aufgenommen – mit tiefem Ernst, nicht wie bei anderen als billige Fettaugen auf einer dünnen Wahlsuppe.

(Beifall)

Da gab es nicht diesen verhängnisvollen sozialistischen Irrtum, daß die Fülle der irdischen, der materiellen Güter dauerndes irdisches Glück und die endgültige Harmonie der menschlichen Gesellschaft verbürge. Eben gegen diesen Irrtum, sehr bedacht, hatte ich als Kanz-

ler — wohlgemerkt als CDU-Kanzler der Großen Koalition — das Schlußwort meines Berichts zur Lage der Nation 1968 gesprochen. Damals sagte ich: „Noch besteht aber die Gefahr, daß der Wert des Lebens zu sehr an den gewonnenen materiellen Gütern gemessen wird. Das Ziel unserer freien gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung ist, dem Menschen die Entfaltung aller seiner Kräfte zur Fülle seiner Existenz zu ermöglichen." Und ich fügte damals — wie ich es heute tue — hinzu, diese Freiheit und Fülle der Existenz für alle Deutschen zu gewinnen, sei der höchste Sinn unseres Ringens um die Wiedervereinigung der deutschen Nation.

(Beifall)

Niemand, meine Freunde, kann uns verwehren, die Einheit unseres Volkes unter einem staatlichen Dach zu erstreben. Aber höher und verpflichtender scheint mir das Ziel, für die Fülle der Existenz — nicht nur die materielle, sondern die geistige und seelische Fülle der Existenz — jener Deutschen drüben zu ringen, die sie in einem sozialistischen System, das sie nicht gewählt haben und das sie nicht wollen, nach unserer Überzeugung nie finden können,

(Beifall)

dafür weiter zu ringen — zäh, geduldig, unverzagt —, daß sie selbst einmal ihren Ort frei bestimmen können, mit den Mitteln des Friedens und dem Anruf der Gerechtigkeit.

Blicken wir in die Welt! Wer in aller Welt sollte sich denn um jene Deutschen kümmern, wenn nicht wir es sind, die wir das Glück der Freiheit genießen und der Pflicht dieser Freiheit nicht entrinnen können!?

(Beifall)

Das ist doch alles andere als verstaubter Nationalismus oder gar „furor teutonicus". Wir wissen genau, daß weder nationalistisches Sich-Aufbäumen noch die gefährliche Illusion eines Wandels durch Annäherung, solange dessen Voraussetzungen nicht vorliegen, die deutsche Frage, die Teilung Europas nicht überwinden können. Denn es ist ja wahr, daß nur die Kompromißbereitschaft aller Beteiligten, nur Vernunft und moralische Bereitschaft, zu einer gerechten Lösung zu gelangen, einen echten Wandel durch Annäherung bewirken können. Mitzuwirken, diesen Wandel herbeizuführen, nach unserer Kraft und unserer Möglichkeit, dazu waren wir — dazu sind wir wahrhaftig immer bereit. Der Frieden? Vor wem denn, meine Freunde, vor wessen Bahre denn haben die Großen der Welt sich im Dom zu Köln verneigt? Doch nicht vor einem deutschen Nationalisten, sondern vor einem

Europäer, einem großen Mann der Freiheit und des Friedens, der liebend gern auch seinen Frieden mit dem Osten gemacht hätte, wenn dieser nur den gerechten Frieden gewollt hätte.

(Lebhafter Beifall)

Diesem Erbe unseres großen Konrad Adenauer, d. h. der Entschlossenheit zur Freiheit und dem Willen zum Frieden ohne Illusionen bleiben wir unerschütterlich treu. Diesem Erbe wird auch eine CDU-Regierung treu bleiben, die europäische Politik und auch Ostpolitik in diesem, in unserem und nicht in dem Sinn der gescheiterten Regierung machen wird.

(Beifall)

Ich beglückwünsche unsere Grundsatzkommission dazu, daß sie den Satz geprägt hat, der Entschluß der Europäer zur Integration in den 50er Jahren sei die wichtigste Entscheidung der Nachkriegszeit. In der Tat, wie könnten wir in Europa Freiheit und Frieden bewahren, die schweren Fragen einer Zukunft, die schon begonnen hat, beantworten und lösen, wenn jedes Land allein auf sich gestellt bliebe? Das wäre mit Sicherheit das Ende all dessen, was einmal Ruhm und Ehre Europas ausmachte. Das wäre das Ende Europas selbst. Weil wir davon überzeugt sind, daß es um die wichtigste Entscheidung unserer Zukunft geht, lassen wir uns nicht mit Lippenbekenntnissen abspeisen, wehren wir uns gegen das Achselzucken der halb oder ganz Resignierten, kämpfen wir gegen die lebensgefährliche Illusion unserer politischen Gegner, Westeuropa dürfe sich nicht zu eng vereinigen, um das Tor zum Osten nicht zu verschließen – so Egon Bahr vor kurzem im Deutschen Fernsehen. Nein, alles, gar alles, Freiheit und Friede, Wohlstand und Sicherheit, und schließlich die Verständigung mit dem Osten hängen auf die Dauer davon ab, ob die Europäer – also auch wir – sich an dieser großen Herausforderung zur Einigung bewähren.

(Beifall)

Freiheit und Menschenwürde heißt unsere große Sache, und alles, was wir tun, müssen wir daran messen; wir haben es auf diesem Parteitag auch wieder getan. Es ist, wie wir hoffen und glauben, diese Idee der Freiheit, die die Europäer, die die Menschen des Westens miteinander verbindet – nicht die Freiheit der schrankenlos Ungebundenen, sondern die der im Gewissen Verpflichteten, nicht die der mit dem Feuer spielenden Schwarmgeister, sondern die der nüchternen Verwirklicher, nicht die der nihilistischen Zerstörer, sondern die der Bewahrer und Erbauer.

(Beifall)

Meine Freunde, wir werden den Satz niemals anerkennen, daß die Demokratie sich erst im Sozialismus erfülle. Eben dieser Satz war die Drachensaat mitten im Godesberger Programm,

(Beifall)

und kein Sozialdemokrat sollte sich darüber wundern, daß sie nun aufgeht.

(Lebhafter Beifall)

Es ist ja noch gar nicht lange her, da nahmen sie es uns übel, wenn wir statt „Sozialdemokraten" versehentlich einmal „Sozialisten" sagten. Nun sind sie plötzlich alle Sozialisten, ob sie es wollen oder nicht – bedrängt von einer neuen radikalen Linken in ihren eigenen Reihen und dem Zwang und ihrer Feigheit vor diesem Druck –, von oben dazu dekretiert.

(Lebhafter Beifall)

Sozialismus, so sagen diese Führer der Jungsozialisten, diese Bedränger und Verdränger in der SPD, heiße revolutionärer Auftrag, heiße Systemveränderung, heiße Klassenkampf mit oder ohne Stimmzettel. Wir horchen auf. Nein, das ist nicht unsere Demokratie! Das ist nicht die Demokratie, zu der das deutsche Volk steht, meine Freunde.

(Beifall)

Unsere Demokratie heißt nicht Klassenkampf, sondern Freiheit des geistigen und politischen Wettbewerbs um die besten Lösungen und Verständigung auf gemeinsame Grundwerte. Unsere Demokratie will in einer Auseinandersetzung nicht Feindschaft, sondern Toleranz der Freien gegenüber Freien. Und Freie sind nicht die ideologisch Gefangenen, die Fanatiker eines politischen Credo, das jede andere Meinung bannt. Wahrhaft Freie, so meinen wir, haben zwar ihre Überzeugung und ihren zielstrebigen Willen, aber sie wissen, daß andere manches anders denken und manches anders wollen, und sie anerkennen dies mitten im Widerspruch der Auseinandersetzung; sie anerkennen es freilich nur bis zu der Grenze, wo die Freiheit, unser gemeinsames Gut, selbst bestritten und bedroht wird. An dieser Grenze aber gibt es keine Toleranz. Da wird gekämpft!

(Lebhafter Beifall)

Willy Brandt vertrat in seiner Abschiedsrede im Bundestag die Meinung, die CDU/CSU habe in diesem Land stärker an die bei uns in Deutschland lange vorherrschende Tradition konservativer Prägung angeknüpft. Die Sozialdemokraten und auf ihre eigene Weise, so meinte er, die Freien Demokraten verträten, wie er es sehe, stärker die Kräfte, die schon im Kaiserreich auf mehr Demokratie und mehr politi-

sche Freiheit drängten. Meine Freunde, Willy Brandt will offenbar nicht zugestehen, daß die Union die einzig neue politische Kraft in diesem Lande war und ist. Er will nicht sehen, daß unter der Union dieses Land aufgebaut wurde, das — ich wage, es zu sagen — an Weite der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit von keinem anderen Land der Welt übertroffen wird. Und darum sind wir stolz auf dieses Land. Sozialismus, dieses egalitäre Credo gibt nicht mehr Demokratie, nicht mehr politische Freiheit und nicht mehr soziale Gerechtigkeit. Und wenn etwas verstaubt und veraltet, ja, im vollen Sinne des Wortes reaktionär ist, dann ist es der Rückgriff der radikalen Kräfte in der SPD auf jene marxistische Ideologie des vorigen Jahrhunderts, die von der Geschichte längst widerlegt ist.

(Beifall)

Ich las vor kurzem, daß Willy Brandt sagte, er sei stolz auf dieses Land. Ja, meine Freunde, dann kann, dann muß er stolz sein auf das Land, das in 20 Jahren unter der Führung der CDU gegründet und erbaut worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube nicht, daß die gemäßigten Sozialdemokraten mit ihrem linken Radikalismus fertig werden. Daß es gar die Freien Demokraten könnten, das glauben sie, die sich nun noch einmal mit einer weiter nach links getriebenen Sozialdemokratie verbünden wollen, ja wohl selbst nicht ernsthaft. Diese Regierung ist handlungsunfähig. Sie wäre handlungsunfähig, wenn es der SPD gelänge, die nötige Mehrheit zu erringen. Ein sehr nachdenklicher Sozialdemokrat sagte mir vor wenigen Tagen: Selbst wenn die SPD die absolute Mehrheit im Bundestagswahlkampf gewinnen würde, würde sie nach wenigen Wochen oder Monaten im Bundestag auseinanderbrechen. Denn in der Tat, es scheint uns doch so, als ob hinter dem alten gemeinsamen Firmenschild „SPD" heute schon zwei verschiedene und sich heftig befehdende Parteien befinden.

(Beifall)

Darum eben braucht dieses Land die CDU/CSU, wie es die Union 20 Jahre lang gebraucht hat zum Weiterbau eines freien und gefestigten Staates, zur Sicherung einer blühenden Wirtschaft, zur Stabilität des Geldes, zur stetigen Entwicklung einer weitgespannten Ordnung sozialer Gerechtigkeit, zur Wahrung der Freiheit, zur wirklichen Sicherung des Friedens, zur Einigung Europas.

Nach der Hektik und Verfahrenheit der zerfallenen und gescheiterten Koalition, die ihre Chance hatte und ihre Chance verspielt hat, braucht dieses Land die CDU,

(Beifall)

braucht dieses Land im Grunde etwas Selbstverständliches: eine Regierung mit klaren Zielen, festem Willen, Augenmaß in allem und Treue zum gegebenen Wort. Mit diesem Willen gehen wir nun alle in den Wahlkampf, der hart, schwer und bitter werden wird.

In diesem Wahlkampf werden wir die vielfältige Kritik tragen, die auf diesem Parteitag so vielfältig formuliert worden ist, nicht als kleinliche Zänker und Mäkler, sondern erfüllt von der großen Sorge um unser Volk und seine Zukunft. Dabei werden wir keine Beschönigung und biedere Beschwichtigung passieren lassen. Keine Beschimpfung und keine Verleumdung wird uns dabei beirren; denn sie beweisen ja nur, daß das, was wir sagen, trifft.

(Beifall)

Unsere Aussage im Wahlkampf, meine Freunde, wird sich so wenig wie auf diesem Parteitag in der Kritik erschöpfen. Am Schluß des Parteitags wird Rainer Barzel das Regierungsprogramm der Union bekanntgab, und ich meine, je deutlicher dabei im Tageskampf die großen Prinzipien werden, an die ich erinnern wollte, jene Prinzipien, denen Sie auf diesem Parteitag so nachdrücklich zugestimmt haben, und je verständlicher und einleuchtender wir sie unseren Wählern, den alten und den jungen, in allem und über allem machen können, desto größer sind die Chancen unseres Erfolges bei Alten und bei Jungen.

Lassen wir uns nicht einreden, die Jugend — dieses törichte, abstrakte Wort — stehe links! In Baden-Württemberg, wo wir 53 Prozent der Stimmen — auch der Arbeiterstimmen — gewonnen haben, hat das Statitische Landesamt festgestellt, daß die CDU in allen Altersklassen — auch bei den jüngsten — an der Spitze stand.

(Beifall)

Es ist nicht wahr, meine Freunde, daß die breiten Schichten unseres Volkes nur an Tagesinteressen hängen — lassen wir uns nicht durch manche mageren Diskussionsteilnehmer in unseren Versammlungen darüber täuschen —, an den Tagesinteressen, so berechtigt und wichtig diese auch sind. Würden wir diesem Volk nicht mehr und nicht Größeres zutrauen, nicht mehr und nicht Größeres von ihm fordern. nämlich jenen Mut zur Verantwortung, von dem das Gedeihen unseres Staates abhängt, dann würde sich unsere politische Mühsal nicht lohnen. Denn nicht wir — nicht wir —, sondern dieses Volk bestimmt seine Gegenwart und seine Zukunft, seine Gesellschaft und seinen Staat. Wir können nur raten, helfen, lehren, führen, dies freilich unter dem Einsatz äußerster Entschlossenheit und Kraft.

Ihnen, Rainer Barzel, hat die Union die Führung dieses Kampfes anvertraut. Ihnen und Ihrer Mannschaft traut diese Union eine neue, bes-

sere Regierung in diesem Lande zu. Dieser Auszeichnung vor vielen entspricht die Last der Verantwortung, die Sie tragen, entspricht die Härte und Feindseligkeit der Angriffe unserer politischen Gegner, die sich gegen Sie richten. Daher gibt es für jeden — für jeden von uns —, der es mit der Union gut meint, dieses große Gebot, schützend um Sie zu stehen, gemeinsam mit Ihnen zu kämpfen, in gesammelter Kraft zu kämpfen um das Ziel, von dem diesmal — wir wissen es — so unendlich viel abhängt für uns und unser Land, kämpfen, unermüdlich, bis zur Grenze der eigenen physischen Kraft, kämpfen, kämpfen, kämpfen um den Sieg.

(Lang anhaltender, starker Beifall)

Heinrich Köppler, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Dr. Kiesinger! Dieser Parteitag dankt Ihnen für diese Rede, für die Klarheit und Entschiedenheit, für die Kraft Ihrer Aussage, und wir danken Ihnen für dieses letzte Wort Ihrer Rede. Wir wissen — und auch dafür sind wir dankbar —, daß Sie uns in diesem Kampf um unser Vaterland, daß Sie in diesem Kampf uns nicht nur Mahner, sondern auch Vorbild sind, wie in allen Wahlkämpfen, in den Landtagswahlkämpfen der letzten Jahre.

(Starker Beifall)

Und nun darf ich Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard bitten, zu uns, zu diesem Parteitag zu sprechen.

(Beifall)

Professor Dr. Ludwig Erhard:

(mit Beifall begrüßt)

Herr Präsident, meine lieben Freunde, meine Damen und Herren! Nach den gestrigen Vorträgen über die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik einer zukunftsweisenden Sozialen Marktwirtschaft möchte ich mich weder in Wiederholungen ergehen noch mich aber auch mit bloßen Anmerkungen zu diesem Thema begnügen. Sie wissen, daß ich seit unserem ersten Parteitag in Goslar, ja schon zuvor, bis heute unentwegt meine Arbeit nicht nur als einen ressortgebundenen Auftrag, sondern als eine Mission empfand, für das deutsche Volk über alle Schichten hinaus und in allen Lebensbereichen eine neue, menschenwürdige, freiheitliche Ordnung aufzubauen.

(Beifall)

Damit sage ich in Ihrer aller Namen jenen verderblichen Kräften erbitteren Widerstand an, die heute bewußt — oder unbewußt — einen seelenlosen Kollektivismus zum System erheben wollen, der freie Bür-

ger in ständig zunehmende Abhängigkeit zwingt und sie zuletzt in ausweglose Knechtschaft führt.

(Beifall)

Die letzte Schlacht wird nach meiner Überzeugung auf dem Felde der Gesellschaftspolitik ausgetragen werden. Aber gerade dort tummeln sich jene Gesellschaftsakrobaten, die sich ohne Befähigungsnachweis mit leeren Redensarten als Volksbeglücker aufspielen.

(Beifall)

Jenen Armen im Geiste,

(Heiterkeit)

die die Erhaltung einer Wohlstandsgesellschaft mit der Verdammung der Leistungsgesellschaft in Einklang glauben bringen zu können oder die von einer inhaltlosen Qualität des Lebens faseln, immer aber die uns überkommenen echten sittlichen Werte verleugnen, oder auch denen, die — seien sie Jungsozialisten oder Jungdemokraten und auch ältere Gesinnungsgenossen — ihre unausgegorenen Gedanken durch die Erprobung der höchsten Belastbarkeit unserer Wirtschaft verwirklichen wollen, sei geantwortet, daß, wenn schon die Koalitionsparteien diesen groben Unfug dulden oder noch zu verharmlosen suchen, die CDU nicht müde werden wird, gegen diese bewußte Verdummung unseres Volkes anzugehen.

(Beifall)

Dessen sollten sich auch manche Gewerkschaftsführer und Funktionäre bewußt sein, die sich wider den Geist einer Einheitsgewerkschaft einseitiger parteipolitischer Einflußnahme schuldig machen.

(Beifall)

Glücklicherweise aber hat der Wähler das Wort, nicht ideologisch erstarrte Institutionen.

(Beifall)

Mein Bemühen ging und geht immer dahin, das wirtschaftliche und soziale, ja das menschliche Sein des Bürgers aus e i n e r Schau zu begreifen und entgegen der bedenklichen Sucht, das Leben in Teile zerlegen und atomisieren zu wollen, wieder zu einem Ganzen, zu einer Einheit zusammenzufügen. Die Unruhe und Unrast, die immer mehr Menschen erfaßt haben, kommen nicht von ungefähr, sondern sind Ausdruck und Folge einer um sich greifenden Zerstörungswut, die nicht nur alle von uns noch bewußt empfundenen echten Werte in Frage stellt, sondern die leider schon in bedenklichem Umfange verneint und verwirrt. Sicher denkt niemand von uns an eine in sich selbst erstarrte Gesellschaft, die in Zukunft keinen Wandlungen unter-

worfen sein wird. Die vielen durchgreifenden Reformen, die unsere Partei in der Regierungsverantwortung in Angriff zu nehmen hatte, aber vor allem auch durchsetzte, sind und bleiben ein unbestechliches Zeugnis für die Aufgeschlossenheit, mit der wir uns immer den Erfordernissen der Zeit zu stellen bereit sind, ohne jeden Tag über Mode und modern zu sprechen.

(Beifall)

Mode kennzeichnet bekanntlich etwas Flüchtiges und rasch Vergängliches, während es mehr als je heute darauf ankommt, über den Augenblick hinaus zu einer zuchtvollen Ordnung zurückzufinden. Lassen wir uns also nicht von denen anstecken, deren Ehrgeiz sich darin gefällt, jeden Tag Neuheiten zu produzieren, und wären auch ihre Offenbarungen schon hundert Jahre alt.

(Beifall)

Um wieviel realistischer und wirklichkeitsnäher stellen sich demgegenüber unsere Schwesterparteien dar. Das Wissen, daß kein Erdenbürger ohne innere Beziehung zu einer sittlichen Wertordnung ein lebenswertes Dasein führen kann, muß alle erschauern lassen, die mit ansehen müssen, wie sich unter der seitherigen Koalition unsere Gesellschaft offenbar aufzulösen begann. Dies aber nicht aus innerer Gesetzmäßigkeit oder Notwendigkeit, sondern weil fühllose Gesellschaftsmechaniker meist radikaler Prägung sich berufen fühlen, unser Leben umkonstruieren oder umfunktionieren zu müssen.

(Beifall)

Wenn sich die CDU gegen solche Anmaßung wehrt und verwahrt, begegnet sie einem sich immer mehr einnebelnden Gegner, der sich gerade vor der Wahl mit der Unterdrückung unwiderlegbarer Wahrheiten gar völlig zu tarnen versucht.

(Beifall)

Die Jungsozialisten, Jungdemokraten und ihnen Gleichgesinnte wollen ja nicht etwa reumütig in den Schoß der Parteien zurückkehren, denen sie entsprungen sind, sondern sie mimen derzeit so etwas wie Treue und Verbundenheit. Denn was anderes können und wollen sie denn schon wählen? Gerade das hat aber zwangsläufig zur Folge, daß sich die bereits wieder auf Gedeih und Verderb verschworenen Koalitionsparteien dem Volk als eine Sphinx präsentieren, deren Gesicht und wahre Gesinnung dem Wähler ein Rätsel bleiben müssen.

Wofür entscheidet sich eigentlich der Bürger, wenn er sich zur SPD oder FDP bekennt? Für das Gestern, das einerseits das Heute verleugnen will, andererseits aber auch wieder Modell sein soll, oder für die

dubiosen und in sich widerspruchsvollen Vorstellungen von dem, was morgen gerade wieder modern sein wird. Wie sollen Parteien darauf eine Antwort geben können, die ihren politischen und moralischen Standort verloren haben und die, wie ich glaube, in sich oft mehr zerstritten sind, als sie sich von anderen Parteien abheben?

(Beifall)

Um der geschichtlichen Reminiszenz willen präsentieren sich die SPD und FDP in sich und untereinander als das verschleierte Bild von Sais. Unsere Gegenwart ist aber von Mystik weit entfernt, und darum wird der Bürger zwischen Schein und Wirklichkeit wohl zu unterscheiden wissen. Die Selbstbeweihräucherung, mit der die letzte Koalition ihr Versagen überdecken will, kann nicht länger überzeugen, sondern nimmt fast komische Züge an.

(Heiterkeit und Beifall)

So reizvoll es wäre, darüber mehr zu sagen, ist es indessen dringlicher und wichtiger, der Verschwommenheit jener unheiligen Allianz die Antwort nicht schuldig zu bleiben.

Die FDP, die sich als Gesellschaft mit beschränkter Haftung präsentiert,

(Heiterkeit und Beifall)

geht z. B. mit der Behautpung hausieren, daß nur sie allein einem ausufernden Sozialismus Einhalt gebieten könne, obwohl sie, wenn das wirklich ihre Sorge sein sollte, mit besserem Gewissen an der Seite der CDU zu stehen hätte.

(Beifall)

Die SPD bemüht sich, diese Koalition als eine „verschworene Gemeinschaft" darzustellen, weil sie nur zu gut weiß, daß sich das deutsche Volk mit Mehrheit niemals zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bekennen wird, die sichtbar immer radikalere Züge annimmt.

(Beifall)

Wer also will da wen betrügen, sich selbst oder den Wähler?

(Erneuter Beifall)

Umgekehrt hat die CDU/CSU gerade in den letzten Jahren als Oppositionspartei unter Beweis gestellt, daß sie in ihren Reihen die öffentliche Diskussion nicht zu scheuen braucht, ja, wie es einer Volkspartei geziemt, sogar eine immer breitere Öffentlichkeit daran beteiligen möchte. Wir haben es nie notwendig gehabt, Vorstellungen oder Schriftsätze einer unserer sozialen Gruppen in der Schublade

verschwinden zu lassen, weil sie erklärtermaßen der Partei schaden könnten.

(Beifall)

Wer ist es denn hinzunehmen bereit, daß vor den Wahlen ausgesprochene Feinde unserer Gesellschaft, die aus ihrer Gesinnung wahrlich keinen Hehl machten, sozusagen über Nacht fromme Bürger geworden wären, denen es nur um Ruhe und Ordnung oder auch um soziale Gerechtigkeit ginge? Die Partei, die insgesamt den Marxismus als schweres Gepäck mit sich herumschleppen muß, hat sich in ihren eigenen Schlingen gefangen und ist deshalb unfähig geworden, in geistiger Freiheit und Aufgeschlossenheit wirklich modern zu sein, so wie sie sich gern darzustellen versucht.

(Beifall)

Wir sind in Deutschland leider nahe daran, unter dem sinn- und inhaltlosen Wort- und Redeschwall angeblicher Erneuerer den festen Boden unter den Füßen zu verlieren oder zwischen Gut und Böse kaum noch unterscheiden zu können. Wenn z. B. schon unseren zehn- bis zwölfjährigen Kindern unter der verlogenen Überschrift „staatsbürgerliche Erziehung" – wie in Hessen bereits praktiziert – klassenkämpferische Volksvergiftung eingebleut zu werden versucht wird, dann wird die Bildungsarbeit unserer Partei wahrlich zu einer Mission.

(Beifall)

Wir dürfen und werden nicht tatenlos zusehen, daß nicht zuletzt die menschlichen Werte und Qualitäten zerschlagen werden, denen das deutsche Volk den Wiederaufbau und jeder einzelne ein menschenwürdiges Dasein verdankt. Es genügt nicht mehr, die lockenden Stimmen derer zu überhören, die uns eine wirren Köpfen entsprungene unwirkliche Welt vorgaukeln, die die Freiheit der Wissenschaft, aber auch die Leistungsgesellschaft ablehnen. Sie sprechen von der Qualität des Lebens, ohne darunter mehr zu verstehen als eine nochmalige Umverteilung des Sozialprodukts und des Volkseinkommens.

(Vereinzelter Beifall)

Von Ethos, Sittlichkeit oder Vertiefung des Gewissens ist bei alledem auch nicht ein Hauch zu verspüren.

(Beifall)

Was uns hier dargeboten und ernst zu nehmen zugemutet wird, ist auch nicht die reife Frucht von Denkern, sondern es sind meist ungeschulte Amateure, denen morgen wieder etwas anderes einfällt, weil sie im letzten der Muße tieferer Besinnung ermangeln.

(Beifall)

Es war bekanntlich noch immer so – aber das ist keine Entschuldigung –, daß diejenigen die Welt zur Hölle werden ließen, die sie zu ihrem Himmel machen wollten.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Warnung vor neuen Bilderstürmern und Wiedertäufern, die sich heute gerade im sozialistischen Lager herumtreiben, ist nur zu berechtigt. Denn wie ich schon oft ausführte, braucht unser Volk gerade im Zeichen des Wandels nicht schwüle Köpfe mit kaltem Herzen, sondern es fordert umgekehrt Menschen oder auch Gruppen, die mit kühlen Köpfen und heißen Herzen ans Werk gehen.

(Beifall)

Vielleicht sind Sie, meine Freunde, überrascht, daß ich mich heute im einzelnen weniger zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen äußere, und dies um so mehr, wie wohl niemand unterstellen wird, daß ich von diesen Dingen nichts verstünde.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Mir geht es, wie schon erwähnt, um einen Brückenschlag, der das Leben der Menschen wie auch ihre Zusammenarbeit in sozialen Gruppen in sich und zueinander versöhnlicher werden läßt, statt um rein parteipolitisch-interessengebundener Taktik und Macht willen die Gräben immer noch mehr zu vertiefen.

(Beifall)

Der ruhige und besonnene Bürger mag sich verwundert fragen, welche merkwürdige Logik oder auch Ethik sich dahinter verbirgt, daß nach über 20 Jahren CDU-geführter Regierungen ehedem jede noch so gehässige Kritik und Anfeindung als Ausdruck demokratischer Gesinnung anerkannt werden sollte, während die Regierenden der letzten drei Jahre sich wie Primadonnen gebärden und jede Kritik als unbotmäßig zurückweisen,

(Beifall)

sei sie auch, wie sich erwiesen hat, in der Sache nur zu berechtigt gewesen. Die sozialliberale Koalition segnet sich sozusagen aus eigenen Gnaden selbst ein und setzt Behauptungen ohne hinreichende Begründung gegen eindeutige Beweise ihres Versagens.

(Beifall)

Die letzten Ziffern der Verteuerung der Lebenshaltung sind ein Fanal, der dieser Regierung den Rest geben wird.

(Erneuter Beifall)

Aber so wenig mich die Verketzerung der sozialen Marktwirtschaft seitens der Sozialisten innerlich je berührte oder in meinen Überzeugungen schwankend werden ließ, so wenig können wir trotz heute wiederholter Beteuerung darauf vertrauen, daß sich diese Partei in ihrer Gesamtheit und über den Tag hinaus wirklich zu einer freiheitlichen Ordnung bekennt. Auch erübrigt es sich in diesem Zusammenhang, Namen zu nennen oder mit Zitaten der Menge aufzuwarten. Ich billige jedem das Recht zu, sich zu irren oder auch etwas dazuzulernen. Aber gerade deshalb sollten sich Politiker auch nicht allzu sehr darauf beschränken, in Büchern und Akten herumzuschmökern, um ihre Widersacher des Irrtums oder des Verrats zeihen zu können. Der Bürger ist in den letzten 25 Jahren deutscher Demokratie zu reif und besinnlich geworden, als daß derartige Methoden seine Entscheidung beeinflussen könnten.

(Beifall)

Der Wähler läßt sich auch nicht durch wirtschaftspolitische Vokabeln einfangen, unter denen er sich, wenn sie auch mit noch so hohlem Pathos vorgetragen werden, nichts Rechtes vorzustellen vermag und die wohl auch mehr als Schweißes Salbe aufgetragen werden, denn daß sie wirklich Heilmittel wären. Ob da, wie schon erwähnt, die Leistungsgesellschaft angeprangert oder in nebulösen Formen von der Qualität des Lebens und der Erprobung höchster Belastbarkeit unserer Wirtschaft gesprochen wird, ob privates Eigentum fluchwürdig, Kollektiveigentum aber immer segensreich sein soll, der private Unternehmer grundsätzlich Schmarotzer sei, der seine Macht immer nur mißbrauche, demgegenüber der Funktionär, der Staatsbesitz oder anonymes Masseneigentum verwaltet, geradezu ein Tugendbold zu nennen sei,

(Vereinzelt Beifall)

das alles, meine lieben Freunde, ist so läppisch, daß ein denkender und fühlender Mensch auf solche Tricks und Tiraden nicht hereinfallen kann.

(Beifall)

Damit soll nämlich nur der Anschein erweckt werden, als ob es den Sozialisten um eine echte Neuordnung oder um eine andere Sinngebung unserer Gesellschaft ginge, während sich in Wahrheit dahinter nur der nackte Zweck verbirgt, eine in ihren Reformen gescheiterte Gesellschaftspolitik zu verschleiern. Jene aufgeführten neuen gesellschaftspolitischen Erfindungen bedeuten nicht einmal einen modischen Frisurwechsel, sondern gleichen eher einer Perücke, um kahle und teilweise sogar hohle Köpfe nicht mehr öffentlich zur Schau tragen zu müssen.

(Lebhafter Beifall)

Der nackte Materialismus tritt so unverhohlen zutage, daß er nur noch für eine kurze Zeit den Anschein wachsenden Wohlstands und gesunder Finanzen erwecken, aber immer weniger verbergen kann, daß die Zerstörung selbständiger Existenzen in freien Berufen, im gewerblichen Mittelstand, bei den Bauern oder auch in Handel und Industrie kein Äquivalent für die nur noch nominelle Einkommensverbesserung derer ist, die die SPD mit Hilfe der Gewerkschaften als ihre Wähler usurpieren möchte.

(Beifall)

Diese Massenverführung wird und muß zwangsläufig in einem Katzenjammer enden. Denn es ist ja heute schon vielfach nicht mehr wahr, daß die materielle Existenz der Arbeitnehmer noch immer eine Verbesserung erfahre. Zugegeben, daß bei zunehmendem Geldwertschwund relativen und absoluten Vergleichen kaum mehr eine Aussagekraft zukommt, wird doch der klare Blick durch eine fortlaufende Inflation auch in anderen Ländern zusätzlich getrübt. Angesichts des von der noch geschäftsführenden Regierung angemeldeten und als Entschuldigung dienenden Nachholbedarfs an Preiserhöhungen kann es gar nicht ausbleiben, daß die Erhöhung von Nominallöhnen und -gehältern die fortschreitende Teuerung immer weniger auszugleichen vermag. Wenn das Vorrücken in eine höhere Lohn- oder Gehaltsstufe das Gesamteinkommen eines Erwerbstätigen immer stärker belastet und wenn noch hinzukommt, daß Erträge aus Ersparnissen völlig abzuschreiben sind, ja sich auch noch das Sparkapital selbst im Laufe der Jahre bis auf ein Nichts verflüchtigt, dann macht sich jeder eines offenkundigen Betrugs schuldig, der mit fadenscheinigen Ausreden die Inflation noch länger verteidigen zu dürfen glaubt.

(Beifall)

In geistiger und intellektueller Schau verdient er wohl unser Mitleid, wenn er auf diese Weise selbst bezeugt, wie wenig er von wirtschaftlichen Zusammenhängen versteht.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich nicht verantwortungsbewußter Staatsbürger, sondern engstirniger Parteipolitiker wäre, könnte ich mir vor den Wahlen nichts Besseres vorstellen, als daß diejenigen unter unseren Gegnern, die insbesondere für die Gesellschafts-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik Verantwortung tragen, nicht aufhören möchten, immer wieder die Weisheit zu verkünden, daß eine immer weiter um sich greifende, geradezu beängstigende Inflation besser wäre als eine nicht vorhandene Arbeitslosigkeit.

Schließlich wird es auch der letzte begriffen haben, daß es das ausweglose Ende einer derart angeblich sozial sein wollenden Politik sein muß, die soziale Sicherheit, die Wohlfahrt der Bürger und den Reichtum unseres Landes zusammen zu zerstören. Wer mit vor Wut hochrotem Kopf oder in einer Lautstärke, die den Sinn der Worte nicht verständlicher macht, gegen den gesunden Menschenverstand und tiefere Erkenntnisse angeht, kämpft auf verlorenem Posten und schaufelt zuletzt auch noch sein politisches Grab.

(Beifall)

Gesetzt den Fall, was der Wähler verhüten möge, daß jener Minister noch eine weitere Legislaturperiode, das sind vier Jahre, das gleiche Ressort verwalten würde, wäre bei einer sich bis dahin fortsetzenden Geldentwertung von jährlich bereits über sechs Prozent, d. h. in vier Jahren mehr als 25 Prozent, die Frage zu stellen, ob sich dann das deutsche Volk immer wieder noch einmal beglückt fühlen sollte, weil ja 25 bis 30 Prozent Arbeitslosigkeit doch immer noch schlimmer wären.

(Beifall)

Dieser Hinweis deckt in klassischer Weise den Unsinn auf, nichtgleichnahmige, völlig unterschiedliche Größen in Beziehung setzen zu wollen. Wir haben aber bis zum Wahltag noch einiges an sozialistischer Weisheit zu erwarten. Überhören wir es, wenn es dem Erfinder dieser Theorie offenkundig weniger um der Sache als um sein Image — auf neudeutsch buchstabiert: I M I T S C H — geht.

(Heiterkeit)

Wir aber sind der Meinung, daß es am 19. November um mehr geht als um einen Schönheitswettbewerb.

(Beifall)

Wenn es nicht um das Schicksal des deutschen Volkes ginge, brauchte uns das alles nicht zu besorgen. Schon aber sind Anzeichen dafür vorhanden, daß wir über die Voll- und Überbeschäftigung hinaus in eine neue Konjunkturüberhitzung geraten, die die Dämme gegen die Inflation immer brüchiger werden läßt, ja, zum Teil schon niedergerissen hat. Während der deutsche Wähler bei solcher Lage Loblieder auf die Regierung anstimmen soll, weil ja alles in so schöner Ordnung sei, tanzen wir in Wahrheit bereits auf dem Vulkan.

(Beifall)

Die Deutschen müßten sich daran gewöhnen — leider haben sie es bereits tun müssen —, hinsichtlich der Überschaubarkeit ihres Schick-

sals in einem übertragenen Sinne in den Kategorien einer doppelten Buchhaltung zu denken. Der Staat selbst setzt ja das Beispiel, wenn er in seiner volkswirtschaftlichen Bilanz oder auch in seiner mittel- und langfristigen Voraussschau jeweils zwei Werte nebeneinanderstellen muß, um einen Tatbestand zu kennzeichnen. Während in einer geordneten Wirtschaft bei stabiler Währung Aussagen über materielle und finanzielle Größen immer nur in Einheiten der Landeswährung Ausdruck finden, bedürfen sie heute einer Ergänzung dahin, daß erst aus der Relation von Nominal- zu Realwerten ein wirtschaftlicher oder sozialer Tatbestand einigermaßen verständlich wird.

Was für die öffentliche Hand gilt, trifft auch für die Unternehmungen und die privaten Haushalte zu. Sie alle müssen dauernd umrechnen und umdenken, wenn sie Klarheit über ihre eigenen Verhältnisse gewinnen wollen. Aber selbst dann wird es ihnen nicht gelingen, weil sich die Werte und Wertrelationen dauernd verändern. Das volkswirtschaftliche Geschehen erschöpft sich doch nicht darin, heute zu produzieren, morgen zu verkaufen und übermorgen zu verbrauchen, sondern es umspannt sehr viel längere Zeiträume, die ohne Stabilität gar nicht zu durchmessen sind, es sei denn, daß wir das Chaos als die gemäße Ordnung von morgen anzuerkennen bereit wären.

(Beifall)

Ich verzeichne es daher mit großer Genugtuung, daß unsere Partei der Erhaltung oder, besser gesagt, der Wiederherstellung der Stabilität den ersten Rang zuerkennt und sich dagegen verwahren wird, den Bildschirm als Plattform nebulöser wirtschaftspolitischer Auseinandersetzung zu mißbrauchen. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden mit dem Kopf, sicher auch mit dem Herzen, aber mit sonst nichts anderem gemacht.

(Beifall)

Zum Schluß, meine Freunde, aber gewiß nicht zuletzt, möchte ich mich ausdrücklich zu Rainer Barzel bekennen.

(Anhaltender Beifall)

Es ist keine bloße Redensart, auch nicht nur meine dubios gewordene subjektive, sondern meine innere Überzeugung, wenn ich dazu sage, daß ich ihn, ohne etwa Schiedsrichter spielen zu wollen, sondern nur als ehrlicher Makler, während der Großen Koalition wie auch in der Zwischenphase der Opposition, als Fraktionsvorsitzenden unserer Partei gewogen und nicht für zu leicht befunden habe.

(Beifall)

Vielmehr erkannte ich ihn als den Mann, der reif, würdig und fähig ist, zum Wohle unseres Volkes das hohe Amt des Bundeskanzlers treulich zu verwalten.

(Beifall)

Den Wert und die Würde von Rainer Barzel, den wir gemeinsam als Bundeskanzler erkoren haben, herabzusetzen, gehört zu den schäbigen, aber bewußten politischen Maßnahmen derer, die wie sie es verdient haben, morgen die Opposition sein werden.

(Beifall)

Es ist mir, lieber Rainer Barzel, anschließend eine Freude, auch im Namen meines Freundes und getreuen Weggenossen Müller-Armack ein Buch überreichen zu dürfen, das durch Beiträge hervorragender Wissenschaftler und praktischer Wirtschaftspolitiker über billige Polemik hinaus dazu dienen möge, Ihnen im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft unserem Volk in allen Lebenslagen die Freiheit zu bewahren. Alle, die dieses Buch gestaltet haben, stehen zu Ihnen und hinter Ihnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Ende angelangt, und ich möchte Ihnen allen zurufen: An der inneren Geschlossenheit unserer Partei soll niemand zweifeln dürfen. Das ist heute mehr denn je unser aller Auftrag und unsere gemeinsame Verpflichtung. Seien und bleiben wir uns dessen immer bewußt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

Heinrich Köpper, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Professor Erhard, dieser Parteitag hat Ihnen durch seinen Beifall gezeigt, wie sehr wir Ihr uns alle verpflichtendes Wort verstanden haben. Sie dürfen sich darauf verlassen: Unser Kampf um Stabilität zuerst als Voraussetzung für Freiheit und Fortschritt gewinnt die Überzeugungskraft dadurch, daß Sie in diesem Kampfe bei uns sind.

(Beifall)

Nun erteile ich Kai-Uwe von Hassel das Wort.

Kai-Uwe von Hassel:

(Mit Beifall begrüßt)

Herr Präsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Es ist schwer, aber ich freue mich, im Anschluß an unsere beiden ehemaligen Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger und Ludwig Erhard hier zu sprechen. Beide stehen für eine Politik, die von ihnen und unter der Führung von Konrad Adenauer geschaffen wurde. Ich

glaube, Sie stimmen mir darin zu, daß wir angesichts des Endes, des nun zu Ende gehenden Abschnitts der Linkskoalition ganz besonders ermessen können, was diese Männer geleistet haben.

(Beifall)

Wir haben ihnen in diesen Tagen vielfältig gedankt, nicht zuletzt heute bei ihren beiden großen Reden. Wir wollen unserer Freude darüber Ausdruck geben, daß sie heute hier mit uns zusammen für das eintreten, was das Gebot der Stunde ist, nämlich, daß unser Land die Union braucht; es braucht Rainer Barzel und seine Mannschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland vollbrachte in den ersten zwanzig Jahren erstaunliche Aufbauleistungen. Die Bevölkerung gelangte zu Wohlstand. Es wurde ein sozialer Ausgleich erreicht, der in der Welt seinesgleichen nicht hat. Die Bundesrepublik Deutschland konnte wie kein anderer Staat den innenpolitischen Frieden herstellen, die Freiheit garantieren. Sie konnte nach innen die Stabilität gewinnen und nach außen Achtung und Geltung erhalten. 1949 hat von all dem niemand auch nur zu träumen gewagt.

Durch all diese Beiträge dieser Tage aber zieht sich wie ein roter Faden die Frage: Was besorgt, was bedrückt uns nach diesen drei Jahren? Was tut not, um den Gefahren zu begegnen? Was wollen wir also tun? Wo liegen unsere Alternativen? Wie können wir den Weg wenden?

In diesen Tagen haben wir dargelegt, was wir wollen, nämlich diesen Staat wieder in Ordnung bringen, diese Republik uns erhalten. Wir haben die Alternativen kennengelernt, mit denen Christliche Demokraten sich zu den Wahlen stellen werden. Aus den vielen Teilen ist hier das Mosaik einer Gesamtpolitik entstanden.

Wir hörten Franz-Josef Strauß und Karl-Heinz Narjes, Hans Katzer und Helga Wex; wir hörten Gerhard Schröder, Manfred Wörner und in der Diskussion viele, viele andere.

Ich wiederhole — und das deshalb, weil wir draußen ständig danach gefragt werden —: Zu jeder einzelnen Frage, sofern sie einiges Gewicht gehabt hat, haben Ihre Freunde, Herr Dr. Barzel, klare Position bezogen, hat Ihre Mannschaft gezeigt, was sie will. Sie werden jetzt gleich anschließend die Zusammenfassung der Teile zum Ganzen mit Ihrer Autorität als künftiger Kanzler verkünden.

(Beifall)

Dieses Ganze, dieses System attackiert der Sozialismus. Er beginnt seinen Angriff bei den Teilen. Er wird ihn fortsetzen, bis er das Ganze

erreicht hat. Der Lebensnerv unseres Systems des freiheitlich-sozialen Rechtsstaates aber ist das freie, unabhängige, geheim gewählte Parlament, ist der Parlamentarismus unserer, der westlichen Tradition.

An der Schwelle zu einer Wahl dieser Bedeutung muß daher der Blick auch darauf gelenkt werden, wie denn die Zukunft, wie das Morgen unserer parlamentarischen Demokratie, der Lebensnerv unserer freiheitlichen Ordnung aussehen soll, der heute aus verschiedenen Richtungen auf die Probe gestellt wird.

Die knappe Zeit dieses Vormittags gestattet nicht, auch nur leidlich erschöpfend auf die sich vollziehenden Strukturveränderungen mit ihren Auswirkungen auf die vielschichtigen Mechanismen im Staat, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft einzugehen. Am Ende dieser Betrachtung würde das Ergebnis stehen: die bedrohliche Schwächung der Möglichkeiten unseres Parlaments bei gleichzeitiger Stärkung der Bürokratie, aber vor allem die von ganz links ausstrahlende Neigung, das in unserer Verfassung verankerte Prinzip der repräsentativen Demokratie einzuengen und die ganze staatliche Tätigkeit und Regierungsgewalt mehr auf plebiszitäre Formen und Methoden zu stützen.

(Beifall)

Diese Neigung, meine Freunde, hat sich teils in offener Kampfansage, in dem Ruf nach einem Rätesystem, teils in der weniger aufdringlichen, aber in der Konsequenz auf dasselbe hinauslaufenden Forderung nach Einführung des gebundenen, des imperativen Mandats geäußert. Diese Neigung ist ebenso in der Äußerung des Herrn Bundeskanzlers erkennbar, die Vertrauensfrage richte sich nicht an die Mitglieder des Deutschen Bundestages, sondern an die Wähler, wie auch in anderen Parolen und Begriffen, die von den Mitgliedern der Koalitionsparteien jüngst in Umlauf gebracht wurden und die mit unserem Verhältnis zum Parlamentarismus, der freiheitlichen, der repräsentativen Demokratie nicht mehr übereinstimmen.

Da war die Rede von den Überläufern. Abgeordnete, die, ihrem Gewissen und ihrer Überzeugung folgend, sich zu dem ihnen ganz sicher nicht leichtgefallenen Entschluß durchgerungen haben, ihre Fraktion zu verlassen und einer anderen beizutreten, wurden zu Überläufern abgestempelt. Was heißt denn Überläufer? Wir kannten diesen Begriff bisher nur aus dem Kriegsgeschehen: Der Überläufer geht zum Feinde über. Was ist das für eine Auffassung von Demokratie, wenn man sich solcher Vorstellungen bedient?!

(Beifall)

Ist nicht der Gebrauch dieser Vokabel entlarvend; ist es nicht die absolute Verkehrung unserer Spielregeln vom demokratischen Staat?!

Gehen nicht diese Spielregeln gerade davon aus, daß es unterschiedliche politische Überzeugungen und Standpunkte gibt, die nicht nur vertreten werden dürfen, sondern die vertreten werden müssen, und daß man im Parlament diese verschiedenen Überzeugungen zu einer Auseinandersetzung führen, aber auch zu einem Zusammenklang bringen kann?!

Der Parlamentarismus wird in seinem Wesenskern in Frage gestellt, wenn die eine Seite des Hauses in der anderen einen Feind sieht und wenn man einem Abgeordneten, der sich aus Überzeugung der anderen Seite zuwendet, die Ehre abspricht. Diese Bezeichnung ist nicht nur eine Beleidigung der betroffenen Kollegen, sondern steht auch in einem eklatanten Widerspruch zu unserer in Theorie und Praxis bisher konsequent durchgehaltenen Auffassung von parlamentarischer Demokratie.

(Beifall)

Vielfach hört man die Meinung, daß ein Abgeordneter, der aus innerer Überzeugung eine bestimmte Politik für schädlich hält, sein Mandat niederlegen müsse, um jemandem Platz zu machen, der nicht seine Überzeugung teilt. Meiner Meinung nach liegt der Fehler dieser Argumentation auf der Hand. Wenn es die Pflicht des Abgeordneten sein soll, nach seiner Überzeugung zu handeln, dann kann doch nicht die Mandatsniederlegung gerade in dem Augenblick, wo seine Überzeugung gefordert ist, als ein angemessener Weg zur Erfüllung seiner Pflicht angesehen werden.

(Beifall)

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland haben 128 Bundestagsabgeordnete die Fraktion gewechselt. Nie wurde von den großen Parteien die moralische Integrität der Fraktionswechsler in Zweifel gezogen, auch nicht in den Fällen, in denen, wie etwa bei Peter Nellen, die SPD, oder bei Fritz Logemann oder Walter Peters die FDP davon politischen Vorteil hatten. Jetzt, da die Regierung die Mehrheit verlor, wird aus dem Fraktionswechsel etwas moralisch Verwerfliches gemacht; jetzt wird von einem Verfall der politischen Sitten gesprochen. Ich wiederhole: In einer freiheitlichen Demokratie muß es den Fraktionswechsel aus Gewissensgründen geben können. Alle, die daran zweifeln, mögen in das Stammland der Demokratie, nach Großbritannien, schauen. Dort wechselte im Laufe seines Lebens sogar der große Winston Churchill zweimal Partei und Fraktion, so als sei dies die selbstverständlichste Sache auf der Welt.

Wir sind doch bisher von der Überzeugung ausgegangen, daß die Demokratie auf das Wechselspiel zweier starker Kräfte angewiesen ist,

auf stabile Regierungen, aber auch auf das Wirken einer kräftigen Opposition. Lassen Sie mich zum Zeugnis dieser bisher von allen demokratischen Parteien, von uns allen gemeinsam vertretenen Überzeugung ein Wort des Sozialdemokraten Fritz Erler zitieren. Er sagte:

> Ich wünsche mir keine sozialdemokratische Regierung, die etwa den Staat allein beherrschen würde, ohne daß es eine andersdenkende Partei gäbe, mit der man immer wieder die Klingen zu kreuzen und die Richtigkeit der eigenen Argumente zu überprüfen hätte. Die Lebendigkeit in der Opposition ist sogar die Garantie dafür, daß der Staat nicht einschläft und daß nicht unkontrolliert Macht zur Entartung führt, nämlich zur Macht über den Staatsbürger und nicht zu der im Auftrag des Staatsbürgers ausgeübten Macht.

Soweit Fritz Erler. Diese Auffassung von der Notwendigkeit einer Opposition deckt sich naht- und fugenlos mit meiner eigenen, für die ich immer wieder, wo ich nur konnte, nachdrücklich eingetreten bin.

Unter diesem Gesichtspunkt bitte ich es auch zu sehen, wenn ich sage, daß die Christlich-Demokratische Union ein Interesse daran haben muß, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder zum Godesberger Programm zurückfindet. Die SPD läuft ernsteste Gefahr, mit ihrem linken Flügel nicht mehr fertig zu werden. Gewinnt dieser Flügel aber endgültig die Oberhand, dann — dies läßt sich mit zahlreichen Absichtserklärungen belegen — wird unsere politische Grundordnung kaum noch etwas mit dem zu tun haben, was die Väter unseres Grundgesetzes im Sinne gehabt haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich rufe das Wort von Kurt Georg Kiesinger, gesprochen vor einer Stunde, in Erinnerung: Es handelt sich bei ihr, der SPD, schon fast um zwei verschiedene Parteien, die sich heftig befehden. Meine Freunde, es gibt genug Beispiele, dies zu belegen. Ich erinnere nur an das in meiner engeren Heimat Kiel in den Apriltagen des konstruktiven Mißtrauensvotums verbreitete Flugblatt der SPD — ihr Vorsitzender in Schleswig-Holstein, Jochen Steffen, ist Ihnen ja bekannt — mit der großen Überschrift und dem Aufruf: Bürger, auf die Straße! — Von dieser unglaublichen Aktion der SPD, auf die Straße zu gehen, um dort wohl das freigewählte Parlament zu beeinflussen, hat sich der Bundesvorsitzende der SPD nie distanziert. Wir wissen alle, daß heute ein harter politischer Kern auf der äußersten Linken große Anstrengungen unternimmt, um die repräsentative Demokratie durch plebiszitäre und räteartige Formen zu ersetzen. Was das bedeuten würde, kann ein jeder, der ein wenig nachdenklich ist, ermessen. Um dem zu wehren,

bevor wirklich Schaden eintritt, brauchen wir eine Regierung der Union.

(Beifall)

Eine freiheitliche Demokratie besteht nur dann und nur dort, wo die unterschiedlichen Interessen, Überzeugungen und Standpunkte bei den zu fällenden Entscheidungen angemessen berücksichtigt werden und ins Gewicht fallen können. Wer die Durchsetzung eines Mehrheits- und eines Kollektivwillens — sei es durch Plebiszite, sei es durch bindende Parteitagsbeschlüsse —, wer die Durchsetzung des imperativen Mandats oder gar des Rätesystems als das einzige, als das zentrale Kriterium einer Demokratie ansieht und die Minderheitsauffassungen als bedauerliche Störfaktoren empfindet, geht von einem entsetzlich verkürzten Begriff der Demokratie aus. Wir müssen das Parlament als zentrales Beschluß- und Beratungsorgan eines Staates mit allen Mitteln in den Stand versetzen, seinen Aufgaben gerecht zu werden und dabei auch und gerade die Belange der in der Minderheit Befindlichen angemessen zu vertreten. Meine Freunde, dafür haben wir, die Fraktion der Union, im letzten Bundestag gestritten, als wir die Regierung stellten und andere in der Opposition waren. Das nehmen wir heute für uns in Anspruch, da die Rollen vertauscht sind. Dies wird auch in Zukunft unsere Haltung sein, wenn wir wieder die Regierung und andere die Opposition stellen.

(Beifall)

Die parlamentarische Demokratie ist zugegebenermaßen keine bequem zu handhabende Verfassungsform. Sie zwingt zur Auseinandersetzung mit anderen Überzeugungen und mit starken Kräften, die eine andere Sicht der Dinge haben, als man sie selber für richtig hält. Sie bedeutet nicht selten, daß man zur Korrektur der eigenen Auffassung veranlaßt wird und einen mittleren Weg suchen muß, der nicht nur die eine Seite der Auffassungen und Belange berücksichtigt, sondern auch die andere. Worte wie die vom Zerschneiden des Tischtuches oder von der Gemeinsamkeit, die man nicht mehr brauche, wie wir sie in den letzten drei Jahren im Deutschen Bundestag gehört haben, können, wie wir gesehen haben, die Bewegungsfähigkeit einer Regierung empfindlich blockieren. Sie passen vor allen Dingen nicht zum parlamentarischen Geist und zum parlamentarischen Brauch.

(Beifall)

Man hat uns in den letzten Tagen und Wochen weismachen wollen, das Parlament habe versagt, und der Parlamentarismus sei in eine Krise geraten. Man hat dies mit Kollektivbeschuldigungen, mit dem Vorwurf von Korruption zu untermauern versucht. Wieder einmal wird

das Gespenst einer geheimen Verschwörung an die Wand gemalt. Leider hat auch der Bundeskanzler — und das drei Tage nach Auflösung des Parlaments, so daß er sich selbst dazu nicht mehr hat äußern können — mit dem Wort „Korruption" eine ungute Note in den beginnenden Wahlkampf gebracht.

(Beifall)

Die Wahrheit ist doch — auch heute, genau wie damals nach der Bielefelder Rede —, daß bei den Ereignissen der letzten Wochen weder eine Verschwörung im Spiele war noch der Parlamentarismus in eine Krise geraten ist.

Die Opposition hat in diesem Parlament ihre Aufgabe so wahrgenommen, wie es die Spielregeln in der parlamentarischen Demokratie vorsehen. Sie hat sich auch ihrem Teil der Verantwortung für die Gesetzgebung nicht entzogen.

(Beifall)

Das läßt sich mit einer eindrucksvollen Zahl belegen. Von den im letzten Bundestag verabschiedeten Gesetzen sind 333 nahezu einstimmig angenommen worden, also mit unseren Stimmen, und nur 15 trafen auf das entschiedene Nein der Opposition.

Nicht der Parlamentarismus ist in eine Krise geraten, sondern die Regierung, weil es ihr nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich, wie das Abstimmungsergebnis zeigt, nicht mehr gelang, das Vertrauen der Mehrheit der Parlamentsmitglieder für sich zu gewinnen. Dieser Vertrauensverlust geht nicht zu Lasten des Parlamentes, sondern zu Lasten der Regierung.

(Beifall)

In einer parlamentarischen Demokratie soll nicht das Parlament vom Vertrauen der Regierung, sondern die Regierung vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein.

(Beifall)

Meine Freunde, wir treten jetzt aus der Opposition heraus an den Wähler heran und bitten ihn um sein Vertrauen. Als Oppositionsführer schrieb Rainer Barzel einmal: Eine Opposition in der parlamentarischen Demokratie muß immer als Alternative präsent sein. Sie muß sich auf die sachlichen Ziele der Regierungsführung konzentrieren. Sie muß dem Führungsangebot der Regierung ein eigenes Führungsangebot gegenüberstellen. Eine Opposition — so Rainer Barzel — muß im Bewußtsein der Bevölkerung immer in der Lage sein, morgen die Regierung übernehmen zu können.

Diese hier geschilderte Alternativfunktion der Opposition hat die Union in einem Maße auszufüllen verstanden, daß die Regierung sehr

zu ihrem Ärger damit nicht mehr fertig wurde; sie mußte aufgeben. Die Union hat in jeder einzelnen Frage die Alternative aufgezeigt, und zwar die Alternative in der Sache, in der Methode, in der Person.

Opposition ist eine sehr harte Sache. Das haben wir alle erfahren. Manche glauben, es sei leichter, nur darüber zu reden, wie es besser gemacht wird, als es selbst gut zu machen. Sie übersehen, daß Kritik am Handeln anderer unbefriedigend und zermürbend ist, wenn man weiß, wie man es selber besser machen könnte.

Es gehört sehr viel Disziplin dazu. Je disziplinierter eine Fraktion ist, desto eher ist sie auch in der Lage, die große staatspolitische Aufgabe der Opposition zu lösen. Je geringer die Disziplin ist, desto schwerer hat sie es, sich in Form zu halten, um diese Aufgabe glaubwürdig erfüllen zu können.

Meine Freunde, viele hatten 1969 gemeint, die Unionsparteien würden dieser Aufgabe nicht gewachsen sein, sei würden an ihr zerbrechen, sie würden zerfallen. All diese Stimmen haben wir widerlegt. Es gibt darüber gar keinen Zweifel, daß die CDU-CSU-Fraktion von Anfang bis zu Ende des 6. Deutschen Bundestages eine überzeugende Alternative zur Regierung gewesen ist. Dafür sollten wir wirklich einmal jedem einzelnen Mitglied der Fraktion der CDU/CSU aufrichtig danken.

(Beifall)

Aber Disziplin allein war es nicht. Es gehört bei Regierung und Opposition zum Erfolg die Führungskraft an der Spitze. Daß die Opposition das Rennen machte, daß sie Runde für Runde im Parlament für sich entschied, daß sie immer als Alternative präsent war, verdanken wir – davon bin ich überzeugt – der Führungskraft, der Leidenschaft, dem Verantwortungsgefühl, dem Augenmaß unseres Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten, verdanken wir Rainer Barzel.

(Lebhafter Beifall)

Die Union stellt sich unter und mit Ihnen bereit für die Regierung von morgen.

Lassen Sie mich dazu folgende Sätze sagen. Zum ersten: Jeder weiß, daß wir die Zeit der Opposition genutzt haben, die geistigen Grundlagen, die Prinzipien, die Ziele erneut zu durchdenken.

Zum zweiten: Jedes Mitglied des Präsidiums oder des Vorstandes wird bestätigen, daß der Zusammenklang zwischen Partei und Fraktion und innerhalb der großen Mannschaft gar nicht besser sein konnte.

(Beifall)

Zum dritten: Jeder hat Respekt vor der Integrationskraft unseres Vorsitzenden.

Zum vierten: Jeder hat inzwischen die große Mannschaft kennengelernt,

(Beifall)

die Rainer Barzel gewonnen hat und die er führt.

Fünftens: In jeder großen Debatte des Bundestages hat die Union zu jedem bedeutenden Problem eine Alternative aufgezeigt.

Zum sechsten: Rainer Barzel hat in diesen drei Jahren als Führer dieser Opposition alle schwierigen Situationen gemeistert. In jeder großen Debatte hat Rainer Barzel überzeugend bestanden.

(Beifall)

Mit ihm und seiner Mannschaft, von der wir wissen, daß Rainer Barzel Männer und Frauen berufen hat, die sich durch erwiesene Fähigkeit und Leistung ausgezeichnet haben, und mit jedem von uns vor Ort werden wir diese große Auseinandersetzung bestehen und die Wahl gewinnen und mit Ihnen, Rainer Barzel, den Fortschritt bauen, den Fortschritt weiter bauen auf Stabilität.

(Lang anhaltender, starker Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Wir danken dem Herrn Bundestagspräsidenten für seinen Beitrag.

Ich erteile jetzt das Wort unserem Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel.

Dr. Rainer Barzel (mit starkem Beifall und Bravorufen begrüßt): Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Erlauben Sie mir, mit einem persönlichen Wort zu beginnen. Ich stehe hier und — ich sage dies nicht ohne Bewegung — spüre sehr wohl die Besonderheit dieses Parteitages und auch dieses Augenblicks. Was, meine Freunde, hinter uns liegt — es war davon eindrucksvoll die Rede —, das war kein Spaziergang. Was vor uns liegt, ist im Schweren noch gar nicht auszumalen, weder im Parteitag noch im Wahlkampf, noch in dem, meine Freunde, was eine Regierung zu übernehmen haben wird. Und ich räume Ihnen hier ein: Ich trage an der Verantwortung, die Sie mir übertragen haben, an der Verantwortung, das Erbe Adenauers, Erhards und Kiesingers nicht nur zu verwalten, sondern erst noch — und dies ist meine Aufgabe und die Ihre — die Chance zu erkämpfen, dieses Erbe wirklich in die Hand zu bekommen und es zu mehren. Und das geht nur durch Kampf, meine Freunde.

(Starker Beifall)

Ich werde dies tun. Ich werde dies so tun, wie Sie mich kennen, durch Besonnenheit und durch Kampf. Und auch in der Art, wie ich kämpfe, will ich dies auf meine Weise tun.

Als ich 1969 auf dem Parteitag in Mainz von den viermal 365 schweren Tagen und Nächten der Opposition sprach, um uns darauf vorzubereiten, da habe ich weder versprochen noch gewußt, daß es gelingen würde, diese Zeit des Unglücks für Deutschland um ein Viertel abzukürzen.

(Beifall)

Ich habe daran gearbeitet. Wir haben miteinander dafür gekämpft, jeder auf seine Weise, und wir haben es erreicht; und darauf kommt es an.

Als Sie mich, meine Freunde, in Saarbrücken wählten, da habe ich nicht gewußt, daß schon ein Jahr später die Stunde der Entscheidung kommen würde. Ich habe auch dafür gekämpft, so, wie Sie mich kennen, mehr mit Beharrlichkeit als mit Gebrüll und nie mit Tiefschlägen. Und deshalb waren wir wirksam.

(Beifall)

Un nun kämpfen wir solidarisch, Sie und ich, und es ist nicht nur erlaubt, sondern es ist nötig, einander beizustehen und keinen alleinzulassen, wer immer es sei.

(Beifall)

Nun kämpfen wir miteinander um das Ganze. Wir kämpfen um Sieg, ohne Partner, aus der Opposition, und gegen Leute, denen jedes Mittel recht ist.

(Beifall)

Wir kämpfen, meine Freunde, um Sieg dafür, daß nicht auch im freien Deutschland, wie Steffen und Teile der SPD es wollen, Haß und Feindschaft und Klassenkampf tonangebend werden.

(Starker Beifall)

Wir brauchen weder diese neue Staatsreligion noch diese neue selbsternannte Obrigkeit der sich auf diese Weise selber Privilegierenden. Dies, meine Freunde, bleibt ein freies Land. Hier soll sich jeder wohl fühlen, hier soll jeder frei atmen können. Wir wollen und wir werden nicht eine Gesellschaft werden, in der alle von oben nur gegängelt werden. Dies wird nicht sein in dem Ausmaße, in dem diese Union die bestimmende Kraft dieses Landes wieder wird.

(Starker Beifall)

Das, meine Freunde – und das haben die Referate dieser Tage von Montag an erwiesen, das haben auch die Analysen erwiesen –, wollen wir nicht für uns, sondern das wollen wir für die Menschen, in deren Dienst wir arbeiten. Denn die Zahlen haben belegt, und die Referate haben belegt, daß Sozialismus gerade die sozial Schwachen betrügt.

(Beifall)

Wenn er wirklich eine Methode wäre, bessere Lebensqualität erzeugen zu können, und den Beweis in diesen drei Jahren dafür positiv hätte antreten können, dann sähe es anders aus hierzulande und auch mit uns. Er hat diesen Beweis nicht antreten können, weil Sozialismus die falsche Methode ist, Lebensqualität zu verbessern. Das hat Brandt selber bewiesen, meine Freunde.

(Starker Beifall)

Das, was vor uns liegt, verlangt von uns allen Disziplin, Energie, Ausdauer und, ich sage auch dies ganz offen: Es verlangt Opfer. Niemand soll glauben, daß die Fehler und Versäumnisse von drei Jahren wiedergutgemacht werden können ohne schmerzhaften Verzicht auf Wünschenswertes. Ja ich gehe einen Schritt weiter: ohne die Strekkung von Maßnahmen, die wir für notwendig halten. Wir werden den Wählern nichts vormachen. Der Weg zur Stabilität ist kein Spaziergang. Es geht nun einmal bergauf schwerer als bergab.

(Beifall)

Wenn wir, meine Freunde, dann zum Wahlkampf antreten, antreten zu einem Wahlkampf Frau um Frau, Mann um Mann, Straße um Straße, Stimme um Stimme, Ort um Ort, Stadt um Stadt, Kreis um Kreis – denn so kanpp steht es noch –, wenn wir dann zum Wahlkampf antreten, dann, meine Freunde, tun wir dies aus Verantwortung. Wir können nicht länger zusehen, daß alles, was sich unser Volk in 25 Jahren erarbeitet hat, durch Leichtfertigkeit oder durch als Leichtfertigkeit getarnte Systemfeindlichkeit in Frage gestellt, verspielt und vertan wird. Wenn wir alle – und dazu fordere ich Sie auf –, wenn wir alle mit aller Kraft so in diesen Wahlkampf gehen, wenn wir so kämpfen, dann, und nur dann, werden wir Deutschland erneuern. Das ist der Ruf von Wiesbaden.

(Starker Beifall)

Bevor ich, meine Freunde, zu unserem Programm komme, muß ich eine aktuelle politische Aussage machen. Ich habe allen Grund anzunehmen, daß die vom Vorsitzenden der SPD eröffnete Schund- und Schmutzphase des Wahlkampfes bewußt gewollt ist, gewollt ist, um einmal abzulenken von den wirklichen Themen. Lassen wir uns nicht

ablenken. Die wirklichen Themen heißen Scheitern und Versagen, Inflation, Sozialismus und Radikalisierung. Und zum zweiten soll das so lange gespielt werden, bis die Koalition, wie sie glaubt, Zeit gewonnen hat zu scheinbaren außenpolitischen Erfolgen. Meine Freunde, die Männer, die dem Kanzler diesen Rat gaben, verschlimmern, so meine ich, Art und Inhalt des Abganges dieses Bundeskanzlers.

(Beifall)

Denn das Gespür für das demokratisch Faire ist in unserem Volk und gerade in der jungen Generation tief verwurzelt, tiefer verwurzelt, als unanständige Ratgeber des Kanzlers anzunehmen scheinen.

(Beifall)

Dem Kanzler sind die Minister und die Staatssekretäre und die Abgeordneten und die Staatsfinanzen und die Preise weggelaufen,

(Heiterkeit)

und nun werden ihm die Wähler, auch die jungen Wähler, weglaufen.

(Lebhafter Beifall)

Täuscht euch nicht in dieser Jugend! Die jungen Wähler werden in dem Ausmaß dabei sein, wie diese Regierung, bevollmächtigt, laufende Geschäfte zu erfüllen, ohne Mehrheit und ohne Parlament, also undemokratisch, weitgehende Verpflichtungen für dieses Land und seine Zukunft einzugehen gedenkt.

(Beifall)

Meine Freunde, lassen wir uns also nicht ablenken von den wirklichen Themen, nicht vom besseren Stil, nicht von der Sorge um die Fundamente dieses Staates, die uns leitet. Draußen um uns herum sollte sich die wirkliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland herumgesprochen haben. Deshalb sage ich hier noch einmal: Wir werden kritisch auch das prüfen, was diese Regierung in den Tagen bis zur Wahl noch außenpolitisch tun wird. Wir behalten uns — das muß jeder wissen — ausdrücklich vor, nach dem 19. November als neue Regierung alle Themen neu zu verhandeln, bei denen die gegenwärtige Regierung noch versucht, Scheinerfolge als Abschlüsse auszugeben. Das muß jeder wissen.

(Beifall)

Unser Programm, dem ich mich nun zuwende, ist maßvoll, es ist konkret, es ist solide. Es ist das erste Mal, daß CDU und CSU mit einem gemeinsamen Programm in die Wahlen gehen.

(Beifall)

Auch das war ein Stück Arbeit, meine Freunde. Und es ist das erste Mal, daß wir den Wählern das zur Entscheidung vorlegen, was wir später, wenn wir gewählt sind, natürlich nach dem Einblick in die Bücher und nach dem Einblick in vertrauliche Dokumente, als Regierung im Bundestag verantwortlich und verbindlich sagen werden. Deshalb, meine Freunde, ist dies wirklich ein Stück mehr Demokratie. Unser Angebot an den Wähler ist konkret, und es ist präzise.

Wir hätten es – ich füge dies noch hinzu; ich habe es Montag abend schon angedeutet – begrüßt, wenn ein gemeinsamer Parteitag oder -kongreß von CDU und CSU zusätzlich das Einmalige dieses Vorganges unterstrichen hätte. Sie wissen, das war nicht möglich, weil das vorzeitige Scheitern Brandts die Zeit verkürzt hat. Aber Sie wissen auch, daß zur gleichen Stunde die CSU tagt, und dort wird das gleiche Programm vertreten.

Unser Programm, meine Freunde, das ich nun mit den gebotenen Kürzungen hier vortragen werde, ist nüchtern. Es ist das Ergebnis ernster Beratungen und geht aus von dem von mir zu verantwortenden Vorschlag. Deutschland braucht eine neue Regierung, eine Regierung, die weiß, was sie will und was sie kann, eine Regierung, die ein Programm hat und keine leeren Versprechungen macht. Wir haben das Programm für Deutschland. Viele Experten, Freunde und andere haben dabei geholfen. Dieses Programm kann verwirklicht werden, wenn die Wähler es wollen.

Dieses Programm für eine Regierung der CDU/CSU enthält die Schwerpunkte für unsere politische Arbeit. Wir werden es nur verwirklichen können, wenn die Wählerinnen und Wähler uns eine klare Mehrheit geben. Stabilität beginnt mit klarer Führung durch klare Mehrheit.

(Beifall)

Wir versprechen in diesem Programm nur, was wir auch leisten können, und wir fordern die Anstrengungen, die nötig sind, damit es sozial und gerecht in Deutschland zugeht. Wir treten ein schweres Erbe an. Wir haben einen harten Weg vor uns. Ohne Leistung und ohne Anstrengung gibt es weder Stabilität noch Fortschritt. Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität.

Unser wichtigstes Ziel ist die Stabilität. Wir werden – dies ist das erste Wort dazu – die Interessen einzelner Gruppen dem Gesamtwohl unterordnen. Wir wollen Stabilität bei Vollbeschäftigung und Sicherheit der Arbeitsplätze.

(Beifall)

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage für unser wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Handeln. Wir wollen unsere freiheitlich-demokratische Ordnung so fortentwickeln, daß die persönliche Freiheit erhalten bleibt und gestärkt wird. Alle Bürger müssen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben. Es gilt, stabile Voraussetzungen für den Fortschritt zu schaffen, um so unser Ziel zu erreichen: die humane Leistungsgesellschaft. Unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik wird der Stärkung unserer Wirtschaftskraft und unserer außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit als Grundlage für eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik dienen.

Dazu ist notwendig:

1. Die Neuordnung und Konsolidierung der Staatsfinanzen

Der Bundeshaushalt muß den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung tragen. Das zwingt zunächst a) zu einer soliden wirtschaftlichen und finanziellen Bestandsaufnahme, b) zu einer gründlichen Durchforstung der Staatsausgaben und c) zu einer Überprüfung von Programmen und Planungen. Mit dem Haushaltsausgleich verbundene finanzielle Lasten müssen und werden sozial gerecht verteilt sein.

2. Eine mittelfristige Finanzplanung

Sie muß wieder eingebettet sein in eine gesamtwirtschaftliche Projektion, welche die Möglichkeiten und die Grenzen für eine mit der Finanzplanung abgestimmte Sachplanung darstellt. Da eine gültige mittelfristige Finanzplanung des Bundes gesetzwidrig nicht vorliegt, werden wir erst nach Einblick in die uns noch vorenthaltenen Unterlagen auf Grund der genauen Kenntnis der Lage die genaue Antwort über den Weg der notwendigen Gesundung geben können. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen und der Stabilitätspolitik kann der Anteil der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt nur erhöht werden, wenn es sozial und gesamtwirtschaftlich vertretbar ist.

3. Eine wirksam handlungsfähige Bundesbank

In der Geld- und Kreditpolitik werden wir die Bundesbank nach Kräften in ihrem Bemühen um eine Geldmengensteuerung unterstützen, die sich am volkswirtschaftlichen Leistungsvermögen orientiert und die zur Überwindung der Inflation unerläßlich ist.

4. Rechtzeitige Anwendung stabilitätspolitischer Instrumente

Dazu ist notwendig: a) der Ausbau des statistischen Instrumentariums in Richtung auf ein „Frühwarnsystem", b) die Prüfung der stabilitätspolitischen Möglichkeiten regelgebundenen Verhaltens, c) die ständige Auswertung der sozialen Indikatoren.

5. Das enge Zusammenwirken von Regierung und gesellschaftlichen Kräften

Stabilität und Wachstum lassen sich nur dann sichern, wenn der Staat und alle gesellschaftlichen Kräfte ihrer Verantwortung entsprechend handeln.

(Beifall)

Dabei sollen Einkommens- und Vermögenspolitik aufeinander abgestimmt werden und zur Preisstabilisierung ebenso wie zur Entschärfung von Verteilungskämpfen beitragen.

6. Ein beispielgebendes Marktverhalten der öffentlichen Hand

Die Auftragsvergabe von Bund, Ländern und Gemeinden muß stärker für die Preisstabilisierung genutzt werden.

7. Die Erhaltung und Verstärkung des Wettbewerbs nach innen und nach außen

Wir werden schon vor der notwendigen Neufassung des Kartellgesetzes für eine volle Ausschöpfung des geltenden Wettbewerbs- und Preisrechts sorgen. In der Europäischen Gemeinschaft werden wir Initiativen für eine weitere gemeinschaftliche Öffnung der Grenzen einleiten; dabei ist natürlich der Wettbewerbslage der verschiedenen Bereiche unserer Wirtschaft Rechnung zu tragen.

8. Verstärkte Bemühungen um Stabilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, und zwar nach verbindlich vereinbarten Grundsätzen

Das muß die Grundlage einer europäischen, regionalen Strukturpolitik sein, die den Mitgliedstaaten die Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme erleichtert.

9. Ein europäischer Beitrag zur stabilitätsorientierten Neuordnung des Weltwährungssystems

Solange sie noch aussteht, halten wir uns ausdrücklich die Möglichkeiten einer größeren und europäisch abgestimmten Außenflexibilität der Währungen offen.

Unsere Steuerpolitik wird bestimmt sein von den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit, der Erhaltung und Förderung des Leistungswillens, der Sicherung eines stetigen wirtschaftlichen Wachstums und der Gesundung der Staatsfinanzen.

Dazu gehören die Schwerpunkte: Förderung einer ausgewogenen Einkommensverteilung und gerechten Vermögensbildung; mehr steuerliche Gerechtigkeit bei Lohn- und Einkommensteuer mit wirksa-

mer sozialer Entlastung, vornehmlich für Bezieher kleinerer Einkommen und für kinderreiche Familien;

(vereinzelt Beifall)

Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens; Beseitigung offenkundiger Mängel im Steuerrecht; Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Steuerverwaltung; wettbewerbsneutrale Gestaltung des Steuerrechts, die auch die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft sichert; Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht; Unterstützung der Steuerharmonisierung in der EWG.

Wir werden, meine Freunde, alles tun und nichts unterlassen, um die Preise in den Griff zu bekommen und die Geldentwertung zu bremsen. Hierbei muß der Staat ein Beispiel geben und sparsamer wirtschaften. Alle unsere Programme stehen unter dem Vorbehalt der Stabilität!

(Beifall)

Wir treten ein für den Ausbau und die Sicherung des freiheitlichen sozialen Rechtsstaats. Der Staat dient dem Menschen. Seine Aufgabe ist, die Wertordnung unseres Grundgesetzes zu verwirklichen und zu sichern. Dies kann nur im Zusammenwirken mit den freiheitlichen gesellschaftlichen Kräften und durch die kritische und anregende Mitarbeit der Bürger, insbesondere der jungen Generation, erreicht werden.

Wir bekennen uns zur Autorität des Staates.

(Beifall)

Staatliche Autorität hat die Freiheit der Bürger und die Gerechtigkeit zum Ziel.

So wie unsere Außenpolitik wird auch unsere Innenpolitik von der Überzeugung bestimmt, daß Gewalt und Gewaltandrohung keine Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sind.

(Beifall)

Die Verherrlichung von Gewalt, der Klassenkampf und die Zerstörung unserer staatlich-gesellschaftlichen Ordnung stehen in Widerspruch zu unserem Grundgesetz ebenso wie zur demokratischen und sozialen Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Hier ist die Grenze der Rücksicht erreicht, denn sonst nehmen Freiheit u n d Frieden Schaden.

(Erneuter Beifall)

Die Bürger unseres Landes werden wir vor politischer Nötigung, vor Gewalt und Terror schützen. Auf deutschem Boden haben Terrororganisationen keinen Platz!

(Beifall)

Wir werden die innere Sicherheit stärken, weil damit der innterstaatliche Friede und die freiheitliche Demokratie gefestigt werden.

Die notwendige Weiterentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung, zu der wir uns bekennen, bedingt die Stärkung der Leistungskraft von Ländern und Gemeinden.

Die obersten Maßstäbe unserer Rechtspolitik sind die Wertentscheidungen des Grundgesetzes und das ihnen zugrunde liegende Menschenbild.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Reformen müssen den Freiheitsraum des einzelnen sichern und den freiheitlichen Rechtsstaat ausbauen.

Dabei sind Schwerpunkte: die Reform des Ehe- und Familienrechts, die die Ehe und die Familie schützt und dem Schwächeren hilft;

(Vereinzelt Beifall)

die Zusammenfassung des Arbeitsrechts in einem fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch; die Fortführung der Strafrechtsreform; neue Strafvorschriften zum Schutz vor Wirtschaftskriminalität –,

(Vereinzelt Beifall)

der Bürger muß vor ausbeuterischen Vertrags- und Geschäftsbedingungen sowie vor unlauteren Wettbewerbsmethoden geschützt werden –;

(Beifall)

die Neugestaltung des Strafvollzugs; die Verminderung der Rückfallgefahr durch Resozialisierung und Schutz der Gesellschaft vor unverbesserlichen Rechtsbrechern;

(Beifall)

die Beschleunigung und Vereinfachung der Gerichtsverfahren; Opfer von schweren Verbrechen sollen Anspruch auf staatliche Hilfe haben.

(Erneuter Beifall)

Der Bürger hat ein Recht auf eine leistungsfähige Verwaltung, und der im öffentlichen Dienst Tätige hat Anspruch auf leistungsgerechte Bezüge.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Verfassung gewährt den einzelnen und den Gruppen ein Höchstmaß an politischer Freiheit. Der Auseinandersetzung um neue Ziele und neue Wege der Politik ist ein breiter Spielraum eingeräumt. Die Grenze legalen politischen Handelns beginnt dort, wo die Auseinandersetzung mit unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung in verfassungsfeindliche Aktivität umschlägt.

(Beifall)

Eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung wird den Angriffen auf unsere verfassungsmäßige Ordnung mit allen notwendigen politischen und rechtlichen Mitteln begegnen.

(Beifall)

Das Instrumentarium der streitbaren Demokratie ist differenziert anzuwenden. Wir wollen durch politische Auseinandersetzung den Radikalismus zurückdrängen. Voraussetzung für den Erfolg dieser politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Kräften ist jedoch die Solidarität der Demokraten und die klare Abgrenzung aller demokratischen Parteien von radikalen Kräften!

(Beifall)

Wir halten daran fest, daß die Treue zur Verfassung unverzichtbare Eignungsvoraussetzung für alle ist, die im öffentlichen Dienst unseres Staates tätig sind oder sein wollen, und daß diese verpflichtet sind, sich aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen.

(Beifall)

Das Grundgesetz erklärt die Achtung und den Schutz der Menschenwürde zur ersten Pflicht der staatlichen Gewalt. Die Menschen in unserem Lande sollen sich wieder sicher fühlen können!

(Erneuter Beifall)

Unser Kampf gilt dem Verbrechen, und unsere Maßnahmen richten sich insbesondere gegen Gewaltverbrechen, gegen Straftaten gegen Kinder sowie gegen alte und hilflose Menschen, gegen politische Gewalttaten, gegen Rauschgiftkriminalität und Wirtschaftskriminalität. Unsere Polizei ist bei der Erfüllung ihrer Pflichten und ihres so oft schweren Dienstes auf den Rückhalt der politisch Verantwortlichen und aller Bürger angewiesen.

(Beifall)

Fortschrittliche Gesellschaftspolitik entscheidet über die Zukunft der Freiheit. Wir wollen eine Reformpolitik der Vernunft, der Solidarität und des Möglichen. Unser Leitbild ist die humane Leistungsgesellschaft.

1. Die zwischenmenschlichen Beziehungen sind immer größeren Belastungen ausgesetzt. Deshalb verdient die Familie den besonderen Schutz und die Förderung des Staates. Ihre wirtschaftliche Sicherung muß gewährleistet sein.

(Beifall)

Wir streben eine Verbesserung der Leistungen für die Familie an.

2. Wir wollen die Stellung der Frauen in unserer Gesellschaft stärken. Die Frauen müssen frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwenden oder außerdem ganz oder teilweise berufstätig sein wollen.

(Beifall)

Der Anspruch der Frau auf gerechte Chancen in Bildung, Ausbildung, Fortbildung, Berufsausübung und auf gleiche Aufstiegschancen muß verwirklicht werden. Wir sind — auch bei den Frauen — für gleichen Lohn bei gleicher Leistung.

(Beifall)

Der eigenständige Anspruch der Frau auf ausreichende soziale Sicherung ist für die Zukunft sicherzustellen. Wir setzen uns ein für die Stärkung des Ansehens der gesellschaftlichen Leistung der Frauen in Familie und Haushalt.

(Beifall)

3. Der Jugend bieten wir die Chance, die Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Wir werden den Dialog mit der Jugend suchen, auf Kritik nicht empfindlich sein und nicht nach Disziplin rufen, wir werden die Jugend ermutigen, durch Mitdenken und Mitarbeit mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit und Frieden in unserem Lande zu schaffen.

(Beifall)

Unsere jungen Menschen haben ein Recht auf bessere Bildung und zweckmäßigere Ausbildung. Dazu legen wir ein modernes Programm für Bildung und Jugendhilfe vor, das gerechte Chancen für jedermann eröffnet.

(Beifall)

4. Unsere älteren Mitbürger haben Anspruch auf einen gleichberechtigten und vollwertigen Platz in der Gesellschaft. Dies gilt auch für die Teilhabe am Zuwachs des Volkseinkommens. Erfahrungen, Fachkenntnisse, Verantwortungsbereitschaft und Umsicht der Älteren müssen sich voll entfalten können. Sie sollen mit uns leben und nicht am Rande der Gesellschaft.

(Beifall)

5. Die soziale Sicherung des einzelnen bei Unfall, Krankheit und im Alter wird weiter ausgebaut. Die Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung müssen gesichert werden. Die verschiedenen Sozialleistungen sind besser aufeinander abzustimmen, um Mängel im Anrechnungsverfahren zu beseitigen.

6. Wir werden die Versorgung unserer Kriegsopfer weiterentwickeln und dabei den besonderen Belastungen Rechnung tragen, die das zunehmende Alter für Kriegsopfer mit sich bringt.

(Beifall)

7. Unsere Gesundheitspolitik wird dazu beitragen, allen Bürgern in Stadt und Land die bestmögliche medizinische Versorgung zu ermöglichen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten muß erhalten bleiben.

(Beifall)

Die eigene Vorsorge des einzelnen für seine Gesundheit und die Freiheit der Arztwahl sind unerläßlich.

(Erneuter Beifall)

Im Interesse der Patienten streben wir eine Erneuerung der Struktur des Krankenhauses an. Dazu haben wir konkrete Vorschläge im Bundestag eingebracht; wir werden sie durchsetzen.

Weitere Vorsorgeuntersuchungen sind stufenweise in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufzunehmen. Wir wollen vor allem dem behinderten Menschen helfen, unabhängig von der Ursache der Behinderung in Beruf und Gesellschaft seinen Platz zu finden. Vorrangig sind hierzu die Rehabilitation und die soziale Sicherung der von Geburt an Behinderten.

(Beifall)

8. Soziale Martwirtschaft schließt ein, daß alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte durch funktionsgerechte Mitbestimmung partnerschaftlich zusammenwirken. Ein solches Zusammenwirken schafft die besten Bedingungen für eine freie Entfaltung der Person. Wir haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht, den wir durchsetzen werden.

(Beifall)

9. Wir werden unsere Politik „Eigentum für jeden" fortsetzen. Jeder muß Vermögen bilden können. Der Arbeitnehmer muß sich am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligen können, und zwar in der Form frei verfügbaren privaten Eigentums.

(Beifall)

Dazu haben wir ein gesetzesreifes Konzept vorgelegt, das wir verwirklichen werden. Es enthält

a) die Teilhabe jedes Arbeitnehmers am Wachstum und Ertrag der Wirtschaft durch den gesetzlichen Beteiligungslohn;

b) die Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer;

c) weitere soziale Privatisierung von Bundesunternehmen;

d) Förderung von Beteiligungsgesellschaften für den Mittelstand;

e) Förderung des Wohneigentums im Rahmen des sozialen Wohnungbaus.

(Beifall)

10. Wir wollen — zusammen mit den Ländern — ein Bildungssystem verwirklichen, das unserem Leitbild von der humanen Leistungsgesellschaft entspricht. Es muß die Leistungsbereitschaft des einzelnen wecken und ihn seiner Begabung und Neigung entsprechend fördern.

Unsere Forderung nach Wiederherstellung der Stabilität der Staatsfinanzen dient auch zur Sicherung der bildungspolitischen Priorität. Wir resignieren in dieser Frage nicht.

(Beifall)

Zu den Schwerpunkten hierzu gehören:

a) Reform und Ausbau der beruflichen Bildung. Wir haben hierzu unser Sofortprogramm vorgelegt.

b) Gezielter Abbau des Lehrermangels und der überfüllten Klassen sowie bessere Ausbildung der Lehrer.

c) Ausbau der Vorschulerziehung durch gezielte Förderung der Kindergarten- und Vorschulplätze im Zusammenwirken mit den freien Trägern.

d) Zur Sicherung der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen haben wir den Entwurf eines Hochschulrechtsrahmengesetzes vorgelegt, der unsere konkreten Vorschläge zur Hochschul- und Studienreform enthält.

e) Wir werden das Angebot an Studienplätzen durch den verstärkten Aus- und Neubau der Hochschulen sowie durch eine bessere Nutzung der vorhandenen räumlichen und personellen Kapazitäten erweitern.

11. Die freie Gesellschaft muß sich vor den Herausforderungen des technischen Zeitalters bewähren. Wissenschaft und Technik haben uns eine gewaltige Steigerung der Produktion und der Güterversor-

gung, der Lebenserwartung und des Wohlstands gebracht. Große soziale Notstände wurden damit überwunden.

Nun gilt es, mit ihren Folgeerscheinungen und mit ihren Nebenwirkungen fertig zu werden. Es ist unsere Aufgabe, die natürlichen Lebensbedingungen und mitmenschlichen Beziehungen nicht unter dem Einfluß von Wissenschaft und Technik zerstören zu lassen, sondern sie mit deren Hilfe zu verbessern. Wir werden hierzu ein enges Zusammenwirken von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft bewirken und die aktive Mitarbeit der Bürger erbitten. Die CDU/CSU wird hier einen neuen Schwerpunkt ihrer Gesellschaftspolitik setzen.

(Beifall)

12. Wie bei der Rentenreform haben wir zu den Fragen der Umweltpolitik, der Agrarpolitik, der Energiepolitik, der Verkehrspolitik, der Raumordnung, des Städte- und Wohnungsbaues, des Bodenrechts und des Mittelstandes gesonderte Programme erarbeitet, deren Richtlinie unser Programm ausweist.

Meine Freunde, unsere Politik nach draußen stützt sich auf ein Programm, das sich auch auf Erkenntnisse gründet, die in persönlichen Gesprächen mit vielen verantwortlichen Staatsmännern gewonnen wurden. Ich haben den Eindruck, daß auch die deutsch-französische Freundschaft durchaus noch zuversichtlicher gestaltet werden kann.

(Beifall)

Unsere Politik des Friedens und der Aussöhnung, der guten Nachbarschaft und der gesicherten Freiheit wird unter dem Verfassungsgebot stehen, auf das wir durch Eid verpflichtet sind, nämlich:

> Im Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

(Beifall)

Wir haben Freunde und Verbündete in der Welt gewonnen, zu denen wir stehen und mit denen wir zusammenwirken. Unser Platz ist an der Seite derer, die Selbstbestimmung und Freiheit so wollen wie wir; die mit uns entschlossen sind, durch gemeinsame Anstrengungen, Frieden und Freiheit zu sichern; die mit uns bereit sind, Not und Armut in der Welt zu überwinden.

(Beifall)

Unser Mühen um Ausgleich, Verständigung und Aussöhnung gilt allen Völkern, vor allem auch den Völkern Ost- und Mitteleuropas.

Frieden und Zusammenarbeit sind die Hauptaufgaben unserer Zeit. Dem Frieden und der Zusammenarbeit dient am besten, wer die Menschenrechte verwirklicht.

(Beifall)

Das gilt auch für jene Landsleute, denen Menschen- und Gruppenrechte vorenthalten werden.

(Beifall)

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Mai 1972 in seiner Entschließung Festlegungen getroffen, die uns verpflichten. Sie sind völkerrechtlich relevant und politisch von der nordatlantischen Allianz bestätigt worden. So stehen wir auf gutem Grund, wenn wir an dem Ziel unserer Verfassung festhalten: „In freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

(Beifall)

Das freie Berlin, das mit der Bundesrepublik Deutschland unauflöslich zusammengehört, hat unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

(Beifall)

Wir wollen Entspannung in Deutschland durch Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Der DDR muß zugemutet werden, der Realität der Einheit unseres Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem wir der Realität ins Auge sehen, daß die staatliche Einheit Deutschlands zur Zeit nicht verwirklicht werden kann. Wir sind — bei allen grundsätzlichen Unterschieden, die wir nicht verwischen — im Interesse der Menschen in dem Maße zum Miteinander mit der DDR bereit, in dem diese Schritt um Schritt den Weg für die Freizügigkeit freigibt. Dazu haben wir einen Stufenplan vorgelegt, den wir fortentwickeln werden.

Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern, die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen.

(Beifall)

Wir wollen gute Beziehungen mit allen Staaten Ost- und Mitteleuropas und die Vermehrung des wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austausches. Wir hoffen, auf diese Weise zur Verständigung und Zusammenarbeit im Interesse des europäischen Friedens beizutragen.

Wir sind bereit, die internationalen Vorhaben einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie einer Konferenz über

die ausgewogene, gegenseitige Truppenverdünnung in Europa in dem Maße zu unterstützen, in dem auf diesem Wege beigetragen werden kann zur Entspannung nicht nur mit Worten, sondern in den Realitäten.

(Beifall)

Voraussetzung bleibt die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Ihre innere und äußere Freiheit werden wir schützen, indem wir ohne Vorbehalt in der atlantischen Gemeinschaft zu Frieden und Sicherheit beitragen.

Unsere Wertordnung der Freiheit zu verteidigen, ist Sache aller Bürger. Wir werden uns bemühen, die Bereitschaft dazu in unserem Volk und besonders in der jungen Generation wachzuhalten, und wir werden darauf hinwirken, daß in den Schulen über die Notwendigkeit der Landesverteidigung und die Bundeswehr sachlich informiert wird.

(Beifall)

Bündnis und Bundeswehr sichern den Frieden. Wehrdienst ist Friedensdienst.

(Beifall)

Wir werden die Dienstgerechtigkeit verbessern, die Plätze im Zivildienst vermehren und die Bundeswehr personell und materiell so ausstatten, daß sie auch in Zukunft ihrer Aufgabe gewachsen bleibt. Dazu werden wir ihr Ausbildungssystem sowie die Wehr- und Personalstruktur der Streitkräfte erneuern.

Meine Freunde, wir haben unsere Interessen und unsere Wirtschaftskraft endgültig in die Gemeinschaft mit unseren europäischen Nachbarn eingeordnet. Unser Ziel ist der europäische Bundesstaat.

(Beifall)

Wir wollen ihn durch praktische Schritte erreichen, welche unwiderrufliche Tatsachen auf dem Wege zur Vereinigung Europas schaffen.

Wir werden den Stufenplan, den wir hierzu vorgelegt haben, weiterentwickeln. Gleichzeitig mit den Schritten zur Wirtschafts- und Währungsunion wollen wir auch die politische Vereinigung Europas anstreben durch 1. die Pflicht der Partner, einander über wichtige politische Fragen zu unterrichten und die Meinung der anderen einzuholen, 2. die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken in Bereichen der gemeinsamen Politik, 3. die Bildung der politischen Union.

Wir wollen die Gemeinschaft und ihre Organe stärken und ausbauen. In den Fragen des Umweltschutzes und der modernen gesell-

schaftspolitischen Probleme muß die Gemeinschaft vermehrte Zuständigkeit erhalten und wirksamer werden.

Dieses sich vereinigende Europa muß seine Beziehungen zu anderen ordnen — wie wir meinen — durch einen Konsultations- und Kooperationsvertrag zwischen den USA und der Gemeinschaft, einen Kontaktausschuß mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas, eine abgestimmte Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt, einschließlich der Entwicklungspolitik auf der Grundlage der internationalen Solidarität.

Wir haben, meine Freunde, unsere Zukunft endgültig auf den Vorrang der Politik des freien Europa gesetzt.

(Beifall)

Indem wir diese einzige verwirklichte europäische Friedensordnung ausbauen, indem wir durch Friedfertigkeit, durch vermehrten Austausch und durch Offenheit nach Osten in diesem Ausmaße arbeiten, dienen wir ganz Europa, dienen wir einem Europa, meine Freunde, das für alle Europäer Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit bringt.

(Beifall)

Unsere Politik ist eine Politik der Mitte, eine Politik des äußeren und des inneren Friedens, der gesicherten Freiheit, des sozialen Ausgleichs, der Stabilität, des Fortschritts und der Vernunft.

Unsere Politik ist D i e n s t am Menschen. Sie beschränkt sich auf das Wesentliche und das Mögliche.

Unsere Politik ist D i e n s t auch im Sinne unserer Verfassung: Wir wollen den Nutzen des deutschen Volkes mehren, Schaden von ihm wenden — unseres Volkes, für das wir Einigkeit und Recht und Freiheit erstreben.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Das, meine Freunde, ist unser Regierungsprogramm. Es kann, wenn die Wähler wollen, verwirklicht werden. Unsere Mannschaft, eine gute Mannschaft, wie Sie gesehen haben, steht dazu bereit. Und wir stehen zusammen! Wir laufen einander nicht weg. Wir stehen zusammen wie CDU und CSU. Diese Union steht fest zusammen, meine Freunde!

(Lebhafter Beifall)

Wir können und, ich denke, wir werden siegen. Wir werden dann dieses Programm durchsetzen. Dann wird Deutschland wieder regiert werden, und zwar gut regiert werden!

(Bravo-Rufe und langanhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Alfred Dregger, Tagungspräsidium: Herr Dr. Barzel, der Parteitag hat Ihnen am Schluß Ihrer ernsten, von Verantwortungsbewußtsein getragenen Rede, nach Verkündung Ihres Regierungsprogramms, eines Programms der Ehrlichkeit, der Wahrheit, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, eines Programms zur Erneuerung der Bundesrepublik, ein einmütiges und überzeugendes Votum erteilt.

(Lebhafter Beifall)

In dieser Rede und in allen vorausgegangenen Beiträgen auf diesem Parteitag wurden die Gefahr der äußeren und inneren Lage unseres Landes, die Größe der Verantwortung, die uns als der einzigen Alternative zur gescheiterten Koalition erwächst, der sittliche Ernst unseres politischen Willens, der sich auf die Freiheit des Menschen und der Nation richtet, der die Leistung und ihren Ansporn bejaht und der zum sozialen Ausgleich und zur sozialen Gerechtigkeit beiträgt, sichtbar. Meine Freunde, der Parteitag hat mit dem Programm Mitglieder der Mannschaft vorgestellt. Es ist eine Mannschaft, die sich auf den Rat unserer älteren Staatsmänner und auf die Hilfe unserer Freunde in den Ländern stützt und die von Rainer Barzel, unserem ersten, unserem besten Mann geführt wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden ihn tragen, wie er uns führt. Wir werden uns vor ihn stellen und um ihn stellen, und wir werden um so entschlossener an seiner Seite fechten, je härter, je unterschwelliger und je niederträchtiger die Angriffe werden, die sich auf ihn richten und die uns allen gelten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als Parteitagspräsident habe ich am Schluß unseres Parteitages ein Wort des Dankes an alle diejenigen zu richten, die für diesen Parteitag wichtige Vorarbeiten geleistet haben, vor allem an unseren Freund Dr. Konrad Kraske, den Bundesgeschäftsführer Ottfried Hennig und die ganze Bundesgeschäftsstelle;

(Beifall)

an die Stadt Wiesbaden, besonders das Verkehrsbüro und die ganze freundliche Bevölkerung dieser Stadt;

(Beifall)

an die Polizei- und Postbeamten, an die Hostessen und alle Mitarbeiter der Rhein-Main-Halle;

(Beifall)

an alle, die zum Gelingen des gestrigen Rheingauer Abends beigetragen haben, der unser Herz erwärmt hat;

(Beifall)

insbesondere an die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk und Kurt Edelhagen und sein Orchester;

(Beifall)

an die Mitarbeiter der Organisation, an meine Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium;

(Beifall)

an Sie alle, die Sie diesen Parteitag mit getragen haben; zuletzt, aber um so herzlicher an alle Mitarbeiter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die sich um ein für beide Seiten angenehmes Arrangement hier in der Halle bemüht haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir alle brennen darauf, jetzt zu den Menschen hinauszugehen, denen wir uns stellen – auf Straßen und Plätzen, an Hecken und Zäunen und wo immer wir sie treffen. Wir werden diesen Menschen gegenüber unsere Entschlossenheit, unsere Kampfbereitschaft und unsere Kampfesfreude sichtbar machen. Mit diesem Aufruf schließe ich den Parteitag.

(Beifall – Schluß: 12. 18 Uhr)

Inhaltsverzeichnis

Montag, 9. Oktober 1972, 1. Plenarsitzung 5
Eröffnung Dr. Rainer Barzel 5
Totenehrung 5
Wahl des Tagungspräsidiums 5
Begrüßung der Ehrengäste 6
Begrüßungsrede Oberbürgermeister Rudi Schmitt 8
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Dr. Alfred Dregger . . 10
Begrüßungsrede Mariano Rumor 14
Begrüßungsrede Richard Stücklen 16
Beschlußfassung über die Tagesordnung 19
Beschlußfassung über die Verfahrensordnung 19
Wahl der Mandatsprüfungskommission 19
Wahl der Antragskommission 20
Wahl der Stimmzählkommission 20
Rede des Parteivorsitzenden Dr. Rainer Barzel 20
Begrüßung weiterer Ehrengäste 43

Montag, 9. Oktober 1972, Plenarsitzung 45
Begrüßung weiterer Ehrengäste 45
Bericht des Bundesvorstandes, Generalsekretär Dr. Konrad Kraske 48
Ehrung der Parteimitglieder von Nr. 399 997 – 400 001 59
Zwischenbericht der Grundsatzkommission,
Dr. Freiherr Richard von Weizsäcker 61
Diskussionsbeitrag Gerd Langguth 80
Diskussionsbeitrag Frau Ingeborg Hoffmann 82
Diskussionsbeitrag Dr. Alfred Dregger 83
Diskussionsbeitrag Jürgen Echternach 88
Diskussionsbeitrag Theo Foppe 91
Diskussionsbeitrag Klaus Jäger 92
Diskussionsbeitrag Dr. Wolfgang Pfeiler 94
Diskussionsbeitrag Günter Niederbremer 95
Diskussionsbeitrag Dr. Gerhard Rödding 96
Diskussionsbeitrag Matthias Wissmann 97
Diskussionsbeitrag Frau Margarethe Kuppe 100
Diskussionsbeitrag Frau Dr. Erika Emmerich 102
Antwort und Diskussionszusammenfassung Dr. Rainer Barzel . . 104

Dienstag, 10. Oktober 1972, 3. Plenarsitzung 109
Begrüßung weiterer Ehrengäste 109
Begrüßungsworte Kai Aage Ørnskov 109
Rede Dr. Franz-Josef Strauß 111
Rede Dr. Karl-Heinz Narjes 135
Begrüßung weiterer Ehrengäste 147
Diskussionsbeitrag Dr. Gerhard Stoltenberg 148
Diskussionsbeitrag Karl Bewerunge 152
Diskussionsbeitrag Dr. Ernst Müller-Hermann 157
Begrüßung weiterer Ehrengäste 160
Diskussionsbeitrag Dr. Manfred Schäfer 160
Diskussionsbeitrag Egon Lampersbach 165
Diskussionsbeitrag Dr. Burkhard Ritz 168
Diskussionsbeitrag Dr. Manfred Luda 171
Diskussionsbeitrag Dr. Gerhard Mahler 174
Diskussionsbeitrag Dr. Hans Filbinger 175
Diskussionsbeitrag Dr. Ernst Albrecht 178
Diskussionsbeitrag Frau Birgit Breuel 180
Diskussionsbeitrag Dr. Wolfram Kesseler 182
Diskussionsbeitrag Edgar Burgard 183
Diskussionsbeitrag Dr. Hellmut Meier 184

Dienstag, 10. Oktober 1972, 4. Plenarsitzung 185
Einladung zur Abendveranstaltung 185
Bericht der Mandatsprüfungskommission 186
Rede Hans Katzer 187
Diskussionsbeitrag Frau Maria Kröger 200
Rede Dr. Helga Wex 200
Diskussionsbeitrag Prof. Dr. Fritz Burgbacher 208
Diskussionsbeitrag Elmar Pieroth 211
Diskussionsbeitrag Dr. Bernhard Vogel 214
Diskussionsbeitrag Gerd Langguth 218
Diskussionsbeitrag Dr. Hugo Hammans 220
Diskussionsbeitrag Dietrich Rollmann 224
Diskussionsbeitrag Freifrau von Enckevost 226
Diskussionsbeitrag Friedrich Vogel 227
Diskussionsbeitrag Dr. Carl Otto Lenz 230
Diskussionsbeitrag Wilhelm Metzger 232
Diskussionsbeitrag Helmut Kohl 233
Rede Dr. Gerhard Schröder 235
Rede Dr. Manfred Wörner 248
Diskussionsbeitrag Walter Leisler Kiep 260
Diskussionsbeitrag Heinrich Windelen 264

Diskussionsbeitrag Peter Lorenz 268
Diskussionsbeitrag Erik Blumenfeld 271
Diskussionsbeitrag Dr. Johann-Baptist Gradl 273

Mittwoch, 11. Oktober 1972, 5. Plenarsitzung 277
Wahl von je 5 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern
für das Bundesparteigericht 277
Rede Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger 277
Rede Prof. Dr. Ludwig Erhard 284
Rede Kai-Uwe von Hassel 294
Dr. Rainer Barzel:
Regierungsprogramm vom 20. Bundesparteitag der CDU . . 302
Dankes- und Schlußworte des Tagungspräsidenten 319
Bildseiten vom 1. Tag . . . . . zwischen Seite 96 und Seite 97
Bildseiten vom 2. Tag . . . . . zwischen Seite 272 und Seite 273
Bildseiten vom 3. Tag . . . . . zwischen Seite 304 und Seite 305